

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

177/178 · Juli/August 2005

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz 579

Essay

HELMUT BOCK

Die schöne Revolution. »Von nun an
werden die Bankiers herrschen!« 581

Gesellschaft – Analyse & Alternativen

ULRICH BUSCH

15 Jahre Währungsunion.
Ein kritischer Rückblick 594

JOACHIM TESCH

Demographischer Wandel, wachsende
Einkommensarmut und Wohnungspolitik 607

MAGNUS MARSDAL

Sozialistischer Individualismus.
Vielleicht ist die neoliberale Gesellschaft
einfach nicht individualistisch genug? 619

HANS-GERT GRÄBE

Die Macht des Wissens in der modernen Gesellschaft 629

BRIGITTE STOLZ-WILLIG

Geschlechterdemokratie und Arbeitsmarktreform.
Eine neues Leitbild 644

Gundermann-Kolloquium, Februar 2005

BERND RUMP

Gundi und der Krieg 652

BIRGIT DAHLKE

Das Recht auf Melancholie – Gundermann
und sein Publikum nach 1989 655

PAUL D. BARTSCH

Gundermanns poetische Seilschaften 660

DELLE KRIESE

Wie es war. Erinnerungen an eine Zusammenarbeit 667

ULRICH BURCHERT
Zu Bildern und Liedern 670

HENRY-MARTIN KLEMT
Vielleicht sind wir alle bloß einer 677

STEFAN KÖRBEL
’s war okay oder: Drei coole Sätze 683

SIMONE HAIN
Gundermanns post mortem: Über das Ende der Arbeit,
den Kampf gegen das Empire und die notwendige
Erziehung der Gefühle 688

KLAUS-PETER SCHWARZ
Aut Spartacus aut nihil: was bleiben kann 693

Das kurze 20. Jahrhundert

REINER TOSSTORFF
Moskau oder Amsterdam? Die Rote
Gewerkschaftsinternationale 1920 bis 1937 704

RUDOLF SAUERZAPF
Rosa Luxemburgs Eintreten
für die russische Revolution von 1905 bis 1907 719

GÜNTER WIRTH
Paul Feldkeller – mehr als ein »Privatgelehrter« 731

Standorte

MARIO CANDEIAS
Von Hegemonie bis Justiz. Zum Erscheinen
des Bandes 6 des Historisch-Kritischen Wörterbuches
des Marxismus 745

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 754

Bücher & Zeitschriften

Gerhard Hanloser:
Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken.
Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik
(PETER ULLRICH) 756

Thomas Haury:
Antisemitismus von links.
Kommunistische Ideologie, Nationalismus
und Antizionismus in der frühen DDR
(JÖRN SCHÜTRUMPF) 757

Lothar Schröter (Hrsg.):
Europa und Militär. Europäische Friedenspolitik
oder Militarisierung der EU?
(BERNHARD HEIMANN) 758

Ellis Huber, Kurt Langbein:
Die Gesundheits-Revolution.
Radikale Wege aus der Krise – was Patienten
wissen müssen
(VIOLA SCHUBERT-LEHNHARDT) 759

Lexikon der Weltbevölkerung.
Geographie – Kultur – Gesellschaft.
Verfasst von Heinz-Gerhard Zimpel,
Walter de Gruyter Berlin, New York 2001
(PARVIZ KHALATBARI) 760

Stefan Bollinger (Hrsg.):
Das letzte Jahr der DDR.
Zwischen Revolution und Selbstaufgabe
(ULRICH VAN DER HEYDEN) 761

Summaries 763

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 766

Werbung in der Printausgabe

VorSatz

Die rechtlich-politischen Voraussetzungen für vorgezogene Neuwahlen des Bundestages sind noch nicht einmal eingeleitet, geschweige denn geschaffen, da hat der Wahlkampf bereits begonnen. Wenn dieses Heft erscheint, wird er sich vermutlich seinem Höhepunkt annähern – im Sommerloch. So gesehen ist das Ganze ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für phantasielose Meinungsmacher. Das Ungeheuer von Loch Ness kann sich diesmal getrost der Brutpflege widmen, Scharen von Meteoriten können ihren Angriff auf die Erde um ein Jahr verschieben, selbst Prinzen können pinkeln, wohin sie wollen, als Nachricht werden sie – wenigstens in Deutschland – in diesem Sommer wohl nicht gebraucht. So könnte man das sehen, muss man aber nicht.

Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen Ende Mai hatte die CDU einen deutlichen Wahlsieg eingefahren, wie es eigentlich von allen erwartet worden war. Die SPD als primus inter pares in der letzten rosa-grünen Regierungskoalition in einem Bundesland hatte – wieder einmal – eine heftige Niederlage hinzunehmen. Nach 39 Jahren SPD-Regierung war der Regierungswechsel am Rhein das Medienthema. Angela Merkel und die anderen Großkopfen von CDU und CSU strahlten um die Wette. Da trat in Berlin Franz Müntefering vor die Kameras, gestand in dürren Worten die Niederlage ein, um dann zu großer Form auflaufend mitzuteilen, der Bundeskanzler Gerhard Schröder und er hätten sich darauf verständigt, das Verfahren für vorgezogene Neuwahlen einzuleiten. Tata! Damit war dem Wahlsieger des Abends die Show geklaut, der Regierungswechsel in NRW geriet zur Nebensache, die Neuwahlen wurden zum Medienthema. Das hatten noch gar nicht alle geschnallt, da meldete sich Oskar Lafontaine von der fernen Saar und teilte seinen Austritt aus der SPD mit, dies wohl vor allem, um nachzuschieben, dass er bei vorgezogenen Neuwahlen für die WASG (Wahlalternative für Arbeit & soziale Gerechtigkeit) zur Verfügung stünde, aber nur, wenn diese ein Bündnis mit der PDS einginge. Damit war nun wiederum Schröder und Müntefering die sorgsam platzierte Show abhanden gekommen. Der Zeitgeist, für den doch als ausgemacht gilt, dass er fest in der Hand der Neoliberalen ist, schlägt Purzelbäume: Die Linken, eine neue gemeinsame und gesamtdeutsche Linkspartei oder ein gesamtdeutsches Linksbündnis mit Lafontaine und Gysi als Frontmänner sind Thema des Tages.

Deutschland steckt in einer politischen Krise. Seit den letzten Bundestagswahlen mit dem knappen, letztlich den Grünen zu verdankenden Wahlerfolg für Rosa-Grün, hat die SPD nahezu alle Landtagswahlen verloren, mindestens aber erhebliche Verluste hinnehmen

müssen. Der leichten Mehrheit der Regierungskoalition im Bundestag steht nunmehr eine satte schwarz-gelbe Mehrheit im Bundesrat gegenüber, die alles blockieren kann und in der Tat fast alles blockiert (außer z. B. den Verfassungsvertrag der EU). Auf der anderen Seite können CDU/CSU und FDP kaum bundespolitisch gestalten. Zugleich haben sich aber in der SPD auch innerparteiliche Blockaden aufgebaut. Um die spezifische sozialdemokratische Variante neoliberaler Gesellschaftspolitik durchziehen zu können, waren deren Gegner in den eigenen Reihen faktisch immer wieder zur Akzeptanz genötigt oder erpresst worden. Diese Art, Kompromisse zu organisieren, hat offenbar ihre Grenze erreicht. Im regierenden Ausschuss der SPD mit Schröder und Müntefering an der Spitze hat sich die Schreckensvision durchgesetzt, sich im letzten Jahr der Wahlperiode in einem Zweifrontenkrieg zu verschleißen, ohne selbst Punkte sammeln zu können. Die Haushaltslage und deren voraussichtliche Entwicklungstendenzen lassen kaum gesellschaftspolitische Gestaltungsspielräume außer unpopulären Spar- und Streichprogrammen zu, es sei denn, man mache Ernst mit der grundgesetzlichen Sozialverpflichtung von Eigentum. Deshalb haben sie sich zu der Meinung durchgerungen, dann könne die CDU auch ein Jahr früher beginnen, sich ihrerseits zu verschleißen.

Diese Sackgasse neoliberaler Gestaltungspolitik signalisiert aber zugleich, dass es sich um mehr handelt als um eine politische Krise, und es geht auch nicht nur um die Lage in Deutschland. Nahezu zeitgleich wurde der Verfassungsvertrag der Europäischen Union, der in Deutschland nur der Zustimmung durch Bundestag und Bundesrat bedurfte und der die EU auf neoliberale Gesellschaftspolitik festlegen soll und ihr eine imperiale Rolle in der Weltpolitik zuschreibt, in Plebisziten in Frankreich und den Niederlanden mehrheitlich abgelehnt.

Wachsende Arbeitslosenzahlen, Beschneidungen im sozialen Bereich, in der Gesundheitsfürsorge und in den Rentensystemen, um sich greifende Armut bei gleichzeitig wachsendem Reichtum, defizitäre Staatsfinanzen usw. gibt es in vielen Ländern der Europäischen Union und darüber hinaus. Bei den Linken gibt es auch einen Hang zur Krisenrhetorik, deshalb ist Vorsicht geboten. Aber mein Eindruck ist, wir haben es mit der Krise einer Regulationsweise zu tun, die durch die Dominanz eines wirtschaftspolitischen, des neoliberalen Paradigmas geprägt worden ist. Hier liegen die Herausforderung und die Chance für linke Politik. Wie sich die Kräfteverhältnisse demnächst gestalten werden, ist unklar. Die Stärke der Konservativen liegt nicht in ihren überzeugenden Konzepten und nicht im Charisma ihres politischen Personals. Sie resultiert aus dem Negativbild, das die Sozialdemokratie gegenwärtig bietet. Linke Politik wird gebraucht, vor allem, um die wirklichen Probleme öffentlich zur Sprache zu bringen, um den Diskurs um Alternativen in der Gesellschaftspolitik wieder neu zu öffnen und um wirkliche alternative Lösungen auf den Weg zu bringen. Natürlich bedeuten diese Herausforderungen für die Linken eine Gratwanderung. Sie können scheitern an ihren ideologischen Streitereien, an ihren Eifersüchteleien und Eitelkeiten. Sie können aber auch, indem sie die Probleme zwischen ihnen einfach unter den Teppich kehren, zugleich die Zünder in die Sprengladungen stecken, die ein neues linkes Projekt gleich nach dem möglichen Erfolg wieder in die Luft jagen.

DIETMAR WITTICH

HELMUT BOCK

Die schöne Revolution.

»Von nun an werden die Bankiers herrschen!«

Ein schöner Ausspruch von Friedrich Engels nennt Paris die Stadt, deren Bewohner die Leidenschaft des Genusses mit der Leidenschaft der geschichtlichen Aktion vereinigten, die zu leben wussten wie der feinste Epikureer Athens und zu sterben wie der unerschrockenste Spartaner.¹ Ihrem Pathos verlieh Eugène Delacroix die Form und die Farben seiner unvergessenen Kunst. Er malte die Symbolgestalt der Revolution: halb Göttin, halb Grisette, die phrygische Mütze auf wehendem Haar, das Gewehr in der Linken und mit der Rechten die blauweißrote Trikolore hochschwingend, geleitet sie das Volk über die Barrikade zum Angriff. Im rauchigen Hintergrund die Türme von Notre-Dame de Paris und im Vordergrund streitbare Menschen: Ein vorpreschender Halbwüchsiger gestikuliert mit Pistolen – die unerschrockene Jugend. Ein gewehrtragender Bürger mit Zylinder, Binde und Frack – die gutbetuchte Klasse. Ein Gewimmel waffenreckender Gestalten, bekleidet mit der Schürze des Kramladenbesitzers, der Mütze des Studenten, dem Zweispitz des napoleonischen Veteranen – das Volk. Und auf der von Leichen bedeckten Erde ein gefallener Proletarier in seiner blauen Arbeitsbluse, der das stürmende Weib bewundernd anstarrt. Es ist die Allegorie der Pariser Julirevolution von 1830: »La Liberté guidant le peuple.« Treuherzig gemalte Illusion der bürgerlichen Revolutionen dieser Epoche: »Die Freiheit führt das Volk!«

Seit 1814 und 1815 war dem historisch bereits geschlagenen Adel die Regierungsgewalt noch einmal in die Hand gegeben. Frankreich war eine konstitutionelle Monarchie, in der die alte Hocharistokratie und der Emigrantenadel frühere Macht wiederherstellen wollten, jedoch von der wirtschaftlich erstarkenden und politisch opponierenden Bourgeoisie in Schach gehalten wurden. Am 26. Juli 1830 aber wagte der Bourbonne Karl X., König von Frankreich, den Staatsstreich gegen die Verfassung und die liberale Parlamentsmajorität: Dekrete seines Ministeriums Polignac verfügten die Auflösung des neu gewählten Abgeordnetenhauses sowie die Abschaffung des geltenden Wahlrechts und der Pressefreiheit.

Die Bourgeoisie, die unmittelbar geschädigte Klasse, reagierte matt. Ihre Zeitungen veröffentlichten die königlichen Erlasse pflichtgemäß, suggerierten aber ihren wohlhabenden Lesern eine Steuerverweigerung – den Gebrauch der Widerstandswaffe der Besitzenden. Die Spekulanten rannten zur Börse, wo die Renten um 3 bis 4 Prozente fielen und die Geldwechsler ihre Geschäfte einstellten. Einige Handelsunternehmer und Fabrikanten entschlossen sich zur Stilllegung ihrer Betriebe, um Angestellte und Arbeiter auf die Straße zu bringen.

Helmut Bock – Jg. 1928;
Prof. em. Dr. phil. habil.,
Historiker, Mitglied der
Leibniz-Sozietät.
Zuletzt in UTOPIE kreativ:
»Zum geschichtlichen
Denken in der PDS«,
Heft 141/142 (Juli/August
2002).

1 Friedrich Engels: Von
Paris nach Bern, in: Karl
Marx, Friedrich Engels:
Werke (MEW), Berlin
1956 ff., Bd. 5, S. 464.

Dort regte sich spontaner Widerstand. Die von Entlassung bedrohten Druckereiarbeiter der verbotenen Zeitungen zogen über die Boulevards: »Nieder mit den Ministern!« Im Garten des Palais Royal wurden die reaktionären Dekrete unter wütenden Protestrufen verlesen. Die Menge entwich den Räumungskommandos der Polizei, zog aber zum Sitz des Ministerpräsidenten und zertrümmerte ihm die Büfenster. Noch spot-tete Polignac: Er bedaure, schlecht bei Kasse zu sein, so dass er die Krisis nicht nutzen, Aktien auf der Börse nicht kaufen könne. Auch der König im entfernten Saint-Claud sprach sorglos von der Börsenrente: »Sie wird wieder steigen.« So verging der 26. Juli.

Am folgenden Tag war das Volk in dichteren Massen auf den Straßen. Die nun tatsächlich entlassenen Zeitungsarbeiter empörten sich zusammen mit vielen anderen Arbeitslosen. Ängstlich verriegelten die Ladenbesitzer ihre Geschäfte, so dass auch die Handlungsgehilfen nach draußen strömten. Wieder das aufreizende Vorlesen am Palais Royal. Wieder die Ansammlung von Menschengruppen. Wieder der Räumungseinsatz der Gendarmerie. Diesmal flogen Steine gegen die Ordnungsmacht. Einem Offizier der Schlosswache gingen die Nerven durch: Er befahl eine Salve – und als der Pulverdampf verwehte, lagen ein Toter und drei Verwundete auf dem Pflaster. Das war die beinahe zufällige Episode, die dem Aufstand den Weg bereitete.

Drei mit Bausteinen beladene Fuhrwerke wurden von der Menge angehalten; sie türmte die Fracht am Eingang der Richelieustraße zur Barrikade auf. Das Beispiel machte Schule: zum Bau einer zweiten Barrikade wurde das Straßenpflaster aufgerissen. Gendarmerie, Infanterie, Kavallerie rückten gegen die Massen vor, konnten aber die Straßen am Palais Royal nicht mehr frei räumen. Gewehrfeuer krachte: zuerst ein einzelner Schuss, angeblich aus einem Hotelfenster, dann zielte das Militär auf die Fenster der umliegenden Häuser. Der Massenzorn wuchs. Polizeiposten wurden entwaffnet, Waffenläden gestürmt; in der Menge tauchten Gewehre auf. In der Straße St.-Honoré erhoben sich zwei weitere Barrikaden. Mit einbrechender Nacht lag die Stadt im Finstern, weil alle Straßenlaternen zerschlagen wurden. Vorsichtig zogen sich die Truppen in ihre Kasernen zurück.

Indes hatten sich 37 Parlamentarier des reichen, also wahlfähigen Bürgertums in der Wohnung des Bankiers und Abgeordneten Casimir Périer getroffen, wo der Hausherr einen Abgeordneten heftig tadelte, weil er durch anstachelnde Reden auf der Straße gesetzwidrig gehandelt und die loyale Position des hohen, aber aufgelösten Hauses gefährdet habe. Ein Protest gegen den Staatsstreich kam nicht zustande. Die Sprecher zweier Pariser Wählergruppen bedrängten ihre gekürten Wahlhelden vergebens. Nur die Redakteure der Zeitung »National« brachten am späten Abend eine Versammlung zustande, die die Einsetzung von Ausschüssen in allen zwölf Stadtbezirken beschloss: Diese sollten den Widerstand unterstützen, Waffen und Munition sammeln und verteilen, die Mitglieder der seit 1827 aufgelösten Nationalgarde zur Teilnahme aufrufen.

Am nächsten Morgen trugen die Stadtteile nördlich der Seine – zwischen den Straßen St.-Honoré, St.-Antoine und den Boulevards, die die Altstadt im Halbkreis umschlossen – neue, in der Historie bislang unbekannt Merkmale einer Volkserhebung: das Pflaster aufgerissen, die Straßenzugänge von Barrikaden versperrt, die Erdgeschosse der Häuser

verriegelt, die oberen Stockwerke mit allen möglichen Wurfgeschossen angefüllt. Ein Gewimmel streitlustiger, zorniger, auch ängstlicher Menschen. Selbstbewaffnung mit Gewehren, Piken, Säbeln, Knüppeln, Kampfwerkzeugen aller Art.

In den Vortagen hatte der offene Verruf nur den Ministern der Regierung gegolten. Jetzt wurden die weißen Fahnen mit den Lilienemblemen von den Bürgermeistereien der Stadtviertel heruntergerissen und in die Gosse getreten. Weiß und Lilien waren Farbe und Zeichen der Bourbonen – der herrschenden Dynastie. Man machte Jagd auf die glänzenden Aushängeschilder der »Königlichen« Schneider, Hutmacher, Schmuckhändler, Textilkaufleute, kurz aller Hoflieferanten. An den Türen der Postboten, Notare, Amtspersonen zerbrachen oder verschwanden die Lilienwappen. Die Stimmung radikalisierte sich also: Nieder mit den Bourbonen! Durch Handstreich fiel das Stadthaus, das traditionelle Zentrum von Alt-Paris, wo unter dem Geläute der Sturmglocke die blauweißrote Fahne gehisst wurde. Auch von den ragenden Türmen der Kirche Notre-Dame wehte eine riesige Trikolore, und »Hummel«, die große Glocke, dröhnte zum Aufstand.

In Saint-Cloud erwirkte Ministerpräsident Polignac ein königliches Dekret, das über die Stadt Paris den Belagerungszustand verhängte. Unkundig der diesbezüglichen Gesetze, musste er zuvor den Unterstaatssekretär für Kriegswesen, dieser sogar noch das Kriegsauditoriat wegen der Formalitäten konsultieren. Die Regierung hatte das Risiko des Bürgerkriegs gewagt, ohne ihn vorzubereiten. Das Offizierskorps der Pariser Garnison war nicht vollzählig. Marschall Marmont, der wegen Abwesenheit des Oberbefehlshabers mit dem Kommando beauftragt wurde, rief aus Versailles und Saint-Denis weitere Truppen herbei, gab aber den verfügbaren siebentausend Mann den sofortigen Einsatzbefehl: Aus ihrem Aufstellungsraum an den innerstädtischen Schlössern, dem Palais Royal, den Tuileries und dem Louvre, sollten fünf Angriffskolonnen in die Hauptstraßen vorstoßen, Volksansammlungen zerstreuen, Barrikaden zerstören, das Stadthaus zurückgewinnen, im Fall bewaffneten Widerstands von allen Waffen Gebrauch machen. Zwei Kolonnen kamen in den nördlichen Stadtteilen voran. Doch die anderen scheiterten in den Altstadtvierteln an verbissenem Widerstand und ganz ungewohnten Bedingungen des revolutionären Straßenkampfes.

Die Aufständischen hatten nunmehr Gewehre, erbeutet in Waffenläden, Polizeistationen, Militärmagazinen, noch anderen Lagerstätten. Vorräte an Pulver fielen in ihre Hand, sogar aus dem Pariser Hauptmagazin: Frauen trugen die damit gefüllten Patronen in die Kampfzone, wo Kugeln aus gesammeltem Blei, eingeschmolzenen Drucklettern und Nägeln gegossen wurden. So gerieten die anrückenden Truppen schon vor den verbarrikierten Straßenzugängen unter die Schüsse der Verteidiger. Wenn dennoch die Barrikaden durch Artilleriefire und Infanterieangriff genommen, die Straßen selbst besetzt wurden, prasselten Dachziegel, Steine, Flaschen, Holz, Möbel, Gewehrkerne von oben herab. In je einer Schützenreihe schlich die Infanterie dicht an den Hauswänden entlang, um die gegenüberliegenden Fenster und Dächer zu beschießen. Doch die Kavallerie geriet unter die volle Wucht der Wurfgeschosse. Auf diese Weise tobte der Straßenkampf: unten und ohne Deckung das Militär, das sich nur selten in die versperrten Häuser hineingetraute – oben und hinter Mauern, Fenstern, Dachrändern ver-

steckt die Volkskämpfer. Wenn eine Straße von den Truppen einigermaßen befriedet und von Sperren geräumt schien, erstanden in ihrem Rücken wiederum neue Barrikaden. Der Rückweg war abgeschnitten, Munition bald verschossen. Während die Verteidiger in ihren Häusern zumeist sicher verschanzt blieben und über fast unerschöpfliche Streitmittel verfügten, zog sich das Militär in der Glut des heißen Julitages schweißtriefend, durstig und hungrig, physisch und nervlich zermürbt, auf langen Umwegen in die Ausgangstellungen zurück.

Das Stadthaus wechselte zweimal den Besitzer. Besonders hier, am Nordufer der Seine, hatte sich das Volk in Massen zusammengerottet, so dass eine Militärkolonne nur nach Umgehung über die Insel Cité anzugreifen wagte. Kaum hatte sie die Notre-Dame-Brücke betreten, so peitschten Gewehrschüsse herüber. Eine bewaffnete Menge, angeführt von Veteranen der napoleonischen Armee und Studenten der Polytechnischen Schule, marschierte mit schallendem Trommelschlag der Gardetruppe entgegen. Es war eine verwegene Probe auf deren Kampfwillen, die militärisch scheiterte und dennoch moralischen Gewinn brachte: Die Garde schoss mit Kartätschen und sprengte die Menge auseinander, aber die Wehrpflichtigen des 15. Linienregiments weigerten sich, auf das Volk zu schießen. Infolge des Artillerieeinsatzes konnte das Stadthaus besetzt werden. Ringsum jedoch trotzten Barrikaden jedem weiteren Vormarsch ins Innere des Stadtviertels. Das Militär musste eine Igelstellung beziehen. Am Abend erhielt Marschall Marmont die königliche Order, alle Truppen im Raum der drei Schlösser wie in einer Festung zu konzentrieren. Ein verkleideter Offizier schlich sich zum Stadthaus, um den Rückzugsbefehl zu bringen. So fiel das umkämpfte Gebäude gegen Mitternacht wieder in die Hand der Aufständischen.

Das war nun schon der dritte Tag gewesen, der den gewählten Häuptern der Bourgeoisie die seltene Gelegenheit bot, die Fahne ihrer bürgerlichen Revolution selbst in die Hand zu nehmen. Casimir Périer aber hatte am frühen Morgen insgeheim einen Boten nach Saint-Cloud geschickt: Der König möge ruhen, die Einstellung des Kampfes zu befehlen. Als sich am Mittag wiederum Abgeordnete trafen, erwirkte der Bankier auch einen Bittgang zu Marmont, damit er das Blutvergießen beende. Der Marschall schob die Entscheidung auf den König, dieser aber hielt den Belagerungsbefehl gegen die Stadt aufrecht.

Die Vereinbarung eines öffentlichen Protestes gegen den Staatsstreich vollzog sich jetzt endlich gemäß dem Heldengeist der Parlamentarier. Aus der Feder von Guillaume Guizot, des Historikers und späteren Ministers, rann ein Text, wonach sich die Abgeordneten als rechtlich gewählt, aber durch Gewalt behindert auffassten – und während das Volk kämpfte, beteuerten sie ihre unverbrüchliche Treue zu König und Verfassung. Sie gaben dem Staatsstreich den beschönigenden Anschein, als sei der Monarch von seinen Ministern betrogen worden. Sobald das schwache Dokument von den Anwesenden unterzeichnet werden sollte, versagte man sich und schrieb in feiger Unverbindlichkeit: »Es folgen die Unterschriften.« Erst als sich Zeitungsredakteure weigerten, das Machwerk zu publizieren, wurden 63 Namen von anwesenden und nicht anwesenden Abgeordneten darunter geschrieben. »Recht so!«, sagte der Bankier und Abgeordnete Jacques Laffitte nicht ohne Ironie, »wenn wir besiegt werden, mag niemand unterzeichnen, wenn wir aber siegen, werden alle ihre Unterschrift gegeben haben.«

Wie der Tag, so gehörte auch die folgende Nacht den Volksmassen. Im Schein unzähliger Windlichter und Kerzen wurden die Straßen vollends entpflastert, die Steine zu vielen neuen Barrikaden aufgeschichtet, die so dicht hintereinander lagen, dass Reiterei und Artillerie unmöglich passieren konnten. Schon am frühen Morgen eröffneten die Volkskämpfer an der Straße Saint-Honoré und vom südlichen Seineufer her das Geplänkel mit den Regierungstruppen, deren Lage im Vergleich zum Vortag gänzlich verändert war. Sie standen im Raum der Schlösser nicht mehr als Angreifer, sondern als Belagerte. Die auf dem Vendômeplatz aufgestellten Soldaten des 53. Linienregiments wurden von den Frauen des Volks ermuntert, sich dem unehrenhaften Kampf gegen die Bevölkerung zu entziehen. Sie fraternisierten tatsächlich mit den Aufständischen und veranlassten auch den Übertritt des 5. Linienregiments. In die entstandene Lücke seiner Verteidigungsfront beordnete Marmont eines der Schweizer Bataillone, die bislang den Louvre gegen Angriffe der Revolutionäre verteidigten. Infolge fehlerhafter Befehlsübermittlung räumte das zweite Bataillon ebenfalls das Gebäude, um sich im Hof zu versammeln – und sogleich nutzten Volkskämpfer diese Blöße: erstiegen die Galerie, öffneten die Gitter, warfen sich in die Zugänge und Säle, beschossen aus den Fenstern die unten stehenden, überraschten Schweizer. Diese ergriffen die Flucht, prallten mit ihrem Schrecken auf Gardeinfanterie und Kavallerie, übertrugen die Panik auch auf sie. Nur mit großer Mühe gelang es Marmont, den Rückzug seiner Truppen nach Nordwesten, in Richtung Neuilly, zu sichern.

An diesem 29. Juli 1830, mittags gegen zwölf Uhr, hissten die Revolutionäre die Trikolore anstelle des Lilienbanners auf den Dächern des Louvre und der Tuileries. Und wenn es stimmt, worüber sich bürgerliche Berichtersteller und Historiker entrüstet haben, so tummelten sich zur selben Stunde die Sieger in den königlichen Gemächern, feuerten auf die Lilienmuster der kostbaren Tapeten, führten mit den Kleidern der Prinzessinnen spöttische Maskeraden auf und setzten auf den Königsthron den Leichnam eines ihrer Mitkämpfer.

Die Julirevolution ist ein bleibendes Beispiel für die geschichtliche Tatkraft des Volks von Paris. Spontan, nur mit dem heißen Gefühl der Empörung und dem hellwachen Instinkt für die Zuspitzung der Staatskrise – strömte es aus Wohnungen und Arbeitsstätten auf die Straße, um der Regierungsgewalt zu trotzen. Ohne Vorbereitung und Plan – vereinigten sich die einzelnen Brennpunkte des Widerstands zur Flamme der Massenerhebung. Ohne zentrale Leitung – entfaltete sich ein taktisch übereinstimmendes System des volksmäßigen Straßenkampfes. Die zufälligen Anführer auf den Barrikaden, in den verschanzten Häusern, an der Spitze angreifender Insurgententrupps waren Menschen aus der Hefe der Bevölkerung: lokalpolitische Stimmungsmacher, Soldaten der früheren napoleonischen Armee, Verschwörer der im Untergrund tätigen »Carbonari«, Studenten des Polytechnikums – Unbekannte der Geschichte, die sich durch Energie und Kühnheit, politische Ausdrucksfähigkeit und militärische Kenntnis hervortaten, so dass sie von der allgemeinen Woge einen Augenblick lang zu Auserwählten emporgehoben wurden. Zusammen mit allen Volkskämpfern wären sie im offenen Feld dem gedrillten, gut bewaffneten Militär ein allzu leichter Gegner gewesen. Doch im Schutz von Mauern und Barrikaden hatten sie die genaue Ortskenntnis, die Gewandtheit des plötzlichen Auf- und Un-

2 François René Chateaubriand, zit. nach Georg Gottfried Gervinus: Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts seit den Wiener Verträgen, Bd. 8, 2. Halbbd., Leipzig 1866, S. 419.

tertauchens, den Beifall der Bevölkerung, die materiellen und moralischen Hilfsmittel ganzer Stadtviertel für sich. Und mit wachsendem Erfolg mischte sich in die Wut ihres Kampfes auch der Witz ihres Nationalcharakters. Der Zeitzeuge Vicomte de Chateaubriand hat diese Mentalität überliefert: »Ausgeworfene Zettel versprachen dem ersten Obersten, der zum Volke übergehe, den Marschallstab. Gruppen marschieren unter dem Klang der Geige. Es waren tragische und burleske Auftritte, Marktschreier- und Triumphszenen. Man hörte Ausbrüche des Gelächters und der Flüche unter den Flintenschüssen, das dumpfe Geseumse der Menge durch den Qualm des Rauches.«² So vermengten sich Mut mit Mutwillen, Ernst mit Theatralik, Todesverachtung mit Prahlerei.

In solchem Geschehen wechselten Erhabenes und Niederes. Wenn auch blessierte Soldaten zusammen mit den Verwundeten des Volks mitleidig in Notquartiere gebettet wurden, so fielen sie andernorts der Massenwut zum Opfer. Wenn auch die Kunstschätze des Louvre geschützt und Plünderer auf der Stelle erschossen wurden, so verschwanden doch aus den nahen Tuileries kostbare Juwelen und Kunstgegenstände. Und natürlich flossen Wein und Schnaps aus erbeuteten Fässern und Flaschen in die Bäuche der Sieger, wo sie nicht nur den Kampfesmut aufstachelten. Diese Julikämpfer waren keine Kunstsammlung klassischer Heroen – vielmehr eine lebende Masse von Revolutionären und Unzufriedenen, Idealisten und Zynikern, ehrlich Empörten und bloßen Mitläufern, die sämtlich von überheblichen Geschichtsschreibern der Bourgeoisie als »Pöbelhaufen« bezeichnet wurden. Doch das Paris der Julirevolution war kein Tummelplatz für Krawallhelden und Abenteurer. Es war ein Schlachtfeld des Bürgerkriegs mit amtlich registrierten 951 Toten und 5078 Verwundeten – in überwiegender Mehrzahl Menschen aus der arbeitenden Bevölkerung. Kann die Würdigung ihrer geschichtlichen Tat auch keine sakrale Verherrlichung sein, so bleibt sie doch eine Ehrenpflicht für jeden, der noch aus heutiger Perspektive zur Politik der »Restauration« eine emanzipatorische Alternative wünscht.

3 Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers, Artikel 3, in: Walter Markov: Revolution im Zeugenstand. Frankreich 1789-1799, Bd. 2, Leipzig 1982, S. 105.

War 1789 nicht deklariert worden, der Ursprung aller Souveränität liege bei der Gesamtheit des Volkes? Keine Körperschaft und kein Einzelner sollte eine Autorität ausüben dürfen, die nicht ausdrücklich vom Volk ausging.³ Für die Wiederherstellung dieser Gesetzlichkeit hatten die Julirevolutionäre gekämpft. Es war logisch, dass jetzt die Forderung nach dem Sturz Karls X., nach Neugestaltung der Staatsgewalt ins gesellschaftliche Bewusstsein trat. Aber es war eine offene Frage, ob das Prinzip der »Volkssouveränität«, das objektiv in Tausenden von Barrikadenkämpfern verkörpert war, zur konsequenten Staatsform einer Republik oder wieder zur Monarchie führen würde.

Am frühen Morgen des denkwürdigen 29. Juli misstrauten die Abgeordneten des Bürgertums einem Sieg des Volks noch so sehr, dass kaum zehn zum verabredeten Treffen im Haus des Bankiers Laffitte erschienen waren. Indes soll in der Gegend des Stadthauses ein Satyrspiel abgelaufen sein, das dem Bedürfnis nach Leitung der Sieger und Repräsentation der »Volkssouveränität« einen Ausdruck gab. Ein gewisser Dubourg erschien in abgetragener, vermutlich beim Trödler besorgten Uniform aus den Tagen Napoleons vor den Nationalgardisten des 3. Stadtbezirks, erteilte im rauhen Soldatenjargon seine Ratschläge,

bald gar Befehle, und wurde von den Umstehenden prompt für einen kaiserlichen Offizier gehalten. Etwa zur Stunde, da der Sieg mit der Eroberung des Louvre errungen war, rückte der seltsame Mann an der Spitze einer rufenden Menge »Es lebe der General Dubourg!« ins Stadthaus ein. Kaum hatte er dort eine Art Kommandostelle bezogen, als Monsieur Baude, Schriftleiter der Zeitung »Le Temps«, mit weiteren Nationalgardisten erschien und sich als Sachwalter einer Provisorischen Regierung vorstellte. Der Vorgang wird von zeitgenössischen Historikern mit gebührender Entrüstung gegen »Usurpatoren« geschildert, wobei vergessen bleibt, dass die beiden Männer in der allgemeinen Verwirrung genau das Richtige taten. Sie einigten sich – kraft spontaner Ermächtigung durch die umgebende Menge – auf eine erste Erklärung im Namen der siegreichen Revolution: einen »Tagesbefehl«, der die königliche Regierung absetzte, die Parlamentarier des aufgelösten Abgeordnetenhauses ins Stadthaus rief, die Wiedereinsetzung der Bezirksbürgermeister anordnete und die Mitglieder der ebenfalls suspendierten Nationalgarde zu den Waffen befahl. Sie unterzeichneten das Dokument mit ebenso revolutionärer Entschiedenheit wie formaler Diplomatie: »Für die provisorische Regierung«. Der Wortlaut sprach unmissverständlich von einer neuen, aber nur einstweiligen Regierungsgewalt, ohne dass die beiden Akteure für sich selbst irgendeinen Anspruch erhoben.

Erst am späten Vormittag waren bei dem Bankier Laffitte etwa 30 Abgeordnete versammelt, die unter dem Einfluss der Nachrichten endlich beschlossen, mit dem Wind der Revolution zu segeln. Zuerst meldete ein Unteroffizier des 53. Linienregiments den Übertritt auf die Seite des Volkes. Dann wurde das Selbstgefühl der Parlamentarier dreist provoziert: Sie erfuhren vom Wagemut des »Generals« Dubourg und eiferten im Brustton tiefer Entrüstung gegen unerlaubte Machtanmaßung. Schließlich kam die entscheidende Botschaft von der Eroberung des Louvre. Man konstituierte sich förmlich zur Abgeordnetensitzung, weil es notwendig geworden sei, die Leitung der Dinge in die Hand zu nehmen. Marquis de Lafayette, der ebenfalls tagelang gezögert hatte, sein Ansehen in die Waagschale der Revolution zu werfen, beanspruchte das Kommando über die sich neu formierende Nationalgarde. Die Abgeordneten stimmten zu, beschlossen aber als Gegengewicht die sofortige Bildung eines Städtischen Ausschusses.

Noch ehe die Wahlhandlung zum Ende kam, riss eine Störung die Versammelten jäh auseinander. Fraternalisierende Soldaten des 5. Linienregiments feuerten in der Nähe mutwillig mit ihren Gewehren in die Luft. »Verrat!« schreiend und in der Furcht, verhaftet zu werden, stürzten die Abgeordneten Hals über Kopf aus allen Zugängen des Hauses. Nur Laffitte, der sich beim Übersteigen einer Barrikade den Fuß verstaucht hatte, musste zurückbleiben – bis seine Kollegen wieder eintrafen. Nach dieser erneuten Mutprobe konnten die Parlamentarier die Wahl des Städtischen Ausschusses endlich vollziehen.

Am Nachmittag räumte »General« Dubourg für Lafayette, den früheren und jetzt wieder tatsächlichen General, seinen Platz im Stadthaus frei. Auch der Städtische Ausschuss in Gestalt der beiden Bankiers Laffitte und Périer, fünf weiterer Abgeordneter, ließ sich dort nieder, um fürs erste jedoch kaum so viel zu tun, wie die »Usurpatoren« längst beschlossen hatten: Sie mühten sich zwar um die Reorganisation der Bür-

germeisterien und der Nationalgarde – vermieden aber jede offene Erklärung gegen den König, den Hauptverantwortlichen des Staatsstreiches. Als dieser des Abends Unterhändler schickte, die eine Zurücknahme der feindlichen Dekrete, die Neubildung eines Ministerrates und die Wiedereinberufung des Abgeordnetenhauses für den 3. August anboten, um die Krone zu retten, neigte die Mehrheit der Abgeordneten zur Annahme der Vorschläge. Sie ließen sich aber von den aufhorchenden Wachposten einschüchtern, die die Beratung störten, mit den Gewehrkolben polterten und durch den Ruf »Keine Bourbonen mehr!« den Volkswillen laut bekundeten. Dann taten sie, was ihre Gewohnheit war: Sie verschoben jede weitere Entscheidung auf den nächsten Tag.

Doch es gab einige Abgeordnete und Journalisten, die in der folgenden Nacht auf eigene Faust die Politik besorgen mochten. Bankier Lafitte und Schriftleiter Alphonse Thiers, mit weiteren Redakteuren der Zeitung »National«, vereinigten sich in dem Bemühen, das Königtum Karls X. abzuschaffen – zugleich aber die bürgerliche Republik zu verhindern. Sie ließen am Morgen des 30. Juli ihre Maueranschläge verbreiten: Die Fortdauer der bisherigen Monarchie sei unmöglich, doch werde auch eine Republik schwere Gefahren heraufbeschwören, weil sie die Franzosen erneut in feindliche Lager spalte und einen solchen Staat mit allen Monarchien Europas verfeinde. Statt dessen sei der Herzog von Orléans der Sache der Revolution ergeben. Er habe schon während der Großen Revolution die Trikolore getragen, werde die Verfassung achten und bereit sein, die Krone vom Volk entgegenzunehmen.

Die Propaganda für den Herzog rief Gegner auf den Plan. Eine Strömung bewusster Revolutionäre, die unter dem Restaurationsregime keine Partei hatten bilden können, jetzt aber als energische Barrikadenkämpfer hervorgetreten waren, agitierten ihre Mitstreiter: Die monarchische Souveränität Karls X. müsse der »Volkssouveränität« weichen, der politischen Entscheidungsgewalt jener, die den Sieg mit eigenen Händen erfochten. »Kein Königtum mehr!« war Text ihrer Reden und Mauerinschriften, die die Losung »Nieder mit den Bourbonen!« sichtlich verschärfte. Die Republikaner wollten die Revolution nicht von Abgeordneten einer Kammer ausnutzen lassen, die sich aus besitzaristokratischem Wahlrecht herleitete – von Leuten, die heute wieder die Repräsentanten eines Volkes sein wollten, dessen Kampf sie gestern mit feiger Berechnung gemieden hatten. Sie organisierten eine größere Versammlung im Restaurant »Lointier«, in der Richelieustraße. Man protestierte gegen die orléanistischen Aktivitäten, führte eine hitzige Debatte bis zur Androhung von Waffengewalt und beschloss eine Adresse an den Städtischen Ausschuss: Das Volk habe die geheiligten Menschen- und Bürgerrechte um den Preis seines Blutes zurückerobert und das Kostbarste sei nunmehr die freie Wahl seiner Regierung. Deshalb müssten die Aufrufe verhindert werden, die schon jetzt ein Staatsoberhaupt bezeichnen. Der Ausschuss möge als provisorische Vertretung der Nation so lange bestehen bleiben, bis das Interesse aller Franzosen ermittelt sei: Urwahlen in ganz Frankreich sollten eine Gesetzgebende Versammlung schaffen, die über die Zukunft des Landes entscheide.

Eine Abordnung der »Réunion Lointier« rückte auf das Stadthaus und übergab die Adresse dem Kommandanten Lafayette. Der 72jährige Marquis wuchs soeben in die Rolle eines anerkannten Hauptes der Julibewegung hinein – einer Gestalt, die die Widersprüchlichkeit der Si-

tuation und das Konfliktpotenzial der politischen Strömungen geradezu personifizierte. Er hatte als liberal gesinnter Adliger und junger General in Nordamerika für die Unabhängigkeit der USA gefochten, 1789 für die Menschen- und Bürgerrechte gestimmt, jedoch 1791 als Kommandant der Pariser Nationalgarde auf die versammelten Republikaner und Sansculotten des Marsfeldes schießen lassen. Nach dem Sturz Ludwigs XVI. war er ins Ausland geflüchtet, in Österreich inhaftiert, von Napoleon befreit worden und seit 1818 ein Abgeordneter auf Seiten der liberalen Opposition. Als Verfechter der konstitutionellen Monarchie während der ersten Revolution hatte er auch bis zur jetzigen, also zweiten Revolution seine Abneigung gegen die »Anarchie« des Volks nicht preisgegeben. So hegte er die Überzeugung, dass die Verknüpfung von Königtum und Parlament die »beste aller Republiken«, die bloße Republik aber – ohne gekröntes Staatsoberhaupt – für Frankreich ein sehr gefährliches Projekt sei. Das stimmte ihn günstig für die orléanistische Propaganda. Jedoch die Barrikadenkämpfer verklärten ihn mit dem Nimbus der Großen Revolution, rühmten ihn als »Held beider Welten«, und selbst die öffentlich kaum bekannten Republikaner umwarben den Kommandanten der Nationalgarde als ihren besten Freund. Lafayette lavierte zwischen den Fronten. Er warnte die Orléanisten vor Übereilung – und ermutigte sie durch sein wohlwollendes Einverständnis. Er duldete die Zuneigung der republikanisch Gesinnten – speiste sie aber mit hinhaltenden Versprechungen und schönen Worten ab.

Die Abgeordneten, die nunmehr in förmlicher Sitzung im Gebäude des Palais Royal tagten, wußten sich durch Lafayette begünstigt. Sie beschlossen eine Einladung für den Herzog von Orléans, wonach dieser einstweilen das Amt eines Reichsstatthalters übernehmen und die Verfassung sichern sollte. Es war ein laues Schreiben, das dennoch den Mut der Parlamentarier überforderte, weil viele ihre persönliche Unterschrift nicht geben mochten und erst durch Abstimmung dazu gezwungen werden mussten. Zuletzt zeichneten von 50 Abgeordneten nur 40. Dem Abgesandten Karls X., Marquis de Sussy, der die am Vortag angekündigten neuen Dekrete überbrachte, erklärte man sich als nicht zuständig. Er wurde an das Stadthaus verwiesen.

Dort begegnete der Königsbote der freien Stimme der Revolution. Die Szene ist von Georg Gottfried Gervinus, dem zeitgenössischen deutschen Geschichtsschreiber, überliefert worden, den wir zitieren möchten, weil mit der Atmosphäre der historischen Situation auch die Vorbehalte der liberalen Schreibweise gegen die Volksrevolutionäre zum Ausdruck kommen: »Herr von Sussy kam in das Stadthaus. Dort schwärmte alles von ›Patrioten‹, von erhitzten jungen Männern, von nacktaermigen Arbeitern und bewaffneten Blusenträgern, die sich in Höfen, Gängen und Treppen des Gebäudes umtrieben, als ob sie in eigener Wohnung hausten. Nur mit Mühe bahnte sich der Träger der einlenkenden Verordnungen durch die drängenden, fragenden, gewaltsamen Massen den Weg zu Lafayette. Um diesen waren die Sendlinge, die ihm die Adresse der ›Réunion Lointier‹ überbracht, noch immer versammelt; als de Sussy eine private Besprechung begehrte, hieß ihn Lafayette öffentlich reden: Dies seien alle seine Freunde, vor denen er nichts Geheimes habe. Lafayette durchlief die Verordnungen und las sie dann vor. Ein wild aufbrausendes Geschrei empfing sie: Wer hier Befehle Karls X. vorzubringen wage? Es gebe keinen König, keine Bourbonen

4 Gervinus: S. 480.

5 »Das sind die Gutsbesitzer, die reichen Bankiers, die Krämer, die sich mit einem vornehmen Worte die *Industriellen* nennen. Diese Menschen, die fünf-zehn Jahre lang gegen alle Aristokratie gekämpft – kaum haben sie gesiegt, noch haben sie ihren Schweiß nicht abgetrocknet und schon wollen sie für sich selbst eine neue Aristokratie bilden: eine Geldaristokratie, einen Glücksritterstand.« Ludwig Börne: Briefe aus Paris. Vierzehnter Brief vom 17. November 1830, in: Sämtliche Schriften, Bd. 3, hrsg. von Inge u. Peter Rippmann, Düsseldorf 1964, S. 67.

mehr! Nieder mit den Bourbonen! Und in die Seine mit ihren Boten! Sie hören, sagte Lafayette lächelnd, dies ist die Antwort [...]. Die Pariser haben in den letzten drei Tagen die Verordnungen selbst zurückgenommen!«⁴

Inzwischen mühten sich die Orléanisten um ihren hochgeborenen Kandidaten. Ihr plötzlicher Aktivismus gründete sich auf ein Kalkül besitzbürgerlicher Interessen: Nach 15 Jahren des Restaurationsregimes sei die Mehrheit des Bürgertums für den Sturz der Bourbonen, jedoch im Namen des Eigentums und der Geschäfte zugleich für eine eilige Überwindung der Krise gestimmt – gegen die Unruhe einer Revolution, in der die arbeitenden Klassen des Marais und der Pariser Vorstädte von Tag zu Tag selbstbewusster, radikaler auftraten, während das übrige Frankreich überhaupt erst begann, die revolutionäre Woge aufzunehmen. Je schneller man einen neuen König fand und kürte, der seine Krone aus bürgerlich-liberalen Händen empfing, desto sicherer blieb die Stellung der Besitzenden und die Aussicht auf bald wieder florierende Geschäfte.⁵ Jedoch an den Namen des Herzogs von Orléans knüpften sich zur Stunde auch die größten Sorgen und Zweifel seiner Befürworter. Würde die begehrte Persönlichkeit wirklich bereit sein, die Krone als ein Resultat der Revolution anzunehmen? Würde sie das zwielichtige Spiel der hohen Bourgeoisie mitspielen?

Herzog Louis Philippe von Orléans war Angehöriger einer dynastischen Nebenlinie des Hauses Bourbon. Er verdankte seinen doppelsinnigen Ruf, ein Bannerträger der bürgerlich-nationalen Trikolore, aber auch ein Schutzwall gegen die bürgerlich-demokratische Republik sein zu können, früheren Tatsachen seines Lebens. Als General hatte er in der Revolutionsarmee von 1792/93 gedient, sich jedoch wenige Wochen vor Machtergreifung der Jakobiner auf die Seite Österreichs geschlagen und diesen Schritt mit einem Vierteljahrhundert der Emigration in Deutschland, Skandinavien, den USA, England und auf Sizilien entgelten müssen. Erst 1817 mit Rang und allen Würden nach Frankreich zurückkehrend, wurde er Hoffnung und Klagemauer der bürgerlich-liberalen Opposition. Jetzt, bei Beginn der Julirevolution, hatte der Mann für klug gehalten, weder am Königshof in Saint-Cloud noch bei den Barrikaden in Paris zu sein. Er verhielt sich abwartend auf seinem Schloss in Neuilly – richtiger: versteckte sich in einem Nebengebäude, wo ihm sein Diener insgeheim alle Nachrichten zutragen musste. Es war simple Taktik: Ging er an den Hof und der König stürzte, so stürzte er mit; ging er nach Paris und die Revolution scheiterte, so fiel er in Ungnade. Also wartete er im Verborgenen, um zuletzt dort zu erscheinen, wo man siegte.

Folglich konnte geschehen, dass Bankier Laffitte, Stimmführer der Orléanisten, seit dem Vortag fünf Boten und Unterhändler zum Herzog nach Neuilly schickte, die aber nur Familienmitglieder, niemals ihn selbst antrafen. Die Situation schien fatal: Die meisten Abgeordneten hatten für Louis Philippe gestimmt, sogar unterzeichnen müssen – entbehrten aber einer jeden Reaktionsweise von ihm. Sie fürchteten eine Absage, wodurch sie zwischen die Stühle des Bourbonenregimes und der Republikaner geraten würden.

Am Abend des 30. Juli, als die Revolutionäre im Stadthaus dem Unterhändler Karls X. die Tür wiesen, erhielt Louis Philippe durch seinen Diener die Einladung der Abgeordneten. Er ließ sie auf den nächsten

Tag vertrösten. Da jagte Laffitte einen letzten Boten nach Neuilly: Wenn der Herzog nicht augenblicklich komme, so werde die Republik die Herrin von Paris sein. – Der Diener schlich wieder zum Schlupfwinkel, berichtete seinem Herrn getreulich, und dieser hielt es nun für geraten, sein Versteckspiel aufzugeben. Er schlüpfte in einen bürgerlichen Anzug, schmückte seinen Hut mit den Farben der Trikolore und ging zu Fuß nach Paris, wo er um Mitternacht seine Stadtwohnung im Palais Royal erreichte. Dann ließ er Laffitte und Lafayette von seiner Ankunft unterrichten. Er schickte aber auch eine Einladung an den Marquis de Mortemart, den neuen Minister Karls X.: Dieser möge »im Interesse der königlichen Sache« schleunigst zu ihm kommen.

Als erster erschien der Minister. »Wenn Sie den König früher sehen als ich«, soll Louis Philippe gesagt haben, »so teilen Sie ihm mit, dass man mich mit Gewalt hierher geführt hat, dass ich mich aber lieber in Stücke hauen lassen werde, ehe ich die Krone auf mein Haupt setze.« Er war unvorsichtig genug, sich in einem Handschreiben an den König zu wiederholen. Der Minister Mortemart schied mit höchster Befriedigung: Der Herzog habe sich musterhaft und mit den Gesinnungen eines wahren Bourbonen erwiesen. Zur selben Zeit allerdings war Karl X. mit dem Rest der Armee schon auf dem Rückzug nach Versailles, von wo er die Flucht fortsetzen sollte.

Am Morgen des 31. Juli beschied Louis Philippe seinen Rechtsberater Dupin zu sich. Er erklärte seine Bereitschaft, den Antrag der Abgeordneten anzunehmen und diktierte sogleich eine Proklamation. Da erschien die Abordnung, die ihn am Vortag verzweifelt gesucht hatte, sich nun aber herzlich empfangen fühlte: Er sei nach Paris gekommen, um die Gefahren mit den »Volksvertretern« zu teilen; ihr Antrag verlange allerdings seine ernste Überlegung, weil er den Bourbonen durch Familienbande verpflichtet sei. Seinen Entschluss wolle er ihnen später mitteilen. Das könnte ebenfalls Taktik gewesen sein, damit man ihn zur Annahme der Statthalterschaft und der Thronkandidatur noch kräftiger drängte. Der Abgeordnete Bérard bediente ihn sofort: Der Herzog schein die Situation nicht zu kennen, man stehe auf einem Vulkan, so dass schleunigst zu handeln sei. Aus Saint-Cloud drohe keine Gefahr mehr; von der Republik aber, die vielleicht in diesem Augenblick auf dem Stadthaus ausgerufen werde, sei Louis Philippe selbst – wie ganz Frankreich – bedroht, in einer Stunde schon könnte es zu spät sein. Der Herzog machte Miene, von solcher Argumentation überzeugt zu werden. Er zog sich mit der Bemerkung, die Lage noch einmal überdenken zu müssen, in sein Arbeitszimmer zurück – erschien aber schon nach Minuten mit seiner längst fertigen Proklamation. Solche Tatkraft und Schnelligkeit verblüfften die Abgeordneten ungemein, so dass sie begeistert waren.

Das Aktenstück enthält folgenden Wortlaut: »Bewohner von Paris! Die in diesem Augenblick in Paris versammelten Deputierten haben den Wunsch ausgesprochen, ich sollte mich in die Hauptstadt begeben, um das Amt eines Statthalters des Reiches zu übernehmen. Ich habe keinen Anstand genommen, Eure Gefahren zu teilen, mich in die Mitte dieser heldenmütigen Bevölkerung zu begeben und alle Anstrengungen aufzubieten, um Euch vor Bürgerkrieg und Anarchie zu schützen. Als ich in die Stadt Paris einzog, trug ich mit Stolz die glorreichen Farben, die Ihr wieder angenommen habt und die ich selbst lange Zeit getragen

6 Louis Blanc:
Geschichte der zehn Jahre
von 1830-1840, Bd. 1,
Berlin 1844, S. 246 f.

7 »Ludwig Philipp, der dem Volk und den Pflastersteinen seine Krone verdankte, ist ein Undankbarer, dessen Abfall um so verdrießlicher, da man täglich mehr und mehr die Einsicht gewinnt, dass man sich gröblich täuschen lassen. Ja, täglich geschehen offenbare Rückschritte, und wie man die Pflastersteine, die man in den Julitagen als Waffe gebrauchte [...], jetzt wieder ruhig einsetzt, damit keine äußere Spur der Revolution übrigbleibe: so wird auch jetzt das Volk wieder an seine vorige Stelle, wie Pflastersteine, in die Erde zurückgestampft und, nach wie vor, mit Füßen getreten.«
Heinrich Heine: Französische Zustände (Bericht an die Augsburger »Allgemeine Zeitung«, vom 28. Dezember 1831), in: Werke und Briefe, Bd. 4, hrsg. von Hans Kaufmann, Berlin 1972, S. 388.

haben. Die Abgeordneten stehen auf dem Punkte, sich zu versammeln: Sie werden es sich angelegen sein lassen, die Herrschaft der Gesetze und die Aufrechterhaltung der Rechte der Nation zu sichern. Eine Chartre soll von jetzt an eine Wahrheit sein.«⁶ Das war eine Anspielung auf die »Charte constitutionell«, die französische Staatsverfassung, wobei aber nichts darüber gesagt wurde, ob es sich um die Chartre des Restaurationsregimes oder um ein neues Staatsgrundgesetz handeln sollte.

Auch an diesem Tag stritten die politischen Strömungen mit Proklamationen und Maueranschlägen. Früh schon hatte ein republikanischer Aufruf das Volk ermahnt, unter Waffen zu bleiben und nur eine Provisorische Regierung anzuerkennen, die in aller Form den Sturz Karls X. erklärte und Volkswahlen ankündigte. Dann erschien die Proklamation des Herzogs von Orléans, die von den Radikalen herabgerissen wurde, weil sie weder die Absetzung des alten Bourbonen noch eine Aussage über die Regierungsbildung enthielt. In der Altstadt wogten die Massen. Ihre Unzufriedenheit und herbe Kritik beunruhigten den Städtischen Ausschuss im Stadthaus, so dass er sich sputete, ebenfalls eine Proklamation zu erlassen: »Karl X. hat aufgehört zu regieren!« Das endlich war der entscheidende Satz, der sofort Wirkung erzeugte, obwohl auch diesmal über die Nachfolge der alten Monarchie nichts gesagt wurde.

In dieser verwickelten Situation traf Louis Philippe eine Entscheidung, die für den Mann der Schaukelpolitik nicht ohne Kühnheit war. Er entschloss sich, in die Höhle des Löwen, also zum Stadthaus zu ziehen, um durch diese Demonstration mit einem Schlag die öffentliche Anerkennung zu gewinnen. Nachmittags um zwei Uhr begann der Aufzug, den man Louis Philippes »Fahrt nach Reims« genannt hat – in schöngestiger Analogie auf den Krönungszug Henry Quatres. Aber es war nur ein kleiner, ärmlicher Zug, der sich ohne Militär und Nationalgarde, ohne Offizierskorps und Hofstaat, ohne Pracht und Herrlichkeit durch die Pariser Innenstadt bewegte: voran ein Trommler mit Parlamentsdienern, dann der Herzog mit Generalsuniform und hoch zu Pferde, mit dreifarbener Kokarde geschmückt, den Hut zu leutseligem Gruß in der Hand, dahinter nur wenige Offiziere der Nationalgarde, auf einer Tragbahre der fußkranke Laffitte als Präsident der Abgeordnetenkammer und zuletzt Arm in Arm die Parlamentarier. Bei großer Julihitze bewegte sich diese Demonstration mühsam durch die verwüsteten, von Massen gefüllten Straßen. Am Palais Royal ertönten Hochrufe, war die Stimmung noch günstig. Je näher man aber zum Stadthaus rückte, desto mehr standen die Menschen in unheimlicher Stille. Einzelne Schreie ertönten gegen die Bourbonen. Am Ziel angelangt, wo alle Gänge und Treppen von Bewaffneten wimmelten, soll Louis Philippe die Spannung durch eine Phrase gelöst haben: Ein »alter Nationalgardist« wolle seinen »alten General« besuchen.⁷

Was dann geschah, war die gänzliche Umkehrung dieser Titel und Bedeutungen. General Lafayette empfing den Herzog auf der Treppe und geleitete ihn mitsamt den Abgeordneten in den großen Saal, um seine schillernde Popularität für jenen »Nationalgardisten« einzusetzen, der in Wahrheit ein König werden wollte. Aus der wehrhaften Menge erhob sich der Ruf »Nieder mit Karl X.!« und »Keine Bourbonen mehr!« – aber auch: »Es lebe der Herzog von Orléans!« Es schien, als ob Frankreichs Schicksal ganz in den Händen Lafayettes lag, weil er den Herzog erheben, aber auch abweisen konnte. Er drückte Louis Phi-

lippe die Trikolore in die Hand und zog ihn an ein geöffnetes Fenster. Der Herzog begriff seine theatralische Rolle sofort: Er entfaltete die blauweißrote Fahne und umarmte den General – ein Schauspiel, das seine pathetische Wirkung nicht verfehlte.

Die Menge auf dem Vorplatz und auch im Saal brach in Jubel und Hochrufe aus. Gewehrscüsse feierten den historischen Augenblick, der den Sieg der Monarchie, aber auch die Niederlage der Republik besiegelte. Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses, das vor der Revolution aufgrund eines sehr einengenden Wahlrechts zugunsten der Reichen entstanden war, erhob den Herzog am 8. August 1830 zum König einer wiederum konstitutionellen Monarchie. Das neue Regierungssystem verhüllte seinen wahren Charakter mit der Phrase des »Bürgerkönigtums«, das sich als »Juste-milieu« – Ordnung der »rechten Mitte« – zwischen dynastischem Restaurationsregime und demokratischer Republik auffasste. »Von nun an werden die Bankiers herrschen!« lautet der triumphierende Ausspruch des Finanzaristokraten und baldigen Ministerpräsidenten Laffitte, der in der Historie überliefert ist.⁸

In Europa fand die Pariser Julirevolution bedeutenden Widerhall. Eine Revolution in Brüssel stürzte die holländische Dynastie der Oranier; sie erzwang die Trennung Belgiens vom Königreich der Vereinigten Niederlande und die Konstituierung einer souveränen bürgerlichen Monarchie. In mehreren deutschen Bundesstaaten geschahen Empörungen und sogar Regierungsstürze, so dass sich der jeweils herrschende Adel in liberalistische Reformen flüchten musste. In zwölf Kantonen der Schweiz wurde die Aristokratie durch die Einführung neuer Verfassungen zurückgedrängt. Die Unruhen in Italien leiteten eine neue Periode des Risorgimentos ein: gegen den konservativen Kirchenstaat sowie die Herzogtümer Modena und Parma. Im Königreich Polen, das durch Personalunion an das russische Zarentum gefesselt war, kämpften Adel und Volk für nationale Unabhängigkeit: Sie jagten im ersten Ansturm den Statthalter und die Besatzungsarmee außer Landes, behaupteten sich dann zehn Monate lang gegen die wieder vorrückende zaristische Fremdherrschaft. Sogar das bürgerliche Britannien, die Wiege der industriellen Revolution, wo sich der soziale Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit längst offenbarte, garte in Unruhe. Die Besitzaristokratie rettete sich vor den gewerkschaftlichen und frühen chartistischen Aktionen der arbeitenden Klasse in die Parlamentsreform von 1832: Ein neuer Wahlzensus, der den Vorrang der Großgrundbesitzer einschränkte, brachte der Industriebourgeoisie einen stärkeren Einfluss auf die Staatsmacht – jedoch den Arbeitern nur die ermüchternde Tatsache, dass ihre augenblickliche Reformkampagne den Geld- und Geschäftemachern das Wahlrecht, ihnen selbst freilich nichts verschaffte.

8 »Nicht die französische Bourgeoisie herrschte unter Louis-Philippe, sondern eine Fraktion derselben, Bankiers, Börsenkönige, Eisenbahnkönige, Besitzer von Kohlen- und Eisenbergwerken und Waldungen, ein Teil des mit ihnen ralliierten Grundeigentums – die sogenannte *Finanzaristokratie*. Sie saß auf dem Throne, sie diktierte in den Kammern Gesetze, sie vergab die Staatsstellen vom Ministerium bis zum Tabaksbüro.« Karl Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: MEW, Bd. 7, S. 12.

Literatur

- Blanc, Louis: Histoire de dix ans 1830 – 1840, pt. 1, Paris 1841; dt.: Geschichte der zehn Jahre von 1830-1840, Tl. 1, Zürich-Winterthur 1843 bzw. Berlin 1844.
- Bock, Helmut: Die Illusion der Freiheit. Deutsche Klassenkämpfe zur Zeit der französischen Julirevolution 1830 bis 1831, Berlin (DDR), 1980.
- Droz, Jacques: De la restauration à la révolution 1815-1848, Paris 1967.
- Gervinus, Georg Gottfried: Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts seit den Wiener Verträgen, Bd. 8 / 2 Hbd., Leipzig 1866.
- Holzapfel, Kurt: Zur Dialektik von inneren und äußeren Faktoren in der bürgerlichen Revolution. Eine Studie zur Julirevolution von 1830 in Frankreich, phil. Diss. B (Ms.), Leipzig 1980.
- Kossok, Manfred; Werner Loch (Hrsg.): Die französische Julirevolution von 1830 und Europa, Berlin (DDR) 1985.
- Stern, Alfred: Geschichte Europas 1830-1848, Bd. 1, Stuttgart-Berlin 1905.
- Weill, Georges: La France sous la monarchie constitutionnelle 1814-1848, Paris 1912.

ULRICH BUSCH

15 Jahre Währungsunion. Ein kritischer Rückblick

Der 1. Juli 1990 als »Tag X«

Am Anfang der deutschen Vereinigung stand die Einführung der D-Mark in der DDR. Als entscheidender Schritt beim Übergang von der staatssozialistischen Planwirtschaft zur kapitalistischen Marktwirtschaft bedeutete diese Maßnahme die Vorwegnahme der deutschen Einheit auf wirtschaftlichem Gebiet. Und zugleich deren Unumkehrbarkeit, denn mit der Währungsunion am 1. Juli 1990 wurden Tatsachen geschaffen, welche die staatliche Vereinigung unabdingbar machten. Bezeichnenderweise sah die *Bild*-Zeitung in diesem Datum bereits den »Tag X«, das mysteriöse Datum der Wiedervereinigung aus der Zeit des Kalten Krieges, verwirklicht.¹

Dem währungspolitischen Anschluß der DDR folgte mit dem Beitritt der neuen Länder zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 der staatliche Anschluß. Damit war die Einheit vollzogen. Deutschland existiert von nun an als wiedervereinigter europäischer Staat mit einer einheitlichen Eigentums- und Rechtsordnung, *einer* Wirtschaftsordnung, *einer* Sozialordnung und *einer* Währung, aber gespalten in *zwei* Teilgesellschaften mit unterschiedlich entwickelter Wirtschaftskraft, ungleichen Lebensbedingungen und einer verschiedenartigen Tradition.² Unerreicht blieb bis heute auch die *innere* Einheit, die Angleichung der Lebensverhältnisse, der Wertvorstellungen und der Kultur.³

Die D-Mark gehörte zu den Gründungsmythen der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft. Für die Ostdeutschen verkörperte sie in den Jahren der Teilung die unerfüllte Sehnsucht nach westlichem Wohlstand, nach Freiheit, Reichtum und Glück. Ihre Vorreiterrolle im Vereinigungsprozeß verlieh ihr daher gleich in mehrfacher Hinsicht eine besondere Bedeutung:

Erstens wurde die D-Mark zum herausragenden Symbol der deutschen Einheit. Die gleiche Währung wie die Westdeutschen in den Händen zu haben, erzeugte bei den Menschen im Osten die *Illusion* wirtschaftlicher und sozialer Gleichheit. Der »große Ostwestgeldtransfer«, schrieb Regina Mönch, »egalisierte eine bis dahin geteilte Gesellschaft«.⁴ In Wahrheit jedoch traten die Unterschiede erst jetzt richtig hervor, wurden quantifizierbar und daher in ihrer distinktiven Wirkung vollends begriffen: »Die Wessis waren schlauer, das Geld ist jetzt die Mauer!«, so brachte man die neue Sachlage auf den Punkt.

Zweitens unterschied sich die ostdeutsche Transformation durch die Währungsunion erheblich vom Transformationsprozeß anderer

Ulrich Busch – Jg. 1951, Doz. Dr. oec. habil., Bankkaufmann, Finanzwissenschaftler, Veröffentlichungen zur Wirtschaftstheorie und -politik, zuletzt in UTOPIE kreativ: Ostdeutschland: Wirtschaftspolitische Optionen für 2005 bis 2019, Heft 172 (Februar 2005).

1 Der Sonntag, an dem die D-Mark kommt, in: *Bild*, 29. März 1990, S. 4.

2 Michael Brie: Die ostdeutsche Teilgesellschaft, in: Max Kaase, Günther Schmid (Hrsg.): Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1999, S. 201-236.

3 Vgl. Werner Weidenfeld, Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch Deutsche Einheit 1949-1989-1999, Bonn 1999, S. 454 ff.

postsozialistischer Länder, was ihr den Status eines »privilegierten Sonderfalls« zu verleihen schien.⁵ In Wirklichkeit handelte es sich hierbei lediglich um ein anderes Verlaufsmuster der Transformation, bei welchem die Wohlfahrtsgewinne größtenteils am Anfang standen, die Verluste an sozialer Sicherheit, Arbeitsplätzen, Lebensqualität usw. jedoch zeitverzögert auftreten. Dafür dann zumeist aber dauerhaft. Im Unterschied hierzu hatten es die anderen Länder in den ersten Jahren nach dem Systemwechsel außerordentlich schwer, erleben jetzt aber, unterstützt durch die Europäische Union, eine Periode steigender Wohlfahrtsgewinne und rascher Aufholerfolge. Wohingegen in Ostdeutschland der wirtschaftliche Aufbau stockt und der Aufholprozeß seit Jahren stagniert.

Drittens erschien die Währungsunion vielen als ein rein monetärer Akt ohne große Bedeutung für die reale Ökonomie. Dies erwies sich jedoch als ein Trugschluß, denn mit der Währungsumstellung erfolgten die entscheidenden Weichenstellungen für den gesamten Vereinigungsprozeß und den *Aufbau Ost*, für dessen Verlauf und Resultate.

Obwohl die Debatten um die Währungsunion, ihr Zustandekommen und ihre Ergebnisse, umfassend dokumentiert, wissenschaftlich aufbereitet und ausgewertet sind, gibt es über kaum einen anderen Aspekt der deutschen Vereinigung so viele Mythen, Irrtümer, Mißverständnisse und Fehlinterpretationen wie hierüber. Dies betrifft die politischen und ökonomischen Voraussetzungen ebenso wie die Umstellungsmodalitäten und macht selbst vor den wirtschaftlichen und sozialen Folgen nicht halt, die, von einigen als »Erfolg«, von anderen aber als »Katastrophe« ausgelegt, unterschiedlicher kaum beurteilt werden könnten. Indes, vieles, was hier diskutiert wird, geht an den Fakten vorbei und gehört ins Reich der Legende. So zum Beispiel die These von der »Alternativlosigkeit« der getroffenen Entscheidung,⁶ der »Mythos des Kontrafaktischen« als Quelle unrealistischer Legenden⁷ und die Behauptung, die »Ostmark« sei kaum etwas wert gewesen, ein wertloser »Alu-Chip«, aber auch die Mär vom »Umtauschkurs 1:1« als einem vermeintlich »exzellenten Geschäft« für die Ostdeutschen⁸ und von der D-Mark als einem »Geschenk des Westens« an den Osten,⁹ einem »solidarischen Opfer« für die Einheit¹⁰ usw.

Bei Lichte besehen handelt es sich hierbei um Versuche, eine unter Zeitdruck und als politischer Kompromiß zustande gekommene höchst problematische Entscheidung mit dramatischen wirtschaftlichen Folgen im nachhinein als unvermeidlich und als für die DDR-Bürger vorteilhaft hinzustellen. Um die einer Neutronenbombe vergleichbare Wirkung der Währungsunion für die ostdeutsche Wirtschaft zu entschuldigen und die im Gefolge dieses Desasters für den Westen entstandenen finanziellen Kosten zu rechtfertigen, wird dem Ganzen nachträglich der Nimbus einer »guten Tat« und solidarischen Geste angedichtet. Aber nichts davon ist wahr! Die Entscheidung der Bundesregierung Anfang 1990, das bislang favorisierte Stufenkonzept der Vereinigung aufzugeben und die Inkorporation der DDR über eine Ausdehnung des Währungsgebietes in Angriff zu nehmen, folgte – neben wahltaktischen Motiven – einem wohlgedachten Kalkül, wozu es im Bonner Kanzleramt, im Forschungsbeirat sowie in der For-

4 Regina Mönch: Geldlos glücklich? Ein Nachruf auf die Ostmark, in: Kursbuch 130, Berlin 1997, S. 21.

5 Vgl. Helmut Wiesenthal: Die neuen Bundesländer als Sonderfall der Transformation in den Ländern Ostmitteleuropas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 40/96, S. 46-54; Ders.: Die Transformation der DDR. Verfahren und Resultate, Gütersloh 1999.

6 Vgl. Lutz Hoffmann: Warten auf den Aufschwung. Eine ostdeutsche Bilanz, Regensburg 1993, S. 21 ff.; Jürgen Gros: Entscheidung ohne Alternativen? Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik im deutschen Vereinigungsprozeß 1989/90, Mainz 1994; Hans-Werner Sinn: Ist Deutschland noch zu retten?, München 2005, S. 234.

7 Walter Heering: Acht Jahre deutsche Währungsunion, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 24/98, S. 20-34.

8 Vgl. Uwe Müller: Super-gau Deutsche Einheit, Berlin 2005, S. 40.

9 So behauptet zum Beispiel der ehemalige Treuhand-Manager Scherpenberg: »Wenn ich mir die Bilanz der Staatsbank der DDR anschau, hat der Umtauschkurs dazu geführt, daß wir den Sparern der DDR ... etwa 100 Mrd. DM geschenkt haben, weil ihre Sparguthaben nicht werthaltig waren.« – Norman van Scherpenberg: Das Instrumentarium der Treuhand zur Privatisierung, in: Birgit Breuel, Michael C. Burda (Hrsg.): Die Treuhandanstalt

1990 bis 1994. Eine kritische Würdigung, Berlin 2005, S. 45.

10 So spricht Wiesenthal in bezug auf die Umstellung der Sparguthaben und die paritätische Einkommensumstellung von »an die DDR-Bevölkerung ausgereichten Gratifikationen«, durch welche »eine signifikante Verbesserung der Einkommens- und Vermögenssituation« eingetreten sei. Helmut Wiesenthal: Die neuen Bundesländer als Sonderfall, a. a. O., S. 47.

11 Vgl. Karl Heinz Roth: Anschließen, angleichen, abwickeln. Die westdeutschen Planungen zur Übernahme der DDR 1952-1990, Hamburg 2000, S. 81 ff. Besonders sei hier auf einige im Anhang abgedruckte Dokumente hingewiesen. So zum Beispiel auf das Modell einer »sofortigen Währungsvereinheitlichung mit Quotenverfahren und differenzierten Kursen« vom 28. April 1953 (a. a. O., S. 130 ff.).

12 Während DDR-Wirtschaftsexperten vor einer übereilten Währungsunion warnten (vgl. Neues Deutschland, 9. Februar 1990), drängten »Vertreter der bundesdeutschen Finanzwelt« auf die rasche Einführung der D-Mark in der DDR – möglichst noch vor den Volkskammerwahlen am 18. März 1990. Auch bei der EG-Kommission bestanden gegen eine Ausweitung des Währungsgebietes »keinerlei Bedenken« (Berliner Zeitung, 13. Februar 1990).

13 Vgl. Ulrich Busch: Am Tropf. Die ostdeutsche Transfersgesellschaft, Berlin 2002.

schungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen entsprechende Vorarbeiten und umfangreiche strategische Planungen gab.¹¹ Auch hatten die Interessen der deutschen Industrie, Banken, Versicherungs- und Handelskonzerne in dem Konzept der Währungsunion angemessen Berücksichtigung gefunden, so daß von einem Alleingang der Politik, vertreten durch Helmut Kohl und Theo Waigel, überhaupt keine Rede sein kann.¹²

Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, ihr Zustandekommen wie ihre konkrete Ausgestaltung, ist Indiz dafür, daß bei der Wiedervereinigung die institutionelle Integration und ordnungspolitische Gleichschaltung des Ostens mit dem Westen gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands Vorrang hatten. Der Kollaps der DDR-Produktion infolge der Einführung der D-Mark, der Zusammenbruch des Binnenmarktes und nachfolgend auch der Exportmärkte in Mittel- und Osteuropa und deren Übernahme durch westdeutsche Firmen: All das wurde von den verantwortlichen Politikern nicht nur vorhergesehen, sondern auch billigend in Kauf genommen. Ebenso die Deindustrialisierung der neuen Länder, die Verödung und Entvölkerung ganzer Landstriche, die Massenarbeitslosigkeit und das Angewiesensein großer Teile der ostdeutschen Bevölkerung auf eine externe Alimentation, die West-Ost-Transfers.¹³ Auf eine den wirtschaftlichen Umbruch und gesellschaftlichen Wandel aktiv gestaltende Struktur- und Industriepolitik wurde bewußt verzichtet. Allein der Markt und die von ihm ausgehenden Kräfte sollten es richten. Die Politik beschränkte sich darauf, die schlimmsten sozialen Folgen finanziell aufzufangen und zu mildern. Dieser Weg war teuer und schmerzvoll. Er versprach der westdeutschen Wirtschaft jedoch maximale Umsatzsteigerungen, stabile Marktanteile und schnelle Gewinne. Im Osten sollte er die Voraussetzung für umfangreiche Investitionen, einen Technologietransfer und moderne Strukturen schaffen. – Deshalb wurde er gewählt.

Aber diese Rechnung ging in vielem nicht auf: Die Investoren blieben aus und die ostdeutschen Märkte auf Dauer von westdeutschen Firmen »besetzt«. Der *Aufbau Ost* hat sein Ziel, in den neuen Ländern einen selbsttragenden Aufschwung zu generieren und Ostdeutschland zur dynamischsten Wirtschaftsregion Europas zu machen, auch fünfzehn Jahre nach der Vereinigung *nicht* erreicht.¹⁴ Statt gegenüber dem Westen kräftig aufzuholen, fällt Ostdeutschland wirtschaftlich mehr und mehr zurück. Anderthalb Jahrzehnte nach dem Beginn der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ist von einer Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West kaum mehr die Rede. Ebenso wenig von »blühenden Landschaften«, einem Leben in Wohlstand und Würde und einer gesicherten Zukunft. Ostdeutschland ist heute ökonomisch unterentwickelt, in weiten Teilen ohne Chance und Perspektive, hängt finanziell »am Tropf« des Westens und droht zum deutschen Mezzogiorno zu werden – ein Befund, der erschrecken mag, aber kaum überrascht, denn im Rückblick wird deutlich, daß die entscheidenden Weichenstellungen hierfür bereits mit der Währungsunion erfolgt sind.

Sachstand und Ausgangsbedingungen

Als Helmut Kohl am 6. Februar 1990 der Regierung der DDR überraschend das Angebot einer Währungs- und Wirtschaftsunion unterbreitete, befand sich die DDR politisch und ökonomisch in einer tie-

fen Krise. Die Wirtschaft verlor dramatisch an Dynamik und zehrte in vielen Bereichen von der Substanz. Hinzu kam der Exodus Hunderttausender, die ihrer Heimat nach dem Fall der Mauer den Rücken kehrten. Mit der Eskalation der wirtschaftlichen Probleme wuchs die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit. Die Exporterlöse ließen sich kaum mehr steigern, ohne Importe aber war das Land nicht lebensfähig und neue Kredite waren nur noch schwer zu bekommen. Die Lage schien aussichtslos.¹⁵ Gleichwohl kann von einem wirtschaftlichen Kollaps oder Staatsbankrott, von einer »Pleite«, wie mancher meint, im strengen Sinne des Wortes nicht gesprochen werden.¹⁶ Noch arbeiteten die Betriebe und öffentlichen Institutionen, funktionierte die Versorgung und war die allgemeine Sicherheit gegeben. Auch wurden die Verbindlichkeiten des Staates im Inland wie im Ausland pünktlich bedient. Siegfried Wenzel vermerkte im Rückblick hierzu: »Die DDR konnte bis zum letzten Tag ihrer ökonomischen Existenz, bis zur Währungsunion und der Umstellung auf die DM am 1. 7. 1990 selbst unter den seit einem dreiviertel Jahr andauernden Umbruchsbedingungen sowohl im Handel mit den ausländischen Partnern in Ost und West jede fällige Rechnung bezahlen als auch die Versorgung der Bevölkerung stabil gewährleisten ...«.¹⁷ Die Fragen, die die Menschen bewegten, waren jedoch: Wie lange geht das noch? Und was wird dann werden? Und die Aussichten für die Zukunft waren düster. Das wußte man in Berlin wie in Bonn. Deshalb war Eile geboten. Die Verhandlungen über die Herstellung der deutschen Einheit standen – auch international – unter Zeitdruck.

Die wichtigste Frage, die es im Vorfeld der Währungsunion zu klären galt, war die Frage nach dem »Wert« der Mark der DDR, nach dem Kurs zwischen DDR-Mark und D-Mark. Diese Frage war völlig offen, da es zwischen den beiden deutschen Währungen keinen offiziellen Wechselkurs gab, sondern lediglich ein in bilateralen Abkommen – dem Frankfurter Abkommen vom 8. Oktober 1949 und dem Berliner Abkommen vom 20. September 1951 – vereinbartes Verrechnungsverhältnis von 1:1, das dem innerdeutschen Handel und Zahlungsverkehr von 1948 bis 1990 zugrunde lag.¹⁸ Dieses Verrechnungsverhältnis sagte über den »Wert« der DDR-Mark aber genauso wenig aus wie die illegalen Sortenkurse, die in privaten Westberliner Wechselstuben notiert wurden und die zwischen Oktober 1989 und Juni 1990 im Mittel zwischen 10,9 und 35,0 (DM je 100 DDR-Mark) schwankten.¹⁹ Für eine verlässliche Kursbestimmung war dieser »Nebenmarkt«, der »die Vorstellungen eines wirklich freien Marktes in keiner Weise« erfüllte, entschieden zu eng und »nicht hinreichend repräsentativ«. Zudem führte das absolute Verbot der Aus- und Einfuhr der DDR-Währung beim Tausch von vornherein zu »hohen Abschlägen«, wodurch die DDR-Mark im Verhältnis zu ihrer Binnenkaufkraft stark unterbewertet wurde.²⁰

Einen funktionierenden Devisenmarkt mit aussagefähigen Wechselkursen hat es für die DDR-Mark aber nie gegeben. Der Außenhandel vollzog sich überwiegend im Rahmen bilateraler Vereinbarungen auf der Basis von Verrechnungseinheiten bzw. spezieller Verrechnungswährungen wie dem *Transferablen Rubel*. Für den internen Ausweis der in konvertierbarer Währung getätigten Außenhandelsumsätze bediente man sich einer synthetischen Währungs-

14 Ulrich Busch: Aufbau Ost – Bilanz und Perspektiven, in: Berliner Debatte Initial, 16 (2005)1, S. 79-90.

15 So stellten Gerhard Schürer u. a. am 28. September 1989 fest, daß bei dem »jetzt erreichten Niveau ... der Verschuldung eine Unterschreitung der Exportziele unweigerlich die Zahlungsunfähigkeit bedeuten« würde (Geheime Kommandosache b 5-111/89, S. 4). Eine ähnliche Einschätzung der Lage findet sich in der *Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen* vom 30. Oktober 1989, abgedruckt in: Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlußbilanz, Berlin 2000, S. 287 ff.

16 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Anatomie einer Pleite. Der Niedergang der DDR-Wirtschaft seit 1971, Berlin 2000.

17 Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? a. a. O., S. 12.

18 Vgl. Jochen Plassmann: Die Rolle der Deutschen Bundesbank im innerdeutschen Zahlungsverkehr, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, München 1998, S. 655-674.

19 Deutsche Bundesbank: Die Währungsunion mit der DDR, in: Monatsberichte 42 (1990)7, S. 24.

20 Ebenda, S. 24 f.

21 Die *Valutamark* war die dem Währungskurs entsprechende einheitliche Ausdrucksform ausländischer Währungen in Mark der DDR. Für die Umrechnung galt 1 VM = 1 D-Mark. Vgl. Armin Volze: Die gespaltene Valutamark, in: Deutschland Archiv, 2/1999, S. 232-241.

22 Gerlinde Sinn, Hans-Werner Sinn: Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, 2. Auflage, Tübingen 1992, S. 61.

23 Vgl. dazu die Übersicht in: Gerlinde Sinn, Hans-Werner Sinn: Kaltstart, a. a. O., S. 55.

24 Theoretisch läßt sich die qualitative Verschiedenheit bis zur Leugnung jeglicher Geldqualität der Münzen und Banknoten im Staatssozialismus treiben, so nachzulesen bei Gunnar Heinsohn, Otto Steiger: Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft, Marburg 2002, S. 296 f.

einheit, der *Valutamark* (VM),²¹ sowie spezieller Devisenertragskennziffern und Richtungskoeffizienten, um den Valutagegenwert in DDR-Mark zu berechnen. Der Umrechnungsfaktor für eine D-Mark betrug zuletzt 4,40. Dem entsprach eine Devisenertragskennziffer von 0,23. 1971 hatte diese Kennziffer noch 0,5 betragen, 1980 0,42, 1985 0,35 und 1986 0,28.²²

Hieraus lassen sich zwar bestimmte Rückschlüsse auf die Außenhandels- und Devisenrentabilität der DDR ziehen sowie Schlußfolgerungen für die Entwicklung des »Außenwerts« der DDR-Mark ableiten. Um ein Kursverhältnis handelte es sich bei diesen Größen jedoch nicht. Auch gilt es zu beachten, daß sich diese Kennziffern ausschließlich auf den Handel mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW) bezogen, nicht aber auf den für die DDR mindestens ebenso wichtigen, aber weitaus effizienteren Handel im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Ferner gilt, daß in der DDR, wie in jedem anderen Land auch, der größte Teil des Bruttoinlandsprodukts nicht für den Export, sondern für den Binnenmarkt produziert wurde. Zudem bezog sich ein Großteil der Preise auf »nicht handelbare Güter«, insbesondere Dienstleistungen, so daß aus dem Währungsverhältnis im Außenhandel mit dem NSW keinesfalls direkt auf den »Wert« der DDR-Mark geschlossen werden kann. Viel mehr als durch den Außenwert wurde dieser »Wert« durch die Binnenkaufkraft des Geldes bestimmt. Und diese lag – nach übereinstimmender Auffassung voneinander unabhängiger Experten – bis zuletzt signifikant *über* derjenigen der D-Mark.²³

Gerlinde und Hans-Werner Sinn erklärten das Paradoxon, wonach die Kaufkraft der DDR-Mark deutlich *über* und der Außenwert deutlich *unter* dem der D-Mark lag, mit einer Unterbewertung der DDR-Mark im Außenhandel. Diese resultierte aus der relativ niedrigen Arbeitsproduktivität der DDR bei »handelbaren Gütern«, aber einer durchaus mit Westdeutschland vergleichbaren Produktivität bei »nicht handelbaren Gütern«. Infolge einer derartigen Konstellation kommt es zwangsläufig zu einer Diskrepanz zwischen Kaufkraftparität und Wechselkurs (Außenwert). Dies läßt sich auch in anderen Volkswirtschaften beobachten. In unserem Fall schlug sich der Produktivitätsrückstand der DDR gegenüber der Bundesrepublik in einem Devisenertragskoeffizienten von unter 1,0 nieder. Zuletzt lag er bei 0,23. Dieser Tatbestand wurde binnenwirtschaftlich durch Subventionen und ein verhältnismäßig niedriges Preisniveau kompensiert, so daß die Binnenkaufkraft der DDR-Mark vergleichsweise hoch war. Auch dann noch, als der Außenwert rapide fiel.

Hinzu kam, daß man es bei den beiden deutschen Währungen mit *qualitativ* verschiedenen Größen zu tun hatte, also mit in ordnungspolitischer Hinsicht nicht gleichwertigem Geld.²⁴ Dies geht auf die Verschiedenheit der beiden Wirtschaftsordnungen zurück und schließt jeden direkten quantifizierenden Vergleich, wie ihn ein marktbestimmter Wechselkurs voraussetzt, prinzipiell aus. Darüber hinaus implizierte die Verschiedenartigkeit beider Währungen nicht nur voneinander abweichende Bestimmungen hinsichtlich Funktionalität, Stabilität, sozialem Stellenwert usw., sondern auch spezifische Eigenschaften, die für die Bewertung des Geldes in der Öffentlichkeit von ausschlaggebender Bedeutung waren. Hierzu zählten die freie

Konvertibilität (der D-Mark), im Unterschied zur Inkonvertibilität der DDR-Mark als einer reinen Binnenwährung, der jeweilige Außenwert der Währung, ablesbar im Umtauschkurs, und deren Reputation im Ausland. Ferner die im Austausch dafür erhältliche Produktpalette, die im Falle der D-Mark faktisch das Güterangebot der gesamten Welt umfaßte, im Falle der DDR-Mark aber auf den Binnenmarkt der DDR bzw. die Märkte bestimmter RGW-Länder beschränkt war.²⁵

Schließlich waren für die Wertbestimmung des Geldes auch die Kaufkraftunterschiede und, daraus abgeleitet, die Kaufkraftrelationen zwischen beiden Währungen zu beachten. Entsprechende komparative Berechnungen zeigten, daß die DDR-Mark hier, bezogen auf den Standardverbrauch ostdeutscher privater Haushalte, besser abschnitt als die D-Mark. Dies galt insbesondere für Haushalte mit Kindern und von Rentnern, wo die DDR-Mark eine bis zu 50 % höhere Kaufkraft aufwies als die D-Mark. Übrigens über den gesamten Zeitraum hinweg auch eine größere Stabilität. Bezogen auf die Verbrauchsstrukturen westdeutscher Haushalte war die Differenz jedoch deutlich geringer bzw. sogar negativ, so daß der Kaufkraftvorteil der DDR-Mark stark *verbrauchsabhängig* war. Mithin war klar: Bei einer Änderung des Verbrauchsverhaltens, wovon im Ergebnis der Währungsunion und der Anpassung der Preisstruktur auszugehen war, würde sich der Kaufkraftvorteil rasch verlieren.²⁶

Zum Zwecke der Begründung eines »nutzenadäquaten Umtauschverhältnisses« ermittelte das *Statistische Bundesamt* im Vorfeld der Währungsunion auf der Grundlage eines gekreuzten Warenkorb für die DDR-Mark einen Wert von 1,08 DM.²⁷ Hätte man bei der Festlegung der Umstellungssätze im Zuge der Währungsunion dieses Verhältnis zum Maßstab gemacht, so wären die Einkommen und die Geldvermögen der DDR-Bürger im Verhältnis 1:1,08 umgestellt worden. Dies hätte zweifellos den realen Kaufkraftrelationen besser entsprochen als die tatsächlich praktizierte Regelung. Eine derartige Sicht läßt jedoch die anderen Aspekte der Währungsunion unberücksichtigt: Neben den Geldbeständen waren auch die Kredite umzustellen, und hier war durchaus eine Abwertung wünschenswert, eine Reduktion der Verbindlichkeiten, um den ohnehin kaum wettbewerbsfähigen Unternehmen den Start in die Marktwirtschaft zu erleichtern. Diskutiert wurde daher eine asymmetrische Umstellung von Forderungen (1:1) und Verbindlichkeiten (2:1 bzw. 4:1), bei welcher der Staat den Ausgleich zu finanzieren gehabt hätte. Um ein solches Modell durchzusetzen, fehlte es jedoch bei den Politikern an der notwendigen Einsicht und solidarischen Bereitschaft. Auch verweigerte die *Bundesbank* einem derartigen Konzept ihre Zustimmung. Praktiziert wurde daher ein Kompromiß, bei dem letztlich fast alle verloren. Vor allem die ostdeutschen Unternehmen, im Gefolge dessen aber auch die ostdeutsche Bevölkerung. Und schließlich auch die Bevölkerung im Westen und der Staat. Einziger Gewinner dieser Regelung war die westdeutsche Wirtschaft, und das bis heute.²⁸

Das Procedere der Währungsunion

Die Modalitäten der Währungsunion wurden im *Staatsvertrag* über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR am 18. Mai

25 Hinzu kamen alle möglichen Aus- und Einfuhrbeschränkungen, Kontingentierungen und Limitierungen im Reisezahlungsverkehr, welche die ohnehin stark eingeschränkte »Konvertibilität« der DDR-Mark zusätzlich begrenzt haben.

26 Vgl. Ulrich Busch: Verbraucherpreisentwicklung in Ostdeutschland seit 1990 – Statistische Erfassung und Folgen für die Realeinkommen, Berlin 2005 (unveröffentl. Man.)

27 Statistisches Bundesamt: Zahlen, Fakten, Trends: Extra 9/1990-2.

28 Rüdiger Pohl, damals Mitglied des Sachverständigenrates, sah diese Wirkung vorher und hat sie beschrieben: »Mit dem Tag X wird nicht nur die D-Mark in der DDR in Umlauf gebracht. Währungsunion heißt vor allem, daß sämtliche Beschränkungen für den grenzüberschreitenden Handel wegfallen. Die DDR-Unternehmen werden schlagartig der internationalen Konkurrenz ausgesetzt. Hochproduktive westliche Unternehmen, die schon viele Märkte erobert haben, drängen dann auf den DDR-Markt. Unter dem Druck des Wettbewerbs werden nicht wenige DDR-Unternehmen ihre Pforten schließen.« Berliner Zeitung, 20. April 1990.

29 Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Mai 1990, in BGBl. II S. 537.

30 Vgl. Deutsche Bundesbank: Technische und organisatorische Aspekte der Währungsunion mit der Deutschen Demokratischen Republik, in: Monatsberichte 42(1990)10, S. 25-32.

31 Deutsche Bundesbank: Modalitäten der Währungsumstellung in der DDR zum 1. Juli 1990, in: Monatsberichte 42(1990)6, S. 42 ff.

32 Deutsche Bundesbank: Die Währungsunion, a. a. O., S. 26.

33 Vertrag über die Schaffung, a. a. O., Art. 10.6.

34 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31. August 1990, BGBl. II, S. 889, Art. 25,6.

35 Vgl. Ulrich Busch: Argumente für einen fast vergessenen Passus des Einigungsvertrages, in: UTOPIE kreativ, Heft 43/44 (Mai/Juni 1994), S. 122-138; Ders.: Am Tropf, a. a. O., S. 298 ff.

1990 einvernehmlich geregelt.²⁹ Danach bildeten die beiden deutschen Staaten vom 1. Juli 1990 an eine Währungsunion mit einem einheitlichen Währungsgebiet und der D-Mark als gemeinsamer Währung. Als Notenbank für den gesamten Währungsraum fungierte nunmehr die *Deutsche Bundesbank*. Dieser oblag es auch, die organisatorischen und technischen Aufgaben der Währungsumstellung vorzunehmen. Da die Einführung der D-Mark in der DDR ausschließlich über Konten abgewickelt wurde, mußten innerhalb kürzester Zeit 24,7 Millionen Konten umgestellt und den Inhabern entsprechende Verfügungsmöglichkeiten über Bargeld eingeräumt werden. Dazu war es erforderlich, mehrere Tonnen Banknoten und Münzen im Gesamtwert von 28 Mrd. DM in die neuen Bundesländer zu transportieren und in den Geldinstituten bereitzustellen. Für die Durchführung des unbaren Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs waren aufwendige technische Veränderungen im Bankensystem notwendig. Diese konnten im wesentlichen bis Ende 1990 abgeschlossen werden.³⁰

Die Währungsumstellung erfolgte differenziert nach Strom- und Bestandsgrößen. Während alle laufenden Transaktionen, also Löhne, Gehälter, Stipendien, Renten, Mieten und Pachten sowie weitere wiederkehrende Zahlungen im Verhältnis 1:1 umgestellt wurden, erfolgte die Umstellung der Vermögens- und Schuldverhältnisse grundsätzlich im Verhältnis 2:1. Davon ausgenommen waren lediglich Bankeinlagen natürlicher Personen von bis zu 2000, 4000 bzw. 6000 Mark, welche, altersmäßig gestaffelt, 1:1 umgestellt wurden, sowie Guthaben von Ausländern, für welche ein Umstellungssatz von 3:1 galt.³¹

Dies bedeutete, daß die Verbindlichkeiten des Staates, der Betriebe, der Wohnungsbaugesellschaften usw., aber auch private Kredite durch die Währungsumstellung nominell halbiert wurden. Ebenso Forderungen von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen. Die Guthaben der Bevölkerung dagegen wurden im Durchschnitt zu einem Satz von 1,5:1 umgestellt. Die sich durch die asymmetrische Bilanzumstellung ergebende Lücke auf der Aktivseite wurde mittels eines bilanziellen Ausgleichspostens in Höhe von 26,4 Mrd. DM geschlossen. Insgesamt erfolgte durch die Währungsumstellung eine Verkürzung der Geld- und Kreditbilanz der DDR von 446,6 Mrd. Mark auf 246,0 Mrd. DM.³² Die Geldvermögen der privaten Haushalte reduzierten sich von 193,4 Mrd. Mark auf 129,1 Mrd. DM. Zum Ausgleich für den der Bevölkerung hierdurch entstandenen Umtauschverlust in Höhe von 64,3 Mrd. Mark sollte den Sparern laut Staatsvertrag »ein verbrieftes Anteilsrecht am volkseigenen Vermögen« eingeräumt werden.³³ Eine Klausel, die sich auch im Einigungsvertrag vom 31. August 1990 findet,³⁴ die aber unter Verweis auf die Bilanz der *Treuhandanstalt*, welche ihr aktives Geschäft 1994 mit einem Defizit von 270 Mrd. DM beendete, letztlich nicht umgesetzt worden ist³⁵.

Die Festlegung der Umstellungssätze basierte auf einer politischen Entscheidung. Dabei hatte sich die DDR bei den Löhnen, Renten und anderen Stromgrößen mit ihrer Forderung nach einem Kurs von 1:1 durchgesetzt. Bei der Umstellung der Bestandsgrößen folgte die Regelung weitestgehend den Vorstellungen der *Deutschen Bundes-*

bank, welche auf einem Umstellungssatz von 2:1 bestanden hatte.³⁶ Bei der Begründung ihrer Position hatte die *Bundesbank* vor allem die Stabilität der Währung im Auge, weshalb sie eine am Wirtschaftspotential der DDR orientierte Begrenzung der Geldmenge anstrebte. Dabei saß sie jedoch einem Trugschluß auf, indem sie die Geldbestände auf den Spargirokonten der DDR als täglich verfügbares Geld *in summa* der Geldmenge M1 zurechnete. De facto handelte es sich hierbei aber überwiegend um *langfristig* angelegte Spargelder im Sinne von M3 bzw. um Geldkapital, welches nicht zur Geldmenge zählt, da es nicht sofort kaufkraftwirksam werden würde.³⁷ Die Inflationsängste der *Bundesbank* erwiesen sich mithin als unreal. Es kam weder zu dem befürchteten »Kaufrausch« noch zu einem dramatischen inflationären Preisanstieg. Vielmehr wandelten die ostdeutschen Haushalte ihre Spareinlagen sukzessive in längerfristige Geld- und Kapitalanlagen um, so daß sich die Geldmenge schon bald auf ein vertretbares Maß reduzierte. Der zu Lasten der ostdeutschen Sparer vorgenommene »Währungsschnitt« erwies sich damit im Rückblick als unbegründet.

Durch die Währungsunion mit der DDR hatte sich der DM-Geldumlauf um 180 Mrd. DM erhöht, was 14,7 % der westdeutschen Geldmenge entsprach. Zwölf Monate später waren dies bloß noch 11,5 % und damit nur noch geringfügig mehr, als das ostdeutsche Produktionspotential 1990 ausgemacht hatte.³⁸ Die *Bundesbank* stellte hierzu später fest, daß sich aus der Währungsunion für die Sicherung der Geldwertstabilität zu keinem Zeitpunkt »ernsthafte Probleme« ergeben hätten.³⁹ Was aber geblieben ist, ist der Umtauschverlust der ostdeutschen Bevölkerung und das daraus resultierende Mißverhältnis bei der gesamtdeutschen Vermögensverteilung. Ein Fakt, der die deutsche Einheit bis heute schwer belastet und der mitverantwortlich dafür ist, daß es den ostdeutschen Gründern, Selbständigen und Kleinunternehmern chronisch an Eigenkapital mangelt.

Zielstellungen und Wirkungen

Mit der Währungsunion wurden mehrere, untereinander konkurrierende Ziele verfolgt. Das übergreifende Ziel bestand darin, über die Ausdehnung des Währungsgebietes der D-Mark den Markt der DDR zu »erobern« und dadurch die Wiedervereinigung Deutschlands unwiderruflich einzuleiten. Durch den Verzicht der DDR auf die Währungshoheit und die bedingungslose Preisgabe ihres Binnenmarktes wurde ihr Anschluß an die Bundesrepublik unabdingbar. Nach dem 1. Juli 1990 gab es zum Beitritt nach Artikel 23 GG (alte Fassung) in der Tat keine Alternative mehr. Zugleich aber war die Währungsunion Kernstück der »monetären Transformation« und als solche »Teil der Schocktherapie«, welcher die Wirtschaft zwischen Rügen und Erzgebirge in den Folgejahren vorsätzlich unterzogen wurde.⁴⁰ Die marktwirtschaftliche Transformation der ostdeutschen Wirtschaft, aber auch ihre Integration und Subordination unter die Bedingungen und Strukturen der Bundesrepublik, nahm hier ihren Anfang. Die *Treuhand* vollendete schließlich nur auf ihre Weise den mit der Währungsunion eingeschlagenen Weg.

Daneben aber wurden noch andere Ziele verfolgt:

Erstens die Ausstattung der Bevölkerung mit Liquidität, um den Ab-

36 Die DDR hatte auch für Spareinlagen der Bevölkerung einen Umstellungssatz von 1:1 gefordert. Sie fand hierin Unterstützung bei Wirtschaftsforschern und der Staatsbank der DDR, vgl. taz vom 5. April 1990; IW Köln, iwD 11/1990, S. 4 f.

37 In der Abgrenzung der Bundesbank umfaßte M1 Bargeld und Sichteinlagen, M2 zudem Termineinlagen mit einer Befristung bis unter vier Jahren und M3 zusätzlich Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. Geldkapital in Form von Anleihen, Obligationen, Sparbriefen usw. wurde dagegen nicht zur Geldmenge gerechnet.

38 Die Rechnung fällt allerdings etwas anders aus, wenn man das durch den Crash 1990/91 um mehr als ein Drittel reduzierte Produktionspotential Ostdeutschlands als Referenzgröße zugrunde legt. Danach hätte die Geldmengenerweiterung nur noch etwa 7 % betragen dürfen, um inflationsneutral zu sein. Vgl. Hans-Jörg Thieme: Währungsunion in Deutschland. Konsequenzen für die Geldpolitik, in: Gernot Gutmann, Ulrich Wagner (Hrsg.): Ökonomische Erfolge und Mißerfolge der deutschen Vereinigung. Eine Zwischenbilanz, Stuttgart/Jena 1994, S. 149.

39 Deutsche Bundesbank: Fünfzig Jahre, a. a. O., S. 701.

40 Deutsche Bundesbank: Fünfzig Jahre, a. a. O., S. 690 f.

satz der für den Osten bestimmten Güter sicher zu stellen und den Menschen in Eisenach, Dresden, Prenzlau und Schwerin einen angemessenen Konsum- und Lebensstandard zu ermöglichen.

Zweitens die zumindest teilweise Entschuldung des Staates und der Wirtschaft, um den ostdeutschen Ländern und Kommunen, vor allem aber den Unternehmen, den Start in die Marktwirtschaft zu erleichtern.

Und *drittens* sollte der Geldüberhang an DDR-Mark beseitigt werden, um die Stabilität der D-Mark durch die Währungsunion nicht zu gefährden.

Die beiden zuerst genannten Ziele wurden durch die asymmetrische Umstellung der Forderungen und Verbindlichkeiten im Prinzip erreicht. Das Ergebnis war aber alles andere als optimal: Die Bevölkerung verlor bei dieser Transaktion ein Drittel ihres Geldvermögens, und die Betriebe und Wohnungsbaugesellschaften wurden mit einem Schuldenberg von insgesamt 167,1 Mrd. DM belastet. Dabei war es mehr als strittig, ob es sich bei den Krediten der *Staatsbank der DDR* an die volkseigene Wirtschaft überhaupt um Schulden im marktwirtschaftlichen Sinne gehandelt hat. Nicht wenige Experten bestritten dies vehement.⁴¹ Auf jeden Fall trug die praktizierte Regelung dazu bei, ostdeutsche Unternehmen in großer Zahl in den Ruin zu treiben, da sie nicht in der Lage waren, die nunmehr marktlich verzinnten Altkredite zu bedienen.

Das dritte Ziel beruhte auf einer Fiktion, da der Geldüberhang in der DDR im Unterschied zu anderen postsocialistischen Ländern nur von verhältnismäßig geringem Umfang war. Nach Berechnungen des Finanzministeriums und der Staatsbank der DDR betrug er etwa 15 % der Geldbestände.⁴² Andere Schätzungen gingen von einer ähnlichen Größenordnung aus,⁴³ die auch von westdeutschen Experten geteilt wurde⁴⁴. Allein durch die nichtparitätische Umstellung der Spargirokonten wurden aber bereits 33 % der privaten Geldbestände liquidiert. Insgesamt belief sich die Kürzung der Geld- und Kreditbilanz durch die Währungsumstellung auf 45 % des Geld- und Kreditvolumens. Die Fehlinterpretation und Überzeichnung des inflationären Potentials der DDR hatte bei den Hütern der Geldwertstabilität in Frankfurt am Main offensichtlich eine Überreaktion ausgelöst. Möglicherweise war diese Aktion für die Stabilität der D-Mark von Nutzen. Bezahlt haben dafür aber die DDR-Bürger mit ihren Ersparnissen.⁴⁵

Die ökonomischen Wirkungen der Währungsunion waren zwiespältig: Für die Bevölkerung sind sie differenziert zu beurteilen, für die ostdeutsche Wirtschaft waren sie verheerend. Die Wirtschaftsleistung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, ging innerhalb weniger Monate um mehr als ein Drittel zurück, die Industrieproduktion sank um zwei Drittel. Noch nie ist in Friedenszeiten ein solches Ausmaß an wirtschaftlicher Zerstörung registriert worden wie 1990/91 in Ostdeutschland. Die Auswirkungen sind bis in die Gegenwart zu spüren und werden noch lange auf der wirtschaftlichen Landkarte Deutschlands zu sehen sein. Sie lassen sich jedoch kaum mehr isoliert behandeln, da sie inzwischen durch andere Prozesse überlagert worden sind. Erst im Kontext mit der Lohnpolitik der Tarifparteien, der Tabula-rasa-Politik der *Treuhandanstalt* und der Sozialpolitik

41 Vgl. dazu die einschlägigen Arbeiten von Karl-Albrecht Schachtschneider, Harry Nick, Rupert Scholz, Klaus Leciejewski, Reinhard Pohl u. a. sowie die Recherche von Ilona Wiesejahn: Der doppelte Skandal: Das Milliarden-geschäft mit erfundenen DDR-Schulden und einkassierten Banken, Berlin 2001.

42 Zit. bei: Deutsche Bundesbank: Fünfzig Jahre, a. a. O., S. 679.

43 Vgl. Karlheinz Tannert u. a.: Geld, Kredit, Finanzen aus neuer Sicht, Berlin 1990. Dort wird von einem Geldüberhang von 30 bis 60 Mrd. Mark gesprochen (S. 11).

44 So stellte das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft in einem Gutachten fest, daß das von der DDR gezeichnete »vergleichsweise harmlose Bild« eines Geldüberhangs von »15 bis 20 Prozent der gesamten Geldbestände«, das »von westlichen Experten nicht in Zweifel gezogen« werde, »keinen Währungsschnitt« rechtfertige. IW: Sozialverträgliche Ausgestaltung der deutschen Währungsunion – Gutachten, Köln 1990, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 179, S. 19.

45 Vgl. »Der Sparer bezahlt die Währungsunion mit 3500 Mark«, in: Berliner Allgemeine, 10. Mai 1990, S. 3.

des Staates wird der Charakter der Währungsunion als Auftakt für die Wiedervereinigung und als Signal für eine falsche ökonomische Weichenstellung erkennbar.

Für die Bevölkerung zählte zunächst vor allem die paritätische Umstellung der Löhne, Renten, Stipendien usw. Obwohl selbst hier, gemessen am ostdeutschen Warenkorb, ein Kaufkraftverlust zu verzeichnen war und durch den Abbau der Subventionen mit weiteren Kaufkrafteinbußen gerechnet werden mußte, sahen sich die DDR-Bürger angesichts der ungewohnten Angebotsfülle und neuen Konsumfreiheit überwiegend als Gewinner der Währungsunion. Zudem besaß die D-Mark in den neuen Bundesländern in den ersten Monaten nach dem 1. Juli 1990 eine höhere Kaufkraft als im Westen, da Mieten, Pachten, Tarife und Gebühren nicht sofort an das Westniveau angeglichen wurden und die Subventionen noch eine Zeitlang erhalten blieben. Dies änderte sich dann aber sehr rasch: 1991 stiegen die Lebenshaltungskosten in Ostdeutschland um 26,5%.⁴⁶ Besonders drastisch stiegen die zuvor hoch subventionierten Preise und Tarife für Energie, Verkehrsleistungen und Wohnen. 1992 erhöhten sich die administrierten Preise um 66,1%, 1993 um 35,7%.⁴⁷ Damit war der Subventionsabbau im wesentlichen vollzogen. Der Angleichungsprozeß bei den Preisen zog sich jedoch noch bis Ende der 90er Jahre hin, so daß die Konsumgüterpreise in Ostdeutschland während der gesamten Periode vom 2. Halbjahr 1990 bis 2001 sehr viel schneller anstiegen als in Westdeutschland, nämlich um 70,2% gegenüber 27,7%.⁴⁸ Der anfängliche Kaufkraftvorteil »Ost« schmolz unter diesen Bedingungen dahin, und die Einkommenserhöhungen wurden durch die Preisentwicklung zu einem Gutteil wett gemacht. 1995 stellte Hans Tietmeyer fest, daß die *realen* Einkommen im Ergebnis der Währungsunion »in den meisten Fällen erhalten oder sogar angehoben werden konnten«.⁴⁹ Ihr Anstieg war also eher die Ausnahme und schloß für bestimmte Personengruppen (Alleinerziehende, Arbeitslose u. a.) durchaus auch Realeinkommensverluste ein.

Seit Mitte der 90er Jahre hielten die Einkommenserhöhungen mit der Preisentwicklung kaum mehr Schritt, so daß die Realeinkommen im Osten – im Gegensatz zu weit verbreiteten Vorstellungen im Westen – insgesamt nur noch sehr moderat, in vielen Fällen überhaupt nicht mehr stiegen. Die Angleichung der effektiven Arbeitseinkommen an das Westniveau stagniert in fast allen Branchen bei einem Stand von 70 bis 75%. Nicht selten unterschreiten die aktuellen Werte inzwischen bereits wieder die in der zweiten Hälfte der 90er Jahre erreichten maximalen Relationen.⁵⁰

Ungünstiger als auf die Einkommen wirkte sich die Währungsunion auf die Vermögen der privaten Haushalte aus.⁵¹ Dies betraf zuvörderst die *Geldvermögen*, wo es durch den Währungsschnitt zu einem direkten Verlust von 64,3 Milliarden Mark und durch den nachfolgenden Anstieg des Preisniveaus zu einem weiteren Abwertungsverlust gekommen ist.⁵² Betroffen war hiervon vor allem der Mittelstand, da bei den Handwerkern, Geschäftsinhabern, Ärzten, Architekten, Rechtsanwälten und sonstigen Selbständigen der größte Teil der Geldvermögen konzentriert war.⁵³

Neben den Geldvermögen waren aber auch *Sachvermögen* in Form von Gebrauchsgütern einer spürbaren Entwertung unterwor-

46 November 1991, bei Zugrundelegung der Verbrauchsstruktur von 1989 (Deutsche Bundesbank: Monatsberichte 44(1992)2, S. 37.

47 Johann Szenzenstein: Entwicklung der Verbraucherpreise in den neuen Ländern und Berlin-Ost, in: Wirtschaft und Statistik, 3/1998, S. 210 f.

48 Berechnet nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 17, Reihe 7, Wiesbaden 2002, S. 136 ff.

49 Hans Tietmeyer: Es gab zur Währungsunion keine realistische Alternative, in: Pressemitteilungen der Deutschen Bundesbank, 48/1995, S. 1.

50 Vgl. hierzu die Berechnungen des WSI. – WSI-Mitteilungen 10/1997; 10/1998; 11/2000; 11/2001; 11/2002; 11/2003; 11/2003; 11/2004 sowie Ulrich Busch: Aufbau Ost, a. a. O., S. 85 f.

51 Vgl. Ulrich Busch: Der reiche Westen und der arme Osten – Vermögensdifferenzierung in Deutschland, in: Jürgen G. Backhaus, Günter Krause (Hrsg.): Zur politischen Ökonomie der Transformation, Marburg 1997, S. 9-50.

52 Diverse Gutachter, wie zum Beispiel der Leiter des IW Köln, Gerhard Fels, sahen hierin »eine unzumutbare Entwertung« der ohnehin nicht hohen Ersparnisse der DDR-Bevölkerung. Handelsblatt, 12. März 1990. Ähnlich urteilte der Kronberger Kreis renommierter Wirtschaftswissenschaftler. Frankfurter Institut, Argumente zur Wirtschaftspolitik, Nr. 30/Februar 1990.

53 Analysen zufolge wiesen die Konten von Einzelhandwerkern und anderen Selbständigen im Durchschnitt den mehr als dreifachen Bestand gegenüber Konten von Arbeitern und Angestellten auf. Insgesamt befanden sich 1989 etwa 60 % des gesamten Einlagenbestandes auf 10 % der Sparkonten. – Jürgen Faik: Die Verteilung und Bildung der Geldvermögen in Ostdeutschland seit 1990, in: Wolfgang Glatzer, Gerhard Kleinhenz (Hrsg.): Wohlstand für alle?, Opladen 1997, S. 208 f.

fen. Diese betraf zuerst Güter, die den westlichen Importen *absolut*, im technischen Niveau und in der Leistung, unterlegen waren wie zum Beispiel Computer, Unterhaltungselektronik und Pkws. Diese Güter verkörperten infolge ihrer überhöhten Preise in der DDR wertmäßig einen hohen Anteil am Gesamtvermögen der privaten Haushalte. Durch die Währungsunion aber fielen sie dramatisch im Preis, was ihre Entwertung bedeutete. Nicht selten blieb kaum ein Erinnerungswert übrig. Der zweite Devaluationschub erfaßte Güter, die sich von vergleichbaren westlichen Produkten nicht groß unterschieden, dort aber erheblich kostengünstiger produziert oder importiert wurden, zum Beispiel Möbel, Schuhe, Textilien, Teppiche, Kühlschränke u. a. m. Ihr Schicksal wurde auf dem Markt besiegelt, indem die Käufer westlichen Erzeugnissen den Vorzug gaben. Drittens wurden solche Güter der Entwertung unterworfen, die als Gebrauchswerte westlichen Erzeugnissen durchaus ebenbürtig und zudem häufig auch noch billiger als im Westen waren, denen aber das Stigma *made in GDR* anhaftete. Hierunter fielen Bücher, Bilder, Tonträger, Spielwaren, Medikamente u. ä. Zuletzt erfaßte der Entwertungsprozeß auch jene Güter, für die es auf Grund des Zusammenbruchs der Produktions- und Lieferketten in Ostdeutschland plötzlich keine Ersatzteile oder Komplementärgüter mehr gab.

Binnen weniger Monate verkörperte auf diese Weise das gesamte, über Jahrzehnte akkumulierte Gebrauchsvermögen der privaten Haushalte nur noch einen Bruchteil seines einstigen Wertes. Ganze Wohnungseinrichtungen besaßen von heute auf morgen keinen positiven Marktwert mehr, waren bloß noch Sperrmüll.

Die einzige Vermögensposition, welche von der allgemeinen Entwertung verschont blieb, war das *Immobilienvermögen*. Hier vollzog sich im Regelfall sogar eine beträchtliche Aufwertung, so daß die Eigentümer von Grund und Boden sowie privater Ein- und Mehrfamilienhäuser ihre Vermögensposition im Ergebnis der Währungsunion verbessert sahen. Im Unterschied zu den anderen Vermögensformen, wo die Verteilung infolge der Währungsunion egalitärer wurde, nahm hier die Differenzierung zu. Dieser Effekt wurde dadurch noch verstärkt, daß die auf den Immobilien lastenden Schulden im Verhältnis 2:1 umgestellt, also halbiert wurden, was die Eigentümer entsprechender Objekte gegenüber den Sparern quasi zu Doppelgewinnern der Währungsunion machte. Dies war ganz offensichtlich auch beabsichtigt, da auf diese Weise eine neue Eigentümerklasse entstand.

Viel massiver als die privaten Vermögen wurde durch die Währungsunion jedoch das Volksvermögen der DDR, insbesondere das Produktivvermögen, in Mitleidenschaft gezogen. Dieser Prozeß begann unmittelbar mit der Währungsumstellung am 1. Juli 1990 und war eine direkte Folge der unvorbereiteten und ungeschützten Konfrontation der zum großen Teil veralteten und kaum wettbewerbsfähigen DDR-Betriebe mit der weit besser gestellten Konkurrenz auf den nunmehr offenen Märkten. Dabei zeigte sich die ökonomische Logik der Währungsunion und des Geldes mit aller Konsequenz: Denn so plausibel und begründet wie es unter Kaufkraftgesichtspunkten war, die Stromgrößen im Verhältnis 1:1 umzustellen, so verhängnisvoll erwies sich dies für die ostdeutschen

Unternehmen, da diese dadurch ein kaum zu bewältigendes Kosten- und Absatzproblem bekamen.

Im Kern handelte es sich hierbei um ein *monetäres* Problem, um die Diskrepanz zwischen Binnenkaufkraft und Außenwert der DDR-Währung. Die Mark der DDR wies zwar eine hohe Binnenkaufkraft auf, im Außenhandel auf westlichen Märkten wurde aber, wie oben ausgeführt, nur knapp ein Viertel der im Inland getätigten Aufwendungen realisiert. Letzteres spiegelte sich in der geringen Devisenrentabilität wider. Diese Tatsache war ökonomisch problematisch, volkswirtschaftlich aber verkraftbar, solange sie nicht alle Märkte betraf und über den Staatshaushalt ausgeglichen werden konnte. Mit der Währungsunion aber wurden schlagartig sämtliche Märkte zu NSW-Märkten, auch der Binnenmarkt und die Märkte in Mittel- und Osteuropa. Für die Unternehmen bedeutete dies eine faktische Aufwertung der Währung um 300 bis 400%! Es liegt auf der Hand, daß die meisten Betriebe einer derart drastischen Veränderung der Rahmenbedingungen ihrer wirtschaftlichen Existenz nicht gewachsen waren. Der Zusammenbruch des RGW-Marktes 1991 und das Zerreißen der Netze langjähriger Kooperations- und Lieferbeziehungen beschleunigten zweifelsohne den Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft. Vor allem waren es aber der mit dem 1. Juli 1990 einsetzende ungleiche Wettbewerb auf dem *Binnenmarkt* und der sprunghafte Rückgang der Nachfrage nach Erzeugnissen ostdeutscher Produktion, die den Crash herbeiführten. Rückläufige Umsätze und fehlende Gewinne im Kontext mit steigenden Lohnkosten und wegbrechenden Absatzmärkten, hervorgerufen durch die Währungsumstellung – dies führte für die meisten Betriebe schon bald nach dem Start in die Marktwirtschaft zum Kollaps und damit zur Entwertung ihres Anlagekapitals. Parallel dazu vollzog sich eine Entwertung der fachlichen Qualifikation. Mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze wurden obsolet und damit die mit diesen Tätigkeiten verbundenen Fähigkeiten, Fertigkeiten, Berufsinhalte usw. In kürzester Zeit wurden so die in der arbeitszentrierten Gesellschaft der DDR an der beruflichen Entwicklung ausgerichteten Biographien von Generationen entwertet und dadurch ein beachtlicher Teil des ostdeutschen Humankapitals faktisch liquidiert.

Fazit

Als Kern der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und Vorausprozeß des Jahrhundertprojekts der Wiedervereinigung bildete die Währungsunion zum 1. Juli 1990 das Fanal der marktwirtschaftlichen Transformation und der Überwindung der Teilung Deutschlands. Die Währungsunion war das eigentliche »Wagnis« in dem gesamten Prozeß,⁵⁴ ein politisches Abenteuer und wirtschaftliches Hasardspiel. Aber mit ihr wurden Fakten geschaffen und Weichen für die Zukunft gestellt. Als der *point of no return* für die Herstellung der deutschen Einheit war die Währungsunion deren wirtschaftlich bestimmendes Ereignis. Alles, was danach kam, knüpfte hieran an und besaß in den Folgen der Währungsunion seine Voraussetzungen. Dies galt für die Privatisierungspolitik der *Treuhandanstalt* gleichermaßen wie für den *Aufbau Ost*, für die Lohnpolitik ebenso wie für die Kosten der West-Ost-Transfers.

54 Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Geschichte der Deutschen Einheit, Bd. 2, Stuttgart 1998.

55 Birgit Breuel: Die Treuhandanstalt – Zielvorgaben, Rahmenbedingungen und Ergebnisse, in: Birgit Breuel, Michael C. Burda (Hrsg.): Ohne historisches Vorbild, a. a. O., S. 16.

56 Uwe Müller: Supergau, a. a. O., S. 163.

Heute stellen die Politiker die Währungsunion gerne als alternativlos hin und als einen spektakulären Erfolg. Sie war beides nicht, aber sie war ein großer Coup, zumindest politisch. Ökonomisch dagegen glich sie eher einem Desaster. Insbesondere waren die Wirkungen für die ostdeutsche Industrie katastrophal. Kein postsozialistisches Land war im Prozeß der Systemtransformation so privilegiert gewesen wie die DDR. Aber auch in keinem anderen Land wurde so viel an wirtschaftlicher Substanz zerstört und vernichtet wie in Ostdeutschland. Für die Betriebe bedeutete die Währungsunion die Einführung der »Marktwirtschaft ohne Markt«⁵⁵: Dies konnten sie wirtschaftlich nicht überleben, ihr Ruin war deshalb von Anfang an beschlossene Sache. Die Folge war eine Entwertung ihres Anlagevermögens und der Verlust eines Drittels der Arbeitsplätze. Auch dies war keine Überraschung. Eher schon, daß es dabei blieb und der *Aufbau Ost* sein Ziel kläglich verfehlte.

Die ostdeutsche Bevölkerung gelangte durch die Währungsunion in den Besitz einer attraktiven Währung. Ihre Einkommen stiegen und das Lebensniveau erhöhte sich. Dieser positive Aspekt wurde jedoch konterkariert durch den Verlust an öffentlichem und privatem Vermögen. Wenn Ost und West heute »nichts so sehr trennt wie die Vermögensverteilung«⁵⁶, so ist dies nicht zuletzt auf die Währungsunion zurückzuführen, durch welche die Vermögensdiskrepanz verstärkt und verfestigt wurde. Dies gilt für die private Vermögenslage, mehr aber noch für die volkswirtschaftliche Situation. Die Währungsunion hat daher nicht nur maßgeblich zur wirtschaftlichen Vereinigung der Deutschen beigetragen, sondern auch nicht wenig zu deren Trennung.

Fünfzehn Jahre später lassen die Ergebnisse keinen Zweifel daran, daß die Kritiker seinerzeit recht hatten: Die Strategie der Wiedervereinigung, deren erster und wichtigster Schritt die Währungsunion war, war ökonomisch falsch und zudem extrem teuer. Die vorgenommene Weichenstellung erwies sich jedoch als ziemlich stabil. Der Zug der Einheit ist losgefahren und nicht entgleist. Daß er inzwischen aber fast zum Stillstand gekommen ist, ist die andere Wahrheit. Und auch dies läßt sich, wenn auch nicht ausschließlich, auf die falsche Weichenstellung durch die Währungsunion zurückführen.

JOACHIM TESCH

Demographischer Wandel, wachsende Einkommensarmut und Wohnungspolitik

Die Wohnungssituation hat sich in Deutschland seit Mitte der 90er Jahre in vielerlei Hinsicht gewandelt und zwingt dazu, bisherige Politikansätze zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern.¹ Vordergrundig wurde in den letzten Jahren der große Leerstand – in Ostdeutschland 1,1 Mio. Wohnungen und in Westdeutschland 2,0 Mio. Wohnungen² – wahrgenommen. Inzwischen droht mit dem Sozialabbau, insbesondere im Gefolge von Hartz IV, eine Verschlechterung der Wohnverhältnisse für Einkommensarme. Aber die Entwicklung und die damit verbundenen Probleme sind wesentlich vielschichtiger.

Eine bürgernahe Wohnungspolitik hat von dem auszugehen, was die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar berührt. Das sind in erster Linie die Verfügbarkeit angemessener Wohnungen mit guter Ausstattung und niedrigen Kosten sowie ein freundliches Wohnumfeld. Gegenwärtig und in den kommenden Jahren gilt es vor allem, der durch den Sozialabbau bedingten Verschlechterung der Wohnbedingungen für einen nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung entgegen zu wirken, obwohl im Unterschied zu früher in vielen Regionen Deutschlands ausreichend Wohnraum verfügbar ist. Andere Bedingungen – wie Eigentumsverhältnisse und Reproduktionsbedingungen der Wohnungsunternehmen – interessieren nur mittelbar und sollen deshalb hier außer acht bleiben.³

Prognosen und Szenarien auf diesem höchst komplexen Gebiet können von keinem Einzelnen erarbeitet werden, sondern sind das Resultat leistungsfähiger Institutionen. Zunächst sei deshalb ein Überblick über die vorliegenden Bevölkerungs- und Haushalts- sowie Wohnungsprognosen und -vorausberechnungen gegeben, bevor einzelne Annahmen und Ergebnisse kritisch hinterfragt und vor allem Konsequenzen erörtert werden.

Demographische Entwicklungen

Die demographische Entwicklung Deutschlands wird in den kommenden Jahrzehnten durch Rückgang der Einwohnerzahl sowie Alterung, größere kulturelle Buntheit und wachsende Heterogenität der Bevölkerung gekennzeichnet sein. Diese Entwicklungstrends sind mit der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes auf Basis 2001 bis zum Jahre 2050 quantifiziert worden.⁴ In Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern wurden die Annahmen und Ergebnisse auch regionalisiert.⁵

Danach kommt es in dem für die Wohnungspolitik überschaubaren Zeitraum bis 2015 bzw. 2020 bei Annahme eines positiven

Joachim Tesch – Jg. 1933 Prof. Dr. sc. oec., Letzte Berufsjahre (bis 1994) an der ehemaligen TH Leipzig, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre. Ausgewählte Veröffentlichungen seit 2000: Wurde das DDR-Wohnungsbauprogramm 1971/1976 bis 1990 erfüllt? In: UTOPIE kreativ, Sonderheft Oktober 2000; Der Wohnungsbau in der DDR 1971-1990, Hefte zur ddr-geschichte 70, Berlin 2001; Bauen in Leipzig 1945-1990 (Hg.), Leipzig 2003.

1 Offensichtlich waren die Zukunftsvorstellungen bei der Ausarbeitung der vom Magdeburger Parteitag der PDS im Jahre 1996 beschlossenen wohnungspolitischen Leitlinien auch nicht hinreichend. Eine Neufassung müsste stärker von zukünftigen Entwicklungen ausgehen.

2 Statistisches Bundesamt: Bautätigkeit und Wohnungen. Bestand und Struktur der Wohneinheiten. Wohnsituation der Haushalte. Fachserie 5/H. 1, Wiesbaden 2002, S. 29.

3 Insoweit unterscheide ich mich von Christine Ostrowski: PDS und Bürgernähe, in: UTOPIE kreativ, H. 170 (Dezember 2004), S. 1096 ff.

4 Siehe Bettina Sommer: Bevölkerungsentwicklung bis 2050, in: Wirtschaft und Statistik. 2003, H. 8, S. 693 ff.

5 Siehe Bettina Sommer: Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern bis 2050, in: Wirtschaft und Statistik. 2004, H. 8, S. 834 ff.

6 Vgl. 10. koord. Vorausberechnung, Variante 5. Nach Wirtschaft und Statistik, 2004. H. 8, S. 843 ff.

7 Vgl. Bettina Sommer: Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern bis 2050, a. a. O., S. 839 ff.

8 Herwig Birg: Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, München 2001. 3. Aufl. 2003, S. 137 ff.

9 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) in Kooperation mit dem Institut für Ökologische Raumentwicklung (IÖR) Dresden: Wohnungsprognose 2015, Berichte Bd. 10, Bonn 2001. Mit CD-ROM, S. 69 u. 117.

10 Ulrich Pfeiffer et al.: Wohnungspolitische Konsequenzen der langfristigen demographischen Entwick-

Außenwanderungssaldos von jährlich 200 000 Personen insgesamt zu folgenden Entwicklungen.⁶ In den westlichen Bundesländern nimmt die Zahl der Einwohner – wenn auch bei sich verlangsamendem Tempo – noch bis 2020 zu, um knapp 2 Mio. auf 67,1 Mio. In den östlichen Bundesländern dagegen geht die Zahl der Einwohner kontinuierlich zurück – um 1,6 Mio. auf 12,1 Mio. Dabei sind für diesen Zeitraum die sich aus den inländischen demographischen Faktoren ergebenden Wirkungen als sicher einzuschätzen; dagegen hängen die Annahmen über die wahrscheinliche Zuwanderung stärker von politischen Prämissen ab.

In den westdeutschen Bundesländern (mit Ausnahme des Saarlandes) sind die Gewinne aus Binnen- und Außenwanderung größer als das Geburtendefizit, während in Ostdeutschland (und im Saarland) die Verluste aus dem Geburtendefizit und aus der Binnenwanderung durch die Zuwanderung bei weitem nicht kompensiert werden. Dabei verläuft die Entwicklung auch innerhalb der Bundesländer durchaus differenziert; aus Sicht der Bevölkerungsentwicklung lassen sich drei regionale Entwicklungstypen unterscheiden: Wachstumsregionen, Regionen ohne größere Veränderungen und schrumpfende Regionen.

Die Veränderung der Altersstruktur – Verringerung des Anteils der Jugendlichen und Erhöhung des Anteils der Älteren – erfolgt in allen Bundesländern schon jetzt permanent, wenn auch in unterschiedlichem Tempo. Der Anteil der älteren Menschen ab 60 Jahren wird von 22 bis 27 Prozent (2001) auf 25 bis 37 Prozent im Jahre 2020 anwachsen, wobei in den östlichen Bundesländern der höchste Zuwachs zu verzeichnen sein wird.⁷

Um aus der demographischen Entwicklung weitergehende Schlussfolgerungen auf den Wohnungsbedarf ziehen zu können, sind aus der Einwohnerentwicklung die Veränderungen bei den privaten Haushalten abzuleiten. Denn entscheidend für die Zahl der nachgefragten Wohnungen ist die Zahl der privaten Haushalte – wie auch von Bevölkerungswissenschaftlern gezeigt wird, u. a. von Herwig Birg⁸. Die Dynamik der Haushaltentwicklung unterscheidet sich von der der Bevölkerung bekanntlich infolge der sich deutlich verringern den durchschnittlichen Zahl von Personen pro Haushalt. Methodisch bieten sich zwei Wege an:

- erstens über die Entwicklung der Wohnfläche/Einwohner zum Gesamtbedarf an Wohnfläche und davon abgeleitet zu Haushalten und Wohnungen sowie

- zweitens über Simulationsrechnungen für die Entwicklung der Haushalte und ihrer Struktur zum Bedarf an Wohneinheiten und – sekundär – zu deren Flächen.

Der erste Weg liegt insbesondere der »Wohnungsprognose 2015« des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR)⁹ zugrunde. Der zweite Weg wurde von Ulrich Pfeiffer (empirica GmbH) besritten.¹⁰ Die uneinheitlichen Vorgehensweisen führen zu nicht völlig vergleichbaren Ergebnissen; siehe Tabelle 1. Hinzu kommt, dass die bis 2004 vorliegenden Haushaltsprognosen noch auf der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung basieren. Erst Ende 2004 haben sich die Experten von Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, empiri-

rica, Max-Planck-Institut für demographische Forschung und Statistischem Bundesamt auf ein einheitliches Prognosemodell für die Haushaltsentwicklung geeinigt, auf dessen Basis eine neue Haushaltsprognose erarbeitet wird.¹¹

lung. Hg: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Forschungen H. 117, Bonn 2004, S. 18 f.

Tabelle 1:

Anzahl der Privathaushalte (Mio.)

11 Vgl. empirica newsletter 4/2004, 22. 10. 2004, S. 2.

	2000	2010	2015	2020
<i>Östliche Bundesländer bzw. ehemaliges DDR-Gebiet</i>				
BBR 2001	8,1	8,1	8,0	.
Empirica 2004	7,1	7,5	7,6	7,5
<i>Westliche Bundesländer bzw. früheres Bundesgebiet</i>				
BBR 2001	30,0	31,4	32,0	.
Empirica 2004	31,1	32,8	33,4	33,8

Quellen: siehe Text. Anmerkung: Bei BBR 2001 ist Berlin insgesamt den östlichen BL, bei empirica 2004 sind Teile Berlins dem jeweiligen früheren Status zugeordnet. Angaben für empirica auf Basis eines Wanderungsgewinns von insgesamt 200 000 Personen/a.

Der Entwicklungsverlauf folgt nach empirica in beiden Bundesgebieten dem gleichen Muster, aber zeitlich versetzt: In den östlichen Bundesländern steigt die Zahl der Haushalte trotz Bevölkerungsrückgang noch bis etwa 2015 an, geht dann deutlich zurück und liegt 2030 wahrscheinlich wieder beim Niveau von 2000. In den westlichen Bundesländern wird der Anstieg wahrscheinlich noch bis etwa 2020 anhalten, und erst danach setzt die Umkehr ein; 2030 wird die Zahl der Haushalte hier auf den Umfang des Jahres 2010 zurückfallen.

Wohnungsprognosen

Der sich aus den Haushaltsprognosen ergebende Bedarf an Wohnungen ist dem Wohnungsbestand gegenüber zu stellen, um die Anzahl neu zu bauender Wohnungen ermitteln zu können. Dabei ist auch der Ersatzbedarf zu berücksichtigen; empirica rechnet mit einem sehr niedrigen »konventionellen« Ersatzbedarf in Höhe von jährlich 0,3 Prozent des Wohnungsbestandes.¹²

12 Ulrich Pfeiffer et al 2004, S. 23.

Beim Wohnungsbaubedarf spielen die regionalen Unterschiede eine wesentliche Rolle: einerseits die Wachstumsregionen mit Wohnungsmangel und Neubaubedarf und andererseits die schrumpfenden Regionen mit großem Wohnungsleerstand und Abrissprogrammen. Ein Teil dieses Leerstandes wird für die im Gefolge der noch andauernden Zunahme der Zahl der privaten Haushalte wachsende Wohnungsnachfrage genutzt werden; das BBR rechnete deshalb für Ostdeutschland mit zwei Varianten: eine mit 30 und die andere mit 80 Prozent Wiedernutzung des Leerstandes.¹³ Zu beachten ist aber, dass ein Teil der Wohnungsnachfrage aus strukturellen Gründen nicht aus dem Leerstand befriedigt werden kann, also trotz Leerstand auch in der gleichen Region Neubau z. B. für altersgerechtes Wohnen induziert.

13 BBR 2001, a. a. O., S. 117.

Welche Ergebnisse der Wohnungsbauprognosen liegen bisher für den Zeitraum bis 2015 bzw. 2020 vor? Siehe Tabelle 2.

Tabelle 2:

Jährlicher prognostizierter Neubaubedarf für Wohnungen – 1000 WE

	2000- 2005	2005- 2010	2010- 2015	2015- 2020
<i>Östliche Bundesländer bzw. ehemaliges DDR-Gebiet</i>				
BBR 2001	60-46	46-51	51-49	.
Empirica 2004	65	69	43	33
<i>Westliche Bundesländer bzw. früheres Bundesgebiet</i>				
BBR 2001	252-284	284-273	273-227	.
Empirica 2004	297	267	231	195

Quellen: BBR 2001, a. a. O., S. 69 u. 117; empirica, a. a. O., S. 25 u. 28. Anm.: Bei BBR 2001 ist Berlin insgesamt den östlichen BL, bei empirica 2004 sind Teile Berlins dem jeweiligen früheren Status zugeordnet. Bei BBR 2001 ist für Ostdeutschland eine Wiedernutzung des Leerstandes von 30% angenommen. Angaben für Empirica auf Basis eines Wanderungsgewinns von insgesamt 200000 Personen/a.

Aktuell liegen die Fertigstellungszahlen schon im für 2010-2015 prognostizierten Bereich: Wurden im Jahre 2000 in Deutschland insgesamt noch etwa 365 000 Wohnungen in neuen Wohngebäuden fertig gestellt, so waren es im Jahre 2003 nur noch 235 000 Wohnungen.¹⁴

Wie aus der Tabelle 2 ersichtlich, wächst in den östlichen Bundesländern nach den Prognosen beider Institute der Umfang des Neubaus bis gegen Ende dieses Jahrzehnts noch etwas an. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass noch ein erheblicher (Nachhol-)Bedarf an Ein- und Zweifamilienhäusern (EZFH) existiert; dagegen wird bis 2010 nur noch ein kleinerer Anteil an Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen (MFH) gerechnet, der in der Vorausberechnung danach völlig vernachlässigt wird. Inwieweit dieser Bedarf an Ein- und Zweifamilienhäusern real ist, bedarf der Diskussion (s. u.).

In den westlichen Bundesländern geht der Neubau voraussichtlich ständig zurück, da der Zuwachs an Haushalten immer kleiner wird (vgl. Tabelle 1). Nach 2020 halbiert sich gegenüber dem vorhergehenden Zeitraum der Neubaubedarf (statt 195 000 nur noch 91 000 durchschnittlich/a). Dabei wird auch hier ein stärkerer Rückgang des Baus von Mehrfamilienhäusern gegenüber dem von Ein- und Zweifamilienhäusern unterstellt.

Die Hauptergebnisse der BBR-Wohnungsprognose 2015 liegen – abgeleitet aus der Bevölkerungsvorausberechnung – auch nach den 97 Raumordnungsregionen (ROR) aufbereitet vor.¹⁵ Beim MFH-Neubaubedarf – der hier besonders interessiert – liegen die prognostizierten Spitzenwerte je 1 000 Einwohner bis 2015 (über 3,0) in den ROR Hamburg und München. Ein nennenswerter Bedarf wird auch für zahlreiche ROR in Bayern und Baden-Württemberg sowie für Köln, Hannover und Berlin ausgewiesen. Dagegen tendiert der MFH-Neubaubedarf in allen ROR Ostdeutschlands sowie in den ROR Bremerhaven und Saarland gegen Null. Dass sich aus einer solch gravierenden regionalen Differenzierung extreme Unterschiede in der »Wohnungsmarktsituation« ergeben, ist offensicht-

14 Baustatistisches Jahrbuch 2004/2005, Frankfurt am Main 2005, S. 54.

15 BBR 2001. Anhang, besonders Karten A 3.1-3.3.

lich: Von Gebieten mit erheblichem Wohnungsmangel bis zu horrenden Überschüssen ist alles vertreten.

Während die Anzahl der nachgefragten Wohnungen vor allem durch die Entwicklung der Einwohner und Haushalte bestimmt wird, werden Wohnungsgrößen und -ausstattung sowie die bevorzugte Eigentums- bzw. Gebäudeform besonders von der Entwicklung der Haushaltseinkommen und den Kosten des Wohnens direkt beeinflusst.

Entwicklung der Wohnflächen

Die Entwicklung der durchschnittlichen Wohnfläche pro Kopf bzw. Haushalt hängt sowohl von der Veränderung je Eigentümerhaushalt und je Mieterhaushalt als auch von Anteilsverschiebungen zwischen diesen beiden Haushaltstypen ab. Explizite Aussagen über die Entwicklung des Wohnflächenbedarfs enthält nur die Wohnungsprognose des BBR 2001 (siehe Tabelle 3).

Die Werte für Westdeutschland ergaben sich aus Trendrechnungen. Für Ostdeutschland waren diese wegen Fehlens brauchbarer Datenreihen nicht möglich. Stattdessen rechnete das BBR hier mit vier Szenarien, aus denen sich die ausgewiesenen Bandbreiten ergeben. Die Szenarien unterscheiden sich aufgrund unterschiedlicher Annahmen über die Einkommensentwicklung hinsichtlich Wohnflächenkonsum und Eigenheimanteil.¹⁶

16 BBR 2001, a. a. O., S. 21 ff.

Tabelle 3:

Prognostizierte durchschnittliche Wohnfläche pro Person (m²/Person)

Haushaltstyp	2000	2005	2010	2015
<i>Östliche Bundesländer (einschl. Berlin)</i>				
HH insgesamt	34,2	35,3-36,0	36,2-37,7	36,8-39,0
- Eigentümer	38,8	39,5-40,4	40,5-42,0	41,3-43,2
- Mieter	32,2	33,3-34,0	34,2-35,4	34,7-36,6
<i>Westliche Bundesländer</i>				
HH insgesamt	41,5	42,9	44,5	45,8
- Eigentümer	46,6	47,9	49,2	50,4
- Mieter	36,7	37,2	38,3	39,4

Quellen: BBR 2001, a. a. O. S. 31 f.

Die zugrunde gelegten Trends unterstellen ständiges Anwachsen der Einkommen und damit auch der Wohnflächennachfrage. Aber angesichts der seit dem Entstehen dieser Vorausberechnungen anhaltenden Stagnation bzw. teilweise rückläufigen Entwicklung der Realeinkommen (s. u.) und der erheblichen Steigerung der Betriebskosten für Wohnungen dürften die prognostizierten Werte überhöht sein. Dennoch ist bemerkenswert: Schon bei diesen optimistischen Annahmen gibt es keine nennenswerte Annäherung der ost- an die westdeutschen Werte. Da in Ostdeutschland ein Überschuss im Wohnflächenangebot existiert, ist die geringere Inanspruchnahme offensichtlich auf die niedrigen Einkommen zurückzuführen.

17 Wohneigentum und Eigentümerquote umfassen sowohl Ein- und Zweifamilienhäuser als auch selbstgenutzte Eigentumswohnungen in Mehrfamilienhäusern.

Entwicklung der Eigentümer- bzw. Ein- und Zweifamilienhausquoten¹⁷

Zur Entwicklung der Anteile des Wohneigentums bzw. der Ein- und Zweifamilienhäuser (EZFH/MFH) hat das BBR 2001 in der Wohnungsprognose 2015 konkrete Angaben gemacht – siehe Tabelle 4.

Tabelle 4:

Entwicklung der Eigentümerquoten und des Anteils der Wohnfläche in Ein- und Zweifamilienhäusern (EZFH) an der gesamten Wohnfläche in %

	2000	2005	2010	2015
<i>Östliche Bundesländer bzw. ehemaliges DDR-Gebiet</i>				
Eigentümerquote	29,3	30,8	31,4-32,9	31,6-35,1
EZFH-m ² -Anteil	44,4	46,5	47,2-49,2	47,4-52,0
<i>Westliche Bundesländer bzw. früheres Bundesgebiet</i>				
Eigentümerquote	45,7	47,2	48,8	50,0
EZFH-m ² -Anteil	61,8	62,1	62,5	62,4

Quellen: BBR 2001, a. a. O. S. 69 u. 117. Anm.: Bei BBR 2001 ist Berlin insgesamt den östlichen BL zugeordnet. Erläuterung: Eigentümerquote = Anteil der in Wohneigentum lebenden Haushalte an der Gesamtzahl der privaten Haushalte in %. EZFH-m²-Anteil = Anteil der Wohnfläche in Ein- und Zweifamilienhäusern an der gesamten Wohnfläche in %.

Auffällig an den prognostizierten Werten ist: In Ostdeutschland steigt demnach der Anteil der Wohnfläche in Ein- und Zweifamilienhäusern an der gesamten Wohnfläche deutlich schneller als die Eigentümerquote; offensichtlich spielt der Erwerb von Wohneigentum in Mehrfamilienhäusern keine große Rolle – obwohl das für die Wiedernutzung von leer stehenden Wohnungen wichtig wäre. Anders dagegen in Westdeutschland: Hier stagniert der Anteil der Wohnfläche in Ein- und Zweifamilienhäusern an der gesamten Wohnfläche bei 62 Prozent, aber die Eigentümerquote steigt deutlich; offenkundig hat hier der Erwerb von Wohneigentum in Mehrfamilienhäusern ein größeres Gewicht.

Empirica analysiert die bisherige Entwicklung des Anteils der Ein- und Zweifamilienhäuser detailliert nach Haushaltsgrößen und Alterskohorten. Der geringer werdende Anteil großer Haushalte mit einem hohen Bedarf an Ein- und Zweifamilienhäusern verlangsamt insgesamt das Ansteigen der EZFH-Quote. In Westdeutschland wird diese Quote nur noch geringfügig ansteigen und zwar im Zeitraum 2015-2020 auf knapp 50 Prozent.¹⁸ Für Ostdeutschland sind die Annahmen sehr unsicher. Obwohl die Ein-/Zweifamilienhausquote nur bei etwa 34 Prozent liegt, ist die Nachfrage in den letzten Jahren eingebrochen. Zwar dürfte sich die Geburtenkohorte 1989-1993, die nach 2010 als Nachfrager für Ein- und Zweifamilienhäuser auftritt, als erste so verhalten wie die entsprechenden westdeutschen Jahrgänge,¹⁹ aber zu beachten ist, dass sich in Ostdeutschland nach 1989 die jeweiligen Geburtenzahlen halbiert haben und der zahlungsfähige Nachholbedarf inzwischen befriedigt ist. Demzufolge hängt die weitere Entwicklung in hohem Maße von den Einkommens- und Kostenentwicklungen ab.

18 Ulrich Pfeifer et al. 2004, S. 22.

19 Ebenda, S. 28.

Haushaltseinkommen und Wohnkosten

Ein entscheidender Mangel in allen diesen Vorausberechnungen ist, dass ihre Trendfortschreibungen vor allem auf Daten der 90er Jahre beruhen und die seit 2000 eingetretene Stagnation in der Entwicklung der Haushaltseinkommen ungenügend berücksichtigt wird. Wie das DIW Berlin in langfristigen Untersuchungen der Entwicklung von Einkommen und Armut in Deutschland gezeigt hat,²⁰ ist in Westdeutschland die Ungleichheit der Einkommensverhältnisse seit Mitte der 80er Jahre gewachsen, wenn auch zyklisch durch Abminderungen unterbrochen. In Ostdeutschland ist der Angleichungsprozess gegen Ende der 90er Jahre zum Stillstand gekommen. In den letzten Jahren, insbesondere seit 2003, sind die realen Einkommen sogar rückläufig und die Einkommensunterschiede im gesamten Bundesgebiet größer geworden²¹; siehe Tabelle 5.

Tabelle 5:

Jährliches Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland nach Einkommensquintilen* in Euro

	1998	2000	2003
Unterstes Quintil	7.355	7.991	7.584
Oberstes Quintil	29.220	31.172	32.812
Insgesamt	16.297	17.354	17.875

Quelle: DIW-Wochenbericht 4/2005, S. 61. Jedes Quintil umfasst 20 % der nach der Höhe der Einkommen geordneten Haushalte.

Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen der Einkommensarmen wurde schon im Jahre 2003 gegenüber 2000 deutlich verringert. 20 Prozent der 38,9 Mio. Privathaushalte in Deutschland – das waren 2003 rund 7,8 Mio. Haushalte – mussten bereits mit einem durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen von nur 630 Euro auskommen! Seitdem bewirken die erhöhten persönlichen Zahlungen für Gesundheitsleistungen, der Übergang von der Arbeitslosenhilfe auf das Arbeitslosengeld II und die Politik sinkender Realrenten sowie die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse eine weiter wachsende Zahl von armen Haushalten. Dieser Prozess zunehmender Einkommensarmut wird sich bei weiter vorherrschender neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik – unter Regierungen egal welcher Couleur – unvermindert fortsetzen und bei ausbleibenden Massenprotesten eher noch verstärken.

Zum allgemeinen Sozialabbau kommt hinzu, dass sich die wirtschaftliche Schere zwischen Ost- und Westdeutschland nach Berechnungen der Deutschen Bank Research wieder öffnen wird: »Die divergierenden Entwicklungen des Wachstumspotenzials führen (...) dazu, dass das BIP pro Kopf in Ostdeutschland bis 2020 von derzeit 64,5 % auf 60 % des Westniveaus sinkt (...)»²².« Damit verbunden wird sich die Einkommenssituation im Osten in Relation zum Westen verschlechtern, wie Stefan Schneider, Chief International Economist der Deutsche Bank Research in diesem Zusammenhang feststellte.²³ Das erfordert in den östlichen Bundesländern besondere Maßnahmen zur Sicherung angemessener Wohnverhältnisse und den Erhalt lebenswerter räumlicher Strukturen.

20 DIW Berlin: Zur langfristigen Entwicklung von Einkommen und Armut in Deutschland, Wochenbericht Nr. 4/2005, S. 59 ff.

21 Siehe dazu auch Lebenslagen in Deutschland. Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2005 www.bundesregierung.de S. 16 ff.

22 Deutsche Bank Research: Perspektiven Ostdeutschlands – 15 Jahre danach, in: Economics Nr. 306. Sonderausgabe für eine Veranstaltung am 10. 11. 2004, S. 44.

23 Vgl. Stefan Schneider: Demografie und Wachstum in den neuen Bundesländern. Vortragsunterlagen v. 5. 11. 2004 für die Veranstaltung der DB Research am 10. 11. 04. Blatt 13. (Siehe obige Fußnote.)

Steigende Kosten des Wohnens, vor allem der »Nebenkosten« für Energie und kommunale Abgaben (besonders in schrumpfenden Städten) haben erhebliche Auswirkungen auf die zukünftige Nachfrage nach Wohnflächen und Wohneigentum.

Die Brutto-Kaltmieten sind seit 1998 zwar im Allgemeinen angestiegen, aber langsamer als in den vorangegangenen Jahren; in einem Marktsegment – im privaten Mehrfamilienhausbesitz Westdeutschlands – sind sie sogar gesunken; siehe Tabelle 6. Offensichtlich führte die insgesamt entspannte Situation auf dem Wohnungsmarkt in diesem Segment zu »Preisanpassungen«; dennoch sind hier nach wie vor die höchsten Mieten zu verzeichnen. Gleichzeitig hat die verstärkte Liberalisierung des Wohnungswesens – »Reform« der Wohnungsbauförderung und Überführung des Sozialwohnungsbestandes in das Vergleichsmietensystem – zur schnelleren Erhöhung der Mieten im kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbesitz geführt. Im Osten stiegen die Mieten trotz des Leerstandes an, sind aber nach wie vor niedriger als im Westen.

Tabelle 6:

**Wohnungsmieten der Hauptmieter in Deutschland
(monatliche Brutto-Kaltniete in €/m², Mittelwert)**

	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	1998	2002	1998	2002
Insgesamt	4,85	5,42	5,60	6,11
<i>Eigentümer der Wohnung</i>				
Kommune	3,42	5,15	3,95	5,79
Genossenschaft	4,23	5,23	4,94	5,75
Privat	5,52	5,72	6,75	6,18

Quelle: Datenreport 2004. Hg.: Statistisches Bundesamt, S. 518.

Die Entwicklungstendenzen werden deutlicher, wenn nach Grundmiete (nettokalt), kalten und warmen Betriebskosten unterschieden wird. Die Grundmiete ist bundesweit in den letzten Jahren im Gegensatz zu früheren Zeiträumen langsamer als der allgemeine Verbraucherpreisindex gestiegen (siehe Tabelle 7) aber (wie dieselbe Tabelle zeigt) die kalten Nebenkosten – besonders durch kommunale Abgaben für Müllentsorgung und Abwasserentsorgung belastet – sind schneller und die warmen Betriebskosten – besonders durch Weltmarktpreise und höhere Energiesteuern belastet – noch stärker gestiegen.

Die moderate Entwicklung der »ersten« Miete mit ihrem bisher noch größeren Gewicht hat im Westen zu einer Verringerung der durchschnittlichen Mietbelastung geführt; im Osten hat sich dagegen ihr Ansteigen fortgesetzt, so dass es auf diesem Gebiet zu einer gewissen Annäherung gekommen ist; siehe Tabelle 8.

Tabelle 7:

Verbraucherpreisindex insgesamt und ausgewählte Indices für Wohnkosten (2000=100)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Gesamtindex	98,0	98,6	100	102,0	103,4	104,5	106,2
Mieten (nettokalt*)	97,9	98,8	100	101,1	102,5	103,6	104,5
Müllabfuhr	95,7	98,1	100	102,8	104,3	106,4	108,0
Wasserversorgung	96,2	97,9	100	101,4	102,4	103,4	106,2
Abwasserentsorgung	97,9	89,9	100	102,0	103,6	106,0	109,1
Strom	101,2	105,1	100	104,0	108,7	114,1	118,7
Gas	87,9	86,0	100	121,2	114,4	120,2	121,4
Leichtes Heizöl	54,4	65,1	100	94,1	85,5	88,7	98,8
Feste Brennstoffe	96,4	98,0	100	100,6	102,6	103,8	104,8
Zentralheizung,							
Fernwärme	90,3	85,9	100	119,4	118,3	118,0	120,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2005. GENESIS. Zeitreihen aus 61111BJ004.

*) Grundmiete – ohne kalte und warme Betriebskosten.

Tabelle 8:

Anteil von Haushalten (HH) mit einer Mietbelastung* von 30 % und mehr

	Östliche Länder		Westliche Länder		Deutschland	
	1998	2002	1998	2002	1998	2002
Insgesamt	24,1	27,8	38,7	36,3	35,3	34,4
dar. 1-Person-HH	38,8	42,1	50,9	47,6	48,4	46,4

Quelle: Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2005, S. 122.

* Bruttokaltmiete in % des Haushaltsnettoeinkommens.

Besonders gravierend ist die Situation für Alleinerziehende; bei diesen Haushalten betrug der Anteil mit einer Mietbelastung von 30 % und mehr im Jahre 2002 im Osten 51,6 und im Westen 59,0 %. Auch bei den Senioren ist die Lage schwierig, allerdings vor allem im Westen: Bei Haushalten mit einem »Haushaltsvorstand 65 Jahre und älter« betrug der Anteil von Haushalten mit einer Mietbelastung von 30 % und mehr im Westen 42,2, dagegen im Osten nur 24,6 %.²⁴

24 Ebenda, S. 123.

Die Mietbelastungen einkommensschwacher Haushalte werden durch Wohngeldzahlungen gemindert. Insgesamt betrug der durchschnittliche Anteil der Bruttokaltmiete am verfügbaren Einkommen im Jahre 2001 in den östlichen Bundesländern vor Wohngeld 38,9 und nach Wohngeld 25,9 %, dagegen in den westlichen Bundesländern 41,0 bzw. 28,6 %.²⁵ Die Durchschnittsbelastungen nach Wohngeld streuen erheblich in Abhängigkeit von der Haushaltsgröße; bei größeren Haushalten sind sie erheblich niedriger als bei kleinen Haushalten.

25 Ebenda, S. 127.

Insgesamt zeigt sich deutlich, dass einkommensbenachteiligte und kleine Haushalte einen erheblichen Teil ihres Einkommens – in der Regel zwischen einem Viertel und einem Drittel – für die Wohnkos-

ten aufwenden müssen. Die höchsten Mietbelastungen tragen die Ein-Personen-Haushalte, darunter vor allem die weiblichen: mehr als 40 % betrug im Westen die Belastung bei 25 % dieser Haushalte – darunter 28 % der Frauenhaushalte –, im Osten bei 20,7 bzw. 21,1 % der Haushalte. Noch extremer sind die Belastungen bei Haushalten mit einem Einkommen unter 900 Euro.

Die Miete und die Mietnebenkosten sind aber bei weitem nicht alle Kosten, die für Wohnen bezahlt werden müssen. Ähnlich wie bei den Mietnebenkosten sind auch viele der mit dem Wohnen im Umfeld verbundenen Preise schneller als die Grundmieten (nettokalt) und auch schneller als der Gesamtindex der Lebenshaltungskosten gestiegen.²⁶ So erhöhten sich gegenüber 2000 (=100) im Jahr 2004 die Preise für Dienstleistungen der Kinderkrippen auf 112,6, für Unterkünfte im Alterswohnheim auf 106,5, in der Pflegestufe II (gesetzliche Krankenkassen) auf 120,5, in der ambulanten Pflege (gesetzliche Krankenkassen) sogar auf 127,3 sowie für Essen auf Rädern auf 110,6 Prozent. Dagegen sind – offensichtlich ähnlich der Situation bei den Grundmieten – die Maklergebühren für die Vermittlung einer Wohnung nur auf 104,9 und die Garagenmieten (privat) nur auf 102,8 Prozent gestiegen.

Wie werden sich die Wohnkosten zukünftig entwickeln?

Bei den Mieten (nettokalt) haben sich die Entwicklungen auf den verschiedenen Teilmärkten (Alt- bzw. Neubau, bis 70 bzw. über 70 m²) sowie frei finanziert bzw. Sozialwohnung (letztere Unterscheidung ist im Osten praktisch bedeutungslos) seit dem Jahre 2000 weitgehend angeglichen.²⁷ Auch zukünftig dürfte in den Steigerungsraten kaum mit größeren Differenzierungen nach diesen Teilmärkten zu rechnen sein. Bedeutsamer sind die Unterschiede zwischen Wachstums- und Schrumpfungregionen: in ersteren höher als in letzteren. Aber auch in insgesamt schrumpfenden Regionen gibt es bevorzugte Lagen mit Einwohnerzuzug, in dessen Gefolge die Mieten von den Vermietern erhöht werden.

Bei den kalten und warmen Betriebskosten ebenso wie bei anderen mit dem Wohnen verbundenen Kosten dürften sich die überdurchschnittlichen Entwicklungstempi angesichts der kommunalen Finanznöte und der weiter zu erwartenden Energiepreissteigerungen fortsetzen. Verschärft werden davon vor allem die Bewohner in Gebäuden mit größeren Leerständen wie überhaupt in schrumpfenden Kommunen betroffen sein, da der hohe Fixkostenteil bei Rückgang der abgenommenen Mengenleistungen zu höheren Preisen/Leistungseinheit führt.

Zwischenfazit

Die Auswirkungen des demographischen Wandels werden sich zunächst vor allem in der weiteren Alterung der Gesellschaft zeigen, bevor in 10 bzw. 15 Jahren der gravierende Rückgang in der Zahl der Haushalte einsetzt.

Aktuell sind die Auswirkungen des Sozialabbaus spürbarer. Stagnierende Masseneinkommen und steigende Wohnkosten schränken die Nachfrage nach zusätzlicher Wohnfläche und Wohneigentum ein. Hinsichtlich der Wohnflächennachfrage ist das offenkundig. In Bezug auf das Wohneigentum hängt die Einschätzung in hohem

26 Siehe dazu Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2005. GENESIS. Verbraucherpreisindex für Deutschland. Zeitreihen aus 61111BJ005.

27 Vgl. dazu Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2005. GENESIS. Zeitreihen aus 61111BJ005.

Maße davon ab, ob der öffentlich vielfach propagierten Auffassung, dass das Wohneigentum der bestimmende Wachstumsmarkt aus Sicht der Altersvorsorge sei, gefolgt wird.²⁸ Der »Rentenpapst« Bert Rürup hat schon in einer Veranstaltung des Instituts der privaten Bausparkassen im Jahre 2000 darauf hingewiesen, dass zwar jede Form von Vermögen die individuelle finanzielle Sicherheit erhöht, aber die Basisforderung an eine Alterssicherung sei angesichts des sinkenden Gewichts der umlagefinanzierten Sozialversicherungsrente die »Gewährleistung eines lebenslangen Einkommens«.²⁹ Und das vermag das Wohneigentum nur eingeschränkt zu leisten: Es entfallen zwar – wenn die Baudarlehen getilgt sind – die größten Anteile einer vergleichbaren Grundmiete, aber die Vermögenssubstanz kann im Unterschied zu einer Geldanlage nicht aufgezehrt, sondern nur vererbt werden. Zumal es in Deutschland kaum einen Markt für gebrauchtes Wohneigentum gibt; außerdem würde der Verkauf zwecks Einkommenssicherung ja die Preisgabe des angeblichen Ziels darstellen.

Schlussfolgerungen für die Wohnungspolitik

Der Wohnungs- und Städtebaupolitik vorgelagert gilt es, den Sozialabbau in Deutschland zu stoppen und wieder auf einen Pfad wachsender Einkommen zu gelangen und dabei sowohl das Auseinanderdriften von arm und reich umzukehren als auch die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern abzubauen. Auf diesem Hintergrund sind die Inhalte und Aufgaben einer alternativen Wohnungspolitik im »strategischen Dreieck von Gestaltung, Opposition und Visionen« zu bestimmen.

Um allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu einer bezahlbaren Wohnung zu gewährleisten, ist in Wachstumsregionen besonders der Wohnungsneubau in allen seinen Formen zu fördern und der Widerstand gegen ungerechtfertigte Mieterhöhungen zu unterstützen. In allen Regionen geht es um mehr altersgerechten Wohnraum. Ein wichtiges Mittel zur Abwehr willkürlicher Mieterhöhungen ist die Ausarbeitung und Durchsetzung von Mietspiegeln, insbesondere in ihrer qualifizierten Form.³⁰

Um auch den einkommensbenachteiligten Haushalten ein angemessenes Wohnen zu ermöglichen – vor allem, wenn sich die Trends stagnierender Einkommen und steigender Wohnkosten fortsetzen –, ist die regelmäßige Aktualisierung sowie Anpassung der Wohngeldsätze sowie der Regelungen für die Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung gemäß Sozialgesetzbuch II konsequent zu verfolgen. Die Forderung nach Dynamisierung des Wohngeldes sollte wieder aufgenommen werden! Desgleichen ist sie für die Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung von ALG II- und Sozialhilfeempfängern zu stellen.

Kommunales Wohneigentum und gegebenenfalls Belegungsrechte in Verfügung der Kommunen sind weiterhin für die Versorgung von auf dem Wohnungsmarkt Diskriminierten wichtig. Zugleich kann mit ihrer Hilfe der Bildung von Sozialghettos und der Ungleichbehandlung von Immigranten unterschiedlicher Ethnien entgegengewirkt werden.

Neben der Gewährleistung des Zugangs zu bezahlbaren Wohnungen für alle kommt der familienfreundlichen Gestaltung des Wohnumfeldes im Rahmen die Stadtentwicklung eine besondere Bedeutung zu, zumal diese zugleich erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der

28 Andere Aspekte des Wohneigentums sollen hier nicht erörtert werden. Siehe dazu Jürgen Stahl: Wohneigentum und die Linke, in: UTOPIE kreativ, H. 137 (März 2002), S. 222 ff.

29 Bert Rürup: Perspektiven der Altersvorsorge, in: Wohnungsnot oder Leerstände. Die Wohnungsmärkte im neuen Jahrtausend, Band 62 der Schriftenreihe des Instituts für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen e. V. Berlin 2000, S. 33 ff., spez. 35 f.

30 Siehe Hinweise zur Erstellung von Mietspiegeln v. 1. 7. 2002. Hg.: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Speziell 2. Teil, Abschnitt II.

Kosten für das Wohnen hat. Ganz besonders bedeutsam sind diese Faktoren in schrumpfenden Kommunen mit großem Wohnungsleerstand. Schwerpunkte sind dabei Maßnahmen

- zur Stärkung der Innenstädte und Ortsteilzentren unter Berücksichtigung des Wohnungsbaus und des Denkmalschutzes,
- zur Förderung der sozialen Entwicklung in benachteiligten Stadtteilen,
- des Stadtbbaus sowohl in östlichen als auch westlichen Bundesländern sowie
- zur Zwischen- und Wiedernutzung von Flächen für die Aufwertung des Wohnumfelds.

Beim Stadtbau sind die bisher praktizierten Proportionen zwischen Abriss und Aufwertung entschieden zugunsten letzterer zu verändern. Das betrifft die Förderung sowohl von baulichen Ergänzungs- und Sanierungsmaßnahmen als auch die Gestaltung vielfältig nutzbarer Freiflächen. Soweit Abriss erforderlich ist, fällt dem örtlichen Umzugsmanagement im Zusammenwirken mit den Betroffenen eine wichtige Rolle zu.

Beim Stadtbau sollte der Aufgabe, in der Stadt Eigenheimqualitäten zu verwirklichen, große Aufmerksamkeit gewidmet werden.³¹ Hier ist zu bedenken, dass das Wunschziel der Familien – das »Eigenheim« – primär eigentlich gar nicht das Haus als Vermögen ist, sondern das Wohnen im Grünen. Gelänge es durch einen entsprechenden Stadtbau, adäquate Bedingungen (grünes Umfeld und »eigenes« Grün) zu schaffen, könnte dem Wunsch vieler Familien auch innerhalb der Stadtgrenzen entsprochen werden – statt sie an das Umland zu verlieren. Auf diese Weise würden die extensive Flächeninanspruchnahme und der Individualverkehr reduziert und zugleich die Infrastruktur in schrumpfenden Städten besser ausgelastet werden.

Eine solche Städtebaupolitik erfordert mehr Mittel und mehr Entscheidungsspielraum, als den Kommunen bisher gewährt wird³². Dazu müssten aber nicht nur Fördermittel entsprechend umgeschichtet, sondern auch den Kommunen als »Stadtentwicklungsfonds« ohne starre Strukturierung überantwortet werden. Eine zusätzliche Finanzierungsquelle kann durch weitere Einschränkungen der Eigenheimzulage erschlossen werden, indem diese in Schrumpfungsregionen nur noch innerhalb der Stadtgebiete zu gewähren wäre.

Mit diesen skizzierten Politiklinien werden zugleich ökologische Aspekte im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung umgesetzt, insbesondere zur Energieeinsparung (durch Wärmedämmung und Modernisierung der Heizungsanlagen) und zur Einschränkung des individuellen Pkw-Verkehrs (durch Eigenheimbau innerhalb der Stadtgrenzen).³³

Generell dürfte deutlich geworden sein, dass die Wohnungs- und Städtebaupolitik in Zukunft weniger von deutschlandweit einheitlichen Leitbildern geprägt, sondern wesentlich stärker regional differenziert sein wird.

31 Hannes Weber et al.: Eigenheimqualitäten in der Stadt. Kurzbericht Weeber+Partner, Stuttgart 2004. Siehe www.bbr.bund.de.

32 Siehe z. B. die trotz einiger Veränderungen immer noch recht starren Verwendungsvorschriften in der »Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen an die Länder zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen« vom 13. 1./5. 4. 2005, im Internet unter www.bmbw.de.

33 Siehe auch die Veröffentlichung der Autoren des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung e. V. in Dresden – Clemens Deilmann et al.: Stadtbau und Leerstandsentwicklung aus ökologischer Sicht, München 2005.

MAGNUS MARSDAL

Sozialistischer Individualismus.

Vielleicht ist die neoliberale Gesellschaft einfach nicht individualistisch genug?

30. November 1999. An diesem Morgen habe ich gewagt zu träumen. »In Seattle haben die Behörden den Ausnahmezustand erklärt. Die Polizei hat Tränengas gegen Tausende von Menschen angewandt, die gegen das Ministertreffen der Welthandelsorganisation demonstrierten.« Das waren die 7-Uhr-Nachrichten. Aber es war wie ein Funke, der den ganzen Weg über den Atlantik geflogen kam und meinen Radiowecker durchdrang. Ich war angesprochen. Ich war sofort wach. Und ich hatte diesen Traum von einer Welt, die aus dem amerikanischen Traum erwacht.

Der amerikanische Traum ist der des Individuums. Die Vereinigten Staaten hatten nie eine starke Aristokratie, kein mächtiges Papsttum, es bestand nie ein »ancien régime« mit strikten Unterscheidungen von Klasse und Stand. Die Verdikte »des Marktes« machen keinen Unterschied zwischen den vornehmsten Familiennamen und dem gewöhnlichsten der John Smiths. Der Markt erkennt nur Plus oder Minus. Überschuss oder Mangel.

Unter dem Neoliberalismus ist der amerikanische Traum großzügig hergefallen über Männer und Frauen, und dies in Ländern auf der ganzen Welt. In ihm sind wir alle Individuen und nichts als Individuen. Er sagt nichts über Gruppen. Er weiß nichts von im Kampf geeinten Klassen. Jede Person ist nur eine Person, weder mehr, noch weniger – das ist die symbolische Quelle dieses sozialen Idylls des Universalismus.

So zauberhaft es auch sein mag, dieses Bild amerikanischer Freiheit und Gleichheit deckt doch nicht alles ab. Es gibt andere Visionen. So wie die, die am 11. Februar 1956 im *Montgomery Advertiser* gedruckt war: »Wir halten diese Wahrheiten für selbstverständlich, dass alle Weißen gleich geschaffen sind mit gewissen Menschenrechten; darunter sind Leben, Freiheit und das Recht zur Verfolgung von Schwarzen.« Einige Monate vorher war etwas geschehen. Lasst uns zurückgehen zu dem Tag im Dezember 1955, als es Rosa Parks endgültig reichte.

Sie war 43 Jahre alt, und sie arbeitete als Näherin. Sie nahm ihren Platz im Bus der Cleveland Avenue Linie in Montgomery ein. Wie immer war die Busfahrt erniedrigend. Wenn Weiße rein kamen, befahl der Busfahrer den schwarzen Passagieren, nach hinten zu gehen. Alle gehorchten. Außer Rosa Parks. Sie fing nicht an zu streiten, sie sprach kein Wort, aber sie bewegte sich auch nicht. Einige Minuten später erschien die Polizei am Tatort des fürchterlichen Vergehens. Parks wurde in Gewahrsam genommen und musste Strafe zahlen.

Magnus Marsdal – Jg. 1974; Journalist, seit April 2005 Sprecher von Attac Norwegen; gemeinsam mit Bendik Wold Verfasser des im Verlag Oktober 2004 in Oslo erschienenen Buches »Tredje venstre – for en radikal individualisme« (Dritte Linke – für einen radikalen Individualismus).

Das überfüllte Gemeinschaftstreffen, das von schwarzen Gemeindeführern für den Tag nach Rosas Festnahme einberufen wurde, rief alle farbigen Menschen dazu auf, die Busse der Stadt Montgomery zu boykottieren. Viele waren für ihre tägliche Fahrt zur Arbeit auf den Bus angewiesen, aber vom Tag Eins an war der Boykott nahezu vollständig. Die Schwarzen schafften es zu Fuß, in Taxis, in Privatautos und sogar auf Eseln zur Arbeit. Während des einjährigen Kampfes, der sich hieraus entwickelte, fuhren Farbige in Montgomery einfach nicht Bus. Die Behörden und die weißen Rassisten waren außer sich. Sie versuchten alles Mögliche. Von der Durchsetzung einer gesetzlichen vierfachen Erhöhung der Taxipreise hin zur Festnahme von Schwarzen wegen »illegalen Autostopps«. Sie legten sogar eine Bombe am Haus des örtlichen Kirchenvorstehers Martin Luther King Jr. Aber die schwarze Gemeinde hielt zusammen.

Am 20. Dezember 1956 wurde der Stadt Montgomery das Urteil des Obersten Gerichtshofes zugestellt. Die Rassentrennung wurde als Bruch der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika anerkannt. Es war Martin Luther King Jr., der am folgenden Tag als erster Schwarzer einen Bus in Montgomery bestieg. Er nahm einen vorderen Sitzplatz ein.

Rosa Parks löste den Beginn der Bürgerrechtsbewegung aus, einer Massenmobilisierung, die es in zehn Jahren schaffte, Rassendiskriminierung aus den US-Gesetzen zu verbannen. Rosa Parks war ein mutiges Individuum. Wofür stand sie, als sie an jenem Morgen auf ihrem Platz sitzen blieb, in jenem Bus in Montgomery, Alabama? Parks selbst drückte es so aus: »Es war sehr erniedrigend, die Gemeinheit ertragen zu müssen, zwei Mal pro Tag in nach Rassen getrennten Bussen fahren zu müssen, und zwar fünf Mal die Woche, um in die Innenstadt zu gelangen und dort für weiße Leute zu arbeiten.«¹ Parks hatte aufgebeht für die Würde des Individuums. Sie verlangte das Recht, mit Respekt behandelt zu werden, leben zu können in der Gesellschaft als ein Individuum, gleich mit anderen Individuen. Rosa Parks war für den Individualismus aufgestanden. Und die gesamte afrikanisch-amerikanische Gemeinschaft stand mit ihr auf.

Gegenwärtig gehört der Individualismus der politischen Rechten. Man sieht ihn als untrennbar verbunden mit Kapitalismus, Selbstsucht und liberalistischen Wirtschaftspolitiken. Der Individualismus scheint die Antithese zu jedwedem Begriff der Solidarität, gemeinsamer Interessen und des kollektiven Kampfes zu bilden. Er sieht wie das Gegenteil dessen aus, woran – glaubt man gängigen Stereotypen – sich die politische Linke halten müsse: Kollektivismus.

Die vorherrschende politische Denkweise des 20. Jahrhunderts operierte mit einem bipolaren ideologischen Schema. Entsprechend diesem Schema bildete individualistische Freiheit den rechten Pol der Achse und kollektivistische Gleichheit weit außen den linken Pol.

SOZIALISMUS

KAPITALISMUS

+ GLEICHHEIT
- FREIHEIT

- GLEICHHEIT
+ FREIHEIT

1 Freddie Parker:
Malcolm X and Martin
Luther King, Jr.
[http://www.dlt.ncssm.edu/
lmtm/docs/MXnMLK/
Script.pdf](http://www.dlt.ncssm.edu/lmtm/docs/MXnMLK/Script.pdf), S. 3.

Kollektivismus zur Linken, Individualismus zur Rechten. Sie kennen die Achsen. Aber können Sie sich selbst darauf platzieren? Wo bringen wir den *gemeinsamen* Kampf für *individuelle* Freiheit durch Rosa Parks und die ihren unter? Und was ist Individualismus überhaupt?

In unserem kürzlich auf Norwegisch erschienenen Buch »Die Dritte Linke – Für einen Radikalen Individualismus«², verwenden Bendik Wold und ich »Individualismus« als ein Etikett für einige wertegelitete Bestrebungen, die über die letzten Jahrhunderte in den westlichen Kulturen hinweg weitreichende Durchbrüche erzielt haben. Wir betonen drei davon.

Individualismus strebt nach:

1. dem Respekt für die *Würde* des Individuums;
2. der *Unabhängigkeit* des Individuums;
3. der *Selbstentfaltung* des Individuums.

Wenn das Individualismus ist, gehört er dann wirklich ausschließlich der politischen Rechten? Wenn dem so wäre, wie hätte dann der amerikanische Sozialistenführer Daniel De Leon in einer heftigen öffentlichen Debatte im April 1912 auf seinen Opponenten, den Generalstaatsanwalt von New York, Thomas F. Carmody, weisen und kühn behaupten können: »Wir klagen den Kapitalismus der Zerstörung des Individualismus an!«³

Wir denken, dass De Leons Anklage sich ganz in jene geistige Tradition einfügt, die durch den radikalsten unter den Philosophen der Aufklärung – Jean-Jacques Rousseau – entwickelt wurde. Rousseau hielt die individuelle Freiheit für das größte Gut von allen und für das angemessene Ziel eines jeden Rechtssystems. Aber an die Seite der Freiheit und mit ihr gleich stellte Rousseau die Gleichheit, »weil die Freiheit ohne sie nicht bestehen kann«⁴.

Die anbrechende bürgerliche Gesellschaft des großstädtischen Paris, die Rousseau um sich beobachtete, wies schreiendere Ungerechtigkeiten auf als alle anderen Orte der Welt. Die bürgerliche *juristische* Gleichheit (vor dem Gesetz) sei tatsächlich eine gute Sache, meinte Rousseau, aber sie sei, gemessen an den Erfordernissen einer moralischen Gesellschaft, keineswegs hinreichend. Nicht so lange, wie die großen *wirtschaftlichen* Ungleichheiten weiter anhielten, argumentierte Rousseau. Dieser Stand der Dinge sei ein »Gesellschaftsvertrag«, den der reiche Mann zu seinem eigenen Nutzen konzipiert habe. Er legt »das Eigentum und die Ungleichheit für immer als Gesetz fest«, macht »aus einer listigen Usurpation ein unaufhebbares Recht«.⁵ Der bürgerliche Gesellschaftsvertrag schuf »für die Schwachen neue Fesseln, für die Reichen aber neue Macht«⁶.

Rousseaus Ansicht nach waren große wirtschaftliche Ungleichheiten unvereinbar mit individueller Freiheit. Ungleichheit schafft wirtschaftliche Abhängigkeit. Wenn Ungleichheit besteht, muss ein Mensch sich dem anderen verkaufen, um überleben zu können. Die Reichen können die Armen für ihre eigenen Zwecke ausbeuten. Die Freiheit der Armen ist dahin. Die ungleiche Gesellschaft wird eine der Unfreiheit, gegründet auf Abhängigkeit und Ausbeutung, eine Gesellschaft starker Antagonismen.

Daher: Damit die Freiheit gedeihen kann, ist es »eine der wichtigsten Aufgaben« des Staates, »die extreme Ungleichheit des Besitzes

2 Magnus Marsdal und Bendik Wold: Tredje venstre, for en radikal individualisme. Forlaget Oktober, 2004.

3 Daniel De Leon und Thomas F. Carmody: De Leon-Carmody Debate: Individualism vs. Socialism: Delivered at Proctor's Theatre, Troy, NY, April 14, 1912. New York Labor News, 1955.

4 Jean-Jacques Rousseau: Der Gesellschaftsvertrag, Leipzig: Philipp Reclam jun. 1978, S. 83.

5 Ders.: Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen, in: Ders.: Frühe Schriften, Leipzig: Philipp Reclam. jun. 1970, S. 178.

6 Ebenda.

7 Ders.: Von der Ökonomie des Staates, in: Ebenda, S. 271.

8 Ders.: Der Gesellschaftsvertrag, a. a. O., S. 169.

9 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 789.

10 Karl Marx: Die Deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 77.

11 Jon Elster: Making Sense of Marx, Cambridge University Press 1990. Norwegian edition (Hva er igjen av Marx?, Universitetsforlaget, 1988) p. 36.

12 Oscar Wilde: Complete Works of Oscar Wilde, Collins 1969, p. 1080.

13 Jean Jaurès: Socialisme et liberté, quoted in Stephen Lukes: Individualism, Blackwell 1973, p. 12.

14 Daniel De Leon und Thomas F. Carmody: De Leon-Carmody Debate: Individualism vs. Socialism: Delivered at Proctor's Theatre, Troy, NY, April 14, 1912. New York Labor News, 1955.

zu verhindern«, »aber nicht dadurch, dass man das Vermögen einzieht, sondern dass man allen die Möglichkeiten nimmt, Vermögen zu erwerben, nicht dadurch, dass man Armenhäuser baut, sondern dass man die Bürger vor der Armut schützt«⁷, sagt Rousseau. Die individuelle Freiheit erfordert, dass es in der Gesellschaft »weder Reiche noch Bettler«⁸ gibt. Für Rousseau gehören Freiheit und Gleichheit zusammen. Nicht als Gegensätze, sondern weil sie einander gegenseitig schaffen.

Dieser radikal-demokratische Individualismus wurde von Marx weiterverfolgt. Im Gegensatz zum weit verbreiteten Bild von Marx als dem Erfinder einer kommunistischen Religion, die jeder und allen Formen von Individualismus feindlich gegenüber stehe, betraf Marx' Kritik am Kapitalismus *nicht* die bürgerlichen Ideale von Freiheit, Demokratie und Individualität als solche. Er klagte den Kapitalismus an, dass seine nach Klassen geteilte soziale Ordnung zum *Haupthindernis* für die tatsächliche, realistische Verwirklichung dieser Ideale geworden sei. Marx' Ziel war nichts weniger als individualistisch, er strebte die Entwicklung der »freien Individualität des Arbeiters«⁹ an. Der Fokus seiner Kritik lag auf dem »Widerspruch zwischen der *Persönlichkeit* des einzelnen Proletariers und seiner ihm aufgedrängten Lebensbedingung, der Arbeit«¹⁰ (Hervorhebung hinzugefügt – d. Verf.). Und der Weg vorwärts, den Marx sich zur Realisierung seines Ziels vorstellte, war die politische Mobilisierung der Arbeiter selbst für eine umfassende Demokratisierung der Verwaltung der lebenswichtigen Ressourcen der Gesellschaft – »der Produktionsmittel«.

Kann man, unserer Definition des Individualismus folgend, sagen, dass Marx ein begeisterter Individualist war? Ja. »Die Anziehungskraft des Kommunismus für ihn war, dass dieser die Möglichkeiten schaffen würde, damit sich alle und jedes menschliche Individuum, und nicht nur eine kleine Elite, selbstverwirklichen können. [...] In diesem normativen Sinne war Marx ein Individualist«¹¹, schreibt Jon Elster, Professor an der Columbia Universität.

Heutzutage ist dieser revolutionäre Individualismus ein wohl gehütetes ideologisches Geheimnis. Aber wir finden die gleichen Gefühle auch bei Oscar Wilde. Dieser Dandysozialist argumentierte, dass der Sozialismus »schon darum wertvoll sei, weil er zu Individualismus führen würde.«¹² Ungefähr zur gleichen Zeit propagierte der französische Sozialistenführer Jean Jaurès, dass der »Sozialismus die logische Vollendung des Individualismus«¹³ sei. Und am Abend jener hitzigen Debatte in New York City im Jahr 1912 erklärte Daniel De Leon: »Wir Anhänger der sozialistischen Bewegung sind der Überzeugung, dass wir die wirklichen Förderer des Individualismus oder der Individualität in diesem Land sind. [...] Wir klagen die moderne Gesellschaft, d. h. den Kapitalismus, an, die Individualität vernichten zu wollen.«¹⁴

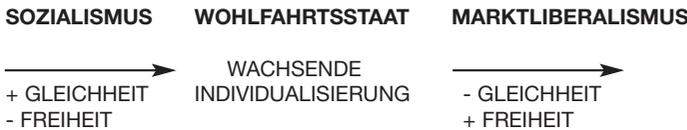
De Leons Worte fielen in die Mitte einer tobenden ideologischen Schlacht: Wer würde sich als der wahre Verteidiger des Individualismus erweisen? Würden die rechten oder die linken Kräfte das Vorrrecht erringen, das Banner des Individualismus durch das 20. Jahrhundert zu tragen? Im rechten Lager wurde der Individualismus als eine Ideologie gesehen, die einen durch und durch amerikanischen

Kapitalismus und die Feuerwerke der Freiheit, die seine bürgerliche Demokratie uns bringe, feiert. Im linken Lager brüteten die Bestrebungen nach Individualismus eine beißende moralische und soziale Kritik des kapitalistischen Systems aus und stärkten ihre Argumentation für revolutionäre Veränderung. Dann kam die Revolution von 1917. Vieles würde sich nun ändern.

Mit der Konsolidierung der Sowjetunion in den 1930er Jahren als einer monopolistisch-bürokratischen Diktatur etablierte sich der Kreml als die globale Autorität des »Marxismus-Leninismus«. Dem vom Stalinismus wiedererfundenen Karl Marx wurde die undankbare Aufgabe übertragen, einen Staat ohne wirkliche Rede- und Versammlungsfreiheit, ohne unabhängige Gewerkschaften und ohne individuelle Rechtssicherheit zu verteidigen. Dem Kreml zufolge war ein solcher Staat Sozialismus.

Was diese besondere Frage anging, wurde Joseph Stalin (aus dem einen oder anderen Grund) in den westlichen Politikwissenschaften zu einer Quelle der Autorität erklärt. In der Folge entwickelte sich ein das kritische Nachdenken erstickender ideologischer Konsens, der den Sozialismus als die »kollektivistische Unterordnung der Individuen unter den Staat« definierte. Auf diese Definition konnten sich sowohl kommunistische als auch bürgerliche und sozialdemokratische Regime einigen. Es war im Interesse aller drei, dass der Sozialismus so definiert wurde.

Es entstand auf dem ideologischen Schlachtfeld eine bürgerlich-stalinistische Koalition. Auf ihrer Grundlage war man in der Lage, jenes bipolare Schema zu etablieren, das das politische Denken während des Großteils des 20. Jahrhunderts dominierte. Sehen Sie es sich an: das Schema des Liberalismus!



Diesem Schema nach wird Sozialismus als ein Machtmonopol des Staates in allen Bereichen der Gesellschaft angesehen, der Wohlfahrtsstaat als paternalistische Regulierung und Einmischung, während der Marktliberalismus zum Äquivalent für das Recht auf Leben, Freiheit und die uneingeschränkte Verfolgung des persönlichen Glücks wird. Es wird zugegeben, dass der Neoliberalismus einen Schritt weg von der Gleichheit bedeutet. Aber es gäbe eine wertvolle Kehrseite: Der Neoliberalismus wird auch als ein Schub in Richtung erhöhte individuelle Freiheit gesehen.

Dieses Schema hat viel mit dem Aufkommen des Neoliberalismus (und des »Dritten Weges«) zu tun. Das Schema des Liberalismus war ein günstiges ideologisches Klima für die darauf folgende Durchsetzung dessen, was Pierre Bourdieu die »elementaren Formen des neoliberalen Denkens«¹⁵ nannte. Die folgenden Dichotomien sind feste Bestandteile der großen ideologischen und wirtschaftlichen Restauration, die in Folge der fallenden amerikanischen Profitraten um 1968 begann.

15 Pierre Bourdieu und Loïc Wacquant: Neoliberal newspeak, notes on the new planetary vulgate, in: Radical Philosophy 105, January 2001.

Elementare Formen des neoliberalen Denkens

STAAT	Globalisierung	MARKT
beschränkt	→	frei
geschlossen		offen
starr		flexibel
unbeweglich, erstarrt	→	dynamisch, selbsttransformierend
Vergangenheit, überholt		Zukunft, Neuheit
Stasis		Wachstum
Gruppe, Holismus,		Individuum
Kollektivismus		Individualismus
Uniformität, Künstlichkeit		Vielfalt, Authentizität
autokratisch (»totalitär«)		demokratisch

Auf der Grundlage dieser Interpretation der Geschichte des 20. Jahrhunderts waren die Neoliberalen in der Lage, ihren globalen Sturmangriff auf Wohlfahrt und Gewerkschaften als »Fortschritt« und »Befreiung« darzustellen. Diese Erzählung hat sich als sehr machtvoll erwiesen. Aber der Neoliberalismus ist nicht das einzige Element der ideologischen Hegemonie dieser Tage.

»Was ist die Matrix«, fragen wir in unserem Buch. In anderen Worten: Welche Weltanschauungen haben es geschafft, die Matrix, die die wachsende Arbeiterbewegung prägte, das Bewusstsein von der »Klasse«, zu ersetzen? Eine Antwort könnte damit beginnen, die Dreieinigkeit des bürgerlichen Individualismus zu rekonstruieren:

1. Neoliberalismus – wirksam in der ökonomischen und politischen Elite.
2. »Postmodernismus« – wirksam in der intellektuellen Elite.
3. Die Unterhaltungsindustrie – mit Einfluss auf die ganze Bevölkerung.

Zusammen genommen sind dies Diskurse mit der Fähigkeit, Anschauungen der Welt und des Ichs von der Spitze herab bis zur untersten Schicht der Gesellschaft zu formieren. Diese Dreieinigkeit trägt zur Konsolidierung des bürgerlichen Individualismus mittels dreier verschiedener und unabhängiger Konstruktionen des sich selbst genügenden Individuums bei:

1. Die Wirtschaftstheorie konstruiert den Menschen als *homo oeconomicus*, als Nutzen maximierendes vereinzelt Individuum, wie es den theoretischen Modellen der neoklassischen Wirtschaftstheorie innewohnt.

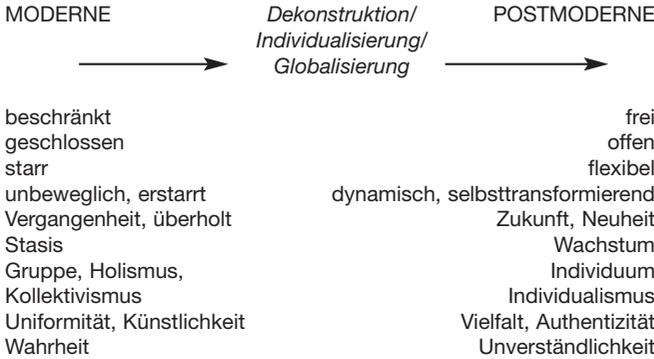
2. Vieles in der so genannten postmodernen Kulturtheorie (de)konstruiert ein menschliches Wesen, das von Klassenzugehörigkeit, Nationalität und anderen sozialen Identitäten befreit ist. Dazu mengt es oft eine jugendliche Zelebrierung der mit Güterkonsumtion verbundenen befreienden Effekte. Dieses Individuum des Postmodernismus ist der verspielte und triebhafte Cousin des *homo oeconomicus*.

3. Die Werbemanager und die Unterhaltungsindustrie konstruieren ihre Anspruchsgruppe nicht als BürgerInnen, sondern als konsumierende Individuen. Derartige Individuen finden ihr Glück, Unglück und den Sinn ihres Lebens innerhalb des Horizontes der Güter, Dienstleistungen und der Unterhaltung auf dem kapitalistischen Markt.

Die ideologischen Effekte dieser Dreifaltigkeit geben dem bürgerlichen Individualismus eine Definitionsmacht, die außerordentlich

stark ist. Dies kann man zum Beispiel an den elementaren Formen des (amerikanisierten) »postmodernen« Denkens sehen:

Elementare Formen des (amerikanisierten) »postmodernen« Denkens



Wir sehen, wie gut diese Weltanschauung des Postmodernismus zu den Dichotomien des Neoliberalismus passt... Zusammengekommen zeichnen die Diskurse der Dreifaltigkeit das folgende Bild des westlichen Kapitalismus:

»Alle Individuen sind frei. Wir sind frei als Konsumenten. Wir sind frei als Wählerinnen und Wähler. Wir sind frei, auf dem Arbeitsmarkt zu kaufen und zu verkaufen. Dank dieser Freiheiten haben wir Demokratie. Je mehr Güter, Dienstleistungen und Symbole produziert werden, desto größer das Maß an Glückseligkeit. Je mehr wir deregulieren, desto mehr Produktion – und daher desto größer das Glücksgefühl. Wir gestalten unsere eigenen Leben. Wir sind nicht länger an engstirnige Traditionen und eingleisige Ideologien gebunden. Wir sind alle Individuen und nichts als Individuen.«

Man trifft diese Weltanschauung überall an. Die Haltungen unter Wirtschaftsmanagern, Politikern, Werbefachleuten, Kulturkommentatoren und den Leuten auf der Straße bestärken sich alle gegenseitig. Sie sind geprägt durch die *amerikanische Ideologie*, die gegen Ende des 20. Jahrhunderts durch Neoliberalismus, »Postmodernismus« und Unterhaltungsindustrien in so viele Ecken der Welt verbreitet wurde.

Klassentrennungen, Klasseninteressen und alles, was mit ihnen einhergeht, gehören nun der Vergangenheit an. Die Arbeiterklasse gibt es nicht mehr. Alles, von dem Du dachtest, dass es festen Bestand hätte, löst sich in Luft auf.

In dieser globalisierten Netzwerkgesellschaft ist es hoffnungslos altmodisch zu denken, dass man eine »Position einnehmen« könne. Es ist sinnlos zu denken, dass eine andere Welt möglich ist. Lang vergessen ist der radikale Individualismus von Jean-Jacques Rousseau. Karl Marx wird als irgendein verrückter, kollektivistischer Sozialingenieur dargestellt. Und niemand scheint sich an das Paradox zu erinnern, dass eine 43 Jahre alte Näherin in Montgomery, Alabama, sich für individuelle Freiheit nur durch den gemeinsamen Kampf einsetzen konnte.

Der Individualismus ist eine immense ideologische Herausforderung für die linken Kräfte des 21. Jahrhunderts. Er konfrontiert

sowohl die Gewerkschaftsbewegung als auch die globalisierungskritischen Kräfte. Dieser Herausforderung muss begegnet werden. Aber wie?

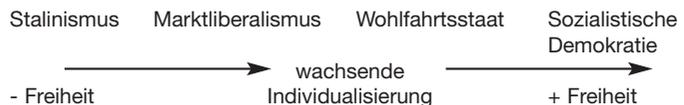
Ich dachte schon, Ihr würdet mich das nicht fragen! Hier sind vier frische rote Paprika, an denen Ihr kauen müsst:

1. Die linke Anklage gegen den Neoliberalismus sollte *nicht* sein, dass er zu exzessiv individualistisch sei. Im Gegenteil: Diese Marktgemeinschaft ist noch lange nicht individualistisch genug. Wir sollten fragen: Wie befreiend für Individuen ist eine Weltwirtschaft, die Millionen von Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut stürzt? Ist es aus Fürsorge für Individuen, dass die in festen Arbeitsverhältnissen verbleibenden Lohnabhängigen immer höherem Druck ausgesetzt werden, Überstunden ohne Ende leisten müssen und schweren Belastungen für Körper und Geist unterworfen werden? Und was auf der Welt hat es mit *Individualismus* zu tun, wenn das Marketinggeschäft Milliarden Dollars in die zynischste Manipulierung und Ausbeutung der Gefühle und der sozialen Unsicherheit der Individuen steckt?

2. Wir müssen darauf hinweisen, dass für uns einfache Leute wachsende individuelle Freiheit bisher immer nur durch gemeinsamen Kampf erreicht worden ist. In dem frappierenden Beispiel des Busboykotts von Montgomery sehen wir, wie Individuen täglich Freiheiten *opferten*, indem sie den Bus nicht benutzten und Belästigungen von Weißen über sich ergehen ließen – und zwar für ein höheres Ziel. Aber was war das für ein Ziel? Es war keine kollektivistische Sehnsucht, die Individualität im schwarzen Körper der Gesellschaft aufzulösen. Opfer wurden gebracht für ein konkretes, erreichbares Ziel erhöhter Freiheit und Würde für alle Individuen der Gruppe. Das gleiche gilt für die Arbeiterbewegung: Der Arbeiter oder die Arbeiterin gibt einen Teil seiner oder ihrer individuellen Zeit und Ressourcen für die kollektive Bewegung auf, weil dies wiederum seine oder ihre Position *als einem Individuum* in einer vom Kapital dominierten Gesellschaft stärkt. Dies gilt für jegliches Beispiel dieser aufgeklärten Form des Eigeninteresses, die wir Solidarität nennen. Nichts war befreiender oder hat mehr zur Verbesserung der Position der britischen oder norwegischen Individuen im 20. Jahrhundert beigetragen als die Entwicklung des Wohlfahrtsstaats. Er schuf soziale Institutionen, die einfachen Leuten, auf individueller Basis, ein gewisses Maß an wirtschaftlicher Sicherheit anboten, und uns damit gegenüber den Reichen stärkte. Wie Ulrich Beck betont, ist die *Individualisierung* kein individueller Prozess, sondern ist von Institutionen und insbesondere denen den Wohlfahrtsstaates abhängig.

3. Die Linke muss danach trachten, das Schema des Liberalismus durch das Schema des Sozialismus zu ersetzen. Hier sehen Sie es in einer Version, wie man sie auf die Zeit des Kalten Krieges anwenden könnte:

Das Schema des Sozialismus (1)

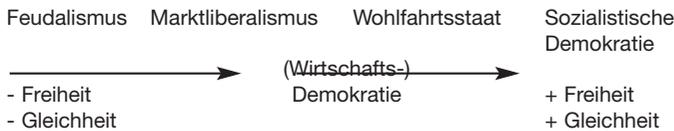


Hier wird Sozialismus als demokratische Verwaltung der lebenswichtigen Ressourcen der Gesellschaft (»der Wirtschaft«) definiert.

Unter dem Stalinismus war die Wirtschaft unleugbar ausgesprochener *politischer* Administration unterworfen, aber niemand würde diese politische Ökonomie je »demokratisch« nennen. Er gehört an das äußerste Ende unserer Achse, mit mageren individuellen Freiheiten. Beachtet, wie nahe der ungezügelter Kapitalismus in dieser Hinsicht dem »Imperium des Bösen« ist! Der Marktliberalismus schwächt die Position des arbeitenden Individuums auf dem Arbeitsmarkt soweit, wie er kann, und tut so ziemlich dasselbe mit den politischen Organen der Demokratie. Unter dem Wohlfahrtsstaat werden wesentliche »sozialistische Brechen« in das kapitalistische System geschlagen. Dieser partielle Schutz gegen die »Tyrannei der Reichen« stärkt die Position des Individuums.

Der Anstieg an individueller Freiheit, der entlang der Achse von links nach rechts angezeigt ist, entspricht dem Grad an Demokratie. Das wird durch das Schema des Sozialismus in seiner allgemeinen Form demonstriert.

Das Schema des Sozialismus (2)



Wenn der historische Fortschritt der Demokratie so gesehen wird, wirkt die augenblickliche Position der »neuen Bewegungen« – die argumentieren, dass »eine andere Welt möglich ist« und gleichzeitig die bestehenden wohlfahrtsstaatlichen Institutionen glühend verteidigen – weniger paradox. Der Neoliberalismus wird als reaktionär gesehen. Die Feinde des Wohlfahrtsstaats sind wirklich dabei, »die Uhr zurückzudrehen«. Daher kämpfen wir für die Verteidigung des schon Bestehenden. Aber über den instabilen Waffenstillstand der so genannten gemischten Wirtschaft der keynesianischen Zeiten hinaus *gibt* es etwas, für das es zu kämpfen lohnt. Darum kämpfen wir auch für das, was es noch nicht gibt.

4. Wenn wir kämpfen, um den Wohlfahrtsstaat zu verteidigen, tun wir dies im Namen des radikalen Individualismus. Die kollektiven Einrichtungen des Wohlfahrtssystems werden eingesetzt, um die Würde, die Unabhängigkeit und die Selbstentfaltung der Individuen zu erhöhen.

Nach Seattle haben wir die Konturen einer mächtigen Allianz zwischen der globalisierungskritischen Bewegung und der traditionellen Arbeiterbewegung gesehen. Die Mission dieser vereinten Kräfte ist es, die gemeinschaftliche Mobilisierung für individuelle Freiheit fortzusetzen, die im vergangenen Jahrhundert so viel erreicht hat.

Uns ist der Wohlfahrtsstaat nicht sakrosankt. Aber er sollte auch nicht abgebaut und privatisiert werden. Was jetzt vorgeht, ist wie eine Frühwarnung der neuen Gesellschaft. Für uns ist der Wohlfahrtsstaat eine lebende und sich aufbäumende Erinnerung daran, dass wir es immer wagen sollten zu träumen, er ist das hart erkämpfte Zeugnis, dass eine andere Welt tatsächlich möglich ist.

Werbung in der Printausgabe

HANS-GERT GRÄBE

Die Macht des Wissens in der modernen Gesellschaft

Matthias Käther beschließt seinen Aufsatz¹ mit den Worten »Denn, um noch einmal den klugen Bacon zu zitieren: Wissen ist Macht.« Im folgenden Text versuche ich, die Spur dieser Macht des Wissens in den komplizierten, widersprüchlichen Umbruchprozessen der heutigen Zeit ein wenig zu verfolgen.

Die Widersprüche der heutigen Zeit sind mit Händen zu greifen. Sie haben ihre Wurzeln in tiefen technologischen Veränderungen, welche mit Computer und Internet auf das Engste verbunden sind. Vielleicht sollte man an dieser Stelle auch nicht verharmlosend von Widersprüchen sprechen, sondern von Rissen, welche durch die heutige Gesellschaft gehen. Schließlich sind es nicht Widersprüche in einer Beschreibung, sondern Widersprüche in der praktischen Realität selbst, welche das tägliche Sein unmittelbar tangieren.

Aber während über Hartz IV und ähnliche Risse mit unmittelbar sozialer Auswirkung medial und öffentlich ausführlich debattiert wird, bleibt es um einen der ganz großen Risse in der heutigen Gesellschaft, die Auseinandersetzung um den freizügigen Zugang zu den Wissensgütern, auffallend ruhig.

Dabei geht es hier um ein Schlachtfeld, auf dem das kapitalistische Establishment der Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte und damit der Aufhebung dieses freizügigen Zugangs offensichtlich enorme Zukunftsbedeutung beimisst. Entsprechend still kommen die Regelungen daher, als GATS und WIPO aus einem imaginären Raum in naturrechtlichem Gewand – auf alienistische Weise, würde Christoph Spehr² wohl sagen. Regelungen, die es »nur noch gilt, in nationales Recht umzusetzen«, lautlos und unauffällig und ohne deren Sinnhaftigkeit ernsthaft auf den Prüfstand zu stellen.

Die Linke nimmt dieses Schlachtfeld nur sehr peripher zur Kenntnis. Selbst die Eigentumsdebatte dreht sich nur um Fragen der Rückgewinnung der Verfügungsgewalt über großes Privateigentum. Auf den Barrikaden, die insbesondere von Vertretern der Wissenschaft inzwischen aufgerichtet sind, um im freizügigen Zugang zu Wissensgütern die letzte Bastion von Gemeineigentum zu verteidigen, sind Linke, die hier eine klare, eindeutige und lautstarke Position beziehen, nur spärlich zu finden. Um diesen Riss wird es im folgenden Aufsatz gehen.

Das beginnende Post-Computerzeitalter

Während der Computer schon älteren Datums ist – Mitte der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts »erfunden« –, gehen die Anfänge des In-

Hans-Gert Gräbe – Jg. 1955; Prof. Dr. rer. nat. habil., Studium der Mathematik, danach Arbeiten zur Algebra, Geometrie und Computeralgebra, seit 1990 am Institut für Informatik der Universität Leipzig; zuletzt in UTOPIE kreativ: Virtuelle Macht und reale Gegenmächte, Heft 171 (Januar 2005).

1 Matthias Käther: Über Marxens Rezeptionsmethode, in: UTOPIE kreativ Heft 162 (April 2004), S. 293-300.

2 Christoph Spehr: Die Aliens sind unter uns!, Herrschaft und Befreiung im demokratischen Zeitalter, Siedler Taschenbücher 75548, Goldmann Verlag, München 1999.

ternets auf die Mitte der 80er Jahre zurück und beginnen erst jetzt, ihre volle gesellschaftsformierende Kraft zu entfalten.

Die zeitliche Dimension der von Kondratjew beschriebenen Verschränktheit von Wissenschaftsentwicklung und Produktionsorganisation lässt vermuten, dass es sich sogar um zwei verschiedene solcher Wellen handelt. Dies wird weiter genährt durch die Beobachtung, dass der Computer allein bereits eine Revolution der Produktionsorganisation ausgelöst hat, in deren Ergebnis repetitive Elemente im Produktionsprozess identifiziert und umgestaltet wurden hin zu flexiblen und automatisierten oder teilautomatisierten Produktionslinien.

Das veranlasste eine Reihe von Autoren, vom Postfordismus zu sprechen oder gar der Postmoderne. Fordismus dabei mit Moderne zu identifizieren, ist einem ahistorischen Blick geschuldet, der die Fortschritte dieser neuen Produktionsorganisation bereits für die volle Verwirklichung der von Kant und der Aufklärung beschriebenen »modernen Gesellschaft« ansieht. Dass eine Gesellschaft, in der Auschwitz geschehen konnte, weit von dieser Utopie entfernt ist, haben Adorno, Horkheimer und die Frankfurter Schule so deutlich herausgearbeitet, dass sich der Begriff »Postmoderne« von selbst verbietet. Im Folgenden werden wir diese Kondratjew-Welle deshalb als *Postfordismus* oder *Computerzeitalter* bezeichnen.

Diese neue Welle beginnt in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts die fordistische Fließbandgesellschaft zunehmend aufzulösen – in Ost wie West. In der 68er Krise wird erstmals deutlich, dass in Zukunft nicht »ein Kopf und tausend Hände« gefordert sind, sondern viele Köpfe, welche die ins fast Unermessliche gesteigerte »Macht der Agentien«³ zu je anderen Zwecken in Bewegung zu setzen vermögen. Auch dies in Ost wie West noch fast synchron.

Danach aber trennen sich die Wege. Die weiteren Veränderungen haben zu Beginn der neunziger Jahre des eben zu Ende gegangenen Jahrhunderts einen kompletten gesellschaftlichen Gegenentwurf zum Kapitalismus fast lautlos in sich zusammenfallen lassen und klopfen nun, am »Ende der Geschichte«, an die Pforten des »effektivsten aller Gesellschaftssysteme« und drängen vehement auf Lösung. Auch »die Gesetze des bürgerlichen Eigentums sind kein Amulett gegen die Konsequenzen bürgerlicher Technologie: Der Besen des Zauberlehrlings fegt weiter und weiter und das Wasser steigt und steigt.«⁴ Die Kondratjew-Wellen der Wissenschaftsentwicklung haben bisher noch jede Form der Produktionsorganisation als auf Sand gebaut entlarvt und beim Überschwemmen des je aktuellen Strandes mit sich fortgeschwemmt. Diese Dynamik gilt es, bei der Analyse des Beginns einer neuen Kondratjew-Welle, des *Post-Computerzeitalters*, zu bedenken.

Die Barrikaden sind errichtet

Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte, dass eine kapitalistisch verfasste gesellschaftliche Ordnung mit technologischen Herausforderungen konfrontiert wird; noch immer fanden sich bisher Antworten und die Kraft, die gesellschaftliche Ordnung entsprechend den neuen Herausforderungen umzubauen, ohne dabei die grundlegenden, eine marktwirtschaftlich-kapitalistische Ordnung konstituieren-

3 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Gesamtausgabe, Zweite Abteilung, Bd. 1, Berlin 1976, S. 581.

4 Ebene Moglen: The Communist Manifesto, <http://emoglen.law.columbia.edu/publications/dcm.html>, 2003, S. 7.

den Elemente in Frage zu stellen oder gar über Bord werfen zu müssen. Mit dieser historischen Kompetenz im Rücken macht sich das politische Establishment auch heute mit Schwung an die Arbeit und initiiert einen großflächigen Umbau der bisherigen gesellschaftlichen Ordnung, mit welchem den neuen Herausforderungen begegnet werden soll, abermals ohne die Grundlagen des kapitalistischen Gesellschaftssystems anzutasten.

Der neoliberale Mainstream folgt dabei bewährten Mustern, womit sich allerdings unter den gegenwärtigen Bedingungen Probleme eher zu verschärfen scheinen. Doch Umwälzungen greifen immer Besitzstände an – und wo gehobelt wird, da fallen Späne. Jeder muss in solchen Umbruchzeiten sein persönliches Opfer bringen – so etwa lautet die Replik auf entsprechende Klagen, worauf man Widerstände in der medialen Darstellung gern zu reduzieren sucht. Argumente werden laut, eindringlich und medial wirksam vorgetragen, obwohl – oder weil? – eine innere Logik oft nicht mehr zu erkennen ist. Oder gibt es eine Logik, auf dem Weg in die Wissensgesellschaft gerade an den öffentlichen Ausgaben für Bildung zu sparen?

Die zunehmende Schere zwischen öffentlicher strategischer Argumentation und der Realität praktischer politisch-administrativer Tagesarbeit beginnt bereits an den Grundfesten eines demokratisch verfassten Staatswesens zu rütteln, gerade auch im Bildungsbereich, wo blumig Lösungen für das Problem der sinkenden staatlichen Finanzierung durch Privatisierung und Markt versprochen werden. Die vielfältigen politischen Bemühungen, dafür »Bildungsprodukte« marktgängig zu machen, treffen auf den erbitterten Widerstand der Wissenschaftsgemeinde, die in einem solchen Ansinnen die Grundlagen des Wissenschaftsbetriebs in seiner bisherigen Form gefährdet sieht und dem dezidiert das altbewährte Prinzip des freizügigen Zugangs zu den Wissensgütern der Gesellschaft entgegenstellt. Wahrung alter Besitzstände einer ewig gestrigen Professorenschaft?

Wie dem auch sei, die Barrikaden sind aufgerichtet, und da mag es schon erstaunen, eine Meldung wie die folgende zu lesen:

»Unterstützung der Budapest Open Access Initiative durch das ›Information Program‹ des Open Society Institutes, 14. Februar 2002

Die Budapest Open Access Initiative (BOAI), die heute an die Öffentlichkeit getreten ist, möchte internationale Bemühungen um den weltweit freien Online-Zugang zu wissenschaftlichen Zeitschriftenveröffentlichungen in allen akademischen Feldern bündeln und beschleunigen. Die BOAI ist aus einem Treffen hervorgegangen, das in Budapest von dem Open Society Institute (OSI) veranstaltet wurde.

Das OSI Information Program verpflichtet sich, für die Dauer von drei Jahren jährlich 1 Million US Dollar zur Förderung von open-access-Projekten zu vergeben. Gefördert werden:

- die Entwicklung von Geschäfts- und Finanzierungsmodellen des Self-Archiving und für open-access-Fachzeitschriften;
- die Nutzung von Bibliotheksnetzwerken (wie das ›Electronic Information for Libraries consortium‹, dem derzeit 40 Länder angehören, siehe <http://www.eifl.net>) zur Mobilisierung weltweiter Unterstützung für die open-access-Bewegung;
- die Unterstützung von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerin-

nen aus einkommensschwachen Ländern und Regionen, damit sie in open access-Fachzeitschriften, die Gelder für die Veröffentlichung und Verbreitung von Beiträgen verlangen, publizieren können;

- die (Weiter-) Entwicklung von Software für open-access-Zeitschriften und für das Self-Archiving (Indexierung und Navigation);
- die Verbreitung der Philosophie des open access bei staatlichen und nichtstaatlichen Fördereinrichtungen und Stiftungen, bei Bibliotheken und Universitäten, bei Regierungsstellen und Politikern und Politikerinnen, und bei international operierenden Institutionen.«⁵

5 Quelle: <http://www.soros.org/openaccess/g/commitment.shtml>.

Was sind das für Akteure und Institutionen, die sich so dezidiert entgegen dem Mainstream für freizügigen Zugriff auf Informationsgüter einsetzen und dafür auch noch nicht unbeträchtliche Geldsummen zur Verfügung stellen? Der erste der beiden Akteure, die Budapest Open Access Initiative, wird weiter im Text wie folgt dargestellt: »Die Budapest Open Access Initiative wurde von den Teilnehmern und Teilnehmerinnen des Budapester Treffens und von Hunderten Einzelpersonen und Institutionen aus aller Welt unterzeichnet, von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, von Universitäten, Bibliotheken, Fördereinrichtungen, Zeitschriften, Verlagen und Learned Societies. Die Webseite enthält neben den Unterschriften derer, die bisher unterzeichnet haben, Vorschläge zur Unterstützung der BOAI und ein ausführliches FAQ. Wir ermutigen Einzelpersonen und Institutionen, die Initiative zu unterzeichnen und sich zu informieren, wie sie die open-access-Bewegung unterstützen können.«

Es handelt sich also um einen breiten Zusammenschluss von Wissenschaftlern, Bibliotheken und Wissenschaftsorganisationen, welche in den aktuellen Entwicklungen eine deutliche Gefahr für den freizügigen Austausch wissenschaftlicher Information und damit für den Wissenschaftsbetrieb in seiner heutigen Verfassung sehen und aus dieser Sorge heraus politisch aktiv werden. Wer aber ist das OSI, der Mäzen der Bewegung, der Geldgeber? Dazu heißt es weiter im Text: »Das OSI ist eine private Stiftung, die die Entwicklung und Implementation von Programmen in den Feldern Zivilgesellschaft, Erziehung und Bildung, Medien, Public Health, Frauen- und Menschenrechte fördert, ebenso Bemühungen um soziale, gesetzliche und wirtschaftliche Reformen. Das OSI operiert als Zentrum eines informellen Netzwerkes aus Stiftungen und Einrichtungen, die in mehr als 50 Ländern verschiedene Programme unterstützen. Es wurde 1993 von George Soros zur Vernetzung derartiger Programme, zur Förderung von Initiativen, usw. gegründet. ... Besuchen Sie <http://www.soros.org> für weitere Informationen.«

George Soros also, einer der ganz Großen aus der Welt des ganz großen Geldes. Wie hat sich dieser dezidierte Vertreter der Finanzwelt auf die »falsche Seite« der Barrikaden verirrt? Doch es kommt noch besser.

Ein wesentlicher Akteur im Kampf um den freizügigen Zugang zu den Wissensgütern der Gesellschaft ist die OpenSource-Bewegung, die mit GNU/Linux eine Alternative zu proprietären Betriebssystemen, allen voran Windows, geschaffen hat und in deren Schoß eine große Zahl erstklassiger Software-Werkzeuge entstanden sind, welche allen Interessenten zu sehr freizügigen Bedingungen zur Nach-

nutzung, Anpassung und Weiterentwicklung bereit gestellt werden und durch die Entwicklergemeinde selbst in einen ständigen Vervollkommnungsprozess eingebunden sind. Dass Bill Gates mit scheelen Augen auf diese Entwicklungen schaut, ist verständlich. Weniger verständlich mag da schon die folgende Mitteilung erscheinen: »IBM steckt eine Milliarde Dollar in Linux. Anlässlich der Bekanntgabe des Verkaufs eines großen Linux-Clusters an Shell auf der eBusiness Conference and Expo in New York hat IBM-Chef Louis Gerstner angekündigt, dass sein Unternehmen nächstes Jahr eine Milliarde Dollar in Linux investieren wolle. Dabei betonte er die wichtige Rolle von Linux innerhalb der zukünftigen E-Strategie seines Unternehmens: Schon jetzt seien 1500 IBM-Programmierer damit beschäftigt, Business-Software nach Linux zu portieren.«⁶

Darüber hinaus bezog Gerstner deutlich Position: »Es gibt Einschätzungen, dass Linux an Windows NT vorbeiziehen und eine höhere Verbreitung finden wird«. Die Bewegung hin zu offenen Standards sei unaufhaltsam. Firmen wie Sun oder Microsoft bezeichnete Gerstner als die »letzten großen proprietären Spieler, die man für lange Zeit in der IT-Branche sehen wird«.

Die beiden zitierten Meldungen halte ich im weiter oben ausgebreiteten Kontext für durchaus bemerkenswert: In einem Klima, das auf zunehmende Parzellierung und Privatisierung der Wissensressourcen drängt, investieren diese herausragenden Vertreter der großen Finanz- und Geschäftswelt nicht unerhebliche Summen in Projekte, welche gerade den *Zusammenhalt* der Wissensressourcen zum Gegenstand haben, deren Profilierung als *gemeinsame, freizügig zugängliche Infrastruktur*, eines gemeinschaftlich zu bewirtschaftenden Substrats, ohne welches die verschiedensten Blumen marktwirtschaftlich produktiver Aktivitäten gar nicht erst erblühen könnten, und die natürlich, durch ihre enge Verknüpfung mit diesem Substrat, erblühend einen eigenen dinglichen und oft auch monetären Beitrag zur Reproduktion dieses Substrats leisten können und leisten. Bemerkenswert an diesen finanziellen »Spenden« ist vor allem, dass sie sich allenfalls aus einem weitreichenden strategischen Kalkül heraus rechtfertigen lassen, keineswegs aber mit einer Return-on-Invest-Kalkulation, diese Entscheidungen also gerade *nicht* einer marktwirtschaftlichen Logik entspringen.

Das Korngrößendilemma

An dieser Stelle halte ich es für angezeigt, einen kleinen theoretischen Exkurs zur marktwirtschaftlichen Logik und deren gesellschaftlicher Bedeutung und Einbettung einzuschleusen. Ich halte mich dabei an *Marx* und beziehe mich insbesondere auf die von ihm thematisierte Verbindung dieser ökonomischen Mikroprozesse mit gesamtgesellschaftlichen Sozialisierungsprozessen, da die Aussagekraft *dieses* Teils seiner Theorie heute wohl auch unter (seriösen) Marxkritikern weitgehend unbestritten ist. *Marx* interpretiert dabei Geld und Warenaustausch als Elemente eines Prozesses der Sozialisierung individueller produktiver Arbeit, welche über den Tausch auf dem Markt zu einem durchschnittlich erforderlichen Aufwand ins Verhältnis gesetzt wird. Auf diese Weise, so *Marx*, etabliert sich (unabhängig vom Willen der Marktteilnehmer und hinter deren Rücken)

6 Quelle: heise online
12. 12. 2000, <http://www.heise.de/newsticker/meldung/13845>.

ein gesellschaftliches Maß für die Effizienz individueller produktiver Arbeit, das seiner Natur nach ein Zeitmaß ist und dessen Anwendung das Gelingen des Tauschs am Markt (das Vorhandensein einer Nachfrage) zur Voraussetzung hat. Dieses Gelingen des Tausches ist ein zweites sozialisierendes Moment, denn es wird nur in einem gesellschaftlichen Kontext »sinnvolle« Arbeit überhaupt erst bewertet. Mit diesem »Sinn« hat es eine besondere Bewandnis: Marx stellt dazu fest, dass es sich bei marktgängiger produktiver Arbeit um *zweckmäßige Arbeit* handelt, wobei der Zweck *individuell* und *vor* dem Produktionsprozess gesetzt sein muss, aber *gesellschaftlich* erst *nach* dem Produktionsprozess, eben auf dem Markt, abgefragt wird. Ein solcher Mechanismus funktioniert aber nur, wenn sich die Wirkung einer Zwecksetzung antizipieren, die produktive Arbeit also *planen* lässt. Dies, so Marx, ist eine dem Menschen eigene Fähigkeit: »Wir unterstellen die Arbeit in einer Form, worin sie dem Menschen ausschließlich angehört. Eine Spinne verrichtet Operationen, die denen des Webers ähneln, und eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Wachszellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, daß er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut. Am Ende des Arbeitsprozesses kommt ein Resultat heraus, das beim Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also schon ideell vorhanden war.«⁷

7 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, Berlin 1972, S. 193.

Planen und »Raisonnieren« (Kant) als Zwecksetzen wird erst relevant im *Tun*, im gesellschaftlich-praktischen Tätigwerden, welches fortgesetztes Entscheiden erfordert, mit dem alte Möglichkeiten abgeschnitten werden, um neue Möglichkeiten zu eröffnen. Tätigsein als Verändern der realen Welt ist notwendig konkurrent und damit konflikthaft, so dass für den Menschen als gesellschaftliches Wesen *Freiräume* zur Entscheidung nur zusammen mit *Verantwortung* für die Entscheidungen zu denken sind und Mechanismen des Ausgleichs erfordern, um Konflikte in Bereichen sich überlappender Interessen zu lösen.

Marktmechanismen spielten in diesem Zusammenhang eine progressive Rolle in der Entwicklung derartiger Ausgleichsmechanismen als Formen menschlicher Vergesellschaftung. Während in vorkapitalistischen Zeiten Wirkmächtigkeit und Entscheidungsmächtigkeit privaten Tuns einander in ihren Dimensionen weitgehend entsprachen, Produktion vorrangig auf den eigenen oder gemeinsamen Verbrauch gerichtet war und letzteres durch Clangführer, Sklavenbesitzer, Feudalherren auf einer dinglichen Basis entschieden und über personale Verfügbarkeit als Leibeigene, Fronarbeit etc. umgesetzt wurde, so rückt die Entscheidungsmächtigkeit solchen Tuns bei weiter steigender Wirkmächtigkeit nun in die unmittelbare Nähe der produktiv Tätigen. Das Ende des Feudalismus ist zugleich das Ende des landesfürstlichen Prinzips der Entscheidung über alle wichtigen lebensweltlichen Fragen entsprechender Dimension.

Wir befinden uns an einem Gabelungspunkt menschlicher Entwicklung: Während in der ganzen bisherigen Entwicklung die »Korngröße« der personalen Entscheidungsstrukturen der Korngröße der durch produktive Arbeit in Gang gesetzten Macht der Agentien *entsprach* und so, wenigstens notdürftig, der *dinglichen*

Logik der Planung produktiver Arbeit Genüge getan war, sind wir mit Beginn der kapitalistischen Marktwirtschaft mit dem Phänomen konfrontiert, dass ein weiteres *Wachstum* der Korngröße der Macht der Agentien mit einem *Rückgang* der Korngröße der personalen Entscheidungsvollmacht einher geht. Die Beachtung dinglicher Logiken durch weitere Zentralisierung der Entscheidungsvollmachten ist an ihre Grenzen geraten – auch wenn sie im realsozialistischen Entwicklungsmodell noch einmal eine Renaissance erfuhrt – und wird durch deutlich dezentralisierte Strukturen abgelöst.

Dieser Schritt vom WIR zum ICH – zu inhaltlicher Selbstbestimmung, welche auf dem Markt als (noch blindem) Netzwerk und Kommunikationsmedium solcher personaler Entscheidungsvollmacht ihre verantwortungsbasierte Einbindung und damit Sozialisierung erfährt, zu einer solchen extrem zukunftssträchtigen Lösung des bisherigen Korngrößendilemmas – ist allerdings mit einem Pferdefuß behaftet: Das Sozialisierungsmedium Markt ist *aus sich heraus*, die radikale Konsequenz der immer unzulänglicheren Beachtung dinglicher Logiken in den bis dahin wirkenden Entscheidungsstrukturen ziehend, nun *gar nicht mehr* in der Lage, dingliche Logiken zu transportieren. Es wird der lokalen Intelligenz der Zweck setzenden Markteinheiten überlassen, dies *hinter dem Rücken des Marktes* zu verhandeln, wozu über die Jahrhunderte eine ausgefeilte Verhandlungsstruktur, der gesamte zivilgesellschaftliche Überbau, entstand.

Diese Medaille hat allerdings zwei Seiten, und Marx betrachtet zu Recht vor allem die andere: Die Wirkung der abstrakten Logik der Selbstverwertung des Werts als Entfremdung der Produzenten von ihren Produktionsbedingungen. Denn es ist in erster Linie nicht die Verhandlungsmacht dinglicher Logiken, welche die heutige gesellschaftliche Dynamik erzeugt, sondern die »blinde tautologische Selbstbewegungsstruktur des Geldes«,⁸ die entfremdete abstrakte Wertform, auf welche alle dingliche Logik durch *diesen* Markt reduziert wird. Lokal könnte alles gut aussehen, denn es ist die Passgenauigkeit *dinglicher* Logiken, welche der Markt im Austausch der Gebrauchswerte zusammenfügt. Wenn denn auch das große Koordinatensystem stimmen würde.

Und ein zweites zivilisatorisches Moment bringt dieser Markt mit sich: Er *zwingt* die am Markt agierenden Produzenten, sich – unter Androhung des Entzugs der eigenen Existenzgrundlage – für die Bedürfnisse anderer Produzenten zu interessieren, und legt so den Keim für ein neues WIR, das erst in einer *wirklich freien* Gesellschaft zur vollen Entfaltung kommen wird. Er zwingt damit in einer jahrtausendelangen Entwicklung auch psychologisch ganz anders konstituierte, obrigkeits- und kommandogewohnte Individuen auf den Weg der Selbstfindung, der später – reflektiert – in die bewusste politische Gestaltung von Gesellschaft münden kann, in die »Produktion der Verkehrsformen selbst«, die »alle naturwüchsigen Voraussetzungen zum ersten Mal mit Bewußtsein als Geschöpfe der bisherigen Menschen behandelt, ihrer Naturwüchsigkeit entkleidet und der Macht der vereinigten Individuen unterwirft« – mit einem Wort: zu Kommunismus im Verständnis des jungen Marx.⁹

Kapitalismus ist in diesem Sinne das pubertäre Stadium einer solchen *freien* Gesellschaft, denn er zwingt, wenigstens bis zum For-

8 Robert Kurz: Der Kollaps der Modernisierung, Reclam Verlag Leipzig 1994, S. 290.

9 Karl Marx und Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, Berlin 1958, S. 70.

dismus, nur die Unternehmer zu dieser Reflexionsleistung. Vom »dressierten Gorilla am Fließband« wird sie (noch) nicht abgefordert. Jener Mensch ist – auch psychisch – noch gefangen im Alten: der hohen Bedeutung von Autorität, monokausalem Zweckrationalismus als Reflex monozentraler Herrschaftsstrukturen, der Wahrnehmung komplexer sozialer Phänomene als äußerlicher und damit dem Hang zu deren naturrechtlicher Reflexion.

Kapitalismus bricht mit dieser Tradition, im freien Unternehmertum einerseits radikal, global andererseits halbherzig, denn es wird das alte (und wenigstens auf psychischer Ebene wohlfeile) Kommandoverhältnis auf der letzten der möglichen Stufen reproduziert, dem Verhältnis zwischen dem »freien« Unternehmer und den von ihm ausgebeuteten Arbeitskräften. Das mag auch Gründe im Stand der Produktivkräfte haben, zeigt aber, dass gegenüber vorkapitalistischen Verhältnissen nur noch ein kleiner Schritt zu einer wirklich freien Gesellschaft erforderlich ist: Diese letzte Bastion autoritativer Kommandostrukturen ist zu schleifen.

Mit dem Ende des Fordismus ist auch dieses klassische Lohnarbeitsverhältnis als Regelform abhängiger Beschäftigung am Ende. »Macht, was ihr wollt, aber seid profitabel!« lautet die neue Losung, »Arbeitskraftunternehmer« das neue Zauberwort. Der Zwang, dingliche Logiken bereits vor Ort und jenseits direkter Kommandogewalt aufzuspüren und zu befolgen, wird größer. Damit wird auch die Trennung von work flow und cash flow schärfer und die Profiterwirtschaftung wenigstens notdürftig begründende Abspaltung des »unternehmerischen Risikos« als »unternehmerische Verantwortung« – als Tauschwert – von dessen lebensweltlicher Realisierung als Gebrauchswert sachlich fragwürdiger.

Aus dieser Perspektive wird deutlich, warum Unternehmer (wenigstens aus dem KMU-Bereich) wichtige Subjekte einer progressiven Menschheitsentwicklung sind. Zusammen mit der stärkeren Verlagerung unternehmerischer Verantwortung in die Unternehmen hinein, die im Zentrum moderner Managementansätze steht, wird damit die »kommunistische Vergesellschaftung der Sachen« weiter vorangetrieben, wenn auch noch unter »der blinden tautologischen Selbstbewegung des Geldes«¹⁰. Diese Blindheit wird mit solchen Entwicklungen zunehmend abgelegt.

In diesem Sinne endet die »Vorgeschichte der Menschheit« (Engels) auch nicht mit der Überwindung des Kapitalismus, sondern mit dessen Aufstreben. Der Gabelungspunkt im Korngrößendilemma liegt am Beginn des Kapitalismus. Das zu berücksichtigen ist wichtig, um die verschiedenen Diskurse über essentiell globale Phänomene wie die Nachhaltigkeitsdebatte, Tofflers »Dritte Welle«, Poppers »offene Gesellschaft«, den Noosphären-Ansatz von Werzadski und Teilhard de Jardin oder noch weiter greifende Analysen wie die von Klix und Lanius¹¹ als Teil dieses Ringens um die Vollendung des Projekts der Moderne zu begreifen.

Sozialisierung von produktiver Arbeit und von Wissen im Vergleich
Die Beachtung dinglicher Logiken setzt das Wissen um dieselben voraus, so dass es an der Zeit ist, im hier vorgetragenen Argumentationsfaden auch Aspekte des Wissens und der Reproduktion der ge-

10 Robert Kurz, a. a. O.

11 Friedhart Klix, Karl Lanius: Wege und Irrwege der Menschenartigen, Wie wir wurden, wer wir sind, Stuttgart 1999.

sellschaftlichen Wissensbasis einzuflechten. Wissensproduktion erfolgt auch unter kapitalistischen Bedingungen bisher zum überwiegenden Teil »hinter dem Rücken des Marktes«, in einer speziell alimentierten und einem eigenen ausgefeilten Regelwerk folgenden Sphäre der Gesellschaft – der Wissenschaftssphäre. Die Ökonomisierung wissenschaftlicher Ergebnisse ist ein ganz eigenes Problem, denn wie schon Karl Marx feststellte: »Wie mit den Naturkräften verhält es sich mit der Wissenschaft. Einmal entdeckt, kostet das Gesetz über die Abweichung der Magnetnadel im Wirkungskreise eines elektrischen Stroms oder über Erzeugung von Magnetismus im Eisen, um das ein elektrischer Strom kreist, keinen Deut.« Und dazu ergänzend in der Fußnote: »Die Wissenschaft kostet dem Kapitalisten überhaupt ›nichts‹, was ihn durchaus nicht hindert, sie zu exploitierten. Die ›fremde‹ Wissenschaft wird dem Kapital einverleibt wie fremde Arbeit. ›Kapitalistische‹ Aneignung und ›persönliche‹ Aneignung, sei es von Wissenschaft, sei es von materiellem Reichtum, sind aber ganz und gar disparate Dinge.«¹²

An den wenigen Stellen, an denen sich ökonomische und Wissenschaftssphäre überlappten, waren spezielle Sicherungsvorkehrungen wie etwa das rechtliche Instrument der Patente einzubauen, um die notwendigen Interessenabwägungen zu operationalisieren, welche weder die Wissenschaft noch die Ökonomie je allein aus ihrem inneren Regelwerk heraus in der Lage waren zu behandeln.

Entgegen all dieser historischen Erfahrung, die eher zur Vorsicht mahnt, wird im Rahmen neoliberaler Politikansätze vehement versucht, marktwirtschaftliche Regulationsmechanismen in die Wissenschaftssphäre hineinzutragen. Der wesentliche Unterschied zwischen beiden Bereichen, dem »öffentlichen Gebrauch der Vernunft« zum Raisonieren und dem »privaten Gebrauch der Vernunft« im öffentlichen Handeln (Kant), besteht im Zugriffsmodus auf die Ressourcen. Während öffentliches *Handeln* den exklusiven, verantwortungsbeladenen »Schreib«-Zugriff auf Ressourcen erfordert, steht die Wissensbasis der Gesellschaft in einem konkurrenten »Lese«-Zugriff zur Verfügung und Eintrag neuen Wissens geschieht in einem AddOn-Modus.

Welche Auswirkungen hat nun die Übertragung fremder Regulationsmechanismen in eine ihnen scheinbar unangemessene Umgebung? Dazu ist es lehrreich, auf dem Hintergrund des eben beschriebenen substanziellen Unterschieds im Zugangsmodus die Reproduktionsanforderungen von produktiver Arbeit, für welche ja die Marktmechanismen »gemacht wurden«, und von Wissen gegenüberzustellen. Ich hatte bereits an anderer Stelle¹³ eine Gemeinsamkeit ausgeführt: Dass beide ihren aktiven Träger im individuellen Bereich haben, die volle Wirkung sich aber erst im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang entfaltet, so dass es Sozialisierungsprozesse sowohl von produktiver Arbeit als auch von Wissen gibt. Marktwirtschaftlich geprägte Vergesellschaftungsformen produktiver Arbeit und Formen der Vergesellschaftung von Wissen folgen unterschiedlichen inneren Logiken. Ihre normative und zugleich gesellschaftskonstituierende Wirkung geht von völlig unterschiedlichen Prämissen aus.

1. Der klassische Produktmarkt ist zwar gesellschaftlich vermittelt, reduziert sich aber letztlich auf ein – zudem sehr individuelles –

12 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, a. a. O., S. 407.

13 Hans-Gert Gräbe: Von der Waren- zur Wissensgesellschaft, <http://erste.oekonux-konferenz.de/dokumentation/texte/graebe.html>, 2001, Beitrag auf der 1. Oekonux-Konferenz »Die freie Gesellschaft erfinden«, 28. - 30. 4. 2001 Dortmund.

I-1-Verhältnis zwischen Käufer und Verkäufer, das zusätzlich von einem Wechsel dinglicher Eigentumsrechte im Rahmen des Verkaufsvorgangs begleitet wird.

Dagegen kann man am eigenen Wissen und an Informationen viele andere partizipieren lassen, ohne dass dieses sich auch nur im mindesten verbrauchen würde. Wissen ist damit in der Lage, sich zu verbreiten und (in einem gesellschaftsrelevanten Sinne) zu »vermehrten«.

2. In einem klassischen Verkaufsvorgang, wie Marx nicht müde wird zu betonen und wie oben noch einmal herausgearbeitet wurde, haben Verkäufer und Käufer klare Vorstellungen von der *Nützlichkeit* des auszutauschenden Produkts. Mehr noch, für das Funktionieren marktwirtschaftlicher Mechanismen ist es wesentlich, dass diese Vorstellung nicht erst zum Zeitpunkt des Austausches, sondern bereits *vor* der Produktion der Ware selbst im Kopf des Produzenten existiert. Produktive Arbeit ist in diesem Sinne zweckgerichtete Arbeit und als solche planbar.

Derartige A-priori-Vorstellungen gibt es für die meisten »geistigen« Produkte nicht. Im Gegenteil, es ist eher die Regel als die Ausnahme, dass der Nutzen wissenschaftlicher Arbeit erst im Nachhinein zu beurteilen ist und sich ein solcher Nutzen oft in kausal und auch zeitlich überraschender Form auf eine im Voraus nicht transparente Weise manifestiert und damit in dieser Form weder vorherseh-, geschweige denn planbar ist. Mehr noch, eine Beschränkung der Betrachtung auf in diesem Planbarkeitssinne »nützliches« Wissen blendet die für gesellschaftlichen Fortschritt entscheidenden, ja vielleicht alle »interessanten« Wissensformen aus.

3. Eng damit verbunden ist der Umstand, dass die *Vergesellschaftung und Reindividualisierung*, die beiden Phasen der Sozialisation, die bei einem auf dem klassischen Markt ausgetauschten materiellen Produkt unmittelbar und inhärent miteinander verzahnt sind und der Übergabe eines Staffeltabs gleichen, bei den meisten geistigen Produkten nicht nur zeitlich, sondern auch kausal weit auseinanderfallen können.

Während der Markt also mit den Kategorien Eigentum und Ware eine *gesellschaftlich vermittelte Individualität* erzeugt, ist Wissen in diesem Sinne eine *individuell vermittelte Gesellschaftlichkeit*. Als solche ist es, im Gegensatz zu Waren, auch in Teilen nicht vernünftig privatisierbar, ohne seine Reproduktionsfähigkeit existenziell in Frage zu stellen.

Wissen ist in diesem Sinne zugleich Teil einer *Infrastruktur*, in welche produktive Aktivitäten eingebettet sind. Ohne Existenz dieses Substrats würden die einzelnen produktiven Aktivitäten schlicht vertrocknen oder noch eine Weile vor sich hin laufen und dann zum Erliegen kommen. Es ist deshalb nur zu verständlich, dass infrastrukturelle Fragen heute eine deutliche Aufwertung als Fokus von Managementaktivitäten erfahren haben. Schlagworte aus dem betriebswirtschaftlichen Kontext wie Geschäftsprozessmodellierung, Qualitätsmanagement, CRM, B2B, SCM usw. belegen dies.

Zwei Vorteilsmodelle

Da wir festgestellt hatten, dass marktwirtschaftliche Regulationsmechanismen für diesen Bereich – vorsichtig gesagt – wenig geeignet

sind, also eine alleinige Orientierung an einem wie auch immer berechneten Return on Invest zu sehr zweifelhaften Ergebnissen führt, wollen wir uns in der weiteren Argumentation vom Geldmaß im engeren Sinne lösen und die allgemeinere Frage stellen, *wie man in einer solchen Umgebung in eine vielleicht primär nicht geldwerte, aber wenigstens vorteilhafte Position kommt.*

Hier sind zwei grundlegend verschiedene Herangehensweisen zu beobachten. Die eine gruppiert sich um den *Ansatz des Informationsvorteils*: Ich bin im Vorteil, wenn ich über möglichst viele Informationen anderer verfügen kann, selbst aber so wenig wie möglich Informationen preisgebe. In diesem Kontext hat Handel mit Informationen einen Sinn und Konzepte wie geistiges Eigentum, Copyright, DRM und so weiter ergeben sich auf natürliche Weise. Allerdings zeigt diese unvoreingenommene Formulierung des Prinzips schon dessen hochgradige Asymmetrie, so dass Unternehmen, welche einer solchen Vorteilsstrategie folgen, kaum Partner auf Augenhöhe finden werden, und mit jedem solchen Partner auf Augenhöhe sofort ein Ringen um Dominanz einsetzen wird.¹⁴ Unternehmen mit einem solchen Vorteilsbegriff sind gezwungen, »sich zu vernetzen, ohne sich zu vernetzen«, wie Wolf Göhring¹⁵ deren Dilemma treffend auf den Punkt gebracht hat. Subdominante Unternehmen befinden sich in einem ständigen Abwehrkampf, bis sie begriffen haben, dass es in einem infrastrukturell abgrenzbaren Marktsegment nur einen Marktführer geben kann, der dann aber auch einen entscheidenden Teil der Verantwortung für die Reproduktion der gemeinsamen Infrastruktur »am Hals« hat. Ein Prinzip, das zu Marktführerschaft, in der Softwarebranche zu monolithischen Systemen und zu einer Kathedralenstruktur im Sinne von Eric Raymonds berühmtem Aufsatz¹⁶ führt. Es ist die Wiedergeburt »realsozialistischer« Strukturen im Kleinen und eine für kapitalistische Verhältnisse auf den ersten Blick sehr attraktive Lösung. Sehr attraktiv allerdings nur in einem statischen Kontext: Einmal eine Erfindung machen und dann Geld scheffeln bis zum Abwinken. Den Traum haben schon viele geträumt, nicht zuletzt in der Boom-Welle der New Economy, aber noch kaum jemand realisiert; er liegt auch dem Verständnis von Software als Produkt zu Grunde. Dieser Traum ist allerdings wohl auch eine der zentralen Ursachen für den ungeheuren Druck, mit dem heute versucht wird, das Konzept mobilen geistigen Eigentums umfassend gesellschaftsfähig zu machen.

Dieses Vorteilsprinzip hat einen weiteren entscheidenden Haken: Es hilft nicht bei der Lösung des »Korngrößendilemmas«, denn es skaliert genauso schlecht wie das vorkapitalistische und das realsozialistische Gesellschaftsmodell, da die Größe des »dicksten Kornes« immer in der Nähe der Größe des Gesamtsystems bleibt.¹⁷

Das andere Vorteilsprinzip ist das des *Kompetenzvorteils*. In einer Infrastruktur von allgemein freizügig zur Verfügung stehenden Wissensbausteinen ist das Unternehmen im Vorteil, welches diese Bausteine besonders gut für spezielle Anforderungen zu praktisch relevanten Lösungen zu kombinieren vermag. Diesen Vorteil erreicht ein Unternehmen, wenn es besonders eng mit dieser Infrastruktur verbunden ist und eine Vielzahl von Wurzeln ausgeprägt hat, mit denen es dort verankert ist. Eine fette Frucht auf einem dünnen Stängel-

14 Eine detaillierte Beschreibung solcher Mechanismen auf dem Hintergrund wissensintensiver Produktion findet man für verschiedene Marktsegmente der Computerindustrie in: Werner Winzerling: Linux und freie Software – eine Entmystifizierung, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 126, 2002, S. 37-55. Es ist hier nicht der Platz, Winzerlings Argumentation ausführlich zu würdigen, insbesondere seine unpräzise Einordnung von Linux selbst. Schließlich stehen auf jenen Märkten nicht Windows und Linux gegenüber, sondern (auf beiden Seiten!) konkrete kommerzielle Versionen wie etwa Windows/XP und SuSe Linux 9.0. Die Migration von einer Windows-version auf eine andere ist – entgegen der in Winzerlings Aufsatz implizit vorhandenen Position – nur unerheblich weniger aufwändig als die von einem Windows- zu einem Linux-System.

15 Wolf Göhring: Mitten in einer Revolution? Die gesellschaftliche Bedeutung der IT als besonderer Produktivkraft, <http://www.ais.fraunhofer.de/~goehring/revolution.pdf>, 2004.

16 Eric S. Raymond: The Cathedral and the Bazaar, Musings on Linux and Open Source by an Accidental Revolutionary, O'Reilly 1999, Paperback Edition February 2001.

17 Genau diese Effekte werden durch die Wissensintensität sogar noch verstärkt, wie Winzerling (s. o.) detailreich beschreibt. Das, was dort als »Netzeffekte« beschrieben wird, ist aber Ausdruck des infrastruk-

turellen Charakters von Wissen, das ökonomisch in »FuE-Aufwendungen« erscheint. Die Klassifizierung in »direkte« und »indirekte« solche Effekte (ebenda) bezeichnet nur zwei Modi, in welchen die subtilen Sozialisierungsprozesse von Wissen hart auf den ökonomischen Bereich durchschlagen und diesen letztlich präformieren.

18 Insofern liegt Winzering falsch, wenn er die .NET-Entwicklungen im Open-Source-Lager einseitig als Reaktion auf Microsoft beschreibt. Schließlich ist .NET selbst Reaktion auf die Java-Entwicklungen besonders im Bereich der Unternehmenssoftware (des Enterprise Computing), die – ein weiterer Zweig der hier beschriebenen Entwicklungen – bereits weitgehend dem Open-Source-Modell folgen. Es geht um die Weiterentwicklung der technologischen Basis eines ganzen Marktsegments; und Microsoft kann auch nicht mehr daran vorbeigehen, dass das hier inzwischen nach anderen Regeln – eben denen des Kompetenzvorteilsmodells – abläuft.

19 Matthias Käther, a. a. O., S. 300.

20 Klaus Holzkamp: Individuum und Organisation, <http://www.kritische-psychologie.de/texte/kh1980a.html>, in: Probleme kritisch-psychologisch fundierter therapeutischer Arbeit, Forum Kritische Psychologie 7, Argument Sonderband 59, Hamburg 1980, S. 208-225.

chen wird sich da kaum nachhaltig ernten lassen. Mit Blick auf das Korngrößendilemma skaliert ein solches Vorteilssystem perfekt und erlaubt es auch, spezialisierte Teilkompetenzen in einem übergreifenden Netzwerk auszubilden, welche mit ähnlich großen, anders spezialisierten Teilkompetenzen auf Augenhöhe kooperieren können, ohne sich in dauernde Ringkämpfe begeben zu müssen.

Einzigste Bedingung für ein solches Vorteilsmodell ist die Existenz, Pflege und Reproduktion eines freizügig nutzbaren Pools von Wissensbausteinen¹⁸. Die Bedingungen hierfür sind gut. Mit dem Internet steht bereits in dessen heutiger Form eine leistungsfähige Infrastruktur zur Verfügung, auf deren Grundlage eine Revolutionierung der kulturell geprägten Kommunikationsformen in Schwung kommt, deren Gesellschaft formierende Kraft heute nur in Ansätzen abzusehen ist. Aber mehr noch: »Unsere Zeit bietet wie keine andere eine gewaltige Sammlung von Wissen in Textform dar. Die gesamte Geistesgeschichte der Menschheit wird auf CD-Roms, auf Internetseiten, in Antiquariaten und im Buchhandel dargeboten, alles ist gut vernetzt und so leicht zugänglich, daß es eine Schande wäre, dieses Material nicht wach und offenen Sinnes zu gebrauchen.«¹⁹ Diese Revolutionierung der Kommunikationsformen scheint zugleich das zentrale Element des Post-Computerzeitalters zu sein.

An der Reproduktion dieses freizügig nutzbaren Pools von Wissensbausteinen müssen sich alle Nutzer mit vergleichbarem Aufwand beteiligen oder – genauer – über diese Frage muss fair und ergebnisorientiert verhandelt werden können. Die Bedingungen dafür sind gut, denn einerseits enthält eine gemeinsame Wissensinfrastruktur eine Kommunikationsinfrastruktur als konstituierenden Bestandteil, und andererseits ziehen alle beteiligten Seiten aus dieser Form von Kooperation Vorteil und werden deshalb deren Scheitern nur unter außergewöhnlichen Bedingungen riskieren. Die Parallelen zu Holzkamps berühmter Argumentation zum Verhältnis von Partialinteressen und Allgemeininteresse sind augenfällig.²⁰

Das System »Vorteil durch Kompetenzvorsprung« skaliert im Gegensatz zum Ansatz »Informationsvorteil« sehr gut. Sein einziger Nachteil: Es ist ein dynamisches Vorteilskonzept. Ein Vorsprung heute ist keine Gewähr für den Vorsprung morgen. Dieser Nachteil ist allerdings zugleich ein Vorteil. Dinosaurier bringen diese Flexibilität nicht auf. Es gibt eine (für jedes System spezifische) optimale Größe, jenseits welcher weiteres Wachstum in wachsende Inflexibilität umschlägt. »Vernünftiges« Wachstum endet nach einer Initiierungsphase bei einer systemimmanenten optimalen Korngröße, so dass sich die »gleiche Augenhöhe« mit einem gewissen Reifegrad des Systems praktisch von selbst eingestellt hat.

Auf die Softwarebranche heruntergebrochen landen wir bei modernen komponententechnologischen Ansätzen, dem Verständnis von Software als Prozess und Eric Raymonds »Basar«. Grundlegendes konstituierendes Element ist eine von den Beteiligten ständig zu reproduzierende Infrastruktur aus hochwertigen Softwarebausteinen von allgemeinem Interesse, wie sie heute etwa auf <http://SourceForge.org> oder <http://savannah.gnu.org> verfügbar sind, und wo es auch keinen Grund gibt, Quellen geheim zu halten. Die Parallelen zu weiterführenden Ansätzen wie <http://www.DesignForge.org> oder

<http://www.Open-Craft.org>, welche auf der 3. Oekonux-Konferenz²¹ vorgestellt wurden, sind offensichtlich und einer gesonderten Betrachtung wert, die einer anderen Publikation vorbehalten bleiben soll.

Zur Dynamik kooperativer Netzwerke

Statt dessen möchte ich einige weitere Überlegungen zur Dynamik eines solchen kooperativen Netzwerks kompetenter Akteure entwickeln. Ich hatte bereits begründet, dass dieses aus dem Ansatz des Kompetenzvorteils abgeleitete Modell über verschiedene Korngrößen perfekt skaliert und damit als Struktur auch auf größere gesellschaftliche Zusammenhänge übertragen werden kann. Wie verhält es sich zum Marktkonzept? In den obigen Ausführungen ist deutlich geworden, dass sich dieser Abgleich von Kompetenzen und damit dinglicher Logiken *schon immer* hinter dem Rücken des Marktes abgespielt hat. In diesem Sinne ist es kein neues Phänomen. In der entstehenden Kompetenzinfrastruktur, dieser Kommunikationsinfrastruktur dinglicher Logiken, kann dieser Abgleich allerdings viel zuverlässiger erfolgen als je zuvor und »der Markt wird transparent«. Wird er damit obsolet? Nach meinem Verständnis nein, denn er verliert die Funktion des großen Koordinatensystems (und hat diese Funktion in den letzten Jahrzehnten schon zunehmend verloren, wie die zuerst vom IBM-Betriebsratsvorsitzenden Wilfried Glißmann thematisierte, inzwischen weit verbreitete Devise »Macht, was ihr wollt, aber seid profitabel!« belegt,²² nicht aber die Funktion des Aufwandsabgleichs innerhalb gelingender »Marktkontakte«. Diese Funktion – das zeigen viele Beispiele umfassender Systeme gelingender Kooperation – wird in der einen oder anderen Form bleiben. Allerdings wird diese Aufwandsanalyse ihres entfremdeten Charakters und wohl auch der Geldform entkleidet sein, denn innerhalb des allgemeinen Kommunikationsprozesses kann man sich auch über die Formalien der Aufwandsanalyse viel präziser einigen als dies durch einen Rückzug auf die Geldform als allein selig machendes Prinzip möglich ist. Diese Aufwandsanalyse bildet das zu sammelnde Material, um *bei Bedarf* auch einmal über Gerechtigkeit zu reden und könnte *Teil eines allgemeinen Qualitätssicherungsprozesses* sein, in dem sowieso eine Vielzahl von Metriken eine Rolle spielen und über welchen sich die dinglichen Logiken individueller menschlicher Aktivitäten viel genauer sozialisieren ließen als dies mit heute üblichen Instrumentarien möglich ist.

Es ist generell interessant, die Dynamik solcher kooperativer Strukturen mit den normativen Argumenten, die ich mit dem Übergang von einer Waren- zu einer Wissensgesellschaft verbunden habe,²³ zu vergleichen. Neben der bereits beschriebenen Tendenz zur optimalen Korngröße kann man nach der Dynamik von Konkurrenz im marktwirtschaftlichen Sinne in einer solchen Umgebung fragen. Konkurrenz setzt voraus, dass zwei »Körner« auf sich überlappenden Geschäftsfeldern tätig sind, so dass auf natürliche Weise eine – gesellschaftlich sinnvolle, wenn das Euler-Lagrangesche Minimalitätsprinzip auch hier gilt – Verdrängung des weniger effizienten Akteurs eintritt. Durch die sehr hohe Dimensionalität des Raumes dinglicher Logiken ist der Effekt dieser Verdrängung aber ein ande-

21 Reichtum durch Copyleft – Kreativität im digitalen Zeitalter, 3. Oekonux-Konferenz, Wien 20.-23. Mai 2004, siehe <http://www.oekonux-konferenz.de>.

22 Martina Böhm: »Tut, was ihr wollt, aber seid profitabel!«, Arbeiten ohne Ende – neue Managementformen verändern die Arbeitswelt, http://home.nikocity.de/schmengler/presse/arbeit_ohne_ende.htm, HBV-Forum 11/1999, 1999.

23 Hans-Gert Gräbe, a. a. O.

rer als der heute zu beobachtende Effekt räumlicher Verdrängung: Der Verdrängte hat viel mehr Ausweichdimensionen zur Auswahl als in einem System, welches nur auf die blinde Geldmacht gründet, und kann – und muss – sich eine neue, seinen Neigungen und Fähigkeiten entsprechende »sinnvolle« Tätigkeit suchen und dabei sein Kompetenzprofil entsprechend weiterentwickeln und schärfen. Nach kurzer Zeit wird es keine überlappenden Geschäftsfelder mehr geben – und sie werden dann auch nicht mehr Geschäfts- sondern Kompetenzfelder heißen. Die einer solchen Struktur inhärenten Austarierungsmechanismen führen also nicht nur dazu, dass etwa gleich und optimal große »Körner« entstehen, sondern dass diese auch in der Gesamtheit ihrer Kompetenzen optimal aufgestellt sind. Dynamik gewinnt diese kompetenzbasierte Struktur vor allem durch den Eintritt junger Menschen und den Rückzug alter, also aus der Lebensdynamik der intellektuellen Leistungsfähigkeit der einzelnen Individuen selbst.

Dabei wird sicher noch viel mehr vom Kopf auf die Füße gestellt, denn es werden jahrtausendealte Denktraditionen zu brechen sein, so dass dieses Verdrängen auch nicht mehr wie heute geschieht, sondern jede und jeder sich selbst sehr schnell und freiwillig aus Bereichen zurückzieht, die nur Frust bereiten, weil andere dauernd besser sind. Heute wird man sich mit aller Macht dagegen wehren, weil jenseits des Frusts im ungeliebten Beruf mit ALG II nur noch größerer Frust droht.

Die Macht des Wissens

Kommen wir auf den Titel dieses Aufsatzes zurück, der auf Matthias Käthers Bemerkung am Ende seines Aufsatzes zurückgeht: »Denn, um noch einmal den klugen Bacon zu zitieren: Wissen ist Macht.« Ich möchte in diesem Sinne zum Abschluss einen Blick auf die heutige gesellschaftliche Dynamik werfen, um die Chancen beider Ansätze der »Vorteilsnahme« zu prospektieren und eine Standortbestimmung im Hier und Heute vorzunehmen.

Der »kluge Satz von Bacon« erlaubt eine gewisse Spannbreite von Interpretationen, welche ich zunächst verdeutlichen möchte, um die Gesamtdimension in den Blick zu bekommen. Beim Wort »Macht« etwa gibt es eine subtile semantische Differenz zwischen dem Englischen und dem Deutschen: Die nahe liegende Übersetzung ist »power«, doch der Gruß der Sternenkrieger,²⁴ in deutscher Übersetzung »Die Macht sei mit dir«, lautet im Original »may the force be with you«, und »force« wurde hier nicht als »Kraft«, sondern als »Macht« übersetzt. Der Unterschied ist ähnlich wie zwischen potenzieller und kinetischer Energie. Diese Force-Macht ist gemeint, wenn im Rahmen der marxistischen Theorie behauptet wird, dass die Produktivkräfte die Produktionsverhältnisse bestimmen,²⁵ und auch Matthias Käthers Verweis ist wohl nicht anders zu interpretieren. Christoph Spehr spannt in seinem »Alien-Buch«²⁶ einen ganzen Begriffsfächer auf, der über Kraft, Macht (in beiden Bedeutungen) bis zu Herrschaft und Zivilisation reicht, und den ich den folgenden Ausführungen als Bezugssystem zu Grunde legen möchte. In der heutigen komplizierten Gemengelage von Kräften und Interessen macht Spehr zwei große (in seinem Sinne) zivilisatorische Pole aus, die er

24 Star Wars, USA 1976.
Regie: George Lucas.

25 Siehe Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, a. a. O., S. 192 ff.

26 Christoph Spehr,
a. a. O.

mit »Alienismus« und »Maquis« bezeichnet. Diesen beiden Polen kann man ziemlich genau die oben beschriebenen zwei Arten von Vorteilsnahme zuordnen, so dass sich aus der hier eingenommenen Perspektive die Spehrsche Zustandsbeschreibung wie folgt paraphrasieren lässt: Kompetenz ist eine Gesellschaft strukturierende Macht und steht heute im Wettstreit und zunehmend im Widerspruch zur Gesellschaft strukturierenden Macht des Geldes. Geldmacht ist Alienismus, denn sie ist Definitionsmacht. Sie passt perfekt zum Ansatz »Informationsvorteil«, denn dieser funktioniert nur, wenn man »die Regeln bestimmen« kann. Kompetenzmacht ist Maquis, denn sie ist Gestaltungsmacht, und zentral konstituierendes Element des Kompetenzvorteilsmodells ist das »Leben in fairen Regeln«.

Die heutige Zeit ist aufgeladen mit den widerstreitenden Perspektiven dieser beiden Sozialisierungsformen. Die ursprünglich progressive Regulationsmacht des Marktes (der abstrakten Wertform des Geldes) versagt immer mehr und gerät zunehmend in Widerspruch zu den funktionalen Erfordernissen der Wissensgesellschaft (der Reproduktion der Vielzahl der sich in individuellen Kompetenzen brechenden dinglichen Logiken). Die alienistische Zivilisation droht, mit ihren Rückzugsgefechten die gesamte Menschheit mit in den Abgrund zu reißen. Spehr beschreibt die maquisianische Zivilisation als eine Zivilisation im Verteidigungszustand, als Zivilisation, die *noch nichts* ist für Zivilisten. Ein Noch-Nicht im Blochschen Sinne. Das scheint sich derzeit zu ändern. In diesem Sinne:

May the force be with you.

BRIGITTE STOLZ-WILLIG

Geschlechterdemokratie und Arbeitsmarktreform. Eine neues Leitbild

Zum 1. Januar 2005 haben ca. 500 000 Menschen ihren bisherigen Anspruch auf Sozialleistungen verloren. Betroffen von den Leistungskürzungen in Folge der erweiterten Anrechnung des Partnereinkommens sind vor allem weibliche Arbeitslosenhilfe-Berechtigte. Sie werden in eine verstärkte Abhängigkeit von einem männlichen Familienernährer getrieben. Auf der anderen Seite können in Zukunft auch für bisher nichterwerbstätige Familienmitglieder Eingliederungsvereinbarungen abgeschlossen werden, denn nicht der einzelne Arbeitslose, sondern die sogenannte Bedarfsgemeinschaft ist Adressat der neuen Zumutbarkeit von Arbeit. Der auf die gesamte erwerbsfähige Hausgemeinschaft ausgeübte Erwerbszwang kann auch als ein Beitrag zu einer Veränderung traditioneller geschlechtsspezifischer Erwerbsmuster gedeutet werden. Zwar ließe sich nach dieser Logik auch Kinderarbeit als Beitrag zur Generationengerechtigkeit interpretieren, was hier aber interessiert, sind die unterschiedlichen Sichtweisen auf die geschlechtsspezifischen Folgen der Hartz-Reform. Die Verwirrung, die entsteht, wenn die Frage zu beantworten ist, ob die aktuellen Arbeitsmarktreformen als Verstärkung des männlichen Alleinverdiener-Modells abzulehnen sind oder ob sich hier nicht doch neue Optionen für eine Auflösung desselben auftun, ist Folge eines Tunnelblicks, der Genderanalysen eigen ist, soweit sie das Instrument des Gender Mainstreaming immanent und verfahrenstechnisch anwenden und kaum nach der den Reformen zugrunde liegenden Begründungslogik fragen.

Hier wird die Auffassung vertreten, dass bereits die der Arbeitsmarktreform zugrunde liegende Problemdiagnose und die daraus folgenden institutionellen Lösungsansätze unter genderspezifischen Gesichtspunkten einer Kritik und Neuformulierung bedürfen.

Die Arbeitsmarktreform folgt der Grundannahme, dass im Arbeitsmarkt selbst liegende strukturelle Probleme die Ursache für eine mangelnde Beschäftigungsdynamik seien. Überregulierungen im Beschäftigungssystem, ein Lohnniveau, das sich an den Produktivitätsmargen der in ihrer Bedeutung schwindenden industriellen Arbeit orientiert und ein soziales Sicherungsniveau, das die von Arbeitslosigkeit Betroffenen zur Untätigkeit verleitet, werden für eine mangelnde Dynamik der Dienstleistungsmärkte verantwortlich gemacht. Dem deutschen Arbeitsmarkt- und Sozialmodell gelinge die Transformation des Industriesystems in eine moderne Dienstleistungsökonomie nur schwer. Nach Auffassung der arbeitsmarktpolitischen Berater im Bündnis für Arbeit, Streek und Heinze, liegt das eigentliche Beschäftigungsdefizit

Brigitte Stolz-Willig –
Jg. 1950, Prof. Dr. phil.; nach
Tätigkeit als wiss. Referentin
im Wirtschafts- und Sozial-
wiss. Institut des DGB
(heute der Hans-Böckler-
Stiftung) Professorin an der
Fachhochschule Frankfurt/
Main, Fachbereich Soziale
Arbeit und Gesundheit; Ar-
beitsgebiete: Arbeitsmarkt-
und Sozialpolitik, Arbeit und
Arbeitsbedingungen, Ge-
schlechterverhältnisse; zahl-
reiche Veröffentlichungen,
u. a. als Herausgeberin: Ar-
beit und Demokratie, Solida-
ritätspotentiale im flexiblen
Kapitalismus, Hamburg
2001; als Herausgeberin zu-
sammen mit Mechthild Veil:
Es rettet uns kein höh'eres
Wesen. Feministische
Perspektiven der Arbeits-
gesellschaft, Hamburg 1999.
Vertrauensdozentin der
Hans-Böckler-Stiftung und
der Rosa-Luxemburg-
Stiftung; Mitglied im Bundes-
vorstand des BdWi.

der deutschen Volkswirtschaft nicht im industriellen Sektor und nicht in erster Linie bei den hochqualifizierten Dienstleistungen, sondern im Bereich niedrigproduktiver Dienstleistungsarbeit. »Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie steht außer Zweifel ... Ähnliches gilt für die industrienahen Dienstleistungen. Die wirklichen Schwierigkeiten bestehen dort, wo es um die Expansion geringproduktiver Beschäftigung geht, deren Entlohnung notwendigerweise ebenfalls niedrig sein muss« (Streek, Heinze 2001: 255). Dienstleistungen, so wird gefolgert, brauchen ein anderes Arbeitsregime als industrielle Arbeit, andere Entlohnungsformen, andere Arbeitszeiten und andere Formen der sozialen Sicherung. Qualifizierte Berufsarbeit, Flächentarifvertrag und Kündigungsschutz seien einem industriellen Beschäftigungsmodell zugehörig, das keine universelle Gültigkeit beanspruchen könne.

Beschäftigungspotenziale für einen weitgehend deregulierten Niedriglohnsektor werden bei den personenbezogenen Diensten gesehen, d. h. in den Bereichen Pflege, Gesundheit, Bildung und Freizeit. Die Frage nach der Qualität der Dienstleistungen wird nicht gestellt, berufliche Qualifizierung schlicht als überflüssig bezeichnet. Offensichtlich handelt es sich bei den personennahen Diensten um Jedermann/Jedefrau-Tätigkeiten, die auch denjenigen eine berufliche Perspektive bieten können, deren Qualifizierung »enge begabungs-, milieu- und altersbedingte Grenzen gesetzt sind« (Zukunftsbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung: 253).

In diesen Aussagen sticht sehr deutlich der euphemistische Charakter der dienstleistungsorientierten Beschäftigungsstrategie hervor, da sie lediglich die bestehenden Verteilungsverhältnisse zementiert. Einem wissensbasierten Hoch-Lohn-Sektor der High-tech-Ökonomie wird ein Niedriglohn-Sektor der »flinken Servicekräfte« und »flexiblen Helfer« (Streek, Heinze 1999) entgegengesetzt, dessen geschlechtsspezifische Struktur unschwer zu erkennen ist. Erziehen und Pflegen wie alle hausarbeits- oder körpernahen Tätigkeiten gelten gemeinhin als nur bescheidener Beitrag zur Wertschöpfung. Als reproduktionsnah und daher frauenspezifisch definiert, haftet ihnen seit jeher der Ruf »quasi-natürlicher« Befähigungen an, die mehr zu Gotteslohn zu verrichten sind, als dass sie der Wertbestimmung der Ware Arbeitskraft gemäß entsprechend der gesellschaftlich bestimmten Reproduktionskosten zu entlohnen wären.

Beschäftigungsförderung in den personennahen Diensten setzt nach Auffassung der Niedriglohntheorie die Durchsetzung veränderter kultureller und sozialer Normen voraus, das heißt, einen gesellschaftlichen Wandel, »der ohne Brüche und zum Teil schmerzhaft Übergänge, vor allem aber die Bereitschaft, tief verwurzelte Sicht-, Verhaltens- und Handlungsweisen von Individuen und Institutionen zu ändern, nicht möglich ist« (Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen). Hohe materielle wie immaterielle Ansprüche an Erwerbsarbeit seien ebenso zu überwinden wie das ausgeprägte Sicherheitsstreben der Erwerbstätigen, deren elementares Bedürfnis nach individueller Gestaltbarkeit von Alltag und Lebensbiografien als »Vollkasko-Mentalität« verhöhnt wird. Wis send, dass für eine Ausweitung von Niedriglohnssektoren kulturelle und soziale Akzeptanz nur schwer zu gewinnen ist, plädieren die Au-

toren – wie wir mittlerweile wissen – erfolgreich dafür, einerseits den Zwang zur Arbeitsaufnahme durch verschärfte Zumutbarkeitsregelungen in der Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu verstärken, andererseits den freien Fall nach unten abzufedern, indem niedrige Arbeitslöhne durch staatliche Subventionen bspw. der Sozialversicherungsbeiträge aufgestockt werden. Die Selbstverstärkung einer Tendenz der Prekarisierung von Beschäftigung, indem reguläre Arbeit durch staatlich subventionierte Niedriglohnarbeit substituiert werden kann, ist gewolltes Resultat.

In Kritik einer allein auf die Deregulierung der Arbeit abstellenden Beschäftigungsstrategie positionieren sich Arbeitsmarktanalysen, die den Schlüssel zur Lösung des Problems mangelnder Beschäftigungsdynamik im Dienstleistungssektor eher in einer Deregulierung von Produktmärkten verorten. Insbesondere beschäftigungsintensive Dienstleistungen, etwa bei der Freien Wohlfahrtspflege – und hier besonders im Gesundheitswesen und bei der Alten- und Kinderbetreuung – müssten marktfähig gemacht werden. Bestehende Regulierungen und Qualitätsstandards wie Kartellbildungen im Bereich der Anbieter sozialer Dienstleistungen durch frei-gemeinnützige Träger oder die Regulierung der Produktmärkte beispielweise durch detaillierte Normen und Rechtsvorschriften für soziale Dienste stünden dem aber entgegen (Wagner 2000: 223).

Den hier als richtungweisend zitierten Arbeitsmarktanalysen gemeinsam ist, dass 1. ein mangelndes Wachstum im Dienstleistungssektor für die Beschäftigungskrise verantwortlich gemacht wird, 2. ein grundsätzlich anderer Entwicklungstyp von Arbeit behauptet wird und 3. Regulierungen und Qualitätsstandards von Arbeit bzw. von Produktmärkten zu Beschäftigungsbarrieren erklärt werden. Deswegen werden auch ein Abschied von bisherigen Lebens- und Arbeitseinstellungen und ein Umbau des Sozialstaates gefordert mit einer deutlichen Minderung der Transferleistungen, einer Erhöhung der (Frauen)Erwerbsquote und einer Förderung der Marktfähigkeit sozialer und kultureller Dienstleistungen. Den Analysen ist mithin gemeinsam, dass zwar ein Abschied von einem Modell des männlichen Alleinverdieners propagiert wird, zugleich aber eine Polarisierung und Hierarchisierung der als männlich konnotierten industriellen Wertschöpfung und der als weiblich konnotierten niedrigproduktiven Dienste als ökonomische Strukturnotwendigkeit festgeschrieben werden. Indem die Frage nach Bedeutung, Wert und Organisationsformen bisher unbezahlt verrichteter Arbeit nicht explizit gestellt, sondern als Problem von Angebot und Nachfrage auf zu entwickelnden Dienstleistungsmärkten verhandelt wird, bleiben Fragen der Qualität von Arbeit und Leben ebenso ausgespart wie die Frage nach der Umverteilung von Arbeit und Einkommen zwischen den Geschlechtern.

Arbeitsmarkt und wohlfahrtsstaatliche Politik

Tatsächlich findet der beklagte Mangel der Dienstleistungsintensität des deutschen Arbeitsmarktes seine Ursache nicht in diesem Markt selbst, sondern in der strukturellen Unzulänglichkeit der nach wie vor am Ernährermodell ausgerichteten sozialen Sicherungssysteme. Die geschlechterpolitische Prägung des deutschen Sozialmodells ist auf drei Ebenen nachzuvollziehen:

1. der Konstruktion des deutschen Sozialstaats als transferorientiertes Sozialversicherungssystem, das weder Flexibilisierungen im Arbeitsmarkt noch die Pluralisierung in den privaten Lebensformen sozial gerecht zu gestalten vermag;

2. der prekären Existenz- und sozialen Sicherung der vorwiegend als Nichterwerbstätige oder Zuverdienerinnen gedachten Ehefrauen und Mütter;

3. der bildungs- und arbeitspolitischen Sonderstellung der als hausarbeitsnah geltenden und als solchen weitgehend auch in der Arbeitsforschung ignorierten personennahen Dienste.

Unabweisbar notwendig sind grundlegende Veränderungen des deutschen Wohlfahrtsmodells als Sozialversicherungsstaat mit relativ wenig ausgeprägten sozialen Diensten, Halbtagsschulen und defizitärer Kinderbetreuung. Diese überholte Struktur eines deutschen Sonderweges hat in der Vergangenheit eine insgesamt niedrige Erwerbsbeteiligung der Frauen begünstigt. Die Entscheidung für das traditionelle Modell des männlichen Alleinverdieners wird noch immer durch steuerliche Anreize und abgeleitete soziale Sicherungsansprüche der nicht oder geringfügig beschäftigten Ehefrau gefördert und ist in den Tarifstrukturen fest verankert.

Nun befindet sich das traditionelle Ernährermodell gegenwärtig zweifellos auf dem Rückzug. Sowohl empirisch wie auch ideologisch zeichnen sich Veränderungen ab, wie einzelne verzagte Schritte zum Ausbau der Kinderbetreuung und zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie belegen. Dabei ist aber keinesfalls ausgemacht, wie sich Strategien einer Arbeitsmarktindividualisierung und Individualisierung von sozialen Sicherungsansprüchen (durch den bereits erfolgten oder geplanten Abbau abgeleiteter Sicherungsansprüche von Frauen) bei gleichzeitiger Verstärkung der Familiensubsidarität in den Fürsorgesystemen konkret auf das Geschlechterverhältnis auswirken werden und welche Geschlechterleitbilder hinter den neuen sozialpolitischen Reformen stehen (Leitner, Ostner, Schratzenstaller 2004). Weder folgt aus einer Arbeitsmarktpartizipation aller erwerbsfähigen Erwachsenen, dass damit eine Entlastung erwerbstätiger Frauen von Erziehungs- und Pflegearbeit einhergeht, sei es durch veränderte Arbeitsteilung der Geschlechter, sei es durch öffentliche oder private Dienstleistungen. Noch ist über die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse etwas ausgesagt: die Erwerbsintegration von Frauen geht mit einer Verstetigung oder sogar Verstärkung geschlechtsspezifischer Spaltungen auf dem Arbeitsmarkt einher, ungleiche Zugangsmöglichkeiten zu weitgehend privatisierten sozialen und Haushaltsdienstleistungen vertiefen soziale Differenzierungen innerhalb der erwerbstätigen Frauen. Ebenso ist derzeit zu beobachten, dass sich aufgrund eines zunehmenden Rückzuges des Staates aus sozial- und familienpolitischen Aufgaben die Angewiesenheit auf familiäre Unterstützungsleistungen wieder verstärkt.

Angesichts der Begeisterung, die gegenwärtig das Leitbild der individualisierten Erwerbsgesellschaft und ihres Protagonisten, des »Unternehmers der eigenen Arbeitskraft« auslösen, muss zumindest gefragt werden, ob es tatsächlich um die Lebensbedingungen von Frauen und Kindern geht oder nicht eigentlich um die Funktionalisierung erwerbstätiger Mütter für einen deregulierten und unterbezahlten Dienstlei-

stungsarbeitsmarkt. Familienfreundlichkeit avanciert von einem »weichen Weiberthema« (Schröder 2005) zu einer gesellschaftlichen Querschnittsaufgabe, deren Bedeutung sich allein aus der ökonomischen Nutzbarkeit der »Humankapitalreserve« Frau ableiten lässt.

In dem Maße aber, in dem Frauen wie Männer zunehmend als Individuen betrachtet werden, die jeweils auf sich alleine gestellt die eigene Existenz zu sichern angehalten sind, wird ein Modell der allgemeinen Erwerbstätigkeit propagiert, das an der sozialen Realität eines geschlechtsspezifisch strukturierten und zunehmend prekarierten Arbeitsmarktes vorbeigeht und auch insofern kritisch zu betrachten ist, als es die Möglichkeiten von Lebensentwürfen jenseits der (vollzeitigen) Erwerbsarbeit diskriminiert.

Es sind demnach sehr unterschiedliche Varianten einer Ablösung des Ernährermodells denkbar: »welche Varianten eines solchen ›adult worker model‹ sich letztlich herausbilden und politikrelevant werden, wird determiniert durch individuelle und gesellschaftliche Einstellungen einerseits sowie das von wohlfahrtsstaatlicher Seite (...) verfolgte Leitbild zu den Geschlechterbeziehungen ... aber auch durch das Verständnis dessen, was der Wohlfahrtsstaat leisten kann und soll; und nicht zuletzt durch das übergeordnete wirtschaftspolitische und -theoretische Paradigma« (Schatzenstaller 2004: 383).

Arbeitsqualität und Lebensqualität

Gegenwärtig dominiert eine Beschäftigungsphilosophie, nach der das beste Mittel gegen Ausgrenzung die Vermittlung eines Arbeitsplatzes sei. Es ist jedoch daran festzuhalten, dass es auf die Qualität der Arbeit und ihrer Resultate ankommt. Erwerbsarbeit an sich steht weder für gesicherte Teilhabe noch für Anerkennung oder soziale Integration. Eingeschränkte materielle und soziale Existenzsicherung wie auch belastende Merkmale des Arbeitsplatzes und subjektive Abwertungen sind als berufliche Gefährdungen zu werten. Die These, dass jede Arbeit besser sei als keine Arbeit, ist schlichtweg falsch. Gelingende berufliche und soziale Integration sind davon abhängig, ob Erwerbsarbeit Existenzsicherung und Gestaltbarkeit einer Erwerbs- und Lebensbiographie ermöglicht werden und die ausgeübte Tätigkeit Anerkennung, Respekt und Wertschätzung genießt. Das heißt dann z. B. auch, in die Bewertung von Eingliederungsvereinbarungen diese qualitativen Aspekte des Arbeitsplatzes und die damit zusammenhängenden biografischen Verlaufsmuster einzubeziehen und sich nicht auf personale Aspekte und Vermittlungsquoten zu beschränken.

Unter dem Aspekt der »Qualität der Arbeit« sind die in der Praxis der Arbeitsförderung als Niedriglohnbeschäftigungen definierten Beschäftigungsbereiche näher zu betrachten. Es dominiert die Gleichstellung von personenbezogenen Dienstleistungen mit »Tätigkeiten mit relativ geringer formaler Ausbildung«, mit niedrig-produktiver und folglich Niedriglohnstätigkeit. Zuschreibungen, die nicht nur das Vorherrschen geschlechtstypischer Stereotypen in den Köpfen der vorwiegend männlichen Arbeitsmarktexpertokratie belegen, sondern mit denen die zunehmende Verwissenschaftlichung und Verberufflichung in den personenbezogenen Diensten und ihre Bedeutung für die soziale und kulturelle Gestaltung moderner Gesellschaften komplett ignoriert werden (Brückner 2003). In dem Maße, wie sich Lebenslagen

und Lebensformen pluralisieren und individualisieren und dadurch soziale Milieus und soziale Bindungen erodieren und wie andererseits Risiken der Lebensführung steigen, wächst der Bedarf an Qualifizierung und Beratung, sozialer Unterstützung und Versorgung. Da viele dieser Dienstleistungen nur dann in ausreichender Qualität, erforderlichem Umfang und mit demokratisierten Zugangsrechten zur Verfügung gestellt werden, wenn sie nicht privaten Märkten geöffnet, sondern als öffentliche Güter bereitgestellt werden, hat der Sozialstaat deren Produktion, zumindest aber deren Kontrolle unter eigene Regie zu nehmen.

Defizite der Arbeitsforschung

Die Arbeitsforschung hat bisher wenig dazu beigetragen, Professionalisierungsprozesse, Qualifikations- und Arbeitsanforderungen sowie Arbeitsbelastungen und berufliche Gefährdungen in den als personen- und hausarbeitsnah definierten Beschäftigungsbereichen heraus zu arbeiten. Darüber hinaus mangelt es dem traditionellen Arbeitsverständnis an grundlegender ethischer und normativer Fundierung

Die Vorstellung, in der Pflege und Betreuungsarbeit genüge ein »gutes Herz und eine ruhige Hand«, hängt mit einem verkürzten arbeitswissenschaftlichen Begriff von Fachlichkeit zusammen, der auf die tatsächlichen Bedingungen der personenbezogenen Dienstleistungen nicht anwendbar ist. Der herrschende Qualifikationsbegriff unterstellt einen linearen Zusammenhang zwischen einer angestrebten Wirkung und bestimmten Handlungen bzw. Vorgehensweisen. Was die eigentlichen Zielzustände personenbezogener Dienste bspw. in der Pflege sind, auf die hin Qualifikationsanforderungen zu beziehen sind, ist keineswegs eindeutig, sondern hängt letztlich von der Sichtweise der Handelnden, den Konzepten der Institutionen und dem Menschenbild ab. In den personenbezogenen Dienstleistungen hat man es mit dem Ineinandergreifen von scheinbar trivialen Verrichtungen (»Sauber- und Sattpflege«) mit seelischen, geistigen und sozialen Bedürfnissen von Personen zu tun und muss höchst komplexe, ambivalente und emotional fordernde Situationen bewältigen. Schon aus diesem Grunde ist jede arbeitswissenschaftliche Aussage über den Qualifikationsbedarf in der personenbezogenen Dienstleistung fragwürdig, weil sie immer nur für ein definiertes Zielverständnis gelten kann und ihr jeder absolute Maßstab fehlt.

In der Arbeitsforschung richtet sich die Analyse von Arbeit primär auf den Umgang mit materiellen und immateriellen »Objekten«. Die hierzu entwickelten Konzepte von Arbeit weisen einen »blinden Fleck« (Rieder, Dunkel 2003) hinsichtlich personenbezogener, interaktiver Anteile von Arbeit auf. Als professionelle Anforderung gilt die Fähigkeit, die eigenen Gefühle zu steuern, d. h. ein Management der Gefühle zu entwickeln (Hochschild 1990). Dies lässt sich als Gefühlsarbeit beschreiben, deren Inhalte sich geschlechtsspezifisch differenzieren. Zu fragen ist im besonderen, wie im Rahmen personenbezogener Dienstleistungen geschlechtsspezifische Normen reproduziert und auf die Arbeitsergebnisse bezogen werden (Rieder, Dunkel 2003). Weitgehend als ungeklärt kann bisher gelten, wie die Arbeitsforschung einen eigenständigen Zugang zu den Emotionen finden kann. Ein Erkenntnisgewinn über den in der Psychologie erreichten Stand hinaus ist zu erwarten, wenn die Analyse interaktiver (Gefühls)arbeit Bestandteil von Analysen sozialer und kultureller Strukturen wird (Maier, Koppetsch, Burkhard 1996).

Für ein neues Leitbild sozialstaatlicher Politik

Ob Arbeitsmarktpartizipation Arbeits- und Lebensbedingungen für Frauen, aber auch Männer verbessern kann oder ob die Durchsetzung der flexiblen Erwerbsgesellschaft nicht eher einen Rückschritt mit sozialen Verwerfungen und Ausschlussrisiken bedeutet, hängt letztlich davon ab, dass ein Leitbild geschlechterdemokratischer Arbeits(market)-politik um ein neues Leitbild eines demokratischen Sozialstaats erweitert wird. Nach wie vor ist die bundesdeutsche Sozialpolitik nicht universell ausgerichtet, eine Neutralisierung des Erwerbsstatus und der Berufszugehörigkeit findet nicht statt. Aus diesem Grunde ist ein Paradigmenwechsel zu einem Sicherungssystem hin notwendig, welches sich nicht am vorherigen Einkommen oder beruflichen Status orientiert, sondern den konkreten lebensweltlichen Bedarf in den Vordergrund rückt. Im Gegensatz zum bestehenden Sozialstaat sind nicht bestimmte Lebensformen als gesellschaftliche Normalität vorauszusetzen, d. h. Leistungen wie Belastungen sind zu individualisieren und unabhängig vom Familienstand zu verteilen. Gefordert ist ein neues Leitbild eines Sozialstaats, der als Garant der wechselseitigen Anerkennung und gegenseitigen Solidarität einander verpflichteter und sozialpolitisch gleichberechtigter Bürgerinnen und Bürger agiert. (Lessenich, Möhring-Hesse 2004). Eines Sozialstaates, der universalistisch ausgerichtet ist hinsichtlich des Leistungsanspruchs wie auch der Finanzierung, der professionell betriebene und allgemein zugängliche Soziale Dienste bereitstellt und nicht zuletzt das Verhältnis von Arbeit und Leben neu justiert. In welcher Weise unsichere Erwerbsbeteiligung und eine Pluralisierung privater Lebensformen künftig sozialstaatlich flankiert werden, ist eine der großen Entscheidungsfragen der Sozialpolitik.

Sie wird derzeit anhand von normativen Konzepten wie »Flexicurity« und einer zeitgenössischen Definition »Guter Arbeit« verbunden mit neuen »Partizipationsrechten der Beschäftigten« erörtert. Ob diese sozialpolitische Realität werden, ob also die Ausdehnung unsicherer Erwerbsbeteiligung das soziale Netz noch weiter unterhöhlen oder ob sie sozialstaatlich reguliert werden, ist nicht zuletzt unter geschlechterdemokratischen Gesichtspunkten von entscheidender Bedeutung.

Literatur:

- Brückner, Margit: Care. Der gesellschaftliche Umgang mit zwischenmenschlicher Abhängigkeit und Sorgtätigkeit, in: Neue Praxis, Heft 2/2003.
- Dunkel, Wolfgang; Rieder, Kerstin: »Working Gender« – Doing Gender als Dimension interaktiver Arbeit, in: Baatz/Rudolph/Satilmis (Hrsg.), *Hauptsache Arbeit? Feministische Perspektiven auf den Wandel der Arbeit*, Münster 2004.
- Heinze, Rolf G.; Streek, Wolfgang: An Arbeit fehlt es nicht, in: *Der Spiegel* 19/1999.
- Heinze, Rolf G.; Streek, Wolfgang: Institutionelle Modernisierung und Öffnung des Arbeitsmarktes: Für eine neue Beschäftigungspolitik, in: Kocka, Jürgen; Offe, Claus (Hg.), *Geschichte und Zukunft der Arbeit*, Frankfurt/New York 2000.
- Hochschild, Arlie Russel: *Das gekaufte Herz. Zur Kommerzialisierung der Gefühle*, Frankfurt/New York 1990.
- Leitner, Sigrid; Ostner, Ilona; Schratzenstaller, Margit: *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?* Wiesbaden 2004.
- Lessenich, Stephan; Möhring-Hesse, Matthias: *Ein neues Leitbild für den Sozialstaat*, Gutachten im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung, 2004.
- Maier, Maja S.; Koppetsch, Cornelia; Burkhard, Günter: *Emotionen in Paarbeziehungen*, in: *Zeitschrift für Frauenforschung*, Heft 4/1996.
- Schratzenstaller, Margit: *Neue Dilemmata – neue Bedarfe*, in: Leitner, Sigrid; Ostner, Ilona; Schratzenstaller, Margit (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell*, Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien, Folge 7/2003, Wiesbaden 2004.
- Schröder, Gerhard: *Kinderangel ist kein Weiberthema*, in: *Frankfurter Rundschau*, 15. April 2005.
- Wagner, Gert G.: *Erwerbsarbeit sollte Zukunft haben*, in: Kocka, Jürgen; Offe, Claus (Hg.), *Geschichte und Zukunft der Arbeit*, Frankfurt/New York 2000.
- Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung: *Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele – ein Weg*, Bonn 1998.

Bilder in der Printausgabe

Härter als der Rest. Gerhard Gundermann zum 50. Geburtstag

Unter diesem Titel fand am 19. Februar 2005 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, ein Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Vereins Gundermanns Seilschaft e. V. statt, das im folgenden dokumentiert wird.

Der Liedermacher, Rockpoet und Baggerfahrer Gerhard Gundermann, geboren am 21. Februar 1955, ist nur 43 Jahre alt geworden. Er starb am 21. Juni 1998. Auf dem Kolloquium stand seine Kunst unter dem Aspekt des Produzierens und ihres Fortwirkens zur Diskussion. Was haben seine Lieder wann gewollt? Woher die Wirkung, die sie damals hatten – und woher die, die sie heute haben? Worin bestehen ihre Potentiale für die Bewältigung gegenwärtiger und zukünftiger gesellschaftlicher Probleme?

Idee, Konzept und Moderation des Kolloquiums lagen bei Bernd Rump. Seitens der Rosa-Luxemburg-Stiftung zeichnete Lutz Kirschner verantwortlich, der auch die Redaktion des folgenden 52seitigen Text- und Fotoblocks übernommen hat.

In UTOPIE kreativ sind von und zu Gerhard Gundermann erschienen: »Verantwortung für das eigene Produkt«, Beitrag zum Kongreß der Unterhaltungskunst, März 1989, Heft 152 (Juni 2003), S. 557-563; Gundermann 50, Heft 172 (Februar 2005), S. 147-151.

Fotos: Sören Marotz (oben); Steffen Schipke.
www.gundi.de

BERND RUMP

Gundi und der Krieg

*wir lagen uns gegenüber
die front war das meer*

Mein Freund und Mitstudent am Literaturinstitut Korvettenkapitän a. D. Könau erzählte einst davon, wie es war. Auf der Ostsee, wenn sich die Schiffe – oder besser: Kanonenboote – begegneten. Das sollte eigentlich per Dienstanweisung vermieden werden, aber die See ist halt kein Land. Ich kann ihn nicht mehr fragen, ob Gundi damals im Schriftstellerhaus Petzow dabei war. Aber natürlich kann er solche Geschichten auch anderwärtig erfahren haben. Oder er hat sie sich erfunden. Die Realität in der Realität.

Ich weiß nicht, wann genau Gundi sein Lied über den Krieg schrieb. Nach der Wende jedenfalls, wie der Text es verrät. Jedenfalls schrieb er seinen Krieg auf und sein persönliches Motiv in ihm.

*ich war voller hass
und wusste doch nicht mal warum*

Gundi kannte »Stabü« und Parteilehrjahr genauso wie wir alle. Und er wollte einst Offizier werden – bis sie ihn heraus warfen aus der Offiziershochschule. Wir hassten insbesondere den amerikanischen Imperialismus und seit Vietnam war das für mich z. B. nichts Theoretisches. Ich habe versucht, mich für Vietnam damals zu melden. Natürlich nahmen sie mich nicht. Sie nahmen niemanden. Und wenn ich es für mich bedenke – irgendetwas von diesem Hass ist geblieben seit Son My.

Gundi resümiert: und wusste doch nicht mal warum. Hier sagt er nicht *wir*, hier sagt er *ich*. Sagt: *Ich* war voller Hass.

Ich erinnere mich an einen Streit. Bei Hilbigs in der Küche. Gundi war der Auffassung, dass man Menschen zu ihrem Glück zwingen dürfe, unter Umständen dies sogar müsse. Ich war mehr als sauer auf ihn, ich war erschreckt ob der Militanz, obgleich ich seine Gründe wohl teilte. Der Hass verzerrt auch unsere Züge, schrieb schon der Brecht. – Vielleicht ist Hass aber auch die verzweifelte Kraft der Ohnmächtigen. Wenn selbst das Wissen zu nichts führt als zur Einsicht, es nicht ändern zu können?

Aber zurück – wie beschrieb eigentlich Gundi den Krieg: Nackte Weiber gegen Volkslieder. Ein Kampf der Kulturen. Hollywood gegen Singebewegung. Unverkennbar eigentlich, wer da gewinnt. Der Geiger steht würdig da, aber auf verlorenem Posten. Er geigt dagegen an, weil er es sonst nicht aushält. Das ist ein Archetyp, ein wenig abgewandelt. Das klassische Bild stammt aus der Antike: Die Sirenen tauchen auf. Odysseus jagt seine Männer unter Deck und bindet sich an den Mast. Gundi hält sich an der Geige fest. Oder wohl der Gitarre. Odysseus hält

durch, weil er sich richtig angekettet hat – außerdem fährt das Schiff am Gefahrenpunkt vorbei. In fernere Gestade. Die Kolchis lockt, nach Hause will er nicht. Zehn Jahre von Troja bis Ithaka, das war wohl keine Irrfahrt. Aber die Volksmarine kannte nur Ostsee ... Und der normale DDR-Bürger deren Strand plus maximal dreihundert Meter Wasser.

dann war ich es satt

ewig mageren salzigen fischt

Wer ist jetzt dieses *ich*? Gundi? Wenn ja, dann kann es nicht nur um den Geschmack und die durchs Glas zu sehenden Tomaten gegangen sein. Gundi, der DDR-Bürger – der für Sozialismus war –, war ja nicht tomatensüchtig. Es sei denn, das Eigene blieb »salzig«. Zwanzig Jahre Honecker in einem Bild. Das mache mal einer nach. Derweil waren ganz andere »Tomaten« versprochen. (Weiber nicht so sehr, aber das hätte auch noch kommen können.) Wozu Sozialismus, Fragezeichen. Damit wir es so haben wie die da drüben. Nur etwas gleicher und eine oder zwei Nummern kleiner? Die HAUPTAUFGABE – das zu schaffen. Den besonderen Beweis anzutreten, dass man im Sozialismus auch so leben könne wie im Kapitalismus.

Und nun: Endlich die »Pappe« essen, und gelöscht wird dafür das Feuer am Strand. Der Leuchtturm, der nach Hause ruft, das Feuer aller Pionierzeiten und so weiter. Wann geschah das eigentlich? – Und warum steht hier ein *ich*. Oder ist das ein *ich*, das alle meint oder viele, aber nicht das berühmte »wir«. Was ist, wenn alle zugleich ES tun.

Zwanzig Jahre lang – immerhin ein fettes Stück Leben. Immer dem Westen hinterher. Und nun endlich der Punkt. Und das heiße Versprechen entpuppt sich nun als frigid. Nach Kaltem Krieg kommt die kalte Schönheit. (Schöne Scheiße.) Wenn schon, aber ... Aber irgendetwas muss es ja genützt haben, irgendetwas muss dran sein, irgendein Sinn muss in der Geschichte doch sein.

Jetzt – ich überblättere einfach, dass der Refrain teils schon mal da war – jetzt kommt das *du*. Du, Bruder. Der Bruder – aus Ostsicht war das eigentlich der große Bruder. Aus Westsicht war es so jemand wie Gerhard Gundermann. Ein Bruder. Wie Konrad Adenauer es sagte: Brüder und Schwestern in der Zone. Später hieß es freundlicher: im anderen Teil Deutschlands. Gundi nimmt das auf, profan wie er ist und hoffnungsvoll – kaum zu glauben.

*aber aus bruder aus war der krieg
wer hat uns den in die wiege gelegt
und offen und frei liegt das meer
du gabst mir die hand
und ich gab dir mein gewehr*

Das ist also die Wende. Waffenabgabe. Die Kampfgruppen zuerst, dann die Stasi, dann die Armee. Das Ganze überwachte die (noch) (Volks) Polizei, was mein angeborenes Misstrauen gegen jegliche Polizei wieder einmal bestätigt. Dafür gab es einen Handschlag. Danke, Bruder. Der Krieg ist aus. Dafür also der ganze Drill. Kein Schuss. Das ist schon eine historische Leistung. Einfach den Löffel abgeben und den Krieg beenden. Die verrückte Utopie – einfach die Hände heben, wenn es genug ist. Und dann der Handschlag. Ein viel genutztes Bild. Eine kleine Reminiszenz: Mit dem Handschlag wurde einst jeder Lehesmann verpflichtet. Selbst auf dem Schlachtfeld: Wer die Hand bekam, durfte überleben – wer nicht, wurde abgestochen. Die

»Wer war dieser Mann? 1955 in Weimar geboren, Abitur, Offiziersschüler, wegen »fehlender Verwendungsmöglichkeit« nach dem Grundwehrdienst entlassen, dann IM/Observationsobjekt der Stasi, engagiertes SED-Mitglied/1984 ausgeschlossen, 1990 Kandidat der Vereinigten Linken für die Volkskammer. – Eine politische DDR-Biographie. Ein ostdeutsches Industriearbeiterschicksal: Arbeit im Braunkohlentagebau bei Hoyerswerda – zunächst als Hilfsarbeiter, später als Baggerfahrer, ab Mitte der 90er in einer Rückbau- und Rekultivierungsmaßnahme, dann arbeitslos und in Umschulung zum Tischler. Und immer wieder Texte, Lieder, künstlerische und kulturpolitische Aktivitäten, vom FDJ-Singclub Hoyerswerda und der Brigade Feuerstein über die Zusammenarbeit mit den Wilderern und Silly bis zu Gundermann & Seilschaft und seinen Soloprogrammen.«
Lutz Kirschner in
UTOPIE kreativ, Heft 152
(Juni 2003), S. 557

»Die Kunst ist nicht vom Künstler zu trennen. Sie ist der wohl unmittelbarste Ausdruck des Menschen. Der Mensch ist ein Künstler. Von dem Moment an, da er seine Hand schwärzt und an eine Felswand presst. Kunst ist die ursprünglichste Produktion, sie fügt etwas hinzu zu dem, was es gibt. Sie gibt Nachricht. Sagt: Hier ist ein Mensch. Wir stehen vor diesen Nachrichten. Manche interessieren, manche nicht. Wir lesen uns in sie hinein. Eine Kommunikation, in der die Zeit keine wirkliche Rolle spielt. Das hat nichts Magisches – oder doch. Wenn man von der Magie der Kunst spricht, verfliegt das Mystische daran. Sagt: Wir gehören zusammen. Wir erkennen das, weil wir uns etwas zu sagen haben.«

Bernd Rump in der Begrüßung zum Kolloquium.

Verhältnisse sind klar: Das Gewehr ist abgegeben, der andere behält seines natürlich. Das *ich* macht sich wehrlos, das bleibt nicht ohne Folgen. Immerhin: So endet Krieg günstigstenfalls. Alles in allem darf man da nicht meckern. Auch Überleben fällt nicht in den Schoß.

Und offen und frei liegt das Meer. Buchstäblich, wenigstens für eine Zeit. Der Geist der Utopie schwebt über den Wassern wie in der GENESIS. Eine Last ist gefallen. Was jetzt kommt, ist eine andere Sache. Nicht unbedingt eine unbekannte.

*nun isses soweit wir haben zu zweit
wieder klar schiff gemacht
ich hab jetzt endlich ne richtige arbeit
und du jemand der sie dir macht*

Jetzt kommt mir das alte Bild vom Heizer und von dem, der auf dem Deck flaniert, in den Sinn. Dieses kann man zum Beispiel bei Eisenstein sehn, im Panzerkreuzer Potemkin. Was dann geschieht, müsste noch bekannt sein ... Die alte Geschichte. Irgendwie stimmt sie und genau stimmt sie nicht. Was Gundi – Verzeihung, das literarische *ich* – wirklich nicht wusste: Es ist noch viel schlimmer, zwölf Jahre danach jedenfalls. Der Platz des Heizers ist heute nicht mehr richtig frei, der des Ruderers auch nicht. Die »richtige« Arbeit fällt teils aus. Das Bücken allerdings nicht. Und wenn es das Bücken nach den Brosamen ist, die vom Tisch der Agenturen geworfen werden.

*wenn das schiff schlingert machst du den finger
und ich mach den rücken krumm
du musst an die kegel ich muss an die segel
und da weiß ich wieder warum*

Eigentümlich – er weiß es wieder, was er seinerzeit überhaupt nicht wusste. Das ist kein Lapsus. Die Wirklichkeit bringt ein anderes Wissen zustande:

*darum bruder darum wird krieg
den ham wir uns jetzt vor die füße gelegt*

In den Kalten Krieg waren wir mehr oder weniger hineingeboren – er war fremd vor die Füße gelegt worden. DDR wie BRD – Staaten fremder Gründungen, so unterschiedlich sie auch waren. Der Kalte Krieg, verkündet von Churchill und Stalin. Wer zuerst, ist hier uninteressant. Wir waren ungefragt, und deshalb war das Wissen über das »Warum« kein Wissen, sondern wir hielten es bestenfalls für eines. Die Grenze verlief zwischen den Blöcken, wie üblich zwischen Völkern. Wir, die Deutschen waren die Ausnahme. Blöde, wie wir waren, haben wir es nicht verstanden, wenn uns die sowjetischen Genossen erstaunt ansahen, wenn wir ihnen begreiflich zu machen versuchten, dass es zwei Deutschland gibt. Sie wussten es besser. Höflicher Weise nannten sie uns nicht gleich Satelliten ...

Den Satz kennt hier wohl jeder: Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern – sondern zwischen unten und oben. Ich lese ihn jedes Mal an dem besetzten Haus im ehemaligen Westberlin, wenn ich von Dresden komme.

Wie führt man diesen Krieg? Wir können ruhig auch Klassenkampf dazu sagen. Gundi schlägt für sich etwas vor. Man muss sich nicht anschließen – aber man kann ...

*doch ich singe und bringe nicht um
obwohl ich nun wüßte warum*

BIRGIT DAHLKE

Das Recht auf Melancholie – Gundermann und sein Publikum nach 1989

Mehrmals habe ich Anlauf genommen, um Abstand zu Gundermanns Liedern zu gewinnen. Um sie zu analysieren, zu enträtseln, zu verstehen. Ich bin, auch so viele Jahre nach seinem Tod, gescheitert. Immer wieder stellt sich eine Nähe her, die ich nicht erklären kann. Kassetten und CDs können doch ›Nähe‹ nicht speichern. Zu erkennen wird sein, dass ich zunächst eine übergroße Distanz herzustellen versuche, mit großen Begriffen und einem theoretischen Konzept – und auch, dass das nur begrenzt funktioniert.

Trauer, sagt Freud, ist Reaktion auf einen Verlust. Das Verlorene kann eine geliebte Person sein, aber auch eine Abstraktion wie Vaterland, Freiheit oder ein Ideal. Melancholie ist der Trauer verwandt, jedoch kann der Melancholiker nicht deutlich erkennen, *was* eigentlich verloren wurde. Außerdem ist Melancholie im Unterschied zur Trauer mit einem Selbstverlust verbunden. Da die Beziehung zum geliebten Objekt auf einer narzisstischen Struktur basierte, in der das Ich sich mit dem verlorenen Objekt identifizierte, ist das melancholische Subjekt nach dem Verlust dieses Objekts nicht in der Lage, seine (libidinösen) Wünsche auf ein anderes Objekt zu übertragen. Der Objektverlust verwandelt sich in einen Ichverlust. »Bei der Trauer ist *die Welt* arm und leer geworden, bei der Melancholie ist es das *Ich* selbst.«¹ Vielleicht war uns Gundermann in dem Versuch voraus, sich aus der Melancholie zur Trauer, vor allem zur produktiveren Trauerarbeit vorzuarbeiten. Ich rede hier nicht (nur) von einem individualpsychologischen Vorgang, sondern von überindividuellen, sozialpsychologischen Strukturen. Es geht um das Erleben von Ohnmacht. Ein Subjekt, das sich als geschichtsmächtig phantasiert hatte, muss seine reale gesellschaftliche Ohnmacht erkennen. Gundermann hat sich nicht in der damit verbundenen melancholischen Position eingerichtet, Selbstmitleid war ihm fremd.

Im Laufe der Kulturgeschichte hatte sich ein Prozess radikaler Umwertung der Melancholie vollzogen – ursprünglich als pathologische Störung angesehen, wurde sie zunehmend geradezu als Voraussetzung künstlerischer Kreativität wahrgenommen. Wirklich große Kunst, so das Verständnis, entstehe aus dem Leiden an der Welt. Der Melancholiker aber blieb Außenseiter, Störenfried des gesellschaftlichen Konsens. Er verkörperte (und verkörpert) das Temperament, an dem die verbindlichen Sinnangebote und Werte der Gesellschaft abprallen. – Ob wir für »die Gesellschaft« hier die un-

Birgit Dahlke – Jg. 1960;
PD Dr. phil.; Literatur-
wissenschaftlerin an der
Humboldt-Universität
zu Berlin.

1 Sigmund Freud: Trauer
und Melancholie (1917), in:
Ders.: Das Ich und das Es.
Metapsychologische
Schriften.

2 Hartmut Böhme: Kritik der Melancholie und Melancholie der Kritik, in: Ders.: Natur und Subjekt. Frankfurt am Main 1988, S. 256-273, hier S. 261.

3 Thomas Klug: Vom Recht auf Melancholie. Im Gespräch mit Barbara Thalheim, Liedermacherin, in: Freitag 18/1999, S. 15.

tergegangene DDR-Gesellschaft einsetzen oder die des Nachwendendeutschlands: Passen würde beides. Der Kulturwissenschaftler Hartmut Böhme spricht sogar davon, dass Melancholie seit den großen Gesellschaftsutopien der Renaissance in Gegensatz zur Utopie getreten sei: Wo von den Höhen des Staates herab alles als lückenlose Ordnung des Glücks entworfen werde, dort sei der Melancholiker eine Unperson.²

Wenn Barbara Thalheim 1999 in einem Interview vom »Recht auf Melancholie«³ sprach, so formulierte sie damit m. E. ein Bedürfnis, das viele DDR-BürgerInnen nach dem Zusammenbruch der DDR mit ihr teilten und das, so vermute ich, auch zu verstehen hilft, warum Gundermanns Konzerte nach 1989 so gut besucht waren wie vorher nie.

Das späte Insistieren auf einem »Recht« auf Melancholie hat eine Kehrseite: die Nach-89er-Debatten um Schuld und Verantwortung. Und: In eine Art kollektiven *status melancholicus* gerieten gerade diejenigen DDR-BürgerInnen, deren Liebesbeziehung zu »ihrer« realsozialistisch-provinziellen grauen DDR immer von Ambivalenzkonflikten geprägt gewesen war. In den 90er Jahren trafen drei politische Desillusionierungen zusammen: Die Desillusionierung in Bezug auf die verlorene DDR, auf die Hoffnungen von 1989 und auf den aktuell erlebten Verlauf der deutsch-deutschen Vereinigung. Die halbironische Ostalgiewelle des letzten Jahrzehnts füllte, so denke ich, eine Leerstelle in der sozialen Psyche der neuen Bundesbürger, sie sicherte Identität in der ironischen Distanzierung. Hatte sie in der ersten Hälfte der 90er Jahre noch die Funktion einer polemischen Identitätssicherung und -vergewisserung, so wurde sie in den letzten Jahren zu einer offensiven Identitätspolitik: Hier sind wir (immer noch) und wir sind »anders«.

Nach dem Ende der realen DDR wurde Gundermann zu einem »typischen DDR-Produkt« wie Rotkäppchensekt oder Schlagersüßtafel: Der Baggerführer und Liedermacher in einer Person, der proletarische Autodidakt, der kritisch-loyale Intellektuelle, der aus der SED ausgeschlossene Kommunist. Dass diese Verbindung der verschiedenen Seiten seines Lebens nur in der Vorstellung seines Publikums romantische Züge entfalten konnte, im gelebten Alltag selbst jedoch ständig Zerreißproben bereithielt, wie seine zeitweilige Verpflichtung als IM der Staatssicherheit zeigt, das hat Gundermann oft selbstironisch auf der Bühne kommentiert. Alle Ironie aber konnte nicht verbergen, dass hier auch jemand über Heimatlosigkeit sprach, einer, der zwischen allen Stühlen saß, der für die Kollegen im Tagebau wie auch für die Musikerkollegen der Intellektuelle, der Grübler, und für die intellektuellen Freunde der Prolet war.

Was suchte, was fand die stetig anwachsende Schar der Gundermann-Fans in seinen Konzerten? Warum waren in den 90er Jahren immer mehr junge Leute im Publikum? Konnte ein und derselbe Liedermacher Männern und Frauen verschiedener Generationen mit gänzlich unterschiedlichen Erfahrungen etwas zu sagen haben? Vor kurzem habe ich unter meinen StudentInnen herumgefragt, wer denn etwas mit dem Namen Gundermann anfangen könne. Es meldeten sich wenige, aber doch einige in jedem Seminar. Im Gespräch darüber, woher sie den Namen kennen und was sie damit verbinden, er-

gab sich ein interessanter Ost-West-Unterschied: Wer Gundermann-Lieder vom Konzert kannte oder im Musikunterricht gar selbst gesungen hatte, war aus dem Osten und wurde von denjenigen beneidet, die ihn nur auf CDs kennengelernt hatten. Beneidet wurde sie oder er vor allem um Unmittelbarkeit, Authentizität, Echtheit, um eben diejenigen Züge, die von den Jüngeren achtungsvoll als das Anziehende an Gundermann und seinen Liedern hervorgehoben wurden. Dass er für alles, was er sagte und sang, mit seiner ganzen Person bürgte, das war, was sie anzog: »Der war echt, für den hing alles miteinander zusammen: die Umweltsünden und der Vatertraum, die Revolution und die Liebe, das Kinderkriegen und der Tagebau.« »Der sprach von einem menschlichen Planeten, nicht von Deutschland.« »Das war kein Entertainer«, der spielte nichts vor, der war selbst der Narr, von dem er sang. In einer Zeit, da alle Verlässlichkeiten abhanden gekommen waren, da Eltern und LehrerInnen mit sich selbst zu tun hatten und kaum Orientierungshilfe geben konnten, stellte der Einsatz mit der ganzen Person offensichtlich schon selbst, unabhängig vom Inhalt des Gesagten, einen Wert dar. Ermutigend fanden die Jungen die Haltung, aus der gesungen wurde, dieses »immer wieder wächst das gras«. Das Annehmen der Banalität des alltäglichen Lebens, die direkte Formulierung von Verdruss wie in »scheißspiel«, die Sehnsucht nach etwas, das über eben diese Banalität hinausweisen könnte – all dies waren weitere Argumente für ihr Interesse an den oft ungelenken Texten.

Fast schon komisch war, zu sehen, wie Gundi mit seinen Metaphern von den »toten fliegen / die am süßen leim kleben / zu dem man schicksal sagt« oder mit seinen eigenwilligen kontrastiven Verschränkungen von Worten, die aus gänzlich verschiedenen Lebensbereichen stammten, immer haarscharf am Kitsch vorbeischrämte: »und du *schälst* dich wieder mal aus deinen *träumen*« oder »mein *herz* hat grade heute *ruhetag*« oder »da unten in der *kanalisation* / da üben schon wieder / die ratten *karate*«.

Dass da einer wie im Märchen auf Wünschen beharrte, die größer waren als er selbst, das verlieh Gundis Liedern poetische Kraft. Denn in den Jahren nach 1989 gingen ja nicht nur Ideale verloren, sondern auch Wünsche. »fernseher aus sternschnuppen an« beharrte er wie ein Kind. »mein teppich der soll endlich wieder fliegen«; »doch wenn tauben hier nicht landen wollen / ist ein spatz auch kein ersatz«; »frag mich nicht wie / frag mich nicht wann / s ist doch nurn lied / aber mitm lied / fang ich erst mal an«.

Es stellte sich jemand auf die Bühne, der zwar wie alle anderen keine gesellschaftlichen Alternativen zum Istzustand (mehr) kannte, der jedoch seine Suche und auch sein Scheitern, seine Enttäuschung und seinen Schmerz mit dem Publikum teilte. Da sang einer davon, wie er immer wieder hinfiel und wie er dennoch immer wieder aufstand und es erneut versuchte. Der auf Märchen und Parabeln zurückgriff, um sich nicht wie die Mehrheit von der Macht der Tatsachen überrollen zu lassen. Das sah meistens hilflos aus, auch das wusste der Mann auf der Bühne und kommentierte es selbstironisch, was seine Manöver liebenswert machte und offensichtlich Raum für Identifizierung bot: »ich kann nicht mehr / aber der will immer noch«. So spricht kein Held. Sang Gundermann in den letzten Jah-

»Diese Melancholie-Problematik treibt mich ein wenig um, weil ich mir nicht sicher bin, ob ich das richtige Gefühl habe. (...) Ich habe folgendes Gefühl bei den späten Liedern: Die sprechen Leute an. Wenn das Charakteristikum dessen, warum sie Leute ansprechen, gerade diese Melancholie ist, dann wäre das aus meiner Sicht aber eine andere Melancholie-Vorstellung als die, die Freud entwickelt hatte. Dann wäre Melancholie, und so würde ich es auch verstehen, heute eine durch gesellschaftliche Umstände fast notwendig hervorgebrachte Haltung, die es überhaupt möglich macht, sich noch mit Anspruch auf Welt und Gesellschaft zu beziehen.«
Lutz Kirschner
in der Diskussion.

ren seines Lebens das Ende des Helden, wie Wolf-Dietrich Jung-hanns meint?

Saturn, der Gott der Melancholie, ist ein Gott der Extreme, der Polaritäten und Heterogenitäten. Übersetzt auf den melancholischen Künstler heißt das, ein zerrissenes Subjekt zu sein, Wissender mit unglücklichem Bewusstsein, ein »Entfremdeter«, ein »Ferner« auf exzentrischer Bahn, nicht in ruhiger Mitte ausbalanciert, ein Gratwanderer.⁴ Solch einen Gratwanderer verkörperte Gundermann auf der Bühne. Wir konnten dem Revolutionsromantiker bei seinen vergeblichen und hinreißend-komischen Versuchen zu »fliegen«, aus dem Alltagstrott und den befestigten gesellschaftlichen Grenzen ausbrechen, zusehen. Und wir konnten davon profitieren, wie er sich seiner Wurzeln vergewisserte: in den Liedern aus der Arbeitswelt des Tagebaus, denen über den Vater, die Freunde und Liebsten oder in denen über seinen Flecken Heimat. Wo dies nicht reichte, hatte er sich vor allem zu DDR-Zeiten Traditionen aus der Welt der Helden-sagen und Räubermärchen ausgeborgt: von Krabat und Ilja Muro-mez, von den Räufern der schwarzen Galeere, von Robin Hood, Lancelot oder dem 7ten Samurai ... Die trotzige Selbstbehauptung hatte eigenartig kriegerische, atavistische und *Sieger-Verlierer*-Me-taphern hervorgebracht: die »feindlichen armeen«, das »springen an eine kehle«, den Kampf »mit dem drachen«, das »letzte gefecht«, je-nes »härter als der rest«, das unserem Kolloquium den Titel gab. Im Lied von der »grünen armee« scheint der Liedermacher dieses kriegerische Handlungsmodell ein letztes Mal ausprobiert zu haben. Danach folgte der Abgesang auf den Helden: »ich mache meinen frieden mit dir du großer gott« ... Mich erreichte gerade der Gunder-mann, der seiner Heldenbilder verlustig ging. Der Krieger war mir fremd geblieben.

Immer wieder bewegte sich der melancholische Gratwanderer zwischen dem »noch« und dem »schon«. Das Versäumte tut weh, das erwartete Leben: »alle filme die ich drehen wollte / *sind schon* gedreht // alle kleider die ich nähen wollte / *sind schon* genäht«. »und ich weiß nicht / ob ich *noch* singen kann / bis in eine seele«. »bin ich *schon* zu früh hier / oder bin ich *schon* zu spät« – heißt es 1989. Nach 89 wird aus dem *immer noch* der Silly-LP ein anderes »noch«. Die Worte »noch« und »schon« wechseln die Plätze, die Perspektive hat sich grundlegend geändert: »gehöre *noch* dazu / und bin *schon* ziemlich fremd«, heißt es in »straße nach norden«, einem Lied, das deutlich von einem Standort jenseits der DDR spricht. Zu erwarten wäre doch eher: gehöre *schon* dazu und bin *noch* ziemlich fremd. Auch andere Perspektivwechsel sind interessant: etwa wenn ein Ich sich nach dem Ende der DDR nicht nur fragt, »was ich bin«, sondern: »was ich bin und *was ich war*«.

Am rätselhaftesten und poetischsten aber bleibt mir nach wie vor das meiste, was sich in das Gewand von Liebesliedern kleidete und doch weit mehr meinte als die Liebe zwischen »nur« zwei Men-schen: »komm nicht zu früh / komm nicht zu spät / und wenn es ir-gendwie geht / komm lieber nie«. Denn von Angst habe ich bisher noch nicht gesprochen. Die aber ist immer mit im Spiel. Zwischen Text und Melodie entfaltet sich oft ein Widerspruch, der eben diese Spannung zwischen Hoffnung und Angst ausstellt. Wie auf dem letz-

4 Ich verwende Formu-
lierungen Hartmut Böhmes,
bezogen auf »die Kom-
plexion des neuzeitlichen
Intellektuellen«.
Vgl. Hartmut Böhme,
a. a. O., S. 258.

ten Konzert in Krams so oft vom Tod die Rede ist, dass man abergläubisch werden kann, so lässt sich die Furcht in den meisten Liedern aufspüren, als Furcht, zu spät zu kommen, oder zu früh, als Furcht, niemals zum Zuge zu kommen, als Furcht, das Richtige nicht zu erkennen und nicht zu tun, als Angst, das Leben zu versäumen vor lauter »Lebenslauf«. Gerade in diesem Wissen um den Abgrund, um Vergänglichkeit und Vergeblichkeit, um die dunkle Seite aller Lebensgier und Lebenslust, ist begründet, warum man mit vielen seiner Lieder nie fertig wird. Hinter den einfachen Metaphern steckt kein einfaches Weltbild, sondern die Erkenntnis, dass wir mit allen Versuchen, politisch verantwortlich zu handeln, erst am Anfang stehen.

PAUL D. BARTSCH

Gundermanns poetische Seilschaften

Gerhard Gundermann habe ich gekannt, wie man sich kennt, wenn man etwa gleichaltrig in einem überschaubaren Land an unterschiedlichen Orten Ähnliches tut, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Ein Gundermann-Kenner bin ich deshalb ganz sicher nicht, insofern will ich mögliche Erwartungen relativieren. Von den hier Beitragenden bin ich wohl der am weitesten außen Stehende. Gleichwohl hat mich Gundi immer beschäftigt, und das nicht nur, seit oder weil ich mich selbst im Liederhandwerk versuche, sondern auch in meinen längst nicht so proletarischen Broterwerben wie dem Gundermanns: des Literaturwissenschaftlers, des Lehrerbildners, des Medienpädagogen. Und natürlich gibt es die Erinnerung an unsere Treffen – in den frühen Achtzigern bei einer Singwerkstatt in Halle, als die »Brigade Feuerstein« zur Gestaltung des Abschlussprogramms in einem klapprigen Bus, in dem gelacht, gekocht, getrunken, geschlafen und gesungen wurde, anreiste und mit ihrem Habitus einer Anarcho-Kommune gelindes Befremden bei den oberen FDJ-Organisatoren auslöste, dann 87 in Frankfurt/Oder, als den Steineckert-Juroren nichts anderes übrig blieb, als den »Männern, Frauen und Maschinen« den Hauptpreis der Chansontage zuzuerkennen, Anfang der 90er zum Konzert mit den wirklich wilden Wilderern im Halleschen CAPITOL, wo Gundi richtig rockte, aber schwer zu verstehen war, ein paar Jahre danach mit der Seilschaft auf der gepflegteren Bühne des Steintors zu Halle, und schließlich – im Frühjahr 1998 – als Solisten zu drei ausverkauften Konzerten im Rundsaal der Moritzburg, wo seinerzeit das Kabarett der Saalestadt residierte. Das war wenige Wochen vor seinem Tod, und ich kann nur hoffen, dass er das kurz zuvor erschienene Heft, das ich ihm nach dem Konzert in die Hand drückte, weil er mit seinen Texten darin ausführlich vorkommt,¹ zumindest mal durchgeblättert hat. Wir waren an dem Abend auseinander gegangen mit der gegenseitigen Versicherung, man müsse mal darüber reden, ob und inwieweit Liedertexte zum Unterricht taugen und eine so hohe Erwartung einzulösen vermögen, wie sie der Untertitel »Ein Land in seinen Liedern« suggeriert. Dazu ist es leider nicht mehr gekommen. Ich jedenfalls glaube nach wie vor, dass es nicht nur möglich, sondern sogar ertragreich und nötig ist, Zeitgeschichte nicht nur als kausale Verflechtung von Ereignissen, Daten und Personen zu begreifen, sondern für dieses Begreifen auch den *Henkel* der künstlerischen Reflexion und Produktion zu nutzen, ohne allerdings in die beliebten pädagogischen Simplifizierungen zu verfallen, wonach das künstle-

Paul D. Bartsch – Jg. 1954;
Dr. phil.; Literaturwissen-
schaftler, Liedermacher,
Medienpädagoge.
www.zirkustiger.de

1 Paul D. Bartsch: Sag mir,
wo du stehst. Ein Land
in seinen Liedern,
Darmstadt 1997.

rische Subjekt und der Mensch eins seien und also Kunst und Wirklichkeit nur verschiedene Seiten derselben Medaille.²

Als ich darüber nachdachte, was zu Gundi zu sagen wäre, fiel mir auf, dass ich ihn auf merkwürdige Weise doppelt wahrgenommen habe: einerseits als den originären und singulären Typen, der er ganz sicher war, nicht zuletzt durch habituelle Stilisierungen wie Kassenbrille, Fleischerhemd und Hosenträger, als *den Einzelnen* also, und andererseits als *Teil eines Kunst produzierenden Organismus*, der jeweils in veränderter Gestalt daherkam – vom Singeklub der EOS Hoyerswerda (in dem Gundermann noch kaum hervortrat) über die »Brigade Feuerstein«, die Wilderer, die Seilschaft – und der Gundermann sozusagen die Maschinerie, die Gelenke, die Instrumente, die Organe und Extremitäten verdankte, die zur Entäußerung und Umsetzung seiner diversen Konzepte vonnöten waren. Selbst seine Solo-Auftritte von 1998, bezeichnenderweise in einer biografischen Phase, die ihn durch den Verlust der Arbeit und die laufende Umschulung in elementarer Weise auf sich selbst zurück warf, scheinen mir dazu nicht im Widerspruch zu stehen; die erkennbare Symbiose Gundis mit der sparsam, doch äußerst effizient eingesetzten Technik, bedient von Pille, dem Vertrauten vieler Konzerte, machte den Solisten Gundermann nicht etwa zum vereinsamten Rest eines verloren gegangenen Kollektivs. Zumal – und ich bin ja schon längst bei meinem Thema – die schlichte Bühne sich während des Konzertes zunehmend bevölkerte mit Figuren, in die Gundi nicht etwa hineinschlüpfte wie ein Schauspieler, sondern die er aus seinen Texten und Liedern als Gefährten hervortreten ließ, mit denen man reden und arbeiten konnte, streiten oder kämpfen, ausruhen und genießen. Und ich glaube, genau darauf warteten die Gundermann-Fans in den Konzerten, auf diesen sozialen Kosmos individueller Personen mit erkennbarer Biografie – ob sie nun Sieglinde, Linda oder Brunhilde heißen, ob es die kleinen blassen Frauen sind oder alte graue Kaffeefrauen, mit ihrem Grinsen verkleidete Söhne oder müde Väter, denen es gar nichts bringt, die schnelleren Schwimmer zu sein. Dem Umgang in dieser fast privaten Gesellschaft, in der trotz billigem Fusel auf Marken, den der Magen irgendwann zurück schickt, manch roter Schein versauft wurde, passt sich Gundi auch sprachlich an, wirkliche *Umgangs*-Sprache sozusagen, die verschluckten Silben, die verwischten Endungen, dieses »weisstunoch« und jenes »macht ja nischt«. Die Bühne wird auch ohne Tüll und Kulissen, ohne Farben und Bauten zum vertrauten Bild: »alte frau und männer / hocken auf ihren bänken / und gott hatn leichten / warmen regen zu verschenken / straßen dampfen hasen mampfen / an so einem abend im frieden«. Und immer bricht dann die Idylle »am Brunnen vor dem Tore unterm Lindenbaum«, immer wird das Häuschen niedergelassen oder abgebrannt. Sagte ich: sozialer Kosmos? Es ist ein *Mikro*-Kosmos, der *innere* Kreis der Verluste und Verlässlichkeiten sozusagen, und Gundermann, der seine Figuren behutsam und schnoddrig herzeigt, führt sie nicht vor wie gefügige Marionetten, sondern ist – als verletzlicher Mann aus Eisen – einer von ihnen.

Wo ein innerer Kreis ist, darf ein äußerer vermutet werden; eine *Seilschaft* – ganz im ursprünglichen Sinne dieses Wortes, das seit der Wende in Misskredit geraten ist – von poetischen Figuren und Me-

2 Vgl. dazu auch: Andreas Otto: Zwischen Liebe und Zorn. Betrachtungen zur DDR-Rockmusik, in: Musik in der Schule, Heft 4/1996; Paul D. Bartsch: Text und Lied, in: Texte im Medienverbund. Zum Umgang mit Medien im Deutschunterricht der Sekundarstufen I und II, Halle 1998; Christian J. Ganter: Schöpfungs-theologie im real existierenden Sozialismus. Ein Unterrichtsmodell zu Gerhard Gundermanns Rocksong *Halte durch*, in: rhs. Religionsunterricht an höheren Schulen (Düsseldorf), 47. Jg., Heft 2 (2004); Paul D. Bartsch: »Das alles ist Deutschland ...«, in: Aufbruch – Abbruch – Umbruch (2), Das Bild von der DDR in der Nachwendeliteratur, hrsgg. vom Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung, Halle 2004.

3 Reinhard »Pfeffi«
Ständer: »Einmal bleiben
morgens meine Schuhe leer
...« Ein Leben zwischen
Bagger und Bühne. Zum
50. Geburtstag von Gerhard
»Gundi« Gundermann, in:
Folker!, Heft 1/2005, S. 27.

taphern. Reinhard »Pfeffi« Ständer schrieb jüngst: »Gundis Lied- und Zwischentexte ... waren – obwohl schlicht gehalten – voll von Metaphern, Symbolen und verschlüsselten Botschaften.«³ Für mich liegt in diesem virtuosen Bilderreichtum, in diesem überquellenden Arsenal an Figuren der besondere Reiz von Gundis Texten begründet. Und das meine ich mit poetischen Seilschaften, die den Liedermacher Gerhard Gundermann begleitet haben, ihm hilfreich und unterstützend zur Seite standen, ihn unverwechselbar und verständlich machten – durch ihn, den Feldherrn mit der Gitarre als Knarre, rekrutiert und dirigiert und, ja, auch das: verheizt in der immer wieder letzten Schlacht. Militärische Metaphorik, auf die ich noch eingehen werde.

Metaphern enthalten bekanntlich stets eine Gefahr, weil sie einen Gegenstand, einen Sachverhalt, einen Vorgang verkleiden und ummanteln, diesen eigentlichen Kern unkenntlich werden lassen und auf ihrer höheren, eben metaphorischen Ebene in gewisser Weise beliebig und interpretierbar werden. Auch Symbole – als verallgemeinerbare semiotische Elemente – unterliegen dieser Gefahr. Wer sie künstlerisch nutzt, muss also Vertrauen haben – in die eigenen Fähigkeiten zur Formulierung (zur Codierung also) und (vor allem) in die Fähigkeiten seines Publikums zur Decodierung. Diese letztlich wechselseitig funktionierende Vertrauensbasis schweißte Gundi mit seinem Publikum zusammen, ohne dadurch hermetische Verschlussheit zu riskieren. Auch der nahe liegende Vorwurf der *Sklavensprache*, des Ausweichens also auf scheinbar unverfängliche Geschichten, dem Publikum das »Er-sagt/Er-meint«-Spiel überlassend, greift hier nicht. Gundermann ist vielmehr ein Fabulierer, ein modern-traditioneller Fabeldichter also: die Flucht in die Fabel bis zur Kenntlichkeit der Dinge.

Dabei war Gundi in bestimmter Hinsicht respektlos. Und eklektizistisch obendrein, denn seine Auswahl aus dem Selbstbedienungsladen der Kunst folgt keinem System, sondern wirkt eher assoziativ und – zu Teilen zumindest – sozialisatorisch geprägt. (Welcher gleichaltrige Altbundesbürger etwa würde schon den ergrauten Kriegsmann Ilja Muromez bemühen, um etwas über den Zustand der Welt auszusagen?) Hier scheinen also die eigene Pflicht- und Kür-Lektüre, der gesellschaftlich determinierte Medienkanon und die »geistige Nahrung«, die ihm – nach Simone Hain⁴ – hin und wieder Freunde vom Theater in Gestalt der »Sinn und Form« oder der »Weimarer Beiträge« hingeschoben hätten, ihre Spuren hinterlassen zu haben. Gundi also reißt in seine Textwelt hinein, was und wie es ihm passt. Er nutzt das gewaltige Reservoir vorgeprägter Muster, Figuren, Metaphern und Symbole wie einen Steinbruch, greift heraus, was ihm geeignet erscheint, seine Botschaft ein Stück weit zu tragen, stellt diese Bruchstücke in neue Zusammenhänge, gibt ihnen zeit- und mehr noch unzeitgemäße Attribute (Rosinante, das klapprig-alte Schlachtross des seltsamen Ritters von der traurigen Gestalt, bekommt von Gundi einen Motor verpasst und tuckert sich im erzwungenen Leerlauf heiß), verfremdet im Brechtschen Sinne und lässt also nicht die *wirklichen* Dinge in seinen Texten aufmarschieren, sondern zeigt vielmehr, *wie die Dinge wirklich sind*. Die grassierende Arbeitslosigkeit in seiner Region etwa – eines der

4 Simone Hain: unsereins.
gerhard gundermann und
das wahre leben, in: Berli-
ner Debatte INITIAL
11(2000)5/6, S. 177.

Grundthemen des späten Gundermann – wird auf den Himmel projiziert: Dort drängeln sich die nun funktionslos gewordenen Schutzengel, nehmen uns mit auf ihren Überschau und Durchsicht ermöglichenden letzten Flug überm Revier; ein Aufbruch »inne andere welt einen anderen ort«, dessen Ambivalenz (oder besser Schizophrenie?) der unmerklich-auffällige Austausch des Attributs »rauchig« zu »sauber« in Bezug auf den Himmel signalisiert.

Das Arsenal seiner *poetischen Seilschaften* ist beeindruckend, reicht vom erwähnten Ilja Muromez über den Rattenfänger zum 7ten Samurai, zu Judas und Gott, Teufel und Drachen, Robin Hood und des Geyers schwarzer Haufen, dem Holländer-Michel und Don Quichotte mit seiner Rosinante. Die gestutzten oder allzu oft geflickten Flügel eines Ikarus. Lancelot, der Drachentöter, auf Abruf. Helden, denen das Heldische a priori nicht zusteht – wie beim Ritter von der traurigen Gestalt etwa – oder (häufiger) denen es abhanden kommt in Zeiten wie den unsrigen: »robin hood war grün und gut / als er noch walderdbeeren aß / heut frisst er sein' ministerhut / verpisst sich hinter panzerglas ... keine märchen mehr«. Obgleich die romantisierende Sympathie für diese anarchorevolutionären Boten nie ganz verloren geht. Nebenbei bemerkt: Selbst der Deckname, den sich Gundi als Stasi-IM suchte⁵, besitzt ja diese metaphorische Dimension: *Grigori* – jener hilflose Helfer Kossonossow, dessen komischer Tragik Manfred Krug seine Stimme lieh.

Den Hut, aus dem Gundermann all diese Figuren hervorzieht, hat er sich – so simpel es klingt – bereits mit »Männer, Frauen und Maschinen« aufgesetzt und als Dreispitz ... will sagen: magisches Dreieck umrissen: »entgegengesetzt dem von bermuda / in dem alles verschwindet / hier / zwischen männern, frauen und maschinen / entsteht alles«. Da sprudelt die Quelle, da haben sie ihren Ursprung, die Steingesichter und Eisenvögel, die Piratenschätze und blauen Blumen, Räuber und Gendarmen, Werwölfe und Killerameisen, der Terminator und die Karate übenden Ratten, die schwarzen Galeeren, fliegenden Teppiche und Zauberpferde. Und immer wieder der Sensemann, der durch die Texte geistert und durch Gundis unerwartet frühen Tod uns Gebliebenen nun plastischer erscheinen mag als es eine bloße Ahnung je sein könnte. – Produziert von Georg Lukács trifft Hieronymus Bosch in Tausendundeiner Nacht auf Wilhelm Hauff, auf Lem und die Strugazkis, könnte man meinen ...

Und immer ist der Fisch mehr als ein Fisch, der Vogel mehr als ein Vogel, die Katze ist mehr als eine Katze, und Vater und Mutter sind natürlich auch mehr als die Eltern, sie verkörpern Prinzipien, Haltungen, Welten, an denen man sich reiben kann, die nie entblößt, verraten oder lächerlich gemacht werden, sondern hin- und hergewendet, gewogen und befragt. »halt mich nicht / ich bin nurn fliegender fisch« – Metapher für den kurzzeitig möglichen Übergang zwischen den Elementen, für den Schwebezustand des Seins, für Nähe und gleichzeitige Unberührbarkeit. »in den zweigen solln die vögel wieder / wohnen und mit mir die kirschen teiln« – fraternisierendes Bild für den einzig gangbaren Weg dorthin, wo man keine Paradiesvögel einsperrt. »manchmal findet sich 'ne fremde katze ein / manchmal werde ich das sein« – als Bild voller Hoffnung, gestellt neben das Wissen um Vergänglichkeit. »und willst du reich sein / dann liebe dir

5 Vgl.: Gerhard Gundermann: Rockpoet und Baggerfahrer. Gespräche mit Hans-Dieter Schütt, Berlin 1999 (2. Auflage), S. 189-214.

ein kind / doch lass es weich sein / so butterweich sein / wie deine alten nie gewesen sind« – simple Allgemeinplätze, die in Gundermanns Worten zu einfachen, anrührenden Wahrheiten werden.

In den Mosaiken, den Puzzles, den Flickenteppichen seiner Lieder blieben aber immer auch weiße Flecken und schwarze Löcher zum Reinsteigen, zum Rausgucken, zum Weiterdenken. Und vielleicht auch spiegelnde Splitter, in denen wir uns – wenn auch gebrochen – selbst sehen und finden konnten. Insofern haben viele der Gundermann-Lieder für mich den Charme des Offenen, des Un-Fertigen, nicht im Sinne des Handwerks, sondern des Anspruchs, mit sich und der Welt ins Reine zu kommen. Und diesen Rest, der sich der Analyse entzieht, nennt man *Kunst*. – Ich glaube, dass Gundis gelebter Spagat als fragile Balance viele seiner Texte einfärbt und sie uns wert und schön macht, denn das kann *Absolutes*, *Ideales* und *Unvergängliches* im ästhetischen Sinne genau *nicht* sein.

»Politisch Lied, privates Lied«⁶ – stellt sich diese Frage bei Gundermann überhaupt? Hier geht eins so organisch ins andere über, ohne sich dabei aufzugeben, dass jede Trennung in meinen Augen unsinnig wäre. Zumal Gundermann selbst sich häufig und rigoros dazu bekannt hat, sich in den Dienst stellen zu wollen und nehmen zu lassen – anfänglich mit naiven Taten für den DDR-Staat, später dann mit seiner Kunst für einen anderen Sozialismus und schließlich »gegen Strukturen«⁷ und für eine auf Erhalt des menschlichen Lebens gerichtete, selbstorganisatorische Gesellschaft. »Die einen wollten Kunst, ich dagegen politisches Spektakel. Meine Meinung war: Hauptsache, unsere Programme gehen die Leute politisch an«⁸, sagt Gundermann etwa über die »Feuerstein«-Zeit. Und dann kurz vor seinem Tode dies: »Musik ist ein Bohrer. Du kannst damit Löcher machen in menschliche Herzen. Wo'n Loch ist, kann was rein. Oder raus.«⁹ Künstlerisch übersetzt bedeutet das, »s ist doch num lied / aber mitm lied / fang ich erst mal an«.

»Dichter im Dienst« also – seit Franz Fühmann (in Bezug auf sein literarisches Schaffen in den 1950er Jahren) habe ich nur wenige Künstler gefunden, deren diesbezügliches Bekenntnis so deutlich war.¹⁰ Die Frage allerdings nach der Trennbarkeit des »Zoon politicon« vom privaten Menschen ist ja nicht neu, zumal in der Kunst, zumal im Liede. Das garstige, weil politische Lied der besoffenen Studenten in Auerbachs Keller ist jedem geläufig, und auch Wolf Biermann hat darüber reflektiert, auf seine Art. »Ich wollte in meinen Versen immer beides: Ins Bett meiner Liebsten und auf die Straße ins politische Getümmel. Streicheln und totschielen. Tändeln unterm Rosenstrauch und treffen im Gemetzel. Ich wollte mit meinen Liedern immer zärtlich ins Herz meiner Freunde und mörderisch ins Herz meiner Feinde.«¹¹ Ein bisschen viel Theatralik vielleicht, doch in der Tendenz sind beide Zielrichtungen auch in Gundermanns Liedern spürbar. Das schlug die Brücke zum Publikum, gerade in den Zeiten der Nachwende-Orientierungssuche zwischen Alt und Neu, der Verunsicherungen durch *Feund* und *Freind*, der noch vorhandenen Illusionen und der schon eingetretenen Ent-Täuschungen. Man wusste einfach, dass Gundi über sich sang und über uns und dass er dies dennoch tat auf einer Zwischen-Ebene, angesiedelt in einer poetischen Realität, in der sich die verwirrende Komplexität des

6 Wolf Biermann: Politisch Lied, privates Lied. Erste Vorlesung, in: Wie man Verse macht und Lieder. Eine Poetik in acht Gängen, Köln 1997, S. 7 ff.

7 Gerhard Gundermann: Rockpoet und Baggerfahrer, a. a. O., S. 269.

8 Ebenda. S. 68.

9 Ebenda, S. 272.

10 Franz Fühmann reflektiert in seinem 1973 im WDR ausgestrahlten Rundfunkessay »Mein Erstling« ausführlich über den Begriff »Dichter im Dienst«, den er in den 1950er Jahren »durchaus als Ehrennamen« empfunden habe, dessen »Enge ... freiem Willen und bester Absicht« entsprungen sei; vgl. dazu die DDR-Erstveröffentlichung der Druckfassung in: Sinn und Form, 41(1989)2, S. 276 f.

11 Wolf Biermann: Wie man Verse macht ..., a. a. O., S. 13.

Lebens in einfachen Bildern löst und im Gegenzug die simple Gegenständlichkeit des Seins als das Besondere hervortritt.

»immer wieder wächst das gras / klammert all die wunden zu«. – So wenig Illusion, so viel Hoffnung. »das loch im himmel soll sich wieder schließen / und die löcher in der erde die auch«, singt der zornige Träumer; »die pilze sollen wieder in die bomben kriechen / und die bomben wieder in den flugzeugbauch«. So erhält selbst das platte Credo »Kunst ist Waffe« bei ihm konkreten wie poetischen Ausdruck.

Und damit wäre ich schließlich bei Gundis auffälliger poetischer Militanz. Man könnte ja etliche Pflugscharen schmieden aus den militärisch, ja kriegerisch konnotierten Vokabeln in seinen Texten. Und das waren eben keine Ausrutscher – wie naive Geister, die linke Liedermacherei mit pazifistischer Grundhaltung gleichsetzen, vermuten mögen – oder dem Spielraum von Lesarten geschuldet, sondern das war unbedingt ernst gemeint. »Das Militärische reizte mich immer«¹², sagt Gundi noch Mitte der 90er Jahre im Interview. Und es zeigt sich wieder mal die enge Beziehung zwischen Gundermanns Leben und Gundermanns Kunst. Der pubertäre Aufbruch im Dienste der Weltrevolution mit 'ner 08er in der Tasche, der seinem Vater Knast einbrachte, der Anspruch des Offiziersschülers, »mit ein paar außergewöhnlichen militärischen Aktionen den Weltfrieden herstellen«¹³ zu wollen, die naive Erwartung des IM Grigori, »James Bond würde sich eine Pfeife anstecken können«¹⁴, die romantische Verklärung von Che Guevara und – wieder rein ostdeutsche Sozialisation – mehr noch von Tamara Bunke macht die waffenklirrende Schlachtfeldmetaphorik vieler Texte irgendwie logisch und konsequent: Die Rüstungen und Panzer, die Schilde und rostigen Säbel, das Konzert der Geschütze und Granaten, die Leuchtkugeln über den Bäumen und die leergebluteten Tanks, die gehenkten Kaiser und der Deserteur an der Wand, die Fronten, die Schützengräben und die Barrikaden, die verlorenen Posten und das mit Hoffnung gefüllte Niemandsland. Interessant, dass die politische wie gesellschaftliche Zäsur von 1989/90 kaum auf diese Metaphorik durchschlägt, die militärisch geprägten Metaphern danach weder in Quantität noch Qualität zurückgehen, sondern präsent bleiben.¹⁵ Bis zuletzt ist also »hier verdammt noch mal / kein anderes pferd im stall«, und der Sänger kann uns nicht dienen mit der Illusion, dass das *letzte Gefecht* ausgefochten sei. Das mal trotzige, mal resignative Festhalten am Kriegszustand als Weltbeschreibung verbindet sich einerseits mit verblüffend simplen Lösungsformeln (»runter vom wagen / und rauf aufn baum / ... / rein in die frau und raus ausm mann¹⁶ / rein ins vergnügen und raus ausm krieg«) und andererseits mit drastischer Einsicht (»darum bruder darum wird krieg / den ham wir uns jetzt vor die füße gelegt / doch ich singe und bringe nicht um / obwohl ich nun wüßte warum«). Und einer Hellsichtigkeit, welche Konsequenzen uns unmittelbar bevorstehen: »Die neuen Fronten gesellschaftlicher Auseinandersetzung werden quer zu den alten verlaufen«¹⁷; »Der Moment, in dem sich diese Böschung (bezogen auf das Wohlstandsgefälle – P. D. B.) auf einen stabilen Winkel ausgleicht, wird uns den Zweiten Weltkrieg als harmloses Geländespiel erscheinen lassen.«¹⁸ Gundi hat uns mit seinen Mitteln schon mal darauf

12 Gerhard Gundermann: Rockpoet und Baggerfahrer, a. a. O., S. 135.

13 Ebenda, S. 199.

14 Ebenda, S. 202.

15 Vgl. auf »Einsame Spitze« (1992) grüne armee, soll sein, terminator II; auf »Der 7te Samurai« (1993) schwarze galeere, wenn ich wär, niemandsland, kämpfen wie männer, sehnsucht nach dem rattenfänger, der 7te samurai; auf »Frühstück für immer« (1995) krieg, revolution nr. 10, keine zeit mehr, so wird es tag; auf »Engel über dem Revier« (1997) morgen morgen, keine los.

16 Krieg ist für Gundi ein durchweg *maskulin* geprägtes, von *männlichen* »Helden« bestimmtes Phänomen, dem das *weibliche/mütterliche* Prinzip nicht nur in dieser Textsequenz aus »alle oder keiner« als Alternative gegenübergestellt wird; vgl. auch »halte durch«, in: Gerhard Gundermann: Rockpoet und Baggerfahrer, a. a. O., S. 253.

17 Ebenda, S. 62.

18 Ebenda, S. 75/76.

aufmerksam gemacht – sage also niemand, er habe von nichts gewusst ...

Unser Kolloquium fragt auch nach dem Fortwirken Gundermanns, nach den Potenzialen seiner Kunst für heute und morgen. Die Autorin Grit Lemke schrieb über Gundis Lieder: »Eins sind sie alle: schonungslos, manchmal rabiat und von einer spröden Poesie, die Literaturprofessoren nie kapieren würden.«¹⁹ Nun – obwohl hier in der Runde meines Wissens keine Literaturprofessoren sitzen, denke ich doch, dass man der Zunft Unrecht tut; es gibt inzwischen durchaus eine ernsthafte Beschäftigung mit dem, was uns Gundi hinterlassen hat. Und es gibt ein offenkundiges Interesse dafür! Das zeigt diese Veranstaltung auf erfreuliche Weise, und das sollte schon fortwirken können, meine ich.

Noch etwas Persönliches. Biermann hat in seinen Düsseldorfer Poetikvorlesungen vor gut zehn Jahren dem *Dichter*, dem *Sänger*, unter den Künstlern eine besondere Rolle zugewiesen: »Er muss so sein und so leben, dass er das lyrische Fundamentalwörtchen ›Ich‹ radikal und rücksichtslos in Gebrauch nehmen kann.«²⁰ Weil das auf wenige derart zutrifft wie auf Gerhard Gundermann, werden er und sein Werk wichtig bleiben, wobei sein *Werk* nicht eine *Ausgabe letzter Hand* meint, sondern das, was er alles *angezettelt* hat, ohne manche Konsequenz bedenken zu wollen oder auch erleben zu können. Für mich bleibt ein Vorrat an Bildern und Gedanken, um mich aufzumunitionieren, um meinen Vers zu schärfen und mich umzuschauen, ob ich unter seinen *poetischen Seilschaften* nicht manchen Gefährten entdecke, mit dem auch ich ein Stück Wegs gemeinsam gehen könnte.

19 Zitiert nach: Reinhard »Pfeffi« Ständer: »Einmal bleiben morgens ...«, a. a. O., S. 27.

20 Wolf Biermann: *Wie man Verse macht ...*, a. a. O., S. 79.

DELLE KRIESE

Wie es war. Erinnerungen
an eine Zusammenarbeit

Jeder, der weiß, dass ich Schlagzeuger bin, wird sich denken können, dass ich gut im Trommeln, aber weniger gut im Reden oder Schreiben bin. Ihr werdet mir verzeihen ... Ich habe in vier verschiedenen Phasen mit Gundi zusammengearbeitet. Das erste Mal traf ich ihn als Texter der Band »Passion«, meiner ersten Profi-Band überhaupt, Anfang der 80er. Meine Erinnerung ist blass, aber ich weiß, dass keiner seiner Texte von uns damals in den geläufigen Medien – Funk, Fernsehen, Schallplatte – realisiert wurde. Beim zweiten Zusammentreffen war ich schon sein Trommler, 1989 in der Band »Gundermann und Freunde«. Der Kontakt passierte über den Bassisten von »Kerschowski«, in dessen Band hatte ich gespielt.

»Gundermann und Freunde« waren aus meiner heutigen Sicht eine eigenartige Kapelle. Jazzig, liedermacherisch, theatralisch und auch rockig. Nichts von dem wirklich, und ich glaube, ohne inneren Zusammenhang. Wir spielten mitten in die Wende hinein und durch diese Wahnsinns-Atmosphäre, durch den Druck, den wir und das Publikum verspürten, merkte keiner, was da für ein loser Haufen auf der Bühne stand. Wir auch nicht. – Eine tolle Erinnerung auf jeden Fall.

Anfang der 90er stieß Gundi durch meine Vermittlung zu den »Wilderern«, der Kerschowski-Band ohne Kerschowski. Seine erste Rockband. (Eine CD mit Aufnahmen dieser Zeit ist vor kurzem bei Buschfunk erschienen.) Eine Ursache der Trennung voneinander dürfte die Existenz zweier Platzhirsche gewesen sein: Wilki Wilkendorf und Gundi. Das geht selten gut. Dann, Mitte der 90er trommelte ich für Tina Powileit, die Schlagzeugerin der »Seilschaft« – wohlgemerkt: Schlagzeugerin –, die ihr zweites Kind erwartete.

Kenne ich Gundi deswegen wirklich? – Ich weiß es nicht ... Ein waschechter Rock'n Roller war er bestimmt nicht. Er trank keinen Alkohol – alle um mich herum haben gesoffen. Geraucht hat er nicht. Fast alle anderen haben das. Mit Vorliebe, wie auch ich, Karo. Weibergeschichten um ihn kenne ich nicht. Vermutlich gab es keine. Er war schon anders ...

Gundi war nicht das, was man »liebenswert« nennt. Oder gar »nett«. Welch furchtbares Wort! Dazu habe ich ihn als zu grüblerisch, als sehr auf sich bezogen in Erinnerung. – Was soll das auch! Ich kenne seine Texte. Gundi ist für mich: *Seine Texte, die er singt*. Das ist wesentlich und wird überdauern.

Gundi hatte den kleinen Blick auf die Dinge, den mittleren und den großen natürlich. Viele noch dazwischen. Der kleine galt seiner

Delle Kriese – Jg. 1958; Schlagzeuger, gegenwärtig u. a. bei der Klaus-Renft-Combo, bei Polkaholix und Thomas Putensen.

»Vielleicht kann man daran erinnern, daß es Gundi liebte, sich auf die andere Seite des Bootes zu werfen: Wenn alle auf der einen Seite hängen und das Boot schon fast am Kentern ist, dann muß einer, das letzte Pferd im Stall sozusagen, den Ausgleich wagen und auf die Seite gehen, die nicht besetzt ist. Und ich glaube, in diesem tatsächlichen Frönen des melancholischen Gefühls in den letzten Liedern steckt so eine kompensatorische Verpflichtung. »sieh nach vorne / spricht der teufel / denn da vorne ist das licht – das ist das Bild für die Forderung, sich nicht umzudrehen, nicht zurück zu gucken, für das Erinnerungsverbot. Wer sich umdreht, ist nostalgisch usw. Und er hat genau dieses und die bunten Plastikräume, die Zeitschriften usw. kompensiert mit den Liedern und hat dem gesellschaftlichen Tabuisieren des Blicks zurück die Erinnerung an Ganzheitlichkeiten, die Erinnerung an soziale Heimat entgegengesetzt.«
Simone Hain
in der Diskussion.

Stadt Hoyerswerda. Er sang: »hoywoy dir sind wir treu / du blasse blume auf sand / heiß laut staubig und verbaut / du schönste stadt hier im land«. Hoyerswerda ist zubetoniert mit Wohnklos. Ich bin froh, wenn ich dort nicht rein-, sondern rausfahre. Aber natürlich meinte er es genauso, wie er es auch sang. Er war schon verwurzelt in dieser Gegend. Auf der anderen Seite hatte man bei ihm das Gefühl einer Heimatlosigkeit. Ein Gefühl, das sicherlich viele Intellektuelle mit ihm teilen. Diesen offensichtlichen Widerspruch. Und Gundi war *natürlich* ein Intellektueller.

Um das Klischee zu bemühen: Er ist nie angekommen. Nicht in der DDR, schon gar nicht im neuen Deutschland. Sogar auf Kuba suchte er kurz nach der Wende. Aber auch das hat ihn, glaube ich, traurig gemacht. Das Havanna, »das abends vorm fernseher stirbt«. Er sang: »wo soll ich landen / wenn der tank leer ist? / wo is'n rollfeld für mich frei? / wenn der höhenzeiger die letzten zahlen frißt / wer findet im empfänger meinen schrei?« Gundi war ein trauriger Mensch. Und aus dieser traurigen Klugheit heraus hat er wundervolle Texte geschrieben.

Der mittlere Blick besah sich Deutschland. Frei nach dem Generalissimus reimte er: »die führer komm die führer gehn / aber das deutsche volk das bleibt / die führer komm die führer gehn / aber das deutsche volk / bleibt doof.«

Den europäischen Blick hören wir in Folgendem, ich lese vor: »mit diesem alten skoda oktavia / den ein freund mir billig vermacht hat / den geladnen revolver im handschuhfach / fahr ich ganz langsam in die stadt / aufm dachgarten kichert ein sterbender baum / und hinten im kofferraum / träumt ein kaputter zirkuslöwe seinen rache-traum // heut nacht heut nacht / der vulkan erwacht ... die rote rathausuhr schaut zu und lacht / wie europa untergeht«. »Rote Rathausuhr« klingt nach altem Backsteinrathausgemäuer, ein sehr starkes Bild des alten Europa. Das ist überhaupt eines meiner Lieblingslieder und kann mich zum Weinen bringen.

Der ganz, ganz große Blick galt der großen, weiten Welt. Beispielsweise in der Vision dessen, der an Südamerikas Strand liegt, die Panzerfaust in der Hand, und auf die Schiffe aus Europa wartet, die die vorher geschlagenen Edelhölzer abholen wollen. Die sollen gefälligst versenkt werden! »Grüner Terrorismus« haben wir das zu Wilderer-Zeiten genannt. Ich konnte immer viel damit anfangen.

Gundis Themen waren noch der Spanienkrieg, der einsame Hitlerattentäter Georg Elser, vielfach die Wende natürlich, die »grüne Armee«, die gegen Umweltzerstörung marschiert usw. Und gerade die Beschäftigung mit solchen politischen Themen, das muss ich wirklich sagen, habe ich sehr genossen. – Genosse kommt von »Genießen«, ist doch klar.

Aber noch einmal: Ich kenne Gundi vor allem über die Arbeit mit ihm und nicht als jemand, dem ich von meinem Liebeskummer hätte erzählen wollen. Zu Gerulf Pannach, neben Kurt Demmler der Texter der Klaus-Renft-Combo und auch einer von den Großen, zu Pannach konnte ich sagen: »Los, lass uns in 'ne Kneipe gehen.« Der hätte gesagt: »Klar, alte Hütte, hab aber keine Kohle mehr. Muss mir erst welche borgen.« Meint: Mit Pannach konnte man mit Freude dummquatschen. Gundi dagegen war selbst in der Alltagssprache am

Denken. Dadurch schwerer zu verstehen und oft anstrengend. Doch seine Texte habe ich fast immer auf Anhieb verstanden – im Kopf und im Herzen. Für viele Pannach-Texte wiederum brauchte ich einige Anläufe.

Natürlich ist Gundi – wie es sich für große Menschen gehört – ein wenig schrullig gewesen. Doch selbst in seiner Schrulligkeit vernünftig. Er konnte nur schwer etwas wegschmeißen. Die Klamotten seines Vaters, der grade verstorben war, mussten von ihm bis zur letzten Socke abgetragen werden. So sah er auch aus, so kam er daher ... Typisch auch: Natürlich wollte ich mir nach der Währungsunion einen Westwagen zulegen. Einen Honecker-Citroën: CX 25 PrestigeTurbo. Wunderbar! Gundi, der Blödkopp, fand das doof und wollte mir doch wirklich einen Škoda MB 100 besorgen. Jeder weiß doch, wie hässlich diese Kiste ist! Aber fast geschenkt. Einen zweiten zum Ausschlichten bekäme ich noch dazu. Weil: Die fahren doch noch ... Bei Reparaturen würde er mir auch helfen. Ich musste nein sagen ...

Um zum Ende zu kommen: Wir alle haben in unserem Leben einiges an Wissen angehäuft. Ich über Musik, Politik, Geschichte und, ich muss darauf aufmerksam machen, über Hunde. Gerhard Gundermann aber war nicht nur mit Wissen beladen, sondern auch mit *Erkenntnis*. Das hebt ihn von vielen anderen ab.

Ein Kolloquium, das sich mit ihm und seiner Arbeit beschäftigt, ist angebracht und wichtig. Ich wünsche ihm und uns, dass sich das Kolloquium zu einem Kongress auswächst – es muss ja nicht gleich ein außerordentlicher Parteitag sein ...

ULRICH BURCHERT

Zu Bildern und Liedern

Gerhard Gundermann hinterließ uns ein umfangreiches Erbe einzigartiger Liedertexte, Grund, seiner produktiv zu gedenken. Dazu wurde ich um einen Beitrag gebeten. Was soll unter den Liedermachern ein Bildermacher?

Szenen, in denen das Lied präsent war, so der Singebewegung und dem Rock, stand ich nahe. Es waren zwei meiner Themen, zu denen ich viel fotografierte. Neben einer Reportage über die »Brigade Feuerstein« im Jahre 1982 fanden meine Begegnungen mit Gundermann vor allem auf den Werkstätten »Lieder und Theater« im Kulturpalast in Dresden und bei Veranstaltungen des Liederzentrums der Akademie der Künste der DDR statt. Mit Uwe Steinberg, gleichfalls ein Bildermacher mit dem Fotoapparat, nahm ich bis zu dessen tödlichem Unfall und dann allein an diesen Veranstaltungen in Dresden Anfang der 80er und Berlin Mitte der 80er Jahre teil. Hier diskutierten vor allem Liedermacher mit Wissenschaftlern, die sich der Alltagskultur widmeten, ihre Schaffensprobleme. Es sei u. a. an die Brigade Feuerstein, das Liedertheater Reick, die Hammer-Rehwü, die Rockgruppen Silly und Pankow sowie die Liedermacher Kurt Demmler und Reinhold Andert erinnert; Stefan Körbel war damals auch dabei. Auch der Jazzpianist Ulrich Gumpert, der Komponist Friedrich Schenker oder der Maler Engelhardt sind nicht zu vergessen und ebenfalls nicht solche Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen wie Karin Hirdina, Günter Mayer, Peter Wicke, Gerd Rienäcker und Bianca Tänzer. An meine Begegnungen mit Gerhard Gundermann erinnern einige Fotos.¹ Bilder sind das eine; darüber hinaus möchte ich mich an unserem Kolloquium als wissenschaftlichem Gespräch mit einigen Überlegungen beteiligen. Dabei wird es im Unterschied zu Liedertexten etwas hölzern zugehen, das liegt im Wesen der Sache.

Themen früherer Schaffensprobleme sind aktuell geblieben und neue kamen hinzu. Sie speisten und speisen sich aus Widersprüchen, die zu Interessenkonflikten führten und führen. Das spitzte sich bei Gundi in besonderer und doppelter Weise zu. Einerseits war er Baggerfahrer und Liedermacher, also an der Basis und im Überbau zugleich tätig. Andererseits vollzog sich seine Tätigkeit in zwei unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen, in der DDR und durch den Anschluss dann in der BRD. In der DDR nährten sich seine Schaffensprobleme aus dem zunehmenden Interessenkonflikt zwischen Anspruch und Wirklichkeit im real existierenden Sozialismus. So arbeitete er als Baggerfahrer im Braunkohlentagebau für die

Ulrich Burchert – Jg. 1940;
Fotograf.

1 Siehe die Gundermann-Fotografien auf den Seiten 697 bis 702 dieses Heftes.

Energieversorgung des Landes gnadenlos gegen die Ökologie, für deren Erhaltung er zugleich in Liedertexten eintrat. In der BRD entsprangen seine Schaffensprobleme dem Interessenkonflikt zwischen Arbeit und Kapital in seiner computerisierten fordistischen Phase. So wurde er mit vielen anderen arbeitslos. Diese Situation von Gundermann bietet sich an, sie unter dem Aspekt der Korrelation zwischen Ästhetik und politischer Ökonomie zu bedenken.

Bücher über die ästhetische Problematik füllen Regale. Um sie hier zu betrachten, soll kurz und zugespitzt von einem Marxschen Gedanken ausgegangen werden: dem, dass sich der Mensch »eigentlich nicht zu seinen Produktionsbedingungen (verhält); sondern (er) ist doppelt da, sowohl subjektiv als er selbst wie objektiv in diesen natürlichen anorganischen Bedingungen seiner Existenz«.² Ehe der Mensch sich subjektiv und objektiv in den anorganischen Bedingungen seiner Existenz erkennen kann, muss er objektiv da sein. Das bedarf seiner gesellschaftlichen Reproduktion, welche die individuelle einschließt. In dieser Einheit dominiert jedoch das erste Moment: Alles, was dem Reproduktionsprozess einer sich klassenbewegenden Produktionsweise dient, wird von deren Institutionen und Interessenvertretern direkt wie auch indirekt als wahr, gut und schön gewertet – und von den Individuen zwischen wahr bis falsch, gut bis schlecht und schön bis hässlich. Es stellt sich die Frage, ob diese Wertungen objektiv sind. Stark verkürzt kann man sagen: In der sozialistischen Produktionsweise sowjetischen Typs galt durch den industriellen Nachholebedarf und die damit verbundene Mangelwirtschaft in der produktiven und individuellen Konsumtion die Maxime: Alles, was der materiellen Produktion dient, ist schön. In der kapitalistischen Produktionsweise lautet durch ihre industrielle Produktivität und die damit verbundene Überproduktion die Maxime: Alles, was der individuellen Konsumtion dient, ist schön. Diese beiden Produktionsweisen können von ihren Interessenvertretern subjektiv aus unterschiedlichen Gründen als wahr, gut und schön gewertet werden.

Sollen diese beiden Produktionsweisen ästhetisch objektiv gewertet werden, sind ihre Reproduktionsprozesse ins Verhältnis zum menschlichen Gattungsinteresse zu setzen und ethisch zu betrachten. Das bedeutet nicht allein Erhaltung, sondern auch weitere Vermenschlichung der Gattung Mensch. Wird diesem Interesse entsprochen, können neben den kleinen, das Leben lebenswert machenden Dingen vor allem die existenziellen Situationen der menschlichen Daseinsweise objektiv ästhetisch als schön gewertet werden. Jedoch vom Gnoseologischen ist wahr, dass sich von diesen Reproduktionsprozessen der erste Fall gegen das Gattungsinteresse verging und der letzte Fall weiterhin dagegen vergeht, dass sie objektiv vom Ethischen als schlecht und damit vom Ästhetischen als hässlich zu werten sind. Das Gnoseologische, das Ethische und das Ästhetische bilden eine Einheit, eine Triade. Eine ästhetische Wertung als schön setzt die ethische Beurteilung als gut voraus.

Diese grundsätzliche Orientierung zeigt sich in den Liedertexten von Gundi in einzigartiger Weise. In ihnen entspricht das Subjektive bezüglich der kleinen, das Leben lebenswert machenden Dinge den existenziellen Situationen der menschlichen Daseinsweise und dem

2 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: Marx Engels Werke (MEW), Bd. 42, S. 399.

3 Michael Rauhut: Rock
in der DDR, Bonn 2002,
S. 140.

Im Walzwerk, Hettstedt
1984

objektiven Gattungsinteresse. Dabei kamen »seine Lieder«, so Michael Rauhut, »ohne Lärmerei und Dünkel aus, sie bestachen durch Sensibilität, Geist und makellose Bilder. Gundermann hat sein Gitarrenkabel direkt in Tausende Ost-Herzen gestöpselt. Und er besaß die Aura des ehrlichen Arbeiters, der sich als Rockpoet und Baggerfahrer an den Fronten von Kunst und Alltag bewegte. Das Schneller-Höher-Weiter des Westens war ihm genauso suspekt wie geschichtslose Wetterwendigkeit. Dafür liebten ihn seine Fans.«³

Dazu einige Ausschnitte aus seinen Liedertexten, illustriert durch Bilder:

Bild in der Printausgabe

von allzu vielen männern ist sie aufgestanden
und sie hat die liebe wieder ausgehult
und hat ihre haut da wo sie zuschanden war
wieder einmal ausgebeult

Aus:
honky tonk women, in:
Gerhard Gundermann:
Männer, Frauen und
Maschinen (LP 1988).

es sind die nicht mehr so jungen kleinen blassen frauen
die so leise sind die selten heiß sind
die finden kein glück
es sind die nicht mehr so jungen kleinen blassen frauen
die ich fasse hasse verlasse und will sie zurück

Bild in der Printausgabe

nun isses soweit wir haben zu zweit
wieder klar schiff gemacht
ich hab jetzt endlich ne richtige arbeit
und du jemand der sie dir macht
wenn das schiff schlingert machst du den finger
und ich mach den rücken krumm
du mußt an die kegel ich muß an die segel
und da weiß ich wieder warum

Aus:
krieg, in: Gundermann
& Seilschaft: Frühstück
für immer (CD 1995).

Bild in der Printausgabe

du hast mich auf dein traumschiff mitgezottelt
doch ich kann dich nicht mehr leiden
mein alter chef war gegen dich ein trottel
doch ich kann dich nicht mehr leiden

Aus:
kann dich nicht mehr leiden,
in: Gundermann & Seil-
schaft: Der 7te Samurai
(CD 1993).

du drückst mich an dein herz aus stein
und ich sollte dankbar sein
doch ich kann dich nicht mehr leiden
nee ich kann dich nicht mehr ab

Neue Hamburger Straße,
Berlin 1992

Bild in der Printausgabe

und wenn ich nicht mehr rennen kann
da kann ich nochn bissel gehn
und wenn ich nicht mehr gehen kann
will ich hier nochn bissel rumstehen
wenn ich nicht mehr stehen kann
da schaffe ich es noch zu kriechen
und wenn ich nicht mal mehr liegen kann
dann fang ich eben wieder an zu fliegen
jaja

Aus:
dickes ende, in:
Gundermann: Einsame
Spitze (CD 1992).

Mattheuers »Jahrhundert-
schritt« im Dimitroff-
Museum,
Leipzig 1985

Bild in der Printausgabe

Die Schrecken der zwei Weltkriege in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts liegen hinter uns, jedoch nicht viele ihrer Folgen. Und kaum hat das 21. Jahrhundert begonnen, haben uns schon wieder zwei Kriege globaler Bedeutung erfasst, die in Afghanistan und Irak. Zweifellos werden weitere Kriege folgen, eines der Mittel, um unter der neoliberalen Doktrin den produzierten Mehrwert bei sinkender individueller Konsumtion zu realisieren, den Kreislauf des Kapitals aufrechtzuerhalten. Dieser Kreislauf verhält sich maßlos gegenüber Natur und Mensch, gefährdet beides. Es sei nur an die Klimaveränderung erinnert. Als Liedermacher tritt Gundermann für einen globalen gesellschaftlichen Reproduktionsprozess, der sich gegenüber Natur und Mensch maßvoll, schonend vollzieht, dem Gattungsinteresse entspricht, und dann ästhetisch objektiv als schön gewertet werden kann. Seine Liedertexte helfen in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation globalen Ausmaßes ein Bewusstsein zu erzeugen, das im Gattungsinteresse liegt. Zugespitzt formuliert: eine vernünftige Einheit von *homo oeconomicus* und *homo ludens* anzustreben. Darum sind seine Liedertexte mehr denn je aktuell. Dem gleichen Anliegen, jedoch mit einem anderen Mittel, versuchen auch Bilder zu genügen. Damit schließt sich der Kreis, warum ich mich als ein der politischen Liederszene nahe stehender Bildermacher, der auf den Veranstaltungen fotografierte und schwieg, bereit fand, anlässlich Gundermanns 50. Geburtstag einen Beitrag in Bild und Wort abzuliefern.

HENRY-MARTIN KLEMT

Vielleicht sind wir alle bloß einer

Manchmal ist es doch nicht so einfach, ein Wort ins Deutsche herüber zu holen. Aber das muss ihm schon gefallen haben, dieses *tougher than the rest* bei Bruce Springsteen, und was Gundermann gefiel, machte er zu seinem Material. *Härter als der Rest* also, und nicht etwa, um aufzutrupfen, sondern als Strohalm-Angebot für Brunhilde, eine jener Frauen, mit denen Gundermann besser zu-rechtkam, als die mit sich selbst, wie er einmal sagte. Etwas Koketterie schwingt mit in diesem wie in so vielen Bildern seiner Lieder. Als malte da jemand auf dem Spiegel herum, in den er hineinschaut. Mit der Ernsthaftigkeit des Experiments. *Das wird ja wieder abjewischt.*

Nicht einmal mein Wörterbuch will sich festlegen, was es mit dem *tough* auf sich hat. Zäh, unnachgiebig, schwer, hart, schwierig, zählt es auf, aber auch: grob, brutal und übel. Die ganze Palette der Ambivalenzen eines Charakters, der auf Eigenbewegung ausgerichtet ist. *Linksabweichler, Radikalgrüner, Ökofaschist.* Es muss mit dem Blickwinkel zu tun haben, ob sich Lob oder Verdammnis einhandelt, wer *tougher* sein will als der Rest.

Aber was ist das überhaupt für eine Gleichung: Ich – und die anderen. *Vielleicht sind wir alle bloß einer*, sagte Gundermann. Mir klingt's wie Pfeifen im Walde, und wenn das verstummt: Vielleicht sind wir alle bloß ich? Und wenn *ich* liebe ... Und wenn *ich* kämpfe ... Und wenn *ich* einsam bin ...

Ich rede nicht von einem messianischen Anspruch. Wenn einer losgeht, um wie der Ché zu werden, und landet dann bei *Compañero Namenlos*, der erschossen wird, weil er einen anderen *Compañero Namenlos* nicht erschießen wollte für dessen Verbrechen, die Waffe zu senken, dann hat er den Abstieg vom Olymp der Ideologien hinter sich. *Seilschaften* wissen, dass es schwerer ist, den Fuß des Berges zu erreichen, als den Gipfel zuvor. Noch schwerer aber scheint es, beides im Blick zu behalten, und was sich dort tut. Und Poesie zu schöpfen aus jedem Punkt dazwischen. Die Utopie verschiebt sich auf diesem Weg. Ihre Quellen waren für Gundermann *die härteste Reflexion der Lage, Liebe und Verantwortung.*

Harteier lassen sich nicht ausbrüten. Den Frieden, den ich mache, halte ich in *Lancelots* Rüstung nicht durch. Die Missverständnisse lauern nicht nur im Konflikt, sondern viel eher noch im innigen Einverständnis. Es lässt sich vieles hineinprojizieren in die Verse Gundermanns, die oft wie Losungen sind. Aber Kunstwirkung und Menschenwirkung ohne Projektion gibt es wohl nicht.

Henry-Martin Klemt –
Jg. 1960; Journalist,
Lyriker, Liedtexter.
klemt@hmklemt.com.

»Es geht ja immer um soziale Heimat. Insofern widerspreche ich auch: Er ist eben nicht der Intellektuelle, sondern er ist der Arbeiter in seiner emanzipiertesten Gestalt, der reflektierende Arbeiter nämlich. Und dem geht die soziale Heimat verloren. Von da kommt diese Melancholie her, sozusagen aus einer kompensatorischen Verpflichtung. Das ist auch so eine Art, Gruppentherapie zu betreiben. Es geht um das eigene Ich, aber es geht auch um das Publikum. Das verschmilzt mit den Bedürfnissen des Publikums. Ich glaube, er hat eine sehr, sehr starke Antenne dafür gehabt.«
Simone Hain
in der Diskussion.

Gundermann hat mich mitgenommen auf seine Lieder. Nur von mir kann ich reden. Nicht *alle Lieder, die ich schreiben wollte*, sang er schon. Ein paar aber doch. Ist es unbillig, einen Verwandten in ihm zu sehen? Allerdings bin ich kein Familienmensch. Das heißt, ich will wissen, dass meine ganze Mischpoke da ist, aber dazu muss sie nicht dauernd mein Zimmer belagern und ich nicht das ihre. Bei einigen, die heute hier sind, und bei einigen anderen auch, genügte es mir manchmal zu wissen, dass sie arbeiten, um selber weiterarbeiten zu können. Und es genügte, die Früchte ihrer Arbeit genießen zu können, um daran zu glauben, dass auch das Eigene irgendwie aus der Erde kriecht. Genauso ging es mir mit Gundermann, wenn Kaltland eigentlich nicht auszuhalten war.

Manchmal war es auch gut, den leibhaftigen Gundermann an der Seite zu haben oder ihm im richtigen Moment zu begegnen, um selber wieder ein Stück weiter zu stolpern in eine Richtung, die ich für vorwärts hielt. Und je näher ich mich fühlte, umso deutlicher spürte ich die Unterschiede.

Das erste, was mir auffiel, war, dass Gundermann mit Sarkasmus nichts anfangen konnte. So viel Abstand konnte er zwischen sich und die anderen gar nicht bringen, um sie lachend zu verleugnen. *Vielleicht sind wir alle bloß einer*. Da wird manches unmöglich. Und manches erklärt sich: Vielleicht ist alles nur eines. Und Gott ist keine Instanz, ein Zusammenhang aber, nach dem zu suchen sich lohnt.

Gundermanns Zwischentexte, die seit den achtziger Jahren zu seinen Soloprogrammen gehörten, lachten oft genug die Grenzen aus, die bei solcher Suche stören. *Ich mache meinen Frieden*, das war nicht der Rückzug in die Geborgenheit der eigenen vier Wände mit der fernsehgefilterten Welt, sondern der Aufbruch in eine Geborgenheit, zu der all das andere dazu gehört. Das ist eine Utopie. Dem, was sie abverlangte, war nur zu entkommen mit dem Hund in den Wald, mit Conny auf die Terrasse, mit Linda in den Garten, glaube ich. Denn er wusste ja und beschrieb es selbst auf der Bühne: Dass wir den weißen Bogen in den Händen halten und unsere Zeichen darauf krakeln: *Lilo bei Oma*. Weil wir die Schrift nicht entziffern können, die das magische Blatt längst füllt. Ich in dir. Du in mir. Immer in Hörweite. Dein Auge ich, dein Mund. Mein Ohr, das in dir lauscht.

Gundermann, der Esoteriker. Mir wäre das Wort nie eingefallen für ihn. Auch nicht, als ich erfuhr, dass er von Büchern dieser Art lange nicht genug kriegen konnte, als er die unwahrscheinlichen Geschichten, die dort berichtet wurden, in den Reagenzbottich seiner poetischen Weltbefragung warf. *Es ist wie bei einem Apfel. Das Fleisch war die neue Literatur, waren die neuen Zugänge, und im Gehäuse sitzen die Sätze: Jedes Lächeln und alle Schläge, die du in der Welt verteilst, kriegst du zurück und: Gib niemals auf*, erzählte eine Freundin Gundermanns. Das ist kein metaphysisches Weltbild. Was von Anfang an da war, ist aus Gundermanns Texten nie verschwunden.

Erfahrung ist Wahrheit. Das galt als Prinzip von Erkenntnis und Poesie. Philosophie gewinnt Konturen im Spiegel der Naturwissenschaft. Um herauszufinden, was davon etwas taugt, gibt es Märchen. Ich kenne keinen, der so hartnäckig wie Gundermann die Zügel sei-

nes Zauberpferdes festgehalten hätte. Und noch sein Engel über dem Revier ist so weltlich wie jener, den Walter Benjamin 1940 beschrieb: »Es gibt ein Bild von Klee, das Angelus Novus heißt. Ein Engel ist darauf dargestellt, der aussieht, als wäre er im Begriff, sich von etwas zu entfernen, worauf er starrt. Seine Augen sind aufgerissen, sein Mund steht offen und seine Flügel sind ausgespannt. Der Engel der Geschichte muß so aussehen. Er hat das Antlitz der Vergangenheit zugewendet. Wo eine Kette von Begebenheiten vor uns erscheint, da sieht er eine einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert. Er möchte wohl verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, daß der Engel sie nicht mehr schließen kann. Dieser Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufen vor ihm zum Himmel wächst. Das, was wir den Fortschritt nennen, ist dieser Sturm.«

Wenn die Steingesichter einen Traum verderben, bitt ich Gott um den aus deinem tiefsten Herz, also mach die Steingesichter schon zu Scherben oder vegetiere traumlos rentenwärts.

Dass Liederleute den aristotelischen Punkt nicht finden werden, von dem aus sich die Welt aus den Angeln heben ließe, hat sich herumgesprochen. Sogar bei den Liederleuten. Aber die Verhältnisse ein bisschen quietschen lassen, dazu hatte dieser und jener schon Lust. Gewöhnlich wird sie übertönt von einem niemals verstummenden Geplapper. Die, denen die Lust darüber verging, sind verstimmt, verstummt oder aufgegangen im großen Chor. *Vielleicht sind wir alle bloß einer.* Und dem fällt gerade nichts ein. Kein Märchen, keine Geschichte. Von Philosophie ganz zu schweigen.

Gundermann, als er seine ersten Nachtschichten fuhr in den späten siebziger Jahren, rief die Geister auf sein Raumschiff, seinen Bagger. Verwies sie in die Ecke und hieß sie zuhören. Und zwar ihm. Der *Zweifelfrau und ihrer Tochter, der Enttäuschung*, hatte er etwas zu sagen. Von den Leuten etwas, seinen Leuten. Es waren Porträtminiaturen, ungeschönte Lebensberichte mit offenem oder absehbarem Ende, solche, die sich noch einmal drehen konnten, wie der Ausleger des Baggers und solche, die überhaupt gerade erst begannen.

Erfahrung ist Wahrheit, und was Wahrheit werden will, muss sich an Erfahrung messen lassen. Die Latte war aufgelegt. Das Pathos schmolz langsam ab zwischen dem Hoywoy, dessen Kinder für die Revolution trainierten, und dem, wo sie *alle bloß Teig fürs Waffeleisen* waren. Einheit und Kampf der Gegensätze heißt ja nicht, dass die Einheit den Abgekämpften Trost spendet und ihnen die Wunden leckt. Jetzt nennt der *Drache* sich *Lancelot*. Und Don Quijote hat die rote Ampel an der *Weltzeituhr* nur überrollt, um ein paar Jahre später, nachts in Dresden, wieder anzuhalten, an einer *Kreuzung*, die Halt diktiert, innezuhalten: *Vielleicht sind wir alle bloß einer.* Oder zwölf.

Das Grundbild ist, dass ich glaube, dass die Menschheit sich auf zwölf Grundtypen reduzieren lässt, sagte Gundermann. *Die ständig gegeneinander antreten und ihre Interessen ausfechten über viele Jahrtausende, immer in verschiedenen Kreisen. Aber in allen Krei-*

»Gerhard Gundermann habe ich erst postum kennengelernt, zu einer leibhaftigen Begegnung war es nie gekommen. Ich bin ihm begegnet auf einer Reise im Auto mit einer CD, die mir jemand geschenkt hat. Die habe ich lange liegen lassen, bis ich sie zum ersten Mal eingelegt habe, weil ich in die Gegend fuhr, über die er singt. (...) Und ich hatte das sichere Gefühl: Aus dieser Gegend kommst du anders raus, als du reinfährst. Diese Gegend – und zwar nicht bloß die Stadt, sondern die ganze Lausitz – hatte etwas Endzeitliches: Hier ist etwas vorbei. Was war, ist nicht wiederholbar. Das spürte man, wenn man da durchfuhr, und das kam mir aus den Liedern entgegen. Ich bin auf diese Lieder auf Antrieb geradezu süchtig geworden, weil sie das, was ich draußen hinter dem Autofenster sah, quasi gespiegelt haben.«
Wolfgang Kil
in der Diskussion.

sen ist diese Grundkonstellation zu erkennen. Und der also immer die Nummer Drei ist, der ist mein Mann, wie ich auch 'ne Nummer Drei bin. Deshalb interessieren mich alle Nummern Drei, ob sie nun Carl Schurz oder Kleist oder wie auch immer hießen. Die interessieren mich alle ... und ich bin dabei, mir den Tunnel hinzugraben zu den allen, die meine sind.

Kleist, der sich weggeschossen hat aus Frankfurt, Preußens Gloria und der Hoffnung auf ein Dichterleben in Deutschland? »Das Paradies ist verriegelt und der Cherub hinter uns; wir müssen die Reise um die Welt machen und sehen, ob es vielleicht von hinten irgendwo wieder offen ist«, schrieb der Frankfurter in seinem Aufsatz »Über das Marionettentheater«. Gundermannscher Diktion folgend, hätte der Kohlhaas- und Hermannsschlacht-Dichter nur noch zwei, drei Jahre durchhalten müssen, um anzukommen. Die unverbrauchte Energie der Nummern Drei aber fließt dem jeweiligen Nachfolger zu, und Gundermann war entschlossen, sich seinen Teil davon zu holen. Deshalb der Timetunnel.

Ich bin keine Nummer Drei. Vielleicht eine Sieben oder eine Neun. Jedenfalls von der Sorte einer, für die Gundermann seine Arbeit machte und, weil sie ihm zu ungetrost, zu feige oder zu lahmarstig waren, deren Arbeit gleich mit. Warten ist nicht die Stärke der Nummer Drei. Schon gar nicht auf Wunder. Denn die sind alle schon da. Und das verlässlichste ist der Trotz der Geschlagenen. Verlässlicher jedenfalls als ungeschlagene Helden. Die Geschlagenen können aus den Schlägen lernen. Die Ungeschlagenen kapieren nichts.

Gundermann hat mich mit auf seine Lieder genommen und manchmal habe ich sie verstört verlassen. Wie bei seinen streunenden Hunden. *Sie lieben mich, aber sie beschützen mich nicht.* Dass Liebe und Schutz zerfallen in zwei, war ein Schmerz, der mir bis dahin so schlicht wie unaussprechbar erschien. Und immer wieder zielen die Metaphern ins Existenzielle. *Wann ham wir uns zur Nacht gelegt ohne ein Eisen in der Hand? Wann ham wir je aus Spaß getanzt, nein immer nur auf Messers Schneide, dass du noch singen kannst, wir sind doch pleite.*

Ich könnte abwiegeln. Es gab nicht nur wehrhafte Furcht. Es gab auch puren Genuss. Die Schneide war nicht immer so scharf, wie sie *dem Morgenrot entgegen* glänzte. Und ein bisschen Kredit haben wir auch noch. Ich könnte das WARUM mit abwiegeln in gelassener Abwägung. Ich muss ja nicht fragen: Warum das Eisen, der Tanz und das Messer, warum das Lied und warum der Bankrott? Gundermann aber wiegelt auf, und selbst noch seine Melancholie ist ohne Ergebenheit. Was er auch findet, abfinden kann er sich nicht. Seine Trauer ist eine Agenda offener Wunden. Sie bluten ins Lied. Seine Wut ist nicht die, mit der man ins Taschentuch beißt. Dass sie zu früh kommt oder zu spät, ist nichts, was gegen sie spräche. Aber hinein in den Sprung an des anderen Kehle, in den Teufelskreis der Beißreflexe hinein, fletscht er: *Vielleicht sind wir alle bloß einer.*

Schreib: Ich will mich organisieren, diktierte Gundermann 1989 einer Reporterin in den Block auf die Frage, warum er Lieder machen muss. Zum Beispiel über Notwendigkeit und Unfähigkeit, allein zu kämpfen, wo es keine Interbrigaden an einer Jarama-Front mehr gibt. Etwas später dafür die Koalition der Willfähigen in Belgrad, Bagdad, Kabul.

Organ heißt Werkzeug. In wessen Hand und wozu? Der Vereinigung geht die Selbst-Bestimmung voraus. Wer sich organisieren will, muss zuerst nach dem Eigen-Sinn fragen. Der des Zusammenschlusses ergibt sich daraus. Oder der der Vereinzelung.

Werde ich angenommen oder befriedet? Stehen auf der Liste meiner Rechte auch das Recht auf Angst, auf Feigheit und Schwäche? Ist meine Stärke das Aufbäumen aus der Verzweiflung oder die Demut des Sisyphos? *Vielleicht sind wir alle bloß einer* mit den immer gleichen Fragen.

Was lässt sich anfangen mit dem Bedauertwerden, weil noch nicht angekommen in der Bundesrepublik? Das klingt so verständnisinnig wie die Sprechblase vom Hineingeborensein in den parasitären, faulenden Staatssozialismus. *Ich bin allhier*, singt Gundermann in seinem *Steinland*. Aber wo bleibt die res publica, die Sache des Volkes? Ist die schon angekommen, wo sie hingehört? *Sitzt sie in einem Haus mit Telefonen* oder dort, *wo die Kühe mager sind wie das Glück*? Und mit Verlaub: Was ist die Sache des Volkes? Wer ist das Volk? *Vielleicht sind wir alle bloß einer, und der Aufstand im Menschen ist doch nur 'n Lied, aber mit 'm Lied fang ich erstmal an.*

Schreib: Ich will mich organisieren.

Die Quittung kriegt Gundermann auch von wohlmeinenden Rezensenten: *Grüne Ein-Mann-Partei*. Und das ist gar kein Missverständnis. Denn *Schwarz-Rot-Grün mit Hammer und Ährenkranz*, beschreibt er die Fahne seiner Nation. – *Schöne kupferfarbene Menschheit*, schrieb der Leipziger Peter Gosse in einem Gedicht. Belle Vedere. Dolce Vita. Während die Angekommenen zur Quote vereint auf die Madenfresser im Dschungelcamp starren und die Genossen sich auf ihrem Parteitag dafür entschuldigen, dass sie in der Werbepause pinkeln waren.

Das muss miteinander zu tun haben, dass einer die Konzertsäle füllte, der Heimatlieder schrieb, und eine Heimat meinte, die vielleicht erst ankommen muss.

Gundermann im Mastkorb der schwarzen Galeere dreht an seinem Okular und das Fadenkreuz dreht sich mit. Aus Rechts und Links wird wieder oben und unten, aber es reicht nicht, vierhundert Leute umzubringen, obwohl sie sich mehr als die Hälfte des Bruttosozialproduktes unter den Nagel reißen, das die Menschheit erzeugt. Obwohl ihre Statthalter prahlen vom besten System, das wir jemals hatten, und ihre Mangelverwalter erklären: Wünsch-dir-was ist vorbei. *Und so'n blasser Junge drückt sich seine Nase platt ...*

Gundermann blättert im Logbuch des Raumschiffes Enterprise. *Schöne kupferfarbene Menschheit*, steht dort. *Vielleicht sind wir alle bloß einer*. Und diesem einen gilt das Menetekel: *... die Preise für Rohstoffe, Energie, Wasser und die Arbeit von schwarzen, roten, gelben Menschen werden sich vervierfachen, und die Preise der Arbeit von weißen Menschen auf ein Viertel sinken ... die Mülldeponien von heute werden die Rohstoffquellen von morgen*. Nur haben die weißen Menschen die meisten Atombomben, und an gelben Menschen wurden sie ausprobiert. Die neue Unbescheidenheit – *aber alle oder keiner* – wächst mit der Not der vielen, nicht mit der Vernunft der Atomisierten.

Man muss den Verhältnissen ihre eigene Melodie vorspielen, befand ein nicht mehr so oft zitierter Philosoph aus Trier. Um sie zum

»Den Grund für die Melancholie in den Liedern sehe ich weder in der Wende noch in der Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte, für mich kommt das aus der Zeit der »grünen Armee«.

Diese Zeit ist für mich eine skurrile, eine groteske Phase seiner Biografie: Er versucht, das sozusagen friedlichste Thema überhaupt, die Erhaltung dieses Planeten, in ein militärisches umzudichten. Gundermann muß das ganz schnell gemerkt haben, deswegen ist diese Phase auch sehr kurz. Er hat gemerkt, daß dieses Thema wichtiger bleibt, wichtiger als die deutsche Vereinigung oder die europäische Politik. Und daß angesichts dieser zentralen Gattungserfahrung er mit allem, was er gelernt hat als Oberschüler, als Offizierbewerber, als Arbeiter auf dem Bagger nichts anfangen kann, daß ihm das alles nichts nutzt. Diese Erde ist endlich. Und wenn wir nicht aufpassen, sind wir am Ende zu wenig. Wir müssen Hebel ansetzen, die kennen wir noch gar nicht, die stehen uns nicht zur Verfügung – die Knarre jedenfalls ist es nicht. Und diese Erkenntnis, die ich für einen Reifeprozess halte, die Einsicht in die eigene Hilflosigkeit, die würde ich dann, wenn man da positiv rauskommt, melancholisch nennen.«

Wolfgang Kil
in der Diskussion.

Tanzen zu bringen. Gundermann war kein singender, klingender Baggerfahrer. Am ehesten ein Kommunikator, der die Kraft seiner Stimme am Krach der Maschine maß und an der Stille des Waldes. Der Mensch macht, dass eines das andere frisst. Ohne ihn geht's wieder andersrum. Warum nicht *mit* ihm, Kollege Computer?

Gundermann, auf dem Holodeck seines Raumschiffes, singt, was er von seinen Leuten und ihren Verhältnissen erfahren hat: im Vorgarten, im Fernsehen, in der Kantine, in der Bibliothek. *Es könnte ja sein, dass es kein anderer kann, dass hier, verdammt noch mal, kein andres Pferd im Stall* ist. Mehr Gründe braucht er nicht. Er ist nicht wendig genug, aufzuhören mit seinen infantilen Forderungen: *Die Bomben sollen wieder in den Flugzeugbauch zurück kriechen. Die Kellertür angelehnt bleiben. Und bevor die kleinen Katzen eingehen, streichelt er sie noch einmal. Den Spaßfaktor Apokalypse versteht er immer noch nicht. Recht haben tut lächerlich weh. Wer spricht noch von Siegen?*

Oh, auf dem freien Markt findet sich das ganze Kampfvokabular des Politbüros wieder, leicht modernisiert, in die Sprache der neuen Freunde gekleidet. Die Politpfaffen heucheln schon lange nicht mehr vom Abscheu gegen Kriegsspielzeug, sondern steigern die Exporte von echtem Gerät.

Das Bild vom schaufelnden Bagger gehört Gundermann nicht allein. Aber was dann? Sein Vermögen ist Beharrungsvermögen. Mitten im großen Fressen. An der Schwelle zu einem neuen amerikanischen Jahrhundert, zur Epoche des weltweiten Übergangs zur Demokratie, in der einzig die Mehrheit entscheidet. Die Mehrheit der Bomben, die Mehrheit der Banken, die Mehrheit der Büttel, in summa: die verlässlichste aller Mehrheiten, die Mehrheit der Reißbergs in den Krabats. Aber *vielleicht sind wir alle bloß einer*. Das nun sagt ihm der Blick in den Spiegel. Und durch den geht er klirrend hindurch. *Komm ins Offene, Freund. Jedes Lächeln, alle Schläge, die du in der Welt verteilst ...*

Städteplaner schaffen Sichtachsen, die dem Blick eine Richtung geben und ihn verlängern, bis ins noch nicht oder nicht mehr bebaute Terrain. Wir sehen noch, was längst verschwunden ist, und sehen schon, was noch fehlt. Vielleicht wird es nie gebaut, weil das Grundstück verhökert ist, weil das Geld fehlt oder der Plan nichts taugte. Aber wir gehen die Straße anders entlang, weil wir es sehen. *Wir sind heil, wir sind wieder jung*. Gundermann hat mich mitgenommen auf seine Lieder. Dass er zurück blieb, war nicht abgemacht. Aber *vielleicht sind wir alle bloß einer*. Glück auf!

STEFAN KÖRBEL

's war okay oder: Drei coole Sätze

Auf eine systematisch-theoretische Abhandlung zu Gundi möchte ich mich hier nicht einlassen. Was ich mit ihm erlebt habe, war nur einmal eine Phase längerer Zusammenarbeit; ansonsten gab es verstreute Begegnungen über zwei Jahrzehnte und auch eher aus den Jahren vor der Wende. Bevor er populär zu werden begann. Für mich waren diese Begegnungen sehr prägnant, oft irritierend, sie sind mir heute noch sehr gegenwärtig – mögen sie dazu beitragen, das Bild, was wir uns von ihm machen, zu bereichern.

Herbst 2002. Ich sitze im Landestheater Tübingen und sehe die etwa sechzigste Vorstellung der Randgruppencombo. Der Abend ist ausverkauft wie alle Abende vorher. Neben mir meine Schwester, die dort lebt und von Gundermann nicht allzuviel weiß. Um uns schwäbische Teens. Und es passiert ein kleines Wunder: Die singen tatsächlich die Refrains mit ... Beim Rausgehen sag ich zu Schwester Annette: Er war der letzte wirkliche deutsche Volkssänger. Zumindest für den Osten. Und wenn er länger gelebt hätte, wär ers auch noch für den Westen geworden. Der Abend war mir der Beweis. Aber eigentlich hab ich es längst gewusst.

Juni 1998. Als mir Musikerkollege Letz die Todesnachricht verkündet, mitten auf der Danziger Straße, war mir einen Moment so, als bliebe *mein* Hirn auch gleich stehn. Das dachte ich aber nur etwa zwanzig Sekunden. Und dann dachte ich, und weiß es noch sehr genau: Scheiße, es hat seine verdammte Logik, es hat seine tödliche Logik. Ich habe nie begriffen, wie man so unter Hochdruck leben konnte. Ich war von Anfang an genau deshalb auf eine ziemlich irritierende Weise fasziniert von ihm. Nicht mal so sehr von seinem Talent – das hatten andere auch, mit denen ich damals befreundet war, und es war noch nicht unbedingt sichtbar, dass sich seines am originärsten entwickeln würde, und sicher am resonanzreichsten.

Härter als der Rest – ja. Aber eben auch mit der Kehrseite. Denn das Harte bricht, wie wir wissen. Radikal, unwiederbringlich und meist unverhofft. Wie es sein Kollege Wyssozki sagte, den eigenen Tod vorausahnend: Die sterben früh, die sich aufreiben, sich einmischen ... die werden nicht alt. Wann erholte er sich eigentlich? Auf den Autofahrten, sagte er mir mal. Na Tach Herr Preil. Ich erinnere mich z. B. an eine nächtliche Horrorfahrt, das zweite Konzert der 89er Tour, in Halle. Sein Škoda war kaputt, und die einzige Schraububude, die das mal schnell hätte machen können, war eben in Hoy-

Stefan Körbel – Jg. 1953;
Kulturwissenschaftler,
Liedermacher, Musiker und
Musikproduzent.

erswerda. So schleppte ich ihn in der Nacht mit meinem fünfundzwanzigjährigen asthmatischen Wartburg quer durchs Ländchen. Der Škoda wog wie Blei. Wir pennten paar Stunden in Spreetal, und dann gings wieder ins Anhaltinische. Die Tour ging weiter, noch drei Wochen. Erholung? Denkste. Nach solchen Wochen brauchte ich immer drei Tage, um mich in die Normalität zu finden. Gundi aber – saß am nächsten Tag auf dem Bagger. Härter als der Rest.

Härter als der Rest? Ja, auch in seinen Urteilen. Jeder, der eng an ihm dran war, weiß sein Liedchen davon zu singen. Sommer 1977, zentrale Werkstattwoche der Singebewegung in Merseburg. Das von anderen und mir erschaffene Karls-Enkel-Ensemble erntete großen Beifall und großen Zorn. Letzteren auch von Gundi, dem wir damals wohl noch zu anarchistisch, zu unklar, zu was weiß ich waren, und ders nach unserm Konzert unnachahmlich auf den Punkt brachte, zum Musikerfreund Rolf Cello Fischer: *Hätt' ich 'ne Kalaschnikow gehabt, ich hätt euch abgeknallt*. So war er, damals. Auch.

Der Satz war nicht ironisch gemeint. Das war seine Sache sowieso nicht. Und eine gut militante Ader hatte er bis zum Schluss. Ein Waffennarr? Eher ein verhinderter Samurai. Immer kampftenschlossen. Härter als der Rest. Wenig Gefühl zeigen. Es wimmelt in seinen Texten von Helden und Verrätern, Siegen und Niederlagen, von Feindesland und vermintem Terrain, und bis zum Schluss schläft er mit dem Eisen in der Hand ... Aber sicher: Jahre später genierte er sich nicht zuzugeben, dass er sich damals verrannt hatte.

Mich hinderte der komische Satz nicht daran, mich ihm zu nähern, schon damals seiner Faszination erlegen. Was war das eigentlich, was diesen zappligen Clown mit seiner unmöglichen Brille zu so einem Unikat machte? Ich wollte es wissen. Und zog mit der vagen Aussicht, der *Sonntag* würde mir vielleicht einen Artikel abnehmen, nach Hoywoy, auf seinen Bagger. Genehmigung hatten wir nicht, der *Sonntag* hatte zwar an die Kombinatleitung geschrieben, der Brief war aber in den unergründlichen Gängen der Bürokratie verschüttgegangen. Gundi schmuggelte mich durchs Tor, und da war ich also drin im Geheimen und drauf auf dem Ungetüm. Und gucke und quatsche mit ihm, alles sehr aufregend für mich. Dann steht das Ding plötzlich. Eine Walze vom Förderband ist fest. Wisst ihr, was es hieß: Das Monster steht, es frisst nicht mehr? Da kommen sie alle an. Der Chef, der Gewerkschaftsboss, der Parteisekretär, der Sicherheitsinspektor. Ich greife mir einen Helm, der aufm Schrank liegt, und einen Hammer und hämmere mit Gundi an der Walze rum. So als mache ich das jeden Tag und gehöre eben zum Inventar. Lläuft plötzlich tatsächlich wieder. Da sind sie aber alle froh und können wieder abzwitschern in ihre Büros. Zum Schluss sagt noch einer zu mir: Du, nächstes Mal setzte aber 'n annern Helm uff! Fragend blicke ich Gundi an. Der feixt los, als sie weg sind: Das war der Helm vom Sprengmeister, der is nämlich rot, und der muss immer hier bereitliegen ...

Der Artikel erschien,¹ es war wohl der erste in einer größeren Zeitung, und er erschien unzensiert. Lediglich einen kleinen Vorspruch hatte Adelheid Wedel mir gestrichen. Ich war nämlich draufgekommen, dass es eine Pflanze gleichen Namens gibt, *Gundermann*, *Glechomea hederacea*, und die wächst auf Sand und Schutt und auch

1 Stefan Körbel: Seine zweite Brigade, in: Sonntag 33/1982.

sonst überall, ja man kann sagen: Je karger die Bedingungen, desto besser gedeiht sie. Das fand ich passend. Aber in der Definition aus Schmeills Pflanzenführer hieß es auch: mit blau-rottem, kriechendem Stengel, und das fand Heidi anzüglich, zumindest überflüssig ...

Am Abend dieses Baggertages bei ihm heeme, eine Flasche Rotwein, die Conny ausm Kühlschranks holt nach Hoyerswerdaer Art, die aber nur wir beide trinken, Gundi bleibt bei Brause. Wir haben den ganzen Tag gequatscht, und nun schalten wir die Glotze an, und gucken, was alle an dem Tag gucken: Dallas. Flackernde Bilder am Rande des Tals der Ahnungslosen, was heißt: Westfernsehn ging in Hoywoy mal grad eben so. Aber ich bin sicher, dass Gundi auch aus diesem Amikram zwei, drei Ideen mitnahm, um sie am nächsten Tag auf dem Bagger rumzuwälzen.

Wo nahm er sonst seine Anregungen her? Ausm Leben, klar. Die Arbeit auf dem Bagger war aber eher einsam, routiniert. Aber für ihn sicher genau die Möglichkeit dauernden Phantasierens ... Bücher? Viel Zeit wird da nicht gewesen sein. Mal traf ich ihn, als er den grad in der DDR erschienenen Rolf-Hochhuth-Auswahlband »Jede Zeit baut Pyramiden« gelesen hatte und ganze Sätze daraus zitierte. Mal hatte er die Autobiographie des 1848ers Carl Schurz gelesen und baute gleich alles Mögliche daraus in seine Programme. Die Stelle beispielsweise, wo Schurz den Karl Marx trifft und von seiner Arroganz entsetzt ist. Spätestens da war mir klar: Der braucht keine ideologischen Götter mehr. Der akzeptiert nur, was hundertprozentig durch seinen Kopf hindurchgegangen ist.

Es gibt einen Text von ihm, der das gut beleuchtet, der aber kein Liedtext ist: seine Rede beim Kongress der Unterhaltungskünstler 1989. Es war dieser Kongress, als die damals noch schöne Dagmar Frederic mit glühenden Augen die Grußadresse an Erich Honecker verlas und auch ansonsten gigantischer Quatsch geredet wurde, neben sehr wenigem Guten. Eben von Gundi. Der Beitrag müsste gesucht werden, im Original, denn in den offiziellen Dokumenten erschien er nur stark zensiert.² Es war bei genau diesem Event, als in der Pause der oberste ideologische Gelbmützenlama Kurt Hager heruntertappte, sich neben ihn setzte und versuchte, ein Gespräch zu beginnen. Wodurch er das unsrige unterbrach. Schade eigentlich, denn Gundi hatte mir grad eröffnet: Ick gloobe, es wird Zeit, dat wir den ganzen Laahn überneehm, wa ... Hhhmmm, sagte ich, müsste man eine kommunistische Partei gründen, wa? – Soweit waren wir, als Hager kam, ich mich sofort ein Stück wegdrückte, denn er war ja zu Gundi gekommen, vielleicht in letzter Besinnung auf die proletarische Ursuppe seiner ganzen Operette. Ich jedenfalls hörte nicht mehr, was die beiden sprachen, toll wirts nicht gewesen sein. Jedenfalls nicht so toll wie der Faden, den Gundi und ich grad am Spinnen waren, und auf den wir leider nicht mehr zurückgekommen sind. – Hager war schuld.

Übrigens: Weit wären wohl auch wir nicht gekommen, denke ich nur an die vom Texterkollegen Klaus-Peter Schwarz monatelang angekündigte Neugründung des Spartakusbundes oder den Versuch des Musikerkollegen Letz, mich als genau drittes Mitglied der soeben wiedergeborenen USPD zu werben. Die Verhältnisse kamen zum Tanzen, und ein paar himmlische Monate waren die Liedermacher

2 Internes Material der Generaldirektion beim Komitee für Unterhaltungskunst (Hrsg.): Kongress der Unterhaltungskunst, Berlin, 1. und 2. März 1989, Protokoll 3, Berlin 1989, S. 147-152; veröffentlicht in UTOPIE kreativ, Heft 152 (Juni 2003), S. 557-563 unter dem Titel: Gerhard Gundermann: »Verantwortung für das eigene Produkt«. Beitrag zum Kongress der Unterhaltungskunst, März 1989.

ihre wichtigsten Tanzmeister. Sommer 1988 hatten Gundi und ich ein bejubeltes Konzert beim Dresdner Parkfest. Da stand dann fest, dass wir was zusammen machen wollen. Gundi schwebte sowas wie Oyster-Band in Lausitzer Granit vor. Fand ich nicht so spannend und hatte schon gar keine Lust auf keltisierendes Gefiedel. Was wir machten, wurde eher schon eine rockige Revue, die ihm zum ersten Mal eine zentrale Rolle gab. Das war also September 1989, den Programmtitel hatte Gundi von einem anderen großen Magier geklaut, er hieß: Erinnerung an die Zukunft.

Die Zukunft stellten wir uns als Sozialismus mit sozialistischem Antlitz vor. Ich jedenfalls. Gundi? Ich bin nicht ganz sicher. Meine spinnerte Idee der deutschen KP erneut vortragend, bekam ich von ihm eine Antwort, die nun wirklich zum Unglaublichsten gehört, was ich von ihm je hörte: *Ick gloobe, ich mach jetzt erstma 'ne Million. Glaubts mir oder nicht. Ick mach jetzt erstma 'ne Million.* Auf meine erstaunte Frage: Und was willst du damit? kam: *Erscht mal haben, und dann mal sehn ...* Vielleicht kauft man damit Waffen oder das Jugendklubhaus in Hoyerswerda oder den eigenen Kohlebagger. Oder man organisiert die nächste Revolution in Bolivien, weil man jetzt weiß, wies geht ...

Große Künstler kreieren sich selbst. Als prägnantestes Exemplar gilt mir immer Bob Dylan. Nie war er tatsächlich der, wovon er dauernd sang: der Mystery Tramp, der Typ, der aus der Gosse kam und durch tausend Höllen ging. Aber allen gilt er so, genau so wollen wir ihn haben und nichts wissen von seiner schnöden Wirklichkeit. (Die Wirklichkeit ist für Dienstboten, sagt Borges.) *Sick of love, standing in the doorway crying* – na, bestimmt nicht in seiner eigenen Einfahrt. Ein braver Ehemann, mittlerweile ein Multimillionär, der auch schon mal für die Rüstungsindustrie singt – wen juckt schon. Die Aura läßt kaum noch einen Schatten der wirklichen Person zu.

Gundi war der, der er war, aber er war auch seine eigene Schöpfung. Im Herzen Asche, in den Adern Alkohol? Das war nicht er, das war seine Figur. Nie habe ich ihn trinken sehn, ich weiß nicht, ob er überhaupt je trank. Einmal schenkte er mir eine Flasche Kumpelod, diesen Bergmannsdeputatschnaps, in brauner DDR-Norm-Flasche mit Kronkorken. Wenn einmal geöffnet, musste sie also geleert werden. Werd ich wohl gemacht haben; ich weiß nicht, wann und mit wem, noch wie der Stoff schmeckte, lag wohl irgendwo zwischen Primasprit und Klarer Juwel. Für Gundi war das nix, wohl aber für seine Songs. In seinen Songs schuf er ein eigenes Universum. Der Bagger wurde zur schwarzen Galeere, Ilja Muromez haute Krabat auf die Schulter, Rasenmäher / E-Gitarre / Multicar mussten sich halt irgendwie arrangieren, wenns fliegen sollte, und dann flog es eben, und wie, es wurde ein Überflieger, dem natürlich Gagarin zuschaute. Und ich bin nicht ganz sicher, ob Gundi am Ende nicht vielleicht doch glaubte, Gottvater persönlich schaut auch noch zu. Ich hab ihn von Gott reden hören, und, siehe oben: Ironie war eigentlich seine Sache nicht.

Noch eine Parallele finde ich zu Dylan: diesen unglaublichen Ehrgeiz, den unbedingten Willen zur Kunst, na sagen wir: zur Show. Zum Eigenen. Vernarrt in seine Songwelt und irgendwann nicht mehr davon zu trennen. Dylan hatte das von Anfang an, Gundi

emanzipierte sich in langen Jahren aus einem kollektiven Subjekt, zunächst als Erster unter Gleichen, später als die unbestrittene Nummer Eins, noch später war er, auch innerhalb seiner Bands, die einsame Spitze. Und ich glaube, vielleicht manchmal wirklich einsam, trotz Conny und Petra und Richard.

Wenn Dylan am Beginn seiner Karriere sagte: Ich bin Bob Dylan, dann klang da mit: und im Übrigen ein Genie, ihr Blödmänner wisst es nur noch nicht ... Gundi brauchte in gewissen Momenten – später, als man ihn bereits kannte – nur zu sagen: Ich bin Bergmann. Das saß. Keine Fragen mehr. Das schützte natürlich auch etwas, wenn man ständig gegen Windmühlen kämpfte, im hassgeliebten Hoywoy.

Einsam? Einsam. Mit seinen ganzen explosiven Gedanken im Kopf. Das war wohl auf dem Bagger so, am Ende der Schicht drei neue Songideen im Kopf. Und auf den nächtlichen mörderischen Rückfahrten nach den Konzerten wieder zum Bagger. Als wir diese besagte Tour im September 1989 hatten, diskutierte die ganze Truppe nach jedem Konzert wild mit den aufgewühlten Leuten. Gundi – fuhr. Und sagte mir dazu: Ich mach mein Ding auf der Bühne und muss es nicht hinterher zerquatschen. Kollektivtümelei war auch nicht sein Ding. Feiern gar ...! – mit Gundi? Undenkbar. Ich hab's jedenfalls nicht erlebt.

Ich hab eben anderes mit ihm erlebt. Frühjahr 1987, DDR-Chansontage in Frankfurt. Ich hatte sowas wie mein coming out als Solo-Liedermacher und mich ziemlich weit rausgelehnt. Die Jury wollte mir den Hauptpreis geben. Die Präsidentin aber nicht. Es kam zum Eklat. Die dicke schlaue Präsidentin hatte eine grandiose Idee: Dann gebt doch Körbel einen neu zu stiftenden Preis der Jury. Den Hauptpreis jedenfalls kriegt er nicht. Ja, und wer kriegt dann den Hauptpreis? Ja, den kriegt dann eben einer, der zwar eigentlich gar nicht im Wettbewerbsprogramm war, den kriegt nämlich dieser Gundermann. So kam es dann. Und, ihr könnt mirs von ganzem Herzen glauben: Gundi war der Einzige, dem ich das gönnen konnte. Und bei der Preisverleihung sagte er diesen Satz, der der dritte unglaubliche war, der mich ihm auf ewig verbindet, weil ihn zurückzugeben irgendwie keine Gelegenheit mehr kam, er sagte zu mir: *Eh Alter, 's war okay.*

SIMONE HAIN

Gundermanns post mortem: Über das Ende der Arbeit, den Kampf gegen das Empire und die notwendige Erziehung der Gefühle

Es ist wohl wahr, dass manches erst einmal sterben muss, ehe es sein Potenzial frei setzen kann. Alles, was man in die Welt verteilt, kommt auf zwar unvorhersehbare Weise, aber garantiert zurück. Du siehst mich wieder in Atlantic City! So ist es auch mit Gerhard Gundermann gekommen, auch wenn der Gedanke der frei kommunizierenden Hirne oder wiedergängerischen Subjekte für ihn selber erst mal nur ein Gedankenspiel war. Etliche Jahre nach seinem frühen Tod führen seine Lieder jedenfalls ein beachtliches Eigenleben und pflanzen sich eindrucksvoll über regionale, kulturelle, Sprach- und Generationsgrenzen hinweg fort. Der posthume Erfolg und die in den letzten zehn Jahren stetig wachsende »Einschaltquote« für diese Art Musik ist des genaueren Nachdenkens wert, denn im Unterschied zu anderen ähnlich populären Ostkulturphänomenen hat Gundermanns Liedgut geradezu mühelos die »Artengrenze« überspringen können. Seine Texte sind, soviel man hört, inzwischen ins Holländische übersetzt und haben selbst in Tübingen Verbreitung gefunden. Wir sollten uns deshalb fragen, was seine kulturelle Produktion und sein kommunikatives Konzept strategisch und zukunfts-fähig macht. Gundermanns evident posthume Präsenz eröffnet ein fruchtbares Feld für wirkungsästhetische wie zeitdiagnostische Analysen und Auseinandersetzungen. Welche Funktion erfüllen seine Lieder eigentlich bei der Hörerschaft? Was wird hier unter ständigen Scherzen und herzhaftem Lachen vermittelt, wenn nicht bloß paradoxe und anachronistische Lesarten von Welt, die es beispielsweise geradezu als Auszeichnung erscheinen lassen, ein Verlierer zu sein? Was bedeuten jene Geschichten, die die zweite und dritte Wahl als den unvermuteten Glückstreffer und Rettungsanker zu erkennen lehren, die sie im Vergleich mit der Ausweglosigkeit tatsächlich sind? Was wollte der Autor dieser Parabeln, Lehrstücke, Gedankenexperimente, Scherz-, Spott-, Kampf- oder Klagelieder bei seinem Publikum erreichen, und was bewirkt er tatsächlich? Ist es nicht so, dass viele Zuhörer in dem Pathos dieser Lieder und dem reflexiven Witz der gesprochenen Zwischentexte Bestätigung finden, Hilfe erfahren, dass sie daraus Kraft beziehen oder Elemente ihrer Identität? Welcher Art Identität ist das genau? Worauf werden sie spielerisch vorbereitet? Welches Sensorium, welche Reflexe werden trainiert? Mir geht es vor allem darum zu erörtern, welches Erbe wir mit Gundermanns Liedern in der Hand halten und was wir in den anstehenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen damit wohl alles noch anfangen können.

Simone Hain – Jg. 1956,
Dr. phil., Architektur-
historikerin.

Dazu sollte man sich zunächst bewusst machen, dass seine Produktion eine innere Entwicklungsgeschichte durchlief und folglich auch die Rezeption verschiedene Phasen aufweist. Zur Zeit der DDR war Gundermann – ob nun als »Feuerstein« oder Liederwerkstatt-Leiter – eine wenig hervorgehobene Erscheinung im Rahmen des politischen Liedtheaters und außerhalb der vielgliedrigen, dezidiert reformsozialistischen Szene kaum einem breiteren Publikum bekannt. Immerhin wuchs ihm gegen Ende der achtziger Jahre über die Zusammenarbeit mit den medial wesentlich präsenteren, vorrevolutionär wirksamen Rockmusikern bereits eine breitere Hörerschaft zu. Ein deutlich schärferes Profil erhielt Gundermann in der Öffentlichkeit jedoch erst nach dem Ende der DDR bei seinem solistischen Heraustreten aus dem ursprünglich kollektiven Produktionszusammenhang, das in den letzten Sendemonaten von DT 64 manifest gegenkulturellen Charakter annahm. Damals gab es noch keine CD, aber die Mitschnitte des um seinen Weiterbestand kämpfenden ostdeutschen Partisanensenders, mit dem sich als letzter 89er-Bastion nicht nur die jungen Leute solidarisierten, kamen in lebhaften Gebrauch. Wenn ich mich nicht täusche, wurden diese Kassetten 1991/92 auf dem Höhepunkt der Kolonialisierung des Ostens wie verbotene Drogen und geheime Nachrichten weitergegeben. Die vor allem mit den »Wilderern« eingespielten Titel bezogen ihren Gebrauchswert aus ihrer subversiven Wucht: »die sieger trinken auf unsere kosten / und verlieren den verstand«. Das war wie der erste befreiende Wutschrei nach mehrmonatiger allgemeiner Vereinigungsstarre. Von da an war er plötzlich unverwechselbar: GUNDERMANN.

Die Mitschnitte vom Anfang der neunziger Jahre und ersten Alben waren ihrem Gebrauchszusammenhang nach dissidentisch und expressiv ohnehin »einsame Spitze«. Aber mit den beiden letzten Platten – mit »Frühstück für immer« und »Engel über dem Revier« – hat Gundermann noch einmal neues Publikum hinzugewinnen können, weil seine Musik nun auch existenziell anrührend zu werden begann. Nach dem spielwütigen Aufbegehren entwickelt er – ein im Vergleich nun völlig singuläres Ereignis – in elegischen, heimwärts¹ gerichteten Liedern eine neue emotionale Struktur. Man darf Liedern wie »engel über dem revier«, »wer hat ein helles licht bei der nacht« oder »vögelchen« wohl ihre Eignung zur Folklore voraussagen; ihre einfache und zeitlose Größe ist aus intensiver lebensweltlicher Teilhabe erwachsen. Da ist zum Beispiel dieses ansteckende Staunen über jene »seltsamen menschen die unsere kinder sind«, da fallen »die weißen blätter der jahre« aus dem Blütenkranz auf einem Hut auf »die schwarzen blätter der wut« und es trinken »insekten mit schwarzen leibern von unserem blut«. Das sind surreale Verfremdungen und sehr altertümlich anmutende Metaphern, die die Schulung an der traumdunklen Poetik alten Liedgutes, an Geyers schwarzem Haufen, an Eichendorff und den Gebrüdern Grimm erahnen lassen. Dabei dient die Wahl der sprachlichen Bilder wie der Harmonien vor allem der geschichtsphilosophisch motivierten Erinnerungsarbeit, indem sie historischen Tiefgang begründet und Persistenz evoziert, Zeitlosigkeit, und ist zugleich ein Mittel der emotionalen Rückbindung und symbolischen Versicherung in der

1 Gundermann Live 1991 bei Welt-Bilder-Songs im Dresdner Studentenclub Bärenzwinger: »Ein kluger Mann schrieb, ab einem bestimmten Alter seien alle Wege Wege nach Haus. Da guck' ich in den Spiegel und frage mich, ob ich wohl schon in dem bestimmten Alter bin. Gut möglich, dass ich mich momentan auf der Wendeschleife befinde.«

Tradition. (Manchmal begleitet von einer Rückprojektion in die behütete Kinderrolle – »vater komm back mir nen kuchen«.) In einer hoffnungslos fragmentierten, usurpierten und fremdbestimmten Gegenwart macht Gundermann unter anderem über formale Traditionsbeziehungen wieder Zusammenhänge erfahrbar oder er assoziiert immer wieder archetypische Bindungsmuster wie »Vater, Mutter, Kind«. So werden auch die volksliedhafte Anmutung oder die Rede über das Wunder von Familie, Nachbarschaft, Liebe oder Herkunft (»hoywoy II«) zu einem Kunstmittel der Wahl, wann immer ihm das Image des wilden Rockers oder theaterspielenden Berufsjugendlichen nun hinderlich erscheint. Gundermann feiert einfach das Leben, den zweitschönsten Sommer, Wodkakirschen, einen lichten Fleck am nächtlichen Himmel. Weinen, singen, stille sein. Das sind nun keine Schulentlassungs-Aufbruchs-Konzerte mehr, sondern Geschichten über den Gartenzaun, Lieder für alt gewordene Leute, die den leichten warmen Friedensabendregen genießen, »sonntags in schwarze pumpe«, nach dem großen Beben. Keine Dinge können sie noch länger zwingen, zurück in irgendein Gleis zu gehen. Straßen dampfen. Hasen mampfen. Was als haltloser Eskapismus oder Kitsch missverstanden werden könnte, erweist sich bei genauer Betrachtung als Ausdruck einer ganz besonderen sozialen Lage, nämlich der Situation der zwar unfreiwillig, aber um der geschenkten Lebenszeit willen dankbar angenommenen Befreiung von einer längst untragbar und auch sinnlos gewordenen Arbeit. Zu sich kommen, atmen, übergehen. Das Erdbeben hört endlich auf. Das ist nicht unpolitisch, das hat Methode und ist hochgradig anschlussfähig. Genau genommen leistet Gundermann jene »affektive Arbeit«, der etwa Michael Hardt und Antonio Negri eine wachsende Relevanz im Widerstand gegen die Herrschaftsstruktur des »Empire« attestieren. Was das sein könnte und wie sich die Erziehung der Gefühle auf die Widerstandsfähigkeit auswirkt, kann man anhand Gundermanns Produktion analysieren und zur Diskussion stellen: Gedächtnistraining, Empathie, Symbolisierung, Sensibilisierung und emotionale Mobilisierung, Verinnerlichung und Entäußerung, Katharsis. Schließlich haben die späten Lieder als sozial verantwortungsvolle Offerte und konkret gegenkultureller Entwurf für eine lebenswerte Welt »nach dem Erdbeben« nicht allein das »Gute-Laune-Radio« herausfordern können, sondern auch ihre Resistenz gegen eine reibungslose Integration in die Kulturindustrie schon eine ganze Weile unter Beweis gestellt. Weitgehend konkurrenzlos spiegeln seine Lieder zeitgenössische Seelenlandschaften wider und schreiben sich über starke Sprach- und Klangbilder in das kollektive Gedächtnis ein. Das liegt nicht nur an ihrer musikalischen Reife, sondern an dem großen Thema, das ihm zugewachsen ist.

Ich denke, dass der zweite Publikumsdurchbruch der neunziger Jahre und der posthum anhaltende Erfolg mit dem existenziellen Drama des Verlustes der Arbeit, dem Ende des Wachstums und dem Loslassen-Lernen zusammenhängen. Gundermanns Wirkungsmacht speist sich eben nicht allein aus dem DDR- und Sozialismusbezug, wie singular und verdienstvoll seine komplexe Bearbeitung dieses emotional-kognitiven Bewusstseinsfeldes auch immer sein mag. Die emotional ausdrucksstarke Thematisierung von Heimatlosigkeit,

Utopieverlust und Verantwortungsmüdigkeit – allgemein mit Melancholie assoziiert – ist nur die eine Seite, die durch mal behutsam, mal kraftvoll vorgetragene Zeitgeistverweigerung und politische Selbstbehauptung aufgewogen wird. Wie kaum ein anderer Liedermacher konnte der abgewickelte, überflüssig gewordene Bergmann nach 1995 aus eigener Erfahrung und Anschauung Zeugnis ablegen von den komplexen Dimensionen und seelischen Verwerfungen des auf Ostdeutschland mit ungeminderter Gewalt hereingebrochenen neoliberalen Strukturwandels des warenproduzierenden Wirtschaftsystems. Erstaunlich früh hat er dabei die zentralen Themen der eigentlich erst nach seinem Tod weltweit sichtbar werdenden antikapitalistischen Globalisierungsdebatte aufgerufen, hat ihr affektiv erzieherisch entgegengearbeitet, als es sie noch gar nicht gab, als sie zumindest noch keinen »großen« theoretischen Entwurf² und keine eigene, auf die kleinen Dinge gerichtete Poesie aufweisen konnte, und er hat sie dabei von vornherein um die Sicht eines sozialistisch sozialisierten und besonders transformationsbetroffenen Maschinenarbeiters bereichert. Das, was Arundhati Roy vor der Welt als eine indische Erfahrung ausgebreitet hat,³ findet in den Liedern Gerhard Gundermanns ein besonderes, ein kleines ostdeutsches Pendant. Gundermanns kulturelle Produktion und affektive Arbeit ist anschlussfähig an das, was nach seinem Tod vor unseren Augen an Gegenentwürfen und widerständigen Projekten entstanden ist. Es liegt nunmehr an uns, die Schnittstellen zu aktivieren. Er sprach zum Beispiel vom durch den Fall der Systemdemarkation aufs neue entfesselten Krieg – »den ham wir uns jetzt vor die füße gelegt« –, noch ehe Negri und Hardt diese These in ihrem lebhaft rezipierten Buch über das »Empire« im Jahr 2000 zu einem zentralen Ausgangspunkt der neueren Kapitalismuskritik machten. Häufig genug muten Gundermanns Reflexionen wie Vorwegnahmen oder regionale Kommentierungen inzwischen weltweit in der Debatte befindlicher Zukunftsszenarien und alternativer Politikentwürfe an. Doch während der tausendfach gelesene internationale Bestseller von Hardt/Negri überwiegend ein akademisches und intellektuelles Publikum bewegt, bemühte sich der Globalisierungskritiker aus der Lausitz in seiner von Alltagserfahrung und Anschaulichkeit geprägten Bildhaftigkeit sehr darum, unmittelbar an den gesunden Menschenverstand zu appellieren. Mitten im postmodernen Scherbengericht war auch er dabei merklich um Wiederherstellung und wohlbedachte Aktualisierung einer ganzheitlichen Perspektive bedacht: Die Geschichte ist nicht zu Ende, im scheinbar Partikularen verbirgt sich das Ganze, die periphere Erfahrung jedes Einzelnen hat universelle Bedeutung. Vor allem hielt er daran fest, dass die Gestaltung der Welt uns weiterhin aufgegeben sei, dass sie in jedem Teilbereich den Plan des Ganzen bereithält und dass man allen Gesetzen der großen Zahl zum Trotz im einzelnen Fall noch immer die Freiheit hat, zu intervenieren. Denn »so wird es tag / und nicht anders / so wird es ein leben« – wenn sich der Mensch aus der Rolle des Produktvernichters befreit, zu dem ihn das »Empire« degradieren will. Das übrigens ist auch die Botschaft, die Roy uns mit ihrer Geschichte über zwei Kinder im Indien der sechziger Jahre so bildreich wie erschütternd vermittelt hat. Als führten sie über das Meer hinweg einen Dialog, die südindische

2 Die Kritik hat Hardt und Negris Buch »Empire. Die neue Weltordnung« als einen neuen antikapitalistischen Masterplan, ein zweites kommunistisches Manifest für das 21. Jahrhundert begrüßt. Und tatsächlich hat ihr Konzept wie kaum ein vergleichbares Theorem eine fokussierende Bedeutung für die Reorganisation der Linken gehabt.

3 Die 1960 in Kerala geborene Inderin Arundhati Roy hatte im Jahr 1997 mit ihrem Debütroman »Der Gott der kleinen Dinge« einen Welterfolg. Das Buch wurde in über 30 Ländern veröffentlicht und mit dem Booker-Preis ausgezeichnet. Ihr Preisgeld sowie die Tantiemen an einigen Ausgaben ihres Romans in indischen Sprachen stellte Roy, die ursprünglich Architektur und Denkmalpflege studiert hatte, für den Widerstand gegen den ein Volk, dessen Kultur und die Natur vernichtenden Narmada-Staudamm zur Verfügung. Sie, die ständig im Konflikt mit der indischen Regierung steht, ist inzwischen eine der prominenten Sprecherinnen der globalisierungskritischen und Friedensbewegung. Ihr politisches Credo hat sie in die Worte gefasst: »Wer weiß, vielleicht ist es das, was das 21. Jahrhundert für uns auf Lager hat: Die Demontage des Großen. Großer Bomben, großer Staudämme, großer Ideologien, großer Widersprüche, großer Länder, großer Kriege, großer Helden, großer Fehler. Vielleicht wird es das Jahrhundert der kleinen Dinge sein. Vielleicht macht sich gerade jetzt oben im Himmel der kleine Gott für uns bereit.« Ihre Gedanken korrelieren in vielerlei Hinsicht mit

Gundermanns Erleichterung über das Ende des »Erdbebens«, des industriellen Raubzuges an der Natur, und mit seiner Rede vom antiheldischen Selbstbewusstsein eines Virus: »Ich bin ganz klein, aber morgen ist die ganze Stadt angesteckt.«

4 Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Neue Konzepte für das 21. Jahrhundert. Frankfurt/Main 1997.

5 Gerhard Gundermann: Verantwortung für das eigene Produkt. Beitrag zum Kongress der Unterhaltungskunst, März 1989, in: UTOPIE kreativ, Heft 152 (Juni 2003), S. 562.

Autorin und der ostdeutsche Maschinist, bewegen sich die annähernd Gleichaltrigen, früh durch den antikommunistischen Terror des Vietnamkrieges politisierten Kinder des Rock'n-Roll und der Aufklärung auf sehr ähnlichen gedanklichen Pfaden. Ihre Kunst und ihr öffentliches Wirken gehören zu demselben weit verzweigten antikapitalistischen Diskurs der Gegenwart. Erst in diesem Rahmen werden Gundermanns Fabeln über das Hologramm, Schrödingers Katze oder die Zwillingforschung als elementar philosophische Denküben erkennbar, die man durchaus als originär ostdeutschen Beitrag zur weltweit ihre Begriffe – und Gefühle – neu zu ordnen beginnenden antikapitalistischen Bewegung betrachten kann.

Eine Liedzeile beispielsweise, die bei oberflächlicher Wahrnehmung wie ein haltloser Seufzer anmuten mag, verwandelt sich im Kontext jener neueren Gesellschaftsentwürfe in eine strategisch eminent wichtige Erkenntnis: »ist deine uhr erstmal zu scherben / hast du plötzlich viel mehr zeit.« Die rationalisierungsbedingt freigesetzte Zeit sei die entscheidende Ressource, um die die politischen Kämpfe der Zukunft geführt würden, hatte 1995 der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Jeremy Rifkin⁴ verlautbart. In seinem inzwischen heftig umstrittenen Buch vom »Ende der Arbeit« geht er davon aus, dass in der globalisierten, automatisierten Hightech-Wirtschaft weltweit Millionen Menschen aus den Zwängen des Arbeitsmarktes frei gesetzt werden könnten, ohne dass sie notwendig in neue Zwänge gepresst werden müssten. Vielmehr müssten die Rationalisierungsgewinne zur Entwicklung des Dritten Sektors umgeleitet werden. Das sei der Bereich der sozialen Verantwortlichkeit und kulturellen Kreativität. Den nicht-profitorientierten Sektor gesellschaftlich sinnvoller Werteproduktion gelte es zu globalisieren. Ob sich Rifkins euphemistische Hoffnung auf ein von Maloche befreites kreatives Partisanenheer bewahrheitet, sei dahin gestellt. Seine Forderung nach Globalisierung der Produktion immaterieller Güter deckt sich mit anderen Positionen und berührt den inständigen Wunsch auch Gerhard Gundermanns, der den Fall der Mauer vor allem deshalb begrüßte, weil dies den Sozialisten ermöglichen würde, ihre Kultur in die Welt zu tragen und zugleich von den getrennten Brüdern wieder das Kämpfen zu lernen, um »uns effektiv dagegen (zu wehren), dass weltweit amerikanische Plastikträume zur eigentlichen Sehnsucht der Völker hochstilisiert werden.«⁵ Er hatte 1989 die Vision, an anderen Küsten würden seine Lieder ebenso mitgesungen wie zu Hause die von Bruce Springsteen. Es könnte so kommen. Ins Repertoire der Widerständigen gehören seine Lieder allemal. An uns wird es sein, sie noch besser zu verstehen und zu verbreiten.

KLAUS-PETER SCHWARZ

Aut Spartacus aut nihil: was bleiben kann

In »Wer aber ist die Partei« träumte Brecht ein Verhältnis von kommunistischer Partei und Intellektuellen, wie es Gerhard Gundermann nicht erfuhr: »Wir können irren, und du kannst Recht haben, also / Trenne dich nicht von uns.« Geschichten und Lied-Reflexionen darüber sind Legende und auch auf diesem Kolloquium Thema. Mit der Neugründung der Partei als einer des Demokratischen Sozialismus endet da gar nichts, und nicht mit Gundis Tod. Dies mein Versuch, in seinem Sinn, in seiner Richtung und heute »DIE PARTEI« und linke Parteinahme zu kritisieren.

Es dauerte keine Legislaturperiode lang, und sie hatten keine Ideologie, nicht mal eine Weltkarte und nur ein paar abgezweigte Frühstücksmesser: die siebzig satten Jungs aus der Zirkus-Fachhochschule in Capua. Nicht einmal ein Anlass ist überliefert, aus dem sie sich in die Geschichte der Menschheit einschrieben. Sie taten es auch mit Blut, und nicht nur dem eigenen, logischerweise.

Ein solcher Anfang weist auf vieles, und nichts davon rühmt die heutige deutsche Linke. Allenfalls, wenn sie sich ihrer zu schämen begänne, wäre noch Hoffnung durch sie. Scham ist, nach einem Wort von Marx, »ebenfalls eine Revolution, die nach innen gekehrte: der Löwe, der sich zum Sprung in sich selbst zurückzieht.« Aber die deutsche Linke ist heute ein Kaminvorleger, über den nur noch erkaltende kalte Krieger stolpern, die besoffenen Lakaien im Dinner for one – nämlich rich men's – world. Nur Staub, gegenseitig gekrümmte Härchen, ranziges Fett, Kalk, frische Maden ...

Und die verschiedenen Stadien und Projekten der deutschen Linken verbundene Kultur und Kunst hat gegenüber dem politischen Löwenfell auch nur einen entschuldigenden Vorzug: Diese Linke konnte nur selten etwas mit ihr anfangen; dieser Linken ist Kunst unendlich fremder als jedes Rentnerhotel auf Teneriffa; diese Linke hat nicht nur nicht diese, unsere, sie hat gar keine Kultur.

Ich sage das übrigens durchaus selbstkritisch und eigener Unterlassungen bewusst: Im heftigen, aber kurzen Flirt mit der Partei des Demokratischen Sozialismus verleugnete und vergaß ich mich als Kulturschaffender, wie ich am Schrift- oder anderem Werk letztlich doch immer ausließ und auslasse, sozialistischer Kultur Eigentum an den so leicht verfügbaren modernsten Produktionsmitteln zu verschaffen. Im Einzelnen ist solche Summierung auch ungerecht, und in anderen Zusammenhängen kann man das etwas anders sagen. Aber die Lage ist DAS:

Klaus-Peter Schwarz –
Jg. 1955; Dr. phil.; Dichter.

»Wir haben (...) von Militanz gesprochen – gegen die ich überhaupt nichts habe, wenn man Militanz mal ordentlich definiert. Die andere Seite von Militanz, die andere Seite von Gundi habe ich schon vorher versucht, ins Gespräch zu bringen: das ist die Zärtlichkeit, die in seinen Texten da ist, der liebevolle Umgang mit Menschen, mit Dingen. (...) Und mein Lieblingsbild, eines meiner Lieblingsbilder, das meine Kindheit widerspiegelt, ist das Bild von Gagarin, der vom blauen Himmel herunterschaut. Gundi vermisst den fröhlichen Gagarin mit dem fröhlichen Gesicht vor blauem Hintergrund (...), und daraus wird dann ein blauer Himmel: Das ist ein wunderbares Bild. Und zweitens wollte ich sagen: Der Freund meiner Tochter ist 22 und hat schon mit 16 Gundermann-Lieder gesungen. Mit 16 Jahren, das hatte mit mir überhaupt nichts zu tun.«

Delle Krise
in der Diskussion.

Versuchen Sie sich bitte vorzustellen, Sie müssten in 2050 oder nur 250 oder sagen wir in 52 Jahren einem Auditorium erklären, wer – nehmen wir wenigstens eine berühmtere politische Figur – Gregor Gysi war und warum das Auditorium sich ausgerechnet seiner erinnern sollte ...

In so offenbar peinlichen Situationen pflegen höfliche Menschen, wie wir sind, gern festzustellen, dass man das doch gar nicht vergleichen kann. Wir sind etwa vielfältiger an die heutige Macht gekettet, die auch nicht mehr aus Lust töten lässt, wir sind ihr mit goldenen oder doch so aussehenden Nabelschnüren verbunden. Eine Alternative könne auch nicht einfach geträumt, der Ausbruch nicht jederzeit gewagt werden. Analyse sei nötig, demokratische Abstimmung und ganz kleine Schritte, wie man sie dochinge.

Und sogar mit noch größerem Recht dürfen Sie mir entgegenhalten: Möge alles Bisherige auch zutreffen, treffe es doch die Leute der Kultur nur unter anderen und indirekt. Wo nur Unrecht herrscht, aber keine Empörung, dort hätten Kultur und Kunst das Recht auf Verzweiflung, Seelenerforschung, Trost ... Aber um die ästhetische und kulturtechnologische Kompliziertheit wohl wissend, antworte ich darauf mit einer Gedicht-Zeile von Ernesto Cardenal: »Wozu Metaphern, wenn die Sklaverei keine Metapher ist?«

Die menschheitliche Versklavung durch die Ausbeutungsverhältnisse, die für den Großteil der Menschheit nach wie vor elende Sklaverei, der permanente, kalte oder heiße Bürgerkrieg der reichen Klassen und Nationen gegen die versklavte Armut sind Anti-Kultur. Der Nicht-Vergleich unserer Verhältnisse, die vernünftige oder schlaue Unterscheidung unserer Daseins- von jenen existenziellen Fragen wäre unsere freiwillige Scheidung vom Wesentlichen des freien Menschen, selbstmörderischer Verzicht auf die menschliche Todfeindschaft zur schnell oder nachhaltig tödenden Sklaverei.

Und ich weiß nicht, womit heutige Linke und links siedelnde Kultur ihre Überzeugung speisen, so wie sie sich verhalten, könnten sie mehr erreichen als – SPARTAKUS. Eine Gegenwelt nicht mehr ökonomisch versklavter Untertanen ist nicht mehr, will man denn die realsozialistische überhaupt so ansehen; das Unbehagen gegen ihre theoretische, kulturelle und politische Rekonstruktion ist vorherrschend. Offenbar scheint die Botschaft der Geschichte: Spartakus kann nicht siegen, wie brutal oder gewählt auch immer, niemals.

Bloß: Muss und soll sich Spartakus deshalb, seinesgleichen schlachtend, zum Ergötzen der Sklavenhalter und des Plebs abschlachten lassen? Müssen wir statt diesen Leitsternen den Superstar suchen? Darf unbedachter oder realpolitisch linker Pöbel im Rang des Welt-Colosseums so etwas Fidel Castro zumuten?

Was, wenn sich aller gesellschaftlicher Fortschritt nur so bildet: Spartakus kann nicht siegen, niemals, aber nur sein Aufstand und Scheitern führen alle aus Rom heraus, über Rom hinaus?

Und wenn dem so wäre, dann wären nicht Crassus & Legionäre, sondern die realpolitischen Linken die Mörder der menschheitlichen Hoffnung. Was freilich ein fassbarer Satz über Gregor Gysi wäre, in der Zukunft ...

Ich will Ihnen allen gern zugeben: Ich mache darüber jetzt nur große Worte. Ja, wenigstens das. Ich bekenne mich als Todfeind von

Sklaverei und Ausbeutung, nicht am Leben, wo sie herrschen, und sie ausrottend, wo ich bestimme: in meinem Kopf erstmal, in meinen Worten.

Und das kann jeder, das können Sie doch auch, immer und überall.

Wenn Sie – nur einmal angenommen – demnächst hörten, nach einer großen Flutwelle reichte eines der reichsten Länder der Welt den Armen am anderen Ende mal so 500 Millionen Eierchen hinüber, dann glauben Sie das einfach nicht mehr! Gehen Sie dann ruhig davon aus, dass sich das reiche Land nur bei seinen Gläubigern schön rechnet, weil es auf 400 Millionen Schulden und Schuldzinsen verzichtet, die es auch bei Dürre nicht zurück bekommen hätte! Veranschlagen Sie weiterhin, dass 50 Millionen in im eigenen Land gebaute Polizeiautos und -technik investiert werden, um die in den Wiederaufbau der Flughäfen und Hotels und Bars investierten 50 Millionen zu schützen! Trösten Sie sich allein damit, dass Ihre private wohlthätige Spende schon wirklich genutzt werden wird, gelbbraune Kinderchen aufzupäppeln: Die weißen Sklavenhalter brauchen ja was in den Betten, wenn sie in der übernächsten Saison wieder da runter fliegen. Und DAS sagen Sie dann bitte, um der Menschlichkeit, um der Kultur willen, weiter ...

Die angenommene Szene wäre nämlich trotz Betroffenheitsgetöse immer noch Rom. Und gegen Rom richten etwas Wasser und ein paar Vesuve nichts aus. Nur Spartakus. Der Spartakusbund und Lenin. Gandhi, Che und Allende. Mandela, die Zapatisten.

Ja, Genossen Linke und Künstler, es ist offenbar: Die Welt können wir unseren Sklavenhaltern zurzeit nicht wegnehmen. Unsere Köpfe, unsere Worte schon. Jederzeit. Und es ist nicht unmöglich, dass unserer Herrschaft deshalb und danach der Rest der Welt entleitet.

Denn wenn wir vorerst nichts als unsere Worte aus der Versklavung befreien ... Wenn wir redeten, wie uns Adlernaugen die Schnäbel gewachsen sind, wenn wir statt »Arbeitsmarktreform« oder »Hartz IV« klar »Einführung der Staatsklaverei« sagten ... Wenn wir nicht mehr wie vorgeführt und verordnet wiederholten, dass »die sozialen Sicherungssysteme reformbedürftig sind«, sondern dass das Kapital mit der »sozialen Verpflichtung des Eigentums« eben den zivilisatorischen Schutzmantel vor Bebel, Stalin und Mielke ablegt ... Wenn sich solcher Klartext politisch und kulturell durchsetzte, vervielfältigte und bei jedem Thema von jeder Tribüne und Bühne spräche, dann geriete das Sklavenhaltersystem mit jedem Wahltermin neu in die Krise, und dann wäre die Welt nicht mehr so leicht im Unrecht zu halten.

Dass jeder von uns sein Leben ganz auf solchen Aufstand bauen müsste und könnte, will ich nicht behaupten, und ich will (da die meisten von uns auch nicht existenziell betroffen sind) weder den radikalen Umbau der Gewohnheiten noch eine solche Einfältigkeit der Texte und der Spiele verlangen. Auch Spartakus und Genossen waren nur 71 von Hunderttausenden in derselben Lage, die die Alternative anders beantworteten: Aut Spartacus aut nihil, Spartakus oder Nichts.

Nur mit dieser Bitte an Sie möchte ich stören: Machen wir weiter, was wir wollen und was wir machen zu müssen glauben. Schreiben

wir, wenn uns so ist, Familientragödien und Lust-Spiele, Liebes- und Sauflieder ... Aber lassen Sie uns wenigstens nicht gegen den Aufstand der Worte sprechen, auch dabei nicht! Stellen wir uns nicht, nie, dagegen! Wirken wir gemeinsam aufrührerisch darauf hin! Oder lassen Sie sich, wenn er – wie immer plötzlich und heute unvorhersagbar – beginnt, von einem solchen Aufstand mitreißen.

Immerhin spricht ja einiges dafür, dass es den Fortschritt aus der elementaren Sklaverei gab, dass es mithin wieder Kultur geben könnte. Die Spartakus-Empörung endete nicht an den Kreuzen entlang der Straße zum Ewigen Rom, sondern mit den historischen Ruinen Roms, und zum Beispiel mit Gerhard Gundermann meldete sie sich schon in der tiefsten DDR – und auch gegen diese – zurück: Ich war, ich bin, ich werde sein.

*der trompeter schweigt nun
ihm fehlt wohl die luft
tot ist auch der spartakus
ging den bitteren weg zuerst
weil einer vorne gehen muß*

*sklaven kommt wir weben uns ein leichentuch
das soll werden weiß wie schnee
es sind sechstausend mann am kreuz
unsre ganze armee*

*sklaven kommt wir weben uns ein leichentuch
und schreiben unsre namen drauf
und in jedem kind das liest
stehn wir wieder auf*

*sklaven kommt wir weben unser leichentuch
weiter in die weite zeit
daß wir aufgehoben sind
bis in ewigkeit*

Fotos 1 bis 12:
Ulrich Burchert

Bilder in der Printausgabe

Foto 1:
Bei einer Diskussion
zum Festival des Politischen
Liedes, X. Weltfestspiele
Berlin 1973.

Foto 2:
In der Kohle,
bei Hoyerswerda 1982.

Bilder in der Printausgabe

Fotos 3 bis 5:
Im Probenraum
der »Brigade Feuerstein«,
Hoyerswerda 1982.

Bilder in der Printausgabe

Foto 6:
Konzert »Brigade
Feuerstein« bei der Werk-
statt »Lieder und Theater«,
Kulturpalast Dresden 1981.

Foto 7:
Gemeinsamer Auftritt
mit Lutz Kerschowski
beim »Liederrummel«,
Akademie der Künste
Berlin 1982.

Bilder in der Printausgabe

Foto 8:
Diskussion beim
»Liederrummel«, Akademie
der Künste Berlin 1982.

Bilder in der Printausgabe

Fotos 9 bis 11:
»Brigade Feuerstein«
zu den »Tagen der Volks-
kunst des Bezirks Cottbus«,
Palast der Republik
Berlin 1983.

Bilder in der Printausgabe

Foto 12:
Bei einer Diskussion zur
Werkstatt »Junge Kunst«
der Akademie der Künste,
Marshall Berlin 1986.

GUNDERMANN-PRODUKTIONEN, ERHÄLTlich BEI BUSCHFUNK

Gerhard Gundermann: Männer, Frauen und Maschinen, Amiga 1988

(lancelots zwischenbilanz I, halte durch, lohntag, verzweifeltes kinderlied mit kleinbürgerlichem einschlag, schießspiel, meine hände, an vater, wie ein freund, mann aus eisen, trauriges lied vom sonst immer lachenden flugzeug, hoywoy, honky tonk women, kleine leise traurigkeit, männer und frauen, kummer, zu wenig, lancelots zwischenbilanz)

Gundermann: Einsame Spitze, Buschfunk 1992

(terminator I, einsame spitze, blau und blau, nach haus, grüne armee, brigitta, gras II, alle oder keiner, kann mich nicht erinnern, soll sein, dickes ende, terminator II, gras, komm nicht zu spät)

Gundermann & Seilschaft: Der 7te Samurai, Buschfunk 1993

(der 7te samurai, sieglinde, niemandsland, wenn ich wär, ruhetag, linda, herzblatt, sehnsucht nach dem rattenfänger, ich mache meinen frieden, pferd aus holz, kämpfen wie männer, kann dich nicht mehr leiden, schwarze galeere, einmal)

Gundermann & Seilschaft: Frühstück für immer, Buschfunk 1995

(frühstück für immer, krieg, sag wolltest du nicht noch, spricht der teufel, wenigstens bis morgen, macht ja nischt, das wars dann wohl, revolution nr. 10, keine zeit mehr, vögelchen, so wird es tag, sonntag in schwarze pumpe, hier bin ich geboren, ist da irgendwer)

Gundermann & Seilschaft: Engel über dem Revier, Buschfunk 1997

(heyaheya, owehoweh, wer hat ein helles licht bei der nacht, weisstunoch, morgen morgen, leine los, streunende hunde, brunhilde, und musst du weinen, vater, engel über dem revier, fliegender fisch II)

Gundermann: Krams – Das letzte Konzert, Buschfunk 1998

(der narr, strasse nach norden, lancelots zwischenbilanz, gras, einmal, das war mein zweitbestes sommer, vögelchen, vater, und musst du weinen, atlantik city, krieg, oweh, wo bleiben wir, christiane, kein land in sicht, brunhilde, war dein freund, morgen morgen, rattenfänger, die zukunft, hier bin ich geboren, engel über dem revier, in der nachbarschaft, fliegender fisch II sowie diverse zwischentexte)

Gundermann: Werkstücke II – Die Wilderer, Buschfunk 2004

(schneegebirge, keine märchen mehr, die letzten werden die ersten sein, streunende hunde, dem deutschen volk, cuba, soll sein, kein land in sicht, es kommt der tag, old dixie down, wo bleiben wir, steinland, für c., schießspiel, rocket launcher, die festung, europa)

Gundermann: Torero ... Werkstücke III, Buschfunk 2005

(weisstunoch, vögelchen, torero, schneegebirge, hy bruder sag mir, rastatt, loblied auf die alten männer, cuba, vater, linda, wo bleiben wir, gras, hör die wölfe heulen, kommen und gehn, es kommt der tag, sieglinde, kleiner junge, angelina, drachentöters vater, wer hat ein helles licht bei der nacht, streunende hunde, feuerwasser, engel über dem revier, hoywoy II, rocknrollstar, fliegender fisch II sowie diverse zwischentexte)

Gundi Gundermann – ein Portrait.

Ein Film von Richard Engel, DFF 1983 / Buschfunk 2000

Gerhard Gundermann: Liederbuch I, Buschfunk 1996

Gerhard Gundermann: Liederbuch II, Buschfunk 1999

REINER TOSSTORFF

Moskau oder Amsterdam?

Die Rote Gewerkschaftsinternationale 1920 bis 1937

Die Rote Gewerkschaftsinternationale (RILU/Red International of Labour Unions / oder in der russischen Abkürzung Profintern) wurde 1921 in Moskau gegründet und dort sechzehn Jahre später aufgelöst.

Urteile über ihre Bedeutung weichen stark voneinander ab. »The fate of the Profintern will never be more than a footnote in the history of the international labour movement – it never amounted to much (...).«¹ Dagegen argumentiert E. H. Carr, daß »The Red International of Trade Unions (Profintern) was in the nineteen-twenties by far the most powerful and important of the auxiliary organizations which gravitated around the Comintern. It was, indeed, the only one which could claim some independence, and was more than a mere subsidiary organ.«² Swains Urteil basiert auf einem bestimmten Aspekt, nämlich dem Scheitern der RGI, Anfang der zwanziger Jahre eine einflußreiche kommunistische Gewerkschaftsbewegung in Deutschland aufzubauen. Carr dagegen basiert seine Einschätzung auf »the large organization of the Profintern, and its extensive representation abroad, in which it far surpassed any other of the auxiliaries« der Komintern.³

An ihrer Bedeutung für die organisatorische Entwicklung sowohl der internationalen kommunistischen Bewegung – was uns hier nicht weiter interessieren wird – wie für die internationale Gewerkschaftsbewegung in der Zwischenkriegszeit kann jedoch kein Zweifel bestehen. Die Auseinandersetzung zwischen der Internationale in Moskau und ihrem sozialdemokratisch ausgerichteten Widerpart in Amsterdam prägte die ganze internationale Arbeiterbewegung jener Jahre. So ist es eher verwunderlich, daß ihre Geschichte bis heute recht stiefmütterlich behandelt wurde. In der Historiographie der internationalen Arbeiterbewegung erscheint sie fast nur als ein untergeordneter Aspekt der Kommunistischen Internationale.⁴ In der westlichen Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung, von ein paar Ausnahmen abgesehen⁵, wurde sie nur im Zusammenhang mit nationalen Gewerkschaftsbewegungen oder mit einzelnen Kommunistischen Parteien dort, wo diese zumindest für einen gewissen Zeitraum Gewerkschaftseinfluß ausübten, behandelt. Zu einem Teil war dies sicher auch der Tatsache geschuldet, daß das Archiv der RGI, im Parteiarchiv der KPdSU aufbewahrt, für westliche Historiker nicht zugänglich war. Dies hat sich seit 1991 bekanntlich geändert, so daß in der Zukunft mit einer Reihe von Studien über die Rolle der RGI auf internationaler Ebene wie in einzelnen nationalen Gewerkschaftsbewegungen zu rechnen ist.

Reiner Tosstorff – Jg. 1951, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsprojekt zum Internationalen Gewerkschaftsbund und zur Internationalen Arbeitsorganisation, Universität Mainz, Mitherausgeber mehrerer Bände der Trotzki-Schriften-Ausgabe; zuletzt in UTOPIE kreativ: Spanischer Bürgerkrieg, Stalinismus und POUM, Heft 69/70 (Juli/August 1996)

Dieser stark geraffte Überblick über die Geschichte der RGI basiert auf meiner Habilitationsschrift »Moskau oder Amsterdam. Die Geschichte der Roten Gewerkschaftsinternationale (1920-1937)«, Universität Mainz. Dort finden sich auch ausführliche Literaturangaben und Hinweise auf Archivbestände zur RGI.

Towards a revolutionary trade union international

Der Erste Weltkrieg hatte wie bei der politischen Internationale auch zur Paralyse der 1901 gegründeten gewerkschaftlichen Internationale geführt. Im Jahre 1901 hatten sich überwiegend sozialdemokratisch beeinflusste Landeszentralen (neben den französischen Syndikalisten der CGT sowie den britischen und später auch den US-amerikanischen Trade Unionists) zunächst in einem Internationalen Sekretariat zusammengeschlossen, das sich 1913 in den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) umwandelte.⁶ Sekretär war Carl Legien, der Führer der deutschen Gewerkschaften. Nach 1914 beanspruchte er, die Organisation fortzuführen, was von den Gewerkschaftsbünden der Entente heftig bestritten wurde. Faktisch hörte der IGB auf zu bestehen und mußte nach Kriegsende neu gegründet werden, was, nach einer ersten Zusammenkunft im Februar 1919 in Bern, im Juli/August 1919 in Amsterdam geschah.

Der Weltkrieg hatte auch die Bemühungen der revolutionären Syndikalisten zur internationalen Zusammenarbeit unterbrochen.⁷ Diese hatten – allerdings mit Ausnahme der französischen CGT, die jedoch die einflußreichste syndikalistische Organisation in Europa darstellte – schon sehr bald nach seiner Gründung das Internationale Sekretariat als reformistisch und als Hindernis im revolutionären Kampf verurteilt und zur Schaffung einer revolutionären Gegeninternationalen aufgerufen. Diese Bemühungen kamen aber über informelle Kontakte nicht hinaus. Nicht zuletzt lag das darin begründet, daß die syndikalistischen Verbände, auch wenn sie in vielen Ländern existierten, nur kleine Minderheiten organisierten. Doch auch diese Verbindungen waren nun unterbrochen.

Eine russische Landeszentrale hatte vor 1914, wegen der repressiven Bedingungen im Zarenreich, nicht existiert. Erst die Revolution machte sie möglich. Sie konstituierte sich im Juli 1917; seit ihrem Kongreß im Januar 1918 wurde sie von den Bolschewiki dominiert.⁸ Von diesem Kongreß erging ein Aufruf zur Reorganisation der internationalen Gewerkschaftsbewegung, doch die Bedingungen des Bürgerkriegs führten dazu, daß er kein Gehör fand und auch die bolschewistischen Gewerkschafter mit ganz anderen Aufgaben befaßt waren. Diese Lage führte auch dazu, daß eine bereits beschlossene russische Delegation nicht an der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern teilnehmen konnte.⁹ Auch in Amsterdam waren die Russen nicht vertreten. Damit waren sie von der Wiedergründung des IGB faktisch ausgeschlossen gewesen. Daß sie bei einer Teilnahme scharfe politische Kritik an dem Verhalten der meisten Gewerkschaftsführungen im Krieg und in der unmittelbaren Nachkriegszeit geübt hätten, ist zwar offensichtlich. Doch ob sie sich prinzipiell einer Mitgliedschaft verweigert hätten, ist heute natürlich nur eine spekulative Frage. Jedenfalls mußte dies den politischen Bruch zwischen der russischen und der westlichen Gewerkschaftsbewegung verschärfen. So reagierte man in Moskau mit einer heftigen Denunziation des IGB, der als »gelbe, klassenverräterische« Organisation angegriffen wurde. Er sei ein Werkzeug in den Händen des imperialistischen Völkerbundes. Mit seiner Unterstützung der neugeschaffenen Internationalen Arbeitsorganisation habe sich der IGB für die Klassenzusammenarbeit entschieden. Gegen ihn müsse man nun eine revolutionäre Alternative schaffen.

1 Geoffrey Swain: Was the Profintern Really Necessary? In: *European History Quarterly*, No. 1, 1987, pp. 57-77, here p. 73.

2 E. H. Carr: *Socialism in One Country 1924-1926*, 3 Vols., (London 1964), Vol. 3, pt. 2, p. 938.

3 Ebenda, p. 939.

4 In der früheren sowjetischen und osteuropäischen Historiographie wurden mehrere allgemeine Darstellungen in den 70er und 80er Jahren veröffentlicht. Obwohl unter Heranziehung des RGI-Archivs erstellt, waren alle diese Studien typische Produkte der spätstalinistischen Geschichtsschreibung mit all ihren Grenzen, Auslassungen usw.: G. M. Adibekov: *Krasnyj internacional profsojuzov*, Moskau 1979; B. A. Karpačev: *Krasnyj internacional profsojuzov. Istorija voznikovenija i pervye gody dejatel'nosti Profinterna 1920-1924gg.* Saratov 1976; Ders.: *Krasnyj internacional profsojuzov (1933-1937)*, Saratov 1981; Ders.: *Krasnyj internacional profsojuzov 1920-1937 gody*, Saratov 1987; A. Kocharński, Czerwony Międzynarodówka Związków Zawodowych (Profintern) 1920-1937, Warschau 1985. Adibekov schrieb später, nach Beginn von Glasnost', eine interessante Selbstkritik: »O politike komunistov v profsojuznom dviženii«, in: *Voprosy istorii KPSS*, No. 8, 1991, S. 97-109.

5 Z. B. Albert Resis: *The Profintern. Origins to 1923*, PhD thesis Columbia University 1964. Vor allem aber sind hier die entsprechenden Abschnitte in der mehrbändigen *History of Soviet*

Russia von E. H. Carr zu nennen, die die bestmögliche Darstellung der RGI bis zur ›Wende‹ von 1928/29, wo seine Geschichte endet, enthält, die man ohne Zugang zu den sowjetischen Archiven schreiben konnte.

6 Zur Geschichte des Internationalen Sekretariats und dann des IGB sei hier nur pauschal verwiesen auf Anthony Carew u. a.: *The International Confederation of Free Trade Unions*, Bern u. a. 2000, pp. 25-163.

7 Die Geschichte des syndikalistischen Internationalismus ist bei Wayne Thorpe: »The Workers Themselves«. *Revolutionary Syndicalism and International Labour 1913-1923*, Dordrecht u. a. 1989, beschrieben. Speziell über die Rolle der CGT dabei vgl. Susan Milner: *The Dilemmas of Internationalism. French Syndicalism and the International Labour Movement 1900-1914*, Oxford 1990.

8 Vgl. dazu das entsprechende Protokoll: Pervyj vsrossijskij s-ezd professional'nych sojuzov. 7- 14 janvarja 1918g. Pol'nyj stenografičeskij otčet s predisloviem M. Tomskogo, Moskau 1918.

9 Im Jahre 1919. Vgl. Otčet Vserossijskogo Central'nogo Soveta Professional'nych Sojuzov (Mart 1920g. – Aprel' 1921g.), Moskau 1921, S. 56-59.

10 Dieser Standpunkt wurde vor allem von Lenin in seiner bekannten Streitschrift »Der linke Radikalismus – die Kinderkrankheit im Kommunismus« gegen die kommunistische ›Ultra-linke‹ entwickelt. Zur für die RGI so entscheidenden Entwicklung der Komintern sei

Doch gab es zunächst keine klare Vorstellung über die Form der Organisation. Während schon die Idee der Schaffung einer eigenständigen Gewerkschaftsinternationale auftauchte, drängte die Führung der im März 1919 geschaffenen Kommunistischen Internationale, des Zusammenschlusses der kommunistischen Parteien, darauf, daß auch die Gewerkschaften ihr beitreten sollten – wie in der I. sollten auch in der III. Internationale alle Formen von Arbeiterorganisationen ihren Platz finden. Jedoch nur die ganz von den Kommunisten dominierten russischen Gewerkschaften übernahmen diese Position. Dazu kam, daß die junge kommunistische Bewegung im Westen noch ganz über die Frage ihrer Einstellung zu den Gewerkschaften zerstritten war. Während ein Teil für die Spaltung der bestehenden, reformistisch dominierten Verbände und für die Schaffung revolutionärer Gewerkschaften eintrat, auch wenn diese nur kleine Minderheiten umfaßten, sprachen sich die anderen für die Mitarbeit in den existierenden Massenorganisationen aus, um sie zu revolutionieren. Dieser Standpunkt wurde von den Bolschewiki unterstützt, die ja auch so in Rußland verfahren hatten.¹⁰ Er setzte sich auf dem zweiten Kongreß der Komintern im Juli/August 1920 durch.

Jedoch war der konkrete Schritt, der in diesen Monaten in Moskau zur Gründung der zukünftigen Roten Gewerkschaftsinternationale unternommen wurde, eher das Resultat einer zufälligen Konstellation. Dort waren zahlreiche Delegationen verschiedenster Arbeiterorganisationen zu Besuch, die sich über die Lage im revolutionären Rußland ein Bild aus erster Hand machen wollten. Viele davon waren zugleich Vertreter ihrer Organisationen für den Komintern-Kongreß. Zunächst kam es zu Besprechungen der Russen mit Repräsentanten des linken Flügels von Amsterdam (aus Großbritannien, Italien und Norwegen).¹¹ Man einigte sich auf die Schaffung eines Internationalen Gewerkschaftsrats, der einen internationalen revolutionären Gewerkschaftskongreß einberufen sollte. Im Verlauf des Juli erklärten sich auch eine Reihe von syndikalistischen Vertretern zu seiner Unterstützung bereit.¹² Die Erwartungshaltung war dabei aber unterschiedlich: Während die linken Amsterdamer sich vom Gewerkschaftsrat eine Verstärkung ihres Einflusses innerhalb des IGB erhofften, sahen die Syndikalisten darin eine Möglichkeit, ihre langgehegte Idee der Schaffung einer revolutionären Alternative zu ihm zu verwirklichen.

Aber auch die Russen hatten sich ja jetzt gegen Amsterdam gestellt und sahen dabei eine Möglichkeit zur engen Zusammenarbeit mit den Syndikalisten. Dafür hatten sich die Bolschewiki schon im gemeinsamen Anti-Kriegs-Kampf während des Weltkriegs ausgesprochen. Zugleich erwarteten sie, daß sich dem Gewerkschaftsrat sehr schnell bedeutende Teile von Amsterdam anschließen würden. Diese Einschätzung war ganz von den revolutionären Illusionen der Nachkriegskämpfe bestimmt, wie sie für die kommunistische Bewegung jener Jahre so charakteristisch waren. Daran sollte auch nichts ändern, daß der Gewerkschaftsrat sofort mit einer intensiven Kampagne in der internationalen Gewerkschaftsbewegung begann und dafür, von seinem Hauptsitz in Moskau aus, einen internationalen Apparat mit publizistischen Organen und einer Reihe von Büros im Ausland aufbaute.¹³ Sehr schnell sollte sich erweisen, daß sich nur

wenige Verbände des IGB geschlossen für Moskau und die Beschickung des revolutionären Gewerkschaftskongresses aussprachen.

So repräsentierten die Delegierten des in Moskau vom 3. bis 19. Juli 1921 stattfindenden Gründungskongresses der RGI – von einigen Ausnahmen abgesehen, auf die noch zurückzukommen sein wird – zum einen zahlreiche kleine unabhängige syndikalistische Organisationen und zum anderen die kommunistischen Minderheiten (Fraktionen) innerhalb der zum IGB gehörenden Verbände (wozu noch die russischen Gewerkschaften hinzukamen, die – als quasi-staatliche – Organisation allerdings eine nach Millionen zählende Mitgliedschaft aufweisen konnten). Nach scharfen Auseinandersetzungen mit einem Teil der Syndikalisten, die die neue Internationale politisch und organisatorisch unabhängig von den kommunistischen Parteien halten wollten, kam es dennoch zur Gründung der Roten Gewerkschaftsinternationale.¹⁴ Von Beginn an stand sie in einem Dilemma. Während sie einerseits für das kommunistische Prinzip eintrat, keine künstliche Spaltung der bestehenden Gewerkschaften durchzuführen, stellte sie zugleich auf *organisatorischer Ebene* einen Bruch mit Amsterdam dar. Kommunistische Gewerkschafter, die in zum IGB gehörenden Organisationen arbeiteten, konnten so – und wurden – der Doppelzüngigkeit, der Zugehörigkeit zu zwei verschiedenen, antagonistischen Internationalen angeklagt.

Für die Bolschewiki stellte die Gründung der RGI dennoch einen Erfolg insofern dar, als sie damit einen wichtigen Sektor der Syndikalisten gewonnen hatten. Das brachte eine bedeutende Verstärkung bei der Bildung kommunistischer Parteien mit sich, hauptsächlich in Südeuropa, aber auch in Nord- wie Südamerika. Dieser organisatorische Zugewinn hatte aber auch eine politisch-strategische Seite. Die kommunistische Gewerkschaftsaktivität gerade in diesen Anfangsjahren der RGI war nicht unbeeinflusst von syndikalistischen Konzepten: Anstelle von begrenzten ökonomischen Kämpfen, die deutlich von politischen Forderungen, der Domäne der (sozialdemokratischen) Partei, abgegrenzt waren, wie dies der klassischen sozialdemokratischen Gewerkschaftskonzeption – und damit auch den Vorstellungen des IGB – entsprach, trat die RGI für eine »industrial strategy« ein. Streiks und andere Kämpfe sollten, nicht unähnlich alten syndikalistischen Ideen, hin zur Revolution entwickelt werden, was zugleich mit der Organisierung der rank-and-file-Mitglieder gegen die »Gewerkschaftsbürokratie« verbunden sein sollte. Entsprechend wurde eine ganze Reihe programmatischer Positionen – z. B. zur Arbeiterkontrolle, zur Organisierung der Arbeitslosen, zur »Streikstrategie« – auf den ersten Kongressen angenommen.¹⁵

Aber auch auf einem anderen Gebiet hob sich die RGI vom IGB ab. Als bedingungslose Gegnerin von Kolonialismus und Imperialismus von der Gründung ab proklamierte sie die Bereitschaft, die Arbeiter in den kolonialen und »halbkolonialen« Ländern zu organisieren – nicht nur für den Kampf um Unabhängigkeit, sondern ebenso für ihre ökonomischen Interessen und schließlich für die sozialistische Revolution. Es ist nicht verwunderlich, daß sich gerade auf diesem Gebiet die RGI als erfolgreich erweisen sollte. Denn nicht nur war der IGB hier praktisch nicht existent. Seine Mitgliedsorganisa-

hier nur verwiesen auf die monumentale Darstellung von Pierre Broué: *Histoire de l'Internationale Communiste 1919-1943*, Paris 1997.

11 Nur ein Protokoll des ersten Treffens vom 16. Juni wurde in einer kommunistischen Broschüre über den Gründungsprozeß veröffentlicht: A. Losowski: *Der Internationale Rat der Fach- und Industrieverbände (Moskau gegen Amsterdam)*, Berlin 1920, S. 69-73.

12 Zu deren Beteiligung an den Verhandlungen vgl. Thorpe: *The Workers Themselves*, pp. 128-149. Interessantes, bisher kaum aufgearbeitetes Material zur Haltung der Syndikalisten findet sich in den *Jack Tanner Papers* (Nuffield College Oxford University). Tanner war Delegierter der britischen Shop Stewards in Moskau.

13 Hauptstützpunkt war (bis 1933) Berlin. Dort residierte das Mitteleuropäische Büro, das die Übersetzung und Verbreitung der in Moskau erstellten Publikationen sicherstellte, aber auch eigene (so einen Nachrichtendienst) herausgab, vor allem aber einen wichtigen organisatorischen Faktor für die westeuropäische kommunistische Gewerkschaftsbewegung darstellte sowie die Information der Moskauer Zentrale sicherstellte. Neben diesem Büro existierten in den folgenden Jahren noch in einigen weiteren europäischen, aber auch überseeischen Ländern zeitweilige Vertretungen. Der zentrale Apparat in Moskau verfügte sehr schnell über mehr als 100 Mitarbeiter, mit dessen Hilfe der Gewerkschaftsrat (später das

Vollzugsbüro) umfangreiche Informations-, vor allem Anleitungsbearbeitung gegenüber der internationalen Gewerkschaftsbewegung leistete. In Moskau wurde auch das Organ (seit Herbst 1921 unter dem Titel: Rote Gewerkschaftsinternationale) erstellt.

14 Vgl. das Protokoll: 1-yj meždunarodnyj kongress revoljucionnyh, professional'nyh i proizvodstvennyh sojuzov. Stenografičeskij otčet, Moskau 1921.

15 Diese Beeinflussung durch syndikalistische Vorstellungen hob etwa der scharfsinnige sozialdemokratische Beobachter Salomon Schwartz hervor. Siehe seinen Beitrag »Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI)«, in: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, Berlin 1932, Bd. 2, S. 1348-1359, hier S. 1350. Die Programmatik der RGI, die natürlich zunächst in den Kongressresolutionen festgelegt war, wurde dann von ihrem Generalsekretär Lozovskij in einem international weit verbreitetem Buch popularisiert: A. Losowski: Das Aktionsprogramm der Roten Gewerkschafts-Internationale, Berlin 1921.

16 Eine vergleichende Skizze bei Willy Buschak: Internationaler Gewerkschaftsbund, Rote Gewerkschaftsinternationale und die Gewerkschaftsbewegung in Kolonien und halbkolonialen Ländern, in: Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert im Vergleich, Bochum 1985, S. 34-55.

17 Vgl. dazu die zeitgenössische Darstellung durch einen der führenden

tionen in den kolonialen Metropolen hatten oftmals kein Verständnis für den antikolonialen Kampf, wenn sie nicht sogar direkt den Kolonialismus verteidigten.¹⁶

Vor allem konnte die RGI in China in der Revolution von 1925 bis 1927 einen großen Einfluß gewinnen und in Gestalt ihrer neugeonnen Mitgliedsorganisation Millionen Anhänger organisieren.¹⁷ Aber ein ähnlicher, wenn auch nicht so spektakulärer Einfluß zeigte sich in vielen Ländern der – im heutigen Sprachgebrauch – Dritten Welt. Dies sollte bald zur Idee der Gründung regionaler Organisationen führen.

From confrontation to unity of action?

In jedem Fall arbeitete die RGI von Beginn an Hand in Hand mit der Kommunistischen Internationale. Dies hatte der Gründungskongreß trotz heftigen Widerstandes von seiten der meisten Syndikalisten in einer direkten organisatorischen Verbindung – durch die gegenseitige Vertretung in den Leitungsgremien – institutionalisiert. Auch auf nationaler Ebene gab es eine ähnliche direkte Verschränkung zwischen Kommunistischer Partei und den revolutionären Gewerkschaftern. Ein Teil der Syndikalisten, der besonders eng mit anarchistischen Gruppen verbunden war, nahm dies zum Anlaß, die neue Internationale gleich wieder zu verlassen, und gründete nach heftigen Polemiken Ende 1922 die Internationale Arbeiterassoziation (IAA).¹⁸

In Frankreich, dem Land mit dem bedeutendsten syndikalistischen Einfluß, gelang es der RGI jedoch, eine solche Entwicklung zu verhindern.¹⁹ Dort war es Ende 1921 zur Spaltung der CGT gekommen. Im neuen revolutionären Gewerkschaftsverband, der CGTU, gaben zunächst anarchosyndikalistische Strömungen den Ton an, die auf der Unabhängigkeit der Gewerkschaften von Parteieinfluß beharrten. Daraufhin erklärte die RGI auf ihrem zweiten Kongreß im November 1922 den Verzicht auf die ›organische Verbindung‹ von RGI und Komintern, d. h. auf die gegenseitige Vertretung in den Leitungsorganen. Jetzt sollten die Führungen der RGI und der Komintern nur noch in konkreten Fällen auf formal gleichberechtigter Ebene zusammenarbeiten. Da so die gewerkschaftliche Unabhängigkeit betont sei, erklärte die CGTU ihren Beitritt.

Für die Praxis bedeutete diese Änderung der Statuten allerdings nicht viel. Von Beginn an waren der kommunistische Einfluß, die Beschlüsse der Komintern und in letzter Instanz der Führung der sowjetischen KP, entscheidend gewesen. Nicht nur stellten die sowjetischen Gewerkschaften den Löwenanteil der Mitgliedschaft. Sie besetzten mit dem Generalsekretär Aleksandr Lozovskij, der dieses Amt von der Gründung bis zur Auflösung der RGI 1937 innehatte und der als Mitglied der bolschewistischen Partei natürlich an deren Disziplin gebunden war, nicht nur die wichtigste Führungsposition. Aufgrund des Sitzes der RGI in Moskau, was sich aus der Tatsache ergeben hatte, daß er natürlich in keinem anderen Land hätte eingerichtet werden können, gewannen sie fast automatisch auch einen entscheidenden Einfluß auf den Apparat der RGI und seine Zusammensetzung.

Es wäre aber falsch, diese Entwicklung der RGI hin zu einer ausschließlich kommunistischen Ausrichtung einfach als Ergebnis eines

geheimen machiavellistischen Plans abzutun. Sie hatte letztlich ihren Grund darin, daß der ursprünglichen Idee der RGI als einer Allianz von Kommunisten und Syndikalisten sehr bald nach ihrer Gründung durch den Gang der Dinge die praktische Basis entzogen worden war. Entweder schieden die Syndikalisten aus grundsätzlicher Opposition heraus aus oder sie schlossen sich den kommunistischen Parteien in den verschiedenen Ländern an. Eine separate syndikalistische Strömung hörte somit spätestens nach dem zweiten RGI-Kongreß auf zu bestehen. Die RGI wurde politisch homogen. Alle Führer der RGI hatten nun kommunistische Mitgliedskarten und waren damit an die Parteidisziplin gebunden; damit war die RGI quasi automatisch an die Beschlüsse der Komintern bzw. der sowjetischen KP gebunden.

Doch zur gleichen Zeit erwiesen sich die während der Gründung proklamierten Erwartungen auf große Erfolge als illusorisch. Die Amsterdamer Linke, die 1920/21 mit Moskau geflirtet hatte, hatte sich sehr bald verabschiedet. Delegierte sowohl der italienischen wie der norwegischen Landeszentrale hatten noch am RGI-Gründungskongreß teilgenommen. Bereits im November 1921 erklärten die italienischen Gewerkschaften ihren definitiven Bruch mit der RGI. Komplizierter verlief die Diskussion in Norwegen, wo der norwegische Gewerkschaftsbund 1922/23 schließlich seine Unabhängigkeit sowohl gegenüber der RGI wie dem IGB proklamierte. Damit wolle man als Faktor der internationalen Einigung wirken, hieß es.

Nur in zwei westeuropäischen Ländern hatte die RGI zwei Gewerkschaftsbünde mit Masseneinfluß gewonnen. Beide waren aus Abspaltungen der zu Amsterdam gehörenden Landeszentralen hervorgegangen. In Frankreich war so die CGTU aus der CGT entstanden. In der Tschechoslowakei, wo die kommunistische Partei aus der Abspaltung von der Sozialdemokratie hervorgegangen war, war auch der sozialdemokratische Gewerkschaftsbund davon betroffen. Im Jahre 1922 wurden die zur RGI tendierenden Kräfte daraus ausgeschlossen und konstituierten sich im Oktober zum Internationalen Allgewerkschaftlichen Verband (*Mezinárodní všeodborový svaz – MVS*), der sofort seinen Beitritt zur RGI erklärte.²⁰ In allen anderen Ländern, insbesondere in Deutschland mit der stärksten Arbeiterbewegung Europas, mußten sich die Anhänger der RGI darauf beschränken, sich als Minderheit in den zum IGB gehörenden Landeszentralen zu organisieren.

Normalerweise implizierte das, daß die Kräfte der RGI mit den kommunistischen Parteifraktionen identisch waren. Sie konstituierten sich als nationale Sektionen der RGI und entsandten z. B. Delegierte zu den Kongressen oder Vertreter in die Führungsgremien der RGI. Nur in einigen begrenzten Fällen, vor allem in Großbritannien, konnte sich die RGI-Tendenz – in diesem Fall innerhalb des TUC – als eine selbständige Formation unter dem Namen *National Minority Movement* konstituieren.²¹ Dies beruhte auf den besonderen Traditionen des britischen Syndikalismus, an dessen Vorkriegsentwicklung das *Minority Movement* anknüpfen wollte. Vorsitzender war der Veteran des britischen Syndikalismus, Tom Mann. Jedenfalls versuchte sich das *Minority Movement* breiter zu geben als eine einfache Parteifraktion.

kommunistischen Gewerkschafter: Deng Zhongxia: *Anfänge der chinesischen Arbeiterbewegung 1919–1926*, Hamburg 1975, die klassische Studie ist: Jean Chesnaux: *Le mouvement ouvrier chinois de 1919 à 1927*, Paris 1962.

18 Die IAA blieb jedoch marginal. Zwar traten ihr zahlreiche anarchosyndikalistische Gewerkschaften bei, vor allem aus Südeuropa und Lateinamerika. Doch nur in Spanien überflügelten die Syndikalisten der *Confederación Nacional del Trabajo (CNT)* ihren sozialdemokratischen Konkurrenten. Aufgrund der 1923 errichteten Diktatur *Primo de Rivera*s sollten sie allerdings in der IAA keine bedeutende Rolle spielen. Der Bruch der CNT mit Moskau hatte allerdings für die RGI und den spanischen Kommunismus einen schweren Rückschlag dargestellt. Vgl. dazu Thorpe, *The Workers Themselves*.

19 Zu Frankreich, der Spaltung der CGT und der Entwicklung der CGTU, vgl. die Überblicksdarstellungen bei Georges Lefranc: *Le mouvement syndical sous la Troisième République*, Paris 1967, und Michel Dreyfus: *Histoire de la C.G.T.*, Brüssel 1995.

20 Vgl. Kevin McDermott: *The Czech Red Unions, 1918–1929. A Study of their Relations with the Communist Party and the Moscow Internationals*, Boulder 1988.

21 Vgl. dazu Roderick Martin: *Communism and the British Trade Unions 1924–1933. A Study of the National Minority Movement*, Oxford 1969. Ähnlich auch in den USA, wo die *Trade Union Educational League* gegründet wurde.

22 Vgl. Bericht über den internationalen Friedenskongreß. Abgehalten im Haag (Holland) vom 10. – 15. Dezember 1922 unter den Auspizien des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Amsterdam 1923.

23 Vgl. den Beitrag des Verfassers: *Unity Between ›Moscow‹ and ›Amsterdam‹? Edo Fimmen's relationship to the Communist Trade Union Movement*, in: Bob Reinalda (Ed.): *The International Transportworkers Federation 1914-1945. The Edo Fimmen Era*, Amsterdam 1997, pp. 94-105.

24 Aus Platzgründen kann in diesem Beitrag nicht weiter auf die Haltung der RGI zu den Berufssekretariaten eingegangen werden. Hier schlugen die kommunistischen Gewerkschaften eine besondere Taktik ein. Dazu schuf sich die RGI die sogenannten Internationalen Propagandakomitees für die wichtigsten Branchen. Die RGI wollte damit keine eigenen ›roten‹ Berufssekretariate schaffen, sondern die bestehenden nur revolutionieren, da sie im Unterschied zum IGB als beeinflussbar galten. Die Auseinandersetzung konzentrierte sich in der Folgezeit auf die Frage der Beitrittsmöglichkeit der russischen Gewerkschaften. Vgl. dazu den in Vorbereitung zur Veröffentlichung befindlichen Artikel des Verfassers ›Between ›Moscow‹ and ›Amsterdam‹: The International Trade Union Movement of the 1920s Between Splits and Unity‹, paper presented at the 1998 Convention of the American Historical Association.

Doch all dies bedeutete, daß die Konfrontation zwischen Moskau und Amsterdam in der internationalen Gewerkschaftsbewegung dazu tendierte, mehr auf organisatorischer als auf politischer Ebene zu verlaufen, wobei Auseinandersetzungen um Ausschlüsse und Spaltungen im Vordergrund standen. Sehr bald nach ihrer Gründung sah die Bilanz für die RGI eher enttäuschend aus. Kein wirklicher Durchbruch war möglich gewesen. Amsterdam dominierte weiterhin die internationale Gewerkschaftsbewegung.

Als Ausweg aus dieser Sackgasse wandte sich die RGI verstärkt einer *Einheitsfrontpolitik* zu. Ein erster Kontakt hatte sich auf dem vom IGB im Dezember 1922 in Den Haag veranstalteten Anti-Kriegs-Kongreß ergeben, zu dem auch eine Delegation der russischen Gewerkschaften – die indirekt die RGI vertraten – eingeladen war.²² An dessen Rand war es zu informellen Kontakten gekommen. Doch der eigentliche Anstoß ergab sich durch die Ruhr-Krise im Januar 1923, als französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet als ›Pfand‹ zur Sicherung der deutschen Reparationsleistungen besetzten. Damit schien ein neuer Krieg in Europa möglich zu werden. Es war insbesondere der IGB-Sekretär Edo Fimmen – zugleich Sekretär der Internationalen Transportarbeiterföderation –, der sich kritisch von der Passivität der übrigen IGB-Führung absetzte und nun seine Bereitschaft ausdrückte, mit den ›Russen‹ zu sprechen.²³ Doch Gespräche kamen nur auf der Ebene der Berufssekretariate²⁴ zustande. Im Mai 1923 trafen sich die Transportarbeiter in Berlin und die Metaller in Friedrichshafen. Allerdings konnten die dabei erfolgten Vereinbarungen schließlich nicht verwirklicht werden.

Dagegen war es erst gar nicht zu Gesprächen zwischen IGB und RGI (oder zumindest den russischen Gewerkschaften) gekommen. Im Gegenteil, innerhalb des IGB setzte eine heftige Gegenkampagne gegen jede Art von Absprache mit Moskau ein, die im November Edo Fimmen zum Rücktritt von seinem Posten im IGB zwang. (Er blieb allerdings Transportarbeiter-Sekretär.) Die Berufssekretariate wurden zur strikten Unterordnung unter die Abgrenzung von Moskau aufgefordert. Es war allerdings nicht mehr möglich, die Aufnahme der russischen Lebensmittelarbeiter in das entsprechende Sekretariat Anfang Oktober zu verhindern. Doch sollte das der einzige Fall einer russischen Mitgliedschaft in einem Berufssekretariat bleiben, obwohl es zu entsprechenden Bemühungen in praktisch allen kam.

Das kommunistische Vorgehen im Jahre 1923 war ganz von der Erwartung erfüllt gewesen, die Krise in Deutschland würde im Gefolge der Ruhrbesetzung eine revolutionäre Situation auf die Tagesordnung setzen. Die RGI nahm z. B. im September einen Aktionsplan an, der u. a. nach Beginn der Kämpfe in Deutschland die Verlegung ihres Sitzes vorsah. Die Berufssekretariate, mit denen die russischen Gewerkschaften in Kontakt standen, und vor allem Fimmen selbst wurden angesprochen, beim Ausbruch revolutionärer Kämpfe internationale Solidaritätsaktionen durchzuführen. Doch Fimmen warnte in einem langen Brief die bolschewistische Führung, sie schätze die politische Situation in Deutschland völlig falsch ein. Der RGI-Generalsekretär Lozovskij hielt sich ab Mitte Oktober (bis Mitte Dezember) in Deutschland auf. Bekanntlich endete die deut-

sche ›Oktoberrevolution‹ Anfang November in einem Fiasko. Die politische Lage stabilisierte sich in den folgenden Monaten, doch die KPD, die sich um ihren vermeintlichen Sieg betrogen sah, radikalisierte sich, was auch zu heftigen Konfrontationen in den Gewerkschaften führte. Aufgrund einer ›ultralinken‹ Wende nach Absetzung der bisherigen, stark auf die Arbeit in den Gewerkschaften orientierten Führung verlor sie fast vollständig ihren Gewerkschaftseinfluß – und damit die RGI ihre bedeutendste Massenbasis außerhalb Rußlands. Die Lage in Westeuropa stabilisierte sich. Damit entschwanden erst einmal die Aussichten auf revolutionäre Entwicklungen, während sich fast zeitgleich in der Sowjetunion durch den Tod Lenins und den Beginn des Kampfes in der Parteiführung zwischen Stalin mit seinen wechselnden Verbündeten und Trotzki ein neues Kapitel auftrat.

Towards international trade union unity?

Die weitere Politik der RGI wurde jetzt aber vor allem durch die Entwicklung innerhalb des IGB bestimmt. Zwar hatte dieser im Jahre 1923 jedwede *Einheitsfront* nicht zuletzt wegen des Drucks der deutschen Gewerkschaften abgelehnt. Doch verschob sich im Gefolge der Inflationskrise, die auch die deutschen Gewerkschaften praktisch an den Rand des Bankrotts führte und sie viele Mitglieder kostete, das Gewicht innerhalb des IGB jetzt noch stärker zugunsten der Briten, des TUC. Sie stellten nun die größte Mitgliedsorganisation und leisteten ihre Beiträge in der stärksten Währung. Innerhalb des TUC kam es zu einem gewissen Linksruck, Ausdruck der Krise, in der das Land seit dem Weltkriegsende lebte. Sie drückte sich in einer hohen Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt in einer großen Krise des Bergbaus aus. Der Generalrat des TUC forderte eine außenpolitische Verständigung mit den Russen, um sie in die Weltwirtschaft wieder einzubeziehen, und nahm Verbindung zu den russischen Gewerkschaften auf. Der russische Gewerkschaftsvorsitzende Tomskij war Gast des TUC-Kongresses im September 1924. Im Gegenzug besuchte eine englische Delegation im November/Dezember 1924 das Land und veröffentlichte einen optimistischen, wenn auch nicht unkritischen Bericht.²⁵

Bereits auf dem Wiener Kongreß des IGB (Juni 1924) hatten die Briten darauf gedrängt, zwar nicht der RGI – denn diese sei eine »Spalterinternationale«, für die es neben dem IGB keine Existenzberechtigung gebe –, wohl aber den Russen einen Weg in ihre Reihen zu öffnen. Solche Einladungen hatte der IGB schon seit 1920 immer wieder öffentlich gemacht. Doch waren das eher propagandistische Manöver im Schlagabtausch zwischen Moskau und Amsterdam gewesen. Man hatte gar kein wirkliches Interesse daran gezeigt. Nun drängte der neue IGB-Vorsitzende Purcell, unterstützt vom TUC-Generalrat, darauf, ein solches Angebot ernsthaft zu verfolgen. Sie konnten dabei auch auf den Zuspruch Fimmens, der immerhin noch Sekretär des stärksten Berufssekretariats war, bauen. Doch stieß dies innerhalb der IGB-Führung auf heftigen Widerstand, der sich allerdings weniger in offener Ablehnung als durch die Verknüpfung eines solchen Angebots mit Bedingungen, die faktisch die Russen zur Ablehnung zwingen sollten, äußerte. Als Anfang 1925

25 Zur englischen »Gewerkschaftsdiplomatie« vgl. Daniel F. Calhoun: *The United Front. The TUC and the Russians 1923-1928*, Cambridge 1976.

auf diese Weise ein Angebot des IGB an die russischen Gewerkschaften zustande kam, das intern von z. B. den Briten und Finnen heftig kritisiert worden war, da es kein wirkliches Einheitsangebot sei, trafen sich im April Vertreter des TUC und der russischen Gewerkschaften in London und gründeten das Anglo-Russische Komitee, um die internationale Gewerkschaftseinheit durchzusetzen. Dieses Komitee traf sich in der Folgezeit mehrere Male (17. 9. 1925; 8./9. 12. 1925; 30. 6. 1926; 23. 8. 1926; 23. 3. – 1. 4. 1927). Doch seine Ergebnisse blieben immer vage. Es war zwar immer wieder von den Bemühungen die Rede, die russischen Gewerkschaften in den IGB hineinzuziehen. Jedoch wollten sich die britischen Gewerkschaften zu nichts Konkretem verpflichten. Schließlich setzten sich die Auseinandersetzungen innerhalb der IGB-Führung fort, die auf dem Pariser IGB-Kongreß (August 1927) in einer offenen Konfrontation zwischen dem TUC und den meisten übrigen Delegationen gipfelten. Heftige gegenseitige Beschuldigungen, zu manipulieren oder Moskauer Agenten zu sein, wurden erhoben.

Doch die eigentliche Ursache für das Scheitern des Anglo-Russischen Komitees lieferte der britische Generalstreik im Mai 1926, der zur Unterstützung eines Bergarbeiterstreiks erfolgte. Als dieser vom TUC-Generalrat nach einer Woche ohne konkrete Resultate abgebrochen wurde, kam es zu heftigen Vorwürfen aus Moskau. Man sprach vom Verrat an den Bergarbeitern. Diese verblieben noch Monate lang alleine im Streik. Auch wenn noch mehrere Treffen des Anglo-Russischen Komitees erfolgten, es war damit paralytisch, so daß seine offizielle Aufkündigung durch den TUC-Jahreskongreß im September 1927 in Edinburgh faktisch nur noch einen Leichnam betraf. Diese Entwicklung war auch dadurch zustande gekommen, daß die einheitsfreundliche Linke im Generalrat ab dem TUC-Kongreß von 1925 zurückgedrängt worden war. Des weiteren war es nach dem Generalstreik zu heftigen Konfrontationen zwischen dem kommunistisch geführten Minority Movement und den britischen Gewerkschaftsführungen gekommen. Solange an die Gespräche von TUC und russischen Gewerkschaften Erwartungen auf eine wie immer geartete internationale Einheit geknüpft werden konnten, hatte das Minority Movement den Generalrat dabei unterstützt. Nun, nach dem Streik, stimmte es in die heftigen Verratsvorwürfe mit ein. Daraufhin griff der Generalrat geschlossen – sowohl sein rechter wie sein linker Flügel – zu Disziplinierungsmaßnahmen und drängte diesen Einfluß in den folgenden Jahren zurück, wozu allerdings auch die durch die Niederlage hervorgerufene Situation der Demoralisierung entschieden beitrug.

Vorübergehend hatte sich nach dem Scheitern des ›britischen Wegs‹ 1927/28 noch die Hoffnung eröffnet, über die skandinavischen Gewerkschaften eine neue internationale Einheitsoffensive zu starten. Die norwegischen und die finnischen Gewerkschaftsbünde waren international unabhängig. Sie hatten das Anglo-Russische Komitee unterstützt, ohne aber Mitglied werden zu können, da der TUC weitere Aufnahmen abgelehnt hatte. Nun trafen sich Finnen, Norweger und Russen im Februar 1928 in Kopenhagen und erklärten, gemeinsam für einen internationalen Vereinigungskongreß der Gewerkschaften kämpfen zu wollen. Doch trotz auch zusätzlich erfolg-

ter Gegenseitigkeitsverträge zwischen einzelnen norwegischen, finnischen und russischen Gewerkschaften erwies sich auch dieser Weg bald als eine Sackgasse, allerdings vor allem wegen der ab Sommer 1928 einsetzenden kommunistischen Neuorientierung.

Parallel zu diesen verschiedenen Gesprächen auf Führungsebene ab 1924 war es auch in zahlreichen der übrigen Amsterdamer Mitgliedszentralen zu Einheitsbemühungen gekommen, die sich jedoch fast ausschließlich auf die Mitgliederebene beschränkten. Im allgemeinen auf Initiative der Kommunisten und oftmals in Verbindung mit der Einladung von Arbeiterdelegationen nach Rußland hatten sich in vielen Ländern »Einheitsgruppen« gebildet, Sie gaben zumeist eine Zeitung unter dem Namen »Einheit« heraus und führten Kampagnen zur Unterstützung der internationalen Gewerkschaftseinheit und vor allem des Anglo-Russischen Komitees durch. Doch diese Gruppen kamen selten über den bloßen Einflußbereich der kommunistischen Parteien hinaus und ihr Mißerfolg wurde oftmals noch zusätzlich durch Auseinandersetzungen in den kommunistischen Parteien verstärkt. Im Verlaufe der Jahre 1927/28 schlieften diese Tätigkeiten ein, was aber auch Ausdruck eines kommunistischen Strategiewechsels war.

In dieser »Einheitsbewegung« hatte die RGI nur eine ambivalente Rolle gespielt. Der dritte RGI-Kongreß im Juli 1924, einen Monat nach dem IGB-Kongreß, hatte zwar die sich dort manifestierende Entwicklung zur Kenntnis genommen und sich ebenso für die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit ausgesprochen. Allerdings wurde darunter ein gleichberechtigter Zusammenschluß von IGB und RGI durch einen internationalen Gewerkschaftskongreß verstanden. Doch der IGB lehnte schon jeden Kontakt zur RGI ab. Nur allenfalls die russische Landeszentrale könne einen Platz in ihren Reihen beanspruchen. Die RGI stehe dagegen für Fraktionstätigkeit und in einer Reihe von Ländern sogar für Abspaltungen. Die RGI-Führung unter Lozovskij sah es mit Mißtrauen, daß in dieser Situation die russischen Gewerkschaftsführer um Tomskij die sich ihnen bietende Gelegenheit aufgriffen und mehr oder minder offen mit einem Beitritt zum IGB liebäugelten, der auf Kosten der RGI gehen mußte. Ohne ihre stärkste Sektion konnte sie aber kein internationaler Faktor mehr sein. Hinter den Kulissen kam es deshalb zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen RGI und russischen Gewerkschaften. Doch solange auch die sowjetische Parteiführung um Stalin an die Kontakte zum TUC große Erwartungen knüpfte, konnte die RGI dagegen nicht vorgehen und war gezwungen, nach außen hin diese Politik mitzutragen.

Um ihr eigenes Gewicht dabei zu stärken, bemühte sich die RGI Führung zum einen, ihren organisatorischen Apparat auszubauen und ihre Mitgliedszentralen, vor allem die beiden westeuropäischen mit Masseneinfluß, zu stabilisieren. Doch noch aussichtsreicher schien andererseits der Umweg über die Kolonial- und Halbkolonialländer. Dies galt besonders für das ab 1925 von einer breiten revolutionären Bewegung erschütterte China. Im Mai 1925 trat der neugegründete chinesische Gewerkschaftsbund der RGI bei. Lozovskij selbst vertrat die RGI auf dem vierten chinesischen Gewerkschaftskongreß im Juni 1927. Doch da hatte die Revolution ihren Zenith bereits überschritten. Die nationalistische Guomindang brach mit den Kommunisten und erstickte blutig die Revolution.

Noch im Mai 1927 war auf einem ebenfalls in China stattgefundenen Kongress versucht worden, den von China ausgehenden Impuls um eine internationale Dimension zu verbreitern. Schon einige Jahre zuvor war von australischen Gewerkschaften – sie tendierten zur RGI – die Idee einer den gesamten asiatisch-australischen Raum umfassenden Gewerkschaftsföderation lanciert worden. Nun wurde das Pan-Pazifische Gewerkschaftssekretariat (Pan-Pacific Trade Union Secretariat *PPTUS*) gegründet. Es war formal von der RGI unabhängig, auch wenn die meisten Mitgliedsverbände ihr angehörten, unterstützte aber die RGI-Forderung nach Herstellung der Einheit durch einen internationalen Kongreß.

The ultra-left turn 1928/29

Mit dem Scheitern der chinesischen Revolution erwiesen sich die daran geknüpften Hoffnungen auf die Stärkung der RGI als illusorisch. Zusätzlich erbrachte die innere Entwicklung der Sowjetunion, erst die Ausschaltung der Linken um Trotzki Ende 1927 und dann im folgenden Jahr die der Rechten um Bucharin und den Gewerkschaftsführer Tomskij, eine grundsätzliche Neuorientierung der kommunistischen Politik. Der Festigung der Stalinschen Diktatur im Inneren durch Zwangskollektivierung und forcierte Industrialisierung entsprach eine ultralinke Wende in der internationalen Politik. Diese hatte unmittelbare Auswirkungen insbesondere auf das kommunistische Verhältnis zu den ›reformistischen‹ Gewerkschaften. Das noch von Lenin proklamierte Ziel ihrer Revolutionierung vermittels kommunistischer Fraktionsarbeit wurde verworfen. Sie wurden als Agenturen des ›Sozialfaschismus‹ und Werkzeuge in den Händen des Kapitals denunziert. Statt dessen sollten über die Vorstufe die Bildung »revolutionärer Gewerkschaftsoppositionen« selbständige »revolutionäre« (›rote‹) Gewerkschaften geschaffen werden.

Dieser Kurs wurde auf dem vierten RGI-Kongreß (17. 3. – 3. 4. 1928) eingeleitet und dann auf weiteren Konferenzen gegen z. T. erheblichen Widerstand sanktioniert. So wurde in Deutschland die eng mit der traditionellen Gewerkschaftsarbeit der Partei verbundene »Rechte« in den folgenden Monaten aus der Partei gedrängt. In der Tschechoslowakei spaltete sich der MVS, einer der beiden seit ihrer Anfangszeit zur RGI gehörenden Gewerkschaftsbünde mit Masseneinfluß in Europa. Die Mehrheit brach mit der RGI (und sollte 1930 zum sozialdemokratischen Gewerkschaftsbund zurückkehren). Zusätzlich verschaffte die Ablösung der russischen Gewerkschaftsführung um Tomskij Ende 1928, auch wenn sie primär aus innersowjetischen Gründen erfolgte, freie Hand.

Auf einer Konferenz am 30. 11./1. 12. 1929 wurde in Deutschland die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) gegründet, die schnell zum Vorbild für die Entwicklung in den übrigen Ländern erhoben wurde und dem neuen Kurs den Namen geben sollte.²⁶ Die Verschärfung des ultralinken Kurses wurde auf dem fünften RGI-Kongreß – dem letzten – bestätigt, der im August 1930 stattfand. Nach außen hin schien er durch die Zahl der vertretenen Organisationen und der Delegierten beeindruckend, doch de facto markierte er ihren unaufhörlichen Niedergang.²⁷ Der Anzahl der überall auf der

26 Zur RGO Werner Müller: Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) in Deutschland 1928-1933, Köln 1988.

27 Auf dem vierten Kongreß 1928 vertraten 421 Delegierte 49 Länder, auf dem fünften 538 Delegierte 60 Länder.

Welt verkündeten Gründungen revolutionärer Gewerkschaftsorganisationen stand der Rückgang des realen Einflusses gegenüber.

Das Scheitern dieser ganzen Politik ist exemplarisch am Beispiel der RGO in Deutschland anhand der zahlreichen taktischen Schwünge nachgezeichnet worden, mit denen die Führung den Rückschlägen begegnen wollte, ohne die Orientierung grundsätzlich zu ändern: Zuerst von 1928 bis zum Sommer 1929 die »Klärung«, d. h. die Durchsetzung des neuen Kurses in der KPD gegen die »Rechten« und »Versöhnler«, dann bis zum Sommer 1930 – als politische Vorbereitung – die Schaffung der RGO als Zusammenfassung der bisherigen Gewerkschaftsfraktionen und ihre Herauslösung aus den Gewerkschaften, drittens – als organisatorische Umsetzung – die Gründung eigener Organisationen während des Winters 1930/31, die ironischerweise »Einheitsverbände« genannt wurden, und schließlich bis zum 30. Januar 1933 die Bemühungen, das Scheitern dieser Politik durch verschiedene taktische Manöver – z. B. durch Beschwörung der Fraktionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften – zu kompensieren. Die Entwicklung in den übrigen Ländern folgte im großen und ganzen parallel.²⁸

Nirgendwo gelang es der RGI, neue revolutionäre Gewerkschaftsverbände mit wirklichem Masseneinfluß zu formen. Überall hatten die neuen RGOs geringere Anhängerschaft als zuvor die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen in den noch nicht gespaltenen Verbänden. In den wenigen Fällen, in denen die RGI über bereits existierende Gewerkschaftszentralen verfügte, ging deren Einfluß stark zurück. Faktisch war die RGI darauf reduziert, wie Trotzki das dann 1933 schrieb, »nothing more than a Communist party, or part of a Communist party, only under another name« zu sein.²⁹

Diese Politik hatte ihre scheinbare Legitimation durch die Weltwirtschaftskrise und die dadurch hervorgerufene Massenarbeitslosigkeit erhalten. Doch tatsächlich hatte die Wende der kommunistischen Gewerkschaftspolitik ja ein Jahr zuvor, als Ausdruck der Politik Stalins, eingesetzt. Allerdings gewann sie durch die Krise bei sich radikalierenden Teilen der Arbeiterschaft Glaubwürdigkeit, da sie bei den »reformistischen« Gewerkschaften keinen Rückhalt mehr fanden. Ironischerweise gaben die RGOs die Arbeit unter den Erwerbslosen bald an die kommunistischen Parteien ab. Nachdem am 25. März 1931 ein »internationaler Erwerbslosentag« von den Parteien und den RGOs durchgeführt worden war, beschloß im August 1931 eine Konferenz dieser Parteien und RGOs, die Erwerbslosenbewegung gänzlich aus dem organisatorischen Rahmen der RGOs auszugliedern.³⁰

Die Wende der RGI 1928/29 hatte auch ihre Auswirkungen auf die Arbeit in den Kolonialländern. Das PPTUS wandte sich von jeglicher Forderung nach internationaler Einheit mit den »Klassenverrättern« ab, was zum Bruch mit den Gewerkschaften Australiens führte. Zusätzliche regionale Unterorganisationen wurden geschaffen: in Lateinamerika die Confederación Sindical Latinoamericano (CSLA); für Schwarzafrika, aber auch für die Karibik und den Süden der USA das Internationale Gewerkschaftskomitee der Negerarbeiter. Eine Zwischenstellung nahm die Internationale der Seeleute und Hafenarbeiter ein. Diese war zum einen eine revolutionäre Internationale

28 Sie ist allerdings noch nicht so gut erforscht wie das Beispiel Deutschland. Als Beispiele kurzer Überblicke siehe zu den USA das Kapitel »Red Unionism« bei Bert Cochran: *Labor and Communism. The Conflict that Shaped American Unions*, Princeton 1977, pp. 43-81, und zu Spanien Rafael Cruz: *El Partido Comunista de España en la Segunda República*, Madrid 1987, S. 119 f., 142-148. Nur in Großbritannien schafften es die Parteiführung und vor allem die kommunistischen Gewerkschaftskader, sich dem Moskauer Drängen nach Gründung revolutionärer Verbände zu entziehen, die – angesichts der Bedeutung der TUC – die Partei sicher endgültig in die Isolation getrieben hätte. Vgl. Martin, *Communism*, pp. 122-178.

29 *The Economic Onslaught of the Counter-revolution and the Unions*, in: *Writings of Leon Trotsky (1932-1933)*, New York 1972, pp. 169-172, hier pp. 170. Weiter fügte er hinzu: »This organization does not bind the party to the unions. Being, because of its small numbers, absolutely incapable of replacing the trade unions in the sphere of mass action, the RILU is at the same time incapable of influencing them from outside because it is hostilely opposed to them as rival organizations.«

30 Müller, *Lohnkampf*, S. 223 f. Siehe auch Lidia Schewtschenko: *Die Internationalen Kampftage gegen die Erwerbslosigkeit 1930 und 1931*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Nr. 3, 1988, S. 361-371; Dies.: *Erfahrungen der KI und RGI im Kampf*

um die Arbeitsbeschaffung Anfang der dreißiger Jahre, Nr. 2, 1989, S. 173-184.

für eine Branche, also ein »rotes« Berufssekretariat. Zum anderen sollte es besonders auf die Kolonialländer (aus denen sich ja ein Großteil der Schiffsbesatzungen auch der westeuropäischen Länder rekrutierte) einwirken. Alle diese »Unter«-Internationalen waren 1929/30 zwar unter beträchtlichem publizistischen Aufwand proklamiert worden, kamen aber über einzelne Anfängerfolge nicht hinaus und blieben letztlich marginal.

The dissolution under the sign of the popular front

Der 30. Januar 1933, die Machtergreifung des Faschismus in Deutschland, bedeutete auch das Scheitern der Politik der internationalen kommunistischen Bewegung. Die KPD stellte die stärkste Sektion der Komintern, die RGO hatte Vorbildfunktion für die RGI. Unmittelbar machten sich die organisatorischen Auswirkungen bemerkbar. Die RGI mußte ihren organisatorischen Stützpunkt, den sie bisher in Berlin für die Arbeit in Westeuropa hatte, verlegen: nach Kopenhagen und nach Paris. Doch politisch hatte das Debakel zunächst keine Folgen. Die ultralinke Politik wurde fortgesetzt, bis im folgenden Jahr – im Zusammenhang mit einem außenpolitischen Kurswechsel der Sowjetunion – die Wende zur Volksfrontpolitik zunächst in Frankreich erfolgte.

Dies hatte unmittelbare Folgerungen für die Gewerkschaftspolitik. Jetzt sprach man wieder von einer Einheitsfront zwischen den Organisationen. Sozialdemokraten und Gewerkschafter waren keine »sozialfaschistischen Verräter« mehr, sondern umworbene Bündnispartner. In zahlreichen Ländern lösten sich 1934/35 die »revolutionären« Gewerkschaften« auf und traten den Mitgliedsföderationen des IGB bei. In manchen Ländern, wo das Kräfteverhältnis entsprechend war, kam es sogar zu regelrechten Fusionsverhandlungen. Das galt vor allem für Frankreich, wo die Spaltung zudem schon 1922, also Jahre vor der kommunistischen Wende von 1928/29, erfolgt war. Im März 1936 erfolgte der Zusammenschluß. Die vereinigte Organisation nannte sich weiterhin CGT, so daß die Kommunisten deren Kontinuität akzeptierten wie ebenso weitere Bedingungen: Fortsetzung der Mitgliedschaft im IGB, Verzicht auf kommunistische »Zellenbildung« – zumindest nach außen hin – und auf die Übernahme politischer Ämter. Eine Folge davon war, daß kommunistische Gewerkschafter jetzt eine Präsenz im IGB – sei es als Delegierte auf seinen Kongressen, sei es in den Leitungsgremien – erhielten und dort auch sofort *internationale* Einheitsinitiativen, die auf den weltweiten Zusammenschluß mit den kommunistischen Gewerkschaften und der RGI abzielten, unterstützten.³¹

Tatsächlich hatte sich die RGI schon bald nach Beginn der nationalen Einheitsverhandlungen im März 1935 an den IGB gewandt und ein Treffen zur Unterstützung dieser Gespräche, aber eben auch zur Einleitung der internationalen Einheit vorgeschlagen. In seiner Antwort bekräftigte der IGB seine Haltung, die er schon Anfang der zwanziger Jahre eingenommen hatte. Es gebe keinen Platz für zwei Internationalen. Die kommunistischen Gewerkschaften und eben auch die RGI könnten sich nur auflösen und dem IGB und seinen Mitgliedsorganisationen beitreten. Folgerichtig hieß es bald, für die russischen Gewerkschaften sei unter bestimmten Bedingungen Platz im IGB; die weiteren Avancen der RGI wurden ignoriert.

31 Eine ähnliche Entwicklung galt z. B. für die neugegründete mexikanische Gewerkschaftsföderation, die Confederación de Trabajadores de México (CTM) mit ihrem prokommunistischen Vorsitzenden Vicente Lombardo Toledano. Auch von hier sollte sofort Unterstützung für entsprechende Vorstöße im IGB kommen. Dagegen blieb das große Gewicht der amerikanischen Kommunisten im neugegründeten CIO (Committee bzw. Congress of Industrial Organizations) auf internationaler Ebene ohne Bedeutung, da der AFL als Mitglied des IGB dem CIO den Beitritt versperrte, abgesehen davon, daß der kommunistische Einfluß sich vor allem an der Basis und weniger in der Führungsspitze niederschlug.

Die RGI, die übrigens diesen ganzen politischen Kurswechsel ab 1934 durchgemacht hatte, ohne daß dies von einem – eigentlich aufgrund der Statuten schon längst überfälligen – Kongreß auch nur diskutiert, geschweige denn beschlossen worden wäre,³² stand wieder vor ihrem alten Dilemma. Doch diesmal waren die politischen Vorgaben durch die sowjetische Führung noch drängender. Denn Stalin wollte ab 1934 mit allen Mitteln die Herstellung eines festen Bündnisses mit den Westmächten, wobei der IGB und seine bedeutendsten Mitgliedsorganisationen aufgrund ihrer Verbindungen zur Sozialdemokratie dafür für wichtig erachtet wurde.

Damit war um die Jahreswende 1935/36 angesichts der IGB-Weigerung, mit der RGI über eine »internationale Vereinigung« zu verhandeln, deren Schicksal besiegelt. Noch im Januar 1936 hatte ihr Generalsekretär Lozovskij versucht, weitergehenden Forderungen durch eine weitgehende Selbstbeschränkung, Reduzierung ihres Apparats usw. zuvorzukommen, was zumindest die Weiterexistenz sichern sollte. Doch es war jetzt der Kominternsekretär Dimitroff, der, nachdem er sich ebenfalls im Januar an Stalin gewandt hatte, offen die RGI für obsolet erklärte und über die Führung der Komintern die Auflösung der RGI in die Wege leitete.³³

Die entsprechenden Schritte erfolgten nun zwischen April und Juni sehr schnell. Hatte der RGI-Apparat in Moskau noch zu Jahresbeginn über 150 Mitarbeiter gehabt, waren es im April nur noch 100 und im Juni 50. Im April/Mai stellten die Leitungsorgane (Vollzugsbüro und Sekretariat) ihre Tätigkeit ein. An ihre Stelle trat eine von der Kominternführung eingesetzte »Gewerkschaftstroika« aus Lozovskij und den zwei Kominternführern Togliatti und Dimitroff. Im Juni stellten die publizistischen Organe der RGI ihr Erscheinen ein. In diesem Zeitraum beendeten auch die für die Kolonialländer zuständigen Unterorganisationen ihre Tätigkeit.

Zwar hatte man die Hoffnung, die RGI könne irgendwie gleichberechtigt mit dem IGB die Einheit herstellen, nun auch offiziell aufgegeben. Doch glaubte man noch an die Möglichkeit der Schaffung eines internationalen Einheitskomitees, durch das man auf den IGB Druck ausüben könnte. Doch der Londoner IGB-Kongreß im Juli bekräftigte seine alte Haltung: Alle noch nicht zum IGB gehörenden Gewerkschaftszentralen sollten beitreten, damit also auch die Russen, ohne daß man sie allerdings besonders heraushob. Die RGI fand nicht einmal mehr eine spezielle Erwähnung im Negativen.

Der daraufhin einsetzende Briefwechsel mit den Russen kann hier nicht im einzelnen nachgezeichnet werden. Er führte, auch nach z. T. heftigen Diskussionen in der IGB-Führung, ob und welche Zugeständnisse man ihnen machen könne, dazu, daß eine Delegation im November 1937 nach Moskau fuhr, um über konkrete Beitrittsbedingungen zu verhandeln. Die Forderungen der Russen, die nicht auf »Beitritt«, sondern auf »Einheit«, d. h. eine Art Fusion von IGB und russischer Landeszentrale hinausliefen, sollten aber schließlich vom IGB auf mehreren Tagungen bis zu seinem Kongreß im Juli 1939 nicht akzeptiert werden. (Erst 1945 sollte es nach der Gründung des Weltgewerkschaftsbundes – wenn auch nur für vier Jahre – eine »einheitliche« Gewerkschaftsinternationale geben.) Doch hatte das Treffen unmittelbar danach, als das schließliche Scheitern des russi-

32 Auf dem siebten Komintern-Kongreß im Juli-August 1935 wurde allerdings die Volksfrontpolitik im nachhinein bestätigt. An ihrem Rande tagte eine Beratung der Delegierten mit Gewerkschaftsfunktionen, die die entsprechende Übertragung auf diesen Bereich diskutierte, nicht zuletzt auch unter dem Aspekt, wieweit man bei allen ideologischen Zugeständnissen den organisatorischen Einfluß der Kommunisten sicherstellen könne. Doch diese Beratung wurde geheim gehalten. Schließlich war sie ja keine direkte RGI-Tagung und nach außen hin gab sich die RGI als unabhängige Institution.

33 Auszüge des Briefs bei Adibekov, »O politike komunistov«, S. 102, der auch auf die generelle Praxis der Konsultation Stalins durch Dimitroff bei anstehenden größeren Problemen hinweist.

schen Aufnahmebegehrens noch nicht absehbar war, eine Konsequenz gehabt. Am 27. Dezember 1937 beschloß das Komintern-Sekretariat die einfache Auflösung der RGI, deren Vermögen weitestgehend von ihr übernommen wurde.

Auch dieser Beschluß wurde geheim gehalten, so daß im Mai 1938 die Zeitschrift der amerikanischen Syndikalisten schlichtweg von einer »verlorenen Internationale« sprach, von der man gar nichts mehr wisse.³⁴ Dieses Vorgehen hatte zweifellos seinen Hauptgrund darin, daß es vollkommen statutenwidrig vor sich ging. Über eine Auflösung – auch über entsprechende Schritte dahin – hätte nur die RGI selbst entscheiden können. Das noch immer geltende Statut der RGI von ihrem Gründungskongreß hatte dazu noch nicht einmal irgendwelche Bestimmungen vorgesehen. Doch wie der Auflösungsprozeß tatsächlich abgelaufen war, hatte er genau das angezeigt, was die RGI die ganze Zeit ihrer Existenz immer heftig bestritten hatte: Sie war von der Komintern abhängig, in der die eigentlichen Entscheidungen fielen.

34 »(...) that seems to have vanished without leaving a trace behind«. (Joseph Wagner: »The lost international«, in: One Big Union Monthly, Nr. 5, Mai 1938, pp. 20-23.)

Some conclusions

In der Rückschau auf den gesamten Zeitraum ihrer Existenz ist es offensichtlich, daß die RGI zum Zeitpunkt ihres Endes nicht mehr dieselbe wie zur Zeit ihrer Gründung war. Wenn sie zu Beginn tief vom syndikalistischen Impuls vieler ihrer Begründer geprägt war und wenn sogar die Bolschewiki ihre Bereitschaft erklärten, von ihnen zu lernen, hatte sie sich unter dem Einfluß der allgemeinen Transformation der kommunistischen Bewegung nach ihrer Bolschewisierung und Stalinisierung seit Mitte der zwanziger Jahre gewandelt. Während in der Anfangsphase die politische Betonung auf der industriellen Kampfbereitschaft gelegen hatte, auf dem Kampf gegen die »Gewerkschaftsbürokratie«, hatte sie bald darauf alle Charakteristiken eines bürokratischen Apparats angenommen. Einer der Gründe, der in den internen Diskussionen für ihre Auflösung gegeben wurde, war, daß sie ein Hindernis für die Kommunisten geworden war, Führungspositionen in den Gewerkschaftsführungen nach der Wiedervereinigung mit den Amsterdamern einzunehmen. Und industrielle Kampfbereitschaft war nun den Erfordernissen der Volksfrontpolitik untergeordnet. Die kommunistische Gewerkschaftsbewegung hatte nun solche Prinzipien angenommen, die es ihr nach dem Zweiten Weltkrieg in den entwickelten Ländern – wie z. B. in Frankreich oder Italien – ermöglichte, voll an dem für den Kapitalismus dieser Länder nach 1945 so charakteristischen »korporatistischen« oder »fordistischen« Kompromiß, wie er oft genannt wurde, teilzunehmen.

RUDOLF SAUERZAPF

Rosa Luxemburgs Eintreten für die russische Revolution von 1905 bis 1907

Der vorliegende Text handelt von der Russischen Revolution 1905 – und ist selbst ein historischer Text. In den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts im Entwurf verfaßt, blieb er unveröffentlicht. So ist dieser Text ein Dokument – ein Dokument aus der Wissenschaftsgeschichte der frühen DDR. Wir halten ihn in doppelter Hinsicht für interessant und veröffentlichen ihn deshalb ohne jede Aktualisierung.
Die Redaktion

Vor 100 Jahren, am 22. Januar 1905, begann die erste russische Revolution. Rund 200 000 gläubige Menschen – vor allem Arbeiter – versammelten sich in St. Petersburg vor dem Winterpalais, um dem Zaren eine Bittschrift zur Linderung ihrer Not und zur Verbesserung ihrer politischen Lage zu überreichen. Ohne Vorwarnung schoß die Palastwache in die Versammelten und tötete Hunderte von ihnen. Weitere Hunderte wurden verletzt. Das Massaker ging als der »Petersburger Blutsonntag« in die Geschichte ein. Im ganzen Lande – welches damals von der gemeinsamen Grenze mit dem Deutschen Reich über Mittelasien und Sibirien bis zum Pazifik reichte – antworteten die Volksmassen mit Demonstrationen und Streiks, die die Revolution einleiteten.

Der Petersburger Blutsonntag gab den Anlaß zur Revolution. Ihre Ursachen waren umfassender. Am Ende des 19. Jahrhunderts prägten tiefgehende soziale Widersprüche das autokratisch regierte Zarenreich. Die »Befreiung« der Bauern aus der Leibeigenschaft 1861 befreite sie tatsächlich von einem großen Teil des von ihnen bewirtschafteten Landes, das sie an die Großgrundbesitzer abtreten mußten. Viele von ihnen verloren damit ihre Erwerbsgrundlage und erlangten jene »doppelte Freiheit«, die sie schließlich der sich rasch entwickelnden Industrie als Arbeitssklaven zuführte. Durch den mit Hilfe vor allem französischen Kapitals ausgedehnten Eisenbahnbau nahmen der Bergbau und die Eisen- und Stahlindustrie einen bemerkenswerten Aufschwung. In den Randzonen des Russischen Reiches begehrten die unterworfenen Nationalitäten auf und widersetzten sich vehement der Russifizierung. Die gebildete Oberschicht – Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler – wandte sich gegen die Zensur und die geistige Bevormundung. Selbst in den liberalen Teilen der adligen Ständevertretung wurden Forderungen nach sozialen Reformen und einer Verfassung laut. Eine schwere Wirtschaftskrise, die nicht zuletzt durch den russisch-japanischen Krieg (1904 bis 1905) verursacht worden war, sowie die sich abzeichnende Nie-

Rudolf Sauerzapf –
Jg. 1929; Dr. phil.,
1952-1958 wissenschaftlicher Assistent bei Prof. Dr. Leo Stern (Deutsche Geschichte) und 1959-1965 bei Prof. Dr. Gerhard Bondi (Wirtschaftsgeschichte); 1965-1977 Betriebssoziologe im VEB Filmfabrik Wolfen; 1978-1982 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Berlin; zuletzt in UTOPIE kreativ: Die Vertreibung des Leo Kofler (mit dem Abschnitt »Der Fall Sauerzapf«), Heft 168 (Oktober 2004).

In den von Leo Stern herausgegebenen »Archivalischen Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« erschien anlässlich des 50. Jahrestages der russischen Revolution von 1905-1907 zwei umfangreiche Publikationen, an denen der Autor maßgeblich mitwirkte: Bde. 2/II – III Die Auswirkungen der Ersten Russischen Revolution von 1905-1907 auf Deutschland, Rütten & Loening, Berlin 1954/56 und Bde. 2/IV – VII Die Erste Russische Revolution von 1905-1907 im Spiegel der deutschen Presse, gleicher Verlag, 1961. Vgl. auch Rudolf Sauerzapf: Die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zur russischen Revolution von 1905, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Jg. III, 1953/54, gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, Heft 1.

derlage Rußlands spitzten die inneren sozialen Widersprüche zu und lösten Anfang 1905 eine Streikbewegung aus.

Zu diesen objektiven Ursachen der Revolution hatten sich auch bereits ihre Subjekte – die politischen Parteien – gebildet, die den Unruhen *ihren Weg* und *ihr Ziel* zu geben beabsichtigten. 1898 wurde die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR)* gegründet, die sich 1903 in *Bolschewiki* und *Menschewiki* teilte. 1902 entstand aus lokalen Narodniki-Gruppen die *Partei der Sozialrevolutionäre*. Diese drei Parteien waren die Träger der Revolution. Aber auch von liberalen Adligen kam auf dem Semstwo-Kongreß 1904 die Forderung, ein Parlament (Duma) einzuberufen und den Staat in eine konstitutionelle Monarchie umzuwandeln. Diese liberalen Kreise bildeten in der 1. Reichsduma die Partei der Kadetten. Die konservativ-reaktionären Kreise der russischen Gesellschaft nahmen das Oktobermanifest des Zaren 1905, das einzig den Zweck verfolgte, der Revolution den Wind aus den Segeln zu nehmen, als politische Plattform und nannten sich folglich *Oktobristen*.

Die Höhepunkte der russischen Revolution konzentrierten sich auf das Jahr 1905. Dem Blutbad von St. Petersburg folgten in nahezu allen Landesteilen Unruhen und Massenstreiks, die erstmals ausgeprägt politische Forderungen erhoben. Teile des Militärs beteiligten sich an den politischen Demonstrationen. International großes Aufsehen erregte der Aufstand der Matrosen des Panzerkreuzers »Potjemkin«. Im Oktober weiteten sich die politischen Massenstreiks zum allrussischen Generalstreik aus. In St. Petersburg trat zum ersten Mal ein Rat (Sowjet) der Arbeiterdelegierten zusammen. Dem Beispiel folgten Moskau und schließlich das ganze Land. Die Verhaftung des Petersburger Sowjets im Dezember beantworteten die revolutionären Gruppen – insbesondere die Bolschewiki – mit dem bewaffneten Aufstand. In Moskau und Warschau griffen die Arbeiter zu den Waffen. Beide Aufstände sowie einige spontane Bauernaufstände wurden im Laufe des Januar 1906 blutig niedergeschlagen. Damit war der Zenit der Revolution überschritten. Die Revolution endete in den Wortgefechten der jeweiligen Reichsduma, die mehrfach aufgelöst wurde, bis sie als Feigenblatt eines restaurierten zaristischen Absolutismus funktionierte.

Die russische Revolution von 1905-1907 war eine unter den Bedingungen des Imperialismus vor sich gehende bürgerlich-demokratische Revolution. Daraus folgt, daß Rußland unter fortgeschrittenen sozialökonomischen Verhältnissen und mit einem zahlenmäßig und politisch höher entwickelten Proletariat in die bürgerlich-demokratische Revolution eintrat, als das bei allen anderen europäischen Staaten der Fall war. Aus dieser Lage ergab sich nach Lenin »die Eigentümlichkeit der russischen Revolution«, die darin bestehe, »daß sie nach ihrem sozialen Inhalte eine *bürgerlich-demokratische*, nach ihren Kampfmitteln aber eine *proletarische* war«.¹ Die russische Arbeiterklasse stand an der Spitze der revolutionären Kräfte Rußlands und gab der Revolution ihr Gepräge. Rußland verwandelte sich endgültig aus einem Bollwerk der internationalen Reaktion zu einem Herd der internationalen Revolution. Lenin würdigte ihre Bedeutung mit der Feststellung: »Ohne die »Generalprobe« von 1905 wäre der Sieg der Oktoberrevolution nicht möglich gewesen.«²

1 W. I. Lenin: Ein Vortrag über die Revolution von 1905, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 6.

2 Derselbe: Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag Berlin 1954, S. 675.

Das Petersburger Blutbad vom 22. Januar 1905 fand in der deutschen Arbeiterklasse und darüber hinaus in breiten Schichten des Bürgertums und der bürgerlichen Intelligenz starken Widerhall. Rosa Luxemburg erläuterte eindringlich den Sinn und die Lehren der russischen Ereignisse. Mit deutlicher Anspielung auf die von einer servilen Geschichtsschreibung und Publizistik genährten Legende vom »sozialen Königtum der Hohenzollern« schilderte sie die Gründe für den »Bittgang des Proletariats«, der den Anstoß zu einer gewaltigen Volksrevolution geben sollte. Und sie stellte sarkastisch fest: »Es genügt, daß die erregte Volksmasse auf den formell kindlichen, tatsächlich furchtbaren Gedanken kommt, sich einmal ihren Landesvater von Angesicht zu Angesicht anzusehen und die Mythe vom »sozialen König- oder Kaisertum« verwirklichen zu wollen, damit sich die Bewegung ... in die Schlacht zweier Zeitalter verwandelt.«³

In Deutschland hatten die Arbeiter im Prinzip die gleichen ökonomischen und politischen Interessen wie die russischen Arbeiter. In Deutschland wie in Rußland lasteten auf der Arbeiterklasse der ökonomische Druck des Kapitals und der politische Druck des Absolutismus, auch wenn letzterer in Deutschland parlamentarisch verbrämt war. Aus dieser Gemeinsamkeit der proletarischen Interessen, aus der internationalen proletarischen Klassensolidarität resultierten die Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse, die durch die russische Revolution von 1905 ausgelöst oder beeinflußt wurden.

Als die Nachricht vom Petersburger Blutsonntag in Deutschland eintraf, standen im Ruhrgebiet bereits 155 000 Bergarbeiter im Streik. Durch den Ausbruch der Revolution in Rußland erfuhr die Streikfront der Bergarbeiter eine bedeutende moralische Stärkung. Dem Streik schlossen sich die 14 000 Bergarbeiter des oberschlesischen Reviers an. Am 9. Februar 1905 befanden sich von den insgesamt 268 000 beschäftigten Bergarbeitern bereits 220 000 im Streik, der auch noch auf die Aachener und Saarbrücker Reviere überzugreifen drohte.⁴

Nach dem Ausbruch der Revolution in Rußland nahmen die Streikkämpfe in Deutschland an Zahl und Umfang sprunghaft zu.⁵

Die großen Solidaritätsaktionen des gesamten deutschen Proletariats zugunsten der streikenden Bergarbeiter zeigten seine Kraft und seine Entschlossenheit, der Offensive des Monopolkapitals mit neuen, revolutionären Kampfmethoden entgegenzutreten. Rosa Luxemburg stellte fest: »Es ist eine gründliche Lektion revolutionären Optimismus, die uns durch die Petersburger Ereignisse erteilt wird.«⁶ Die Gründe dafür sah sie darin, daß »sämtliche ökonomischen Kampfobjekte des russischen Proletariats in der jetzigen Revolution auch für das deutsche Proletariat höchst aktuell« sind und »lauter wunde Stellen des Arbeiterdaseins« berühren.⁷ Ein heißer Drang nach Aufklärung über die russische Revolution hatte die deutschen Arbeiter ergriffen. Groß war das Verlangen, Rosa Luxemburg zu hören. Die Interessiertheit der Arbeiter öffnete ihr selbst die Gewerkschaftsversammlungen, die ihr bisher wegen ihres Kampfes gegen die reformistischen Gewerkschaftsführer verschlossen waren. Das war ein beachtlicher Erfolg für die revolutionäre Propaganda. Wegen ihrer engen Verbindung zur polnischen und über diese zur

3 Rosa Luxemburg: Der Bittgang des Proletariats, in: Die Neue Zeit, 23. Jg. 1904/05, 1. Bd., S. 713.

4 Vgl. Bericht des Innenministers von Hammerstein an Wilhelm II. vom 27. Januar 1905, in: Die Auswirkungen der Ersten Russischen Revolution von 1905-1907 auf Deutschland, a. a. O., S. 25 f.

5 Vgl. Rudolf Lindau: Probleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Dietz Verlag Berlin 1947, S. 58.

6 Rosa Luxemburg: Nach dem ersten Akt, in: Die Neue Zeit, 1904/05, 1. Bd., Nr. 19, 1. Februar 1905.

7 Dieselbe: »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften«, Verlag von Erdmann Dubber Hamburg 1906, S. 44.

russischen Sozialdemokratie, wegen ihres begeisterten Engagements für die Sache der russischen Revolution wurde Rosa Luxemburg deren Repräsentantin in Deutschland

Die Solidaritätsbeweise und -aktionen der deutschen Arbeiter verfehlten nicht ihren Eindruck auf die junkerlich-bourgeois Machthaber. So wurden von der überregionalen Konzentration von Polizeikräften anlässlich des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schlesien ausgenommen, »um für etwaige Arbeiterunruhen im Osten gerüstet zu sein«.⁸ Die preußische Regierung hatte die Möglichkeit einer Beeinflussung des Bergarbeiterstreiks in Oberschlesien durch die russische Revolution sofort erkannt. So finden wir im Bericht des Oberpräsidenten der damaligen Provinz Posen an den preußischen Innenminister vom 4. Februar 1905 den Alarmruf: »Der immer größere Dimensionen annehmende Aufruhr im Weichselgebiet läßt ... das Schlimmste befürchten.«⁹ Neben einigen Zugeständnissen an die streikenden Bergarbeiter blieb den Regierenden nur noch der Ruf nach Polizei und Militär.

Damit waren auch in Deutschland die Fronten klar: Die klassenbewußten Arbeiter und ihre politischen Sprecher standen auf der Seite der russischen Revolution und waren zu revolutionären Aktionen in Deutschland bereit. Gegen sie machten die junkerlich-bourgeois Machthaber mobil. Auf total falschen Positionen verharteten jedoch Opportunisten und Reformisten, die in der Gewerkschaftsbewegung und in der sozialdemokratischen Partei bereits leitende Funktionen erlangt hatten. Sie verkannten den Charakter der russischen Revolution von 1905 vollkommen. Sie sahen sie ausschließlich als einen Nachläufer der bürgerlichen Revolutionen Westeuropas an, nicht aber als Vorläufer der proletarischen Revolution. Sie verhielten sich deshalb auch nicht als Lernende zu ihr, sondern sahen überheblich die Vorgänge in Rußland an als einen Kampf, »bei dem es sich darum handelt, die elementarsten Grundbedingungen des modernen staatlichen Lebens erst zu erobern«¹⁰, als einen Kampf, der ihnen, den Staatsbürgern eines konstitutionellen »zivilisierten« Staates nichts zu sagen habe. Triumphierend rief Bebel auf dem Mannheimer Parteitag 1906 aus: »Wir haben im Deutschen Reiche das allgemeine Stimmrecht.«¹¹ Zwar wurden in Resolutionen »der Zähigkeit, der aufopfernden Hingabe und Begeisterung der Kämpfer« »höchste Anerkennung und Bewunderung« gezollt, man sprach ihnen die »wärmste Sympathie« und die »tiefste Verbundenheit« aus¹², aber nur die klassenbewußten Arbeiter und die revolutionäre Linke nahmen diese Versicherungen ernst.

Rosa Luxemburg hatte in Warschau an den Kämpfen der Revolution teilgenommen. Ihre Erfahrungen gab sie in der Broschüre »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften« wieder. Damit leistete sie wertvolle Arbeit für das Verständnis der russischen Revolution. Gründlich räumte sie auf mit der Vorstellung selbst sozialdemokratischer Kreise, daß der russische Proletarier »noch der Muschik, der Bauer mit langem Flachshaar, Fußlappen und stupidem Gesichtsausdruck« sei, mit den Leuten, die »der gegenwärtigen russischen Revolution ... mit Phrasen von ›krachenden Eisschollen‹, ›unendlichen Steppen‹, ›stumm weinenden müden Seelen‹ und dergleichen kra-

8 Vgl. Bericht des Innenministers von Hammerstein an Wilhelm II. vom 27. Januar 1905, a. a. O., S. 25 ff.

9 Vgl. Nr. 13 der Archiv. Forschungen in Bd. 2/1, a. a. O., S. XXVIII.

10 Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Mannheim 1906, S. 231.

11 Ebenda, S. 232.

12 Ebenda, S. 144.

chenden belletristischen Redensarten im Geiste bürgerlicher Journalisten« beizukommen versuchten, »und die mit gleichmäßig wohlwollender Ignoranz über die sozialen Probleme beider Hemisphären hinweg glitten«. ¹³ Denjenigen, die in der Vorstellung lebten, daß »der Proletarier im Zarenreich vor der Revolution durchweg auf dem Lebensniveau eines Paupers gestanden« habe, hielt sie entgegen: »Mit Paupers werden keine Revolutionen von dieser politischen Reife und Gedankenklarheit gemacht, und der im Vordertreffen des Kampfes stehende Petersburger und Warschauer, Moskauer und Odessaer Industriearbeiter ist kulturell und geistig dem westeuropäischen Typus viel näher, als sich diejenigen denken, die als die einzige und unentbehrliche Kulturschule des Proletariats den bürgerlichen Parlamentarismus und die regelrechte Gewerkschaftspraxis betrachten. ...« ¹⁴

In den Diskussionen um die Lehren der russischen Revolution von 1905 wurde der in ihr so erfolgreich angewandte politische Massenstreik zum Kriterium revolutionärer Einstellung und Gesinnung. Seit Jahren mieden die Partei- und Gewerkschaftsführungen die Diskussion dieses Kampfmittels. Jetzt ließen sich die Arbeiter nicht mehr hinhalten. Rosa Luxemburg und ihre Freunde propagierten mit Energie und hinreißendem Schwung die Erfahrungen der russischen Revolution. In zahllosen Reden und Aufsätzen widerlegten sie an Hand des russischen Beispiels die herrschende opportunistische These, daß in Deutschland der politische Massenstreik unmöglich sei. In der »Leipziger Volkszeitung« vom 21. März 1905 stellte sie gegen alle reformistischen Einwände klar: »Die russische Revolution führt ein neues Element in die Kampfmethoden des internationalen Proletariats ein ... Die russischen Arbeiter haben es den westeuropäischen Arbeitern vorgemacht, in welcher Weise man den viel erörterten Generalstreik praktizieren muß. Nicht durch eine einmütige Niederlegung der Arbeit in allen Städten und allen Betrieben, die an sich ein utopischer Gedanke wäre, sondern durch unermüdlige Arbeitseinstellungen bald hier, bald dort, durch Streiks, die den Gegner nie zur Ruhe kommen lassen, die in einer anderen Stadt oder in einem anderen Betrieb aufflammen, sobald anderswo die Arbeit wieder aufgenommen worden ist, durch eine unaufhörliche Erschütterung des Kapitals, das seiner Natur nach Ruhe und Ordnung braucht, und endlich durch Desorientierung und Demoralisierung der Staatsgewalt.« ¹⁵

Unter dem Eindruck des russischen Beispiels setzten sich die Befürworter des politischen Massenstreiks auch in der deutschen Arbeiterklasse durch. Schon begannen sie im besonderen die Frage zu erörtern, ob nicht in Preußen mit Hilfe des politischen Massenstreiks das verhaßte Dreiklassenwahlrecht beseitigt werden könnte. In jedem Falle sahen sie im politischen Massenstreik ein Kampfmittel, um demokratische Rechte zu erobern oder zu verteidigen. Die deutschen Arbeiter zwangen die Führer der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, sich mit der Anwendung des politischen Massenstreiks zu befassen. Welche Befürchtungen die Hinwendung der Arbeiter zu revolutionären Kampfmitteln bei den herrschenden Kreisen hervorrief, geht aus einem Bericht des Polizeiamtes Leipzig hervor, worin es heißt: »Der Gedanke einer massenhaften Arbeitseinstellung zur Erreichung politischer Rechte oder bei Einschrän-

13 Rosa Luxemburg: Die Revolution in Rußland, in: Die Neue Zeit, 23. Jg. (1904/05), 1. Bd., S. 573.

14 Dieselbe: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, a. a. O., S. 37 f.

15 Die russische Revolution von 1905-1907 im Spiegel der deutschen Presse, a. a. O., Bd. 2/III, Dok. 54, S. 153.

16 Ebenda, Bd. 2/1, Dok. Nr. 9, S. 240/241.

17 Vgl. Protokoll der Verhandlungen des fünften Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten zu Köln a./Rh. vom 22. – 27. Mai 1905, Berlin 1905, S. 30 und S. 215.

18 Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Jena vom 17. bis 23. September 1905, Buchhandlung »Vorwärts« Berlin 1905, S. 141.

19 Ebenda, S. 284/285.

kung derselben hat in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft bereits so feste Wurzeln gefaßt, daß mit den Gefahren dieses revolutionären Mittels gerechnet werden muß.«¹⁶

Unter Mißachtung der gewerkschaftlichen Demokratie verschafften sich die reformistischen Gewerkschaftsführer, die Legien und Bömelburg, auf dem vorzeitig einberufenen Kölner Gewerkschaftskongreß eine ergebene Mehrheit. Sie bezeichneten den Generalstreik als »Generalunsinn« und forderten dazu auf, dafür zu sorgen, daß die Diskussion über den Massenstreik verschwinde und man die Lösung der Zukunft überlasse.¹⁷ Mit großer Entrüstung reagierten die Arbeiter auf diesen Versuch, einem entsprechenden Beschluß des Parteitages vorzugreifen. Unter dem Einfluß der russischen Revolution und unter dem moralischen Druck des durch sie revolutionierten deutschen Proletariats mußte der Parteitag der SPD in Jena 1905 die Frage des politischen Massenstreiks auf die Tagesordnung setzen.

Der Jenaer Parteitag der SPD im September 1905 stand ganz unter dem Einfluß der russischen Revolution. Er gab ihm eine vorwärtsweisende Kraft, eben jenen »revolutionären Optimismus«, den die russische Revolution – nach der Feststellung Rosa Luxemburgs – ausströmte. »Mit freudiger Genugtuung« begrüßte der Parteitag daher auch »das größte welthistorische Ereignis der Gegenwart, die russische Revolution«¹⁸. Den Höhepunkt des Jenaer Parteitages aber bildete die Debatte über den politischen Massenstreik. Sie war gekennzeichnet durch die heftigsten Auseinandersetzungen zwischen Reformisten und Opportunisten einerseits und den revolutionären Sozialisten andererseits. Gestützt auf die entschlossene Haltung der Arbeitermassen, setzten sich Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Clara Zetkin leidenschaftlich dafür ein, daß der Parteitag aus den Erfahrungen der russischen Revolution Lehren ziehen und den Massenstreik als eine revolutionäre Kampfform anerkennen sollte. Sie rissen die schwankenden Elemente mit und bereiteten den Reformisten eine Niederlage. Die den politischen Massenstreik betreffende Resolution des Jenaer Parteitages legte fest, »daß namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr ausdrücklich anzuwenden. Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenen Falles der Parteitag die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung.¹⁹ Trotz der in der Formulierung – »geeignet erscheinende Mittel«, »gegebenen Falles« und in der Umgehung des Wortes »Streik« durch »Massenarbeitseinstellung« – und in der Beschränkung des Massenstreiks auf ein im wesentlichen defensives Kampfmittel sichtlich vorhandener Mängel der Resolution war ihre Durchsetzung unzweifelhaft ein Erfolg der revolutionären Linken über die Reformisten.

Der Jenaer Parteitag übte auf den Kampf der Arbeitermassen eine anfeuernde Wirkung aus. Reformisten und Opportunisten waren vorübergehend an die Wand gedrückt. Noch hinderte sie die kraftvolle, von der russischen Revolution ausgelöste Bewegung daran, die Advokatenkniffe und Spitzfindigkeiten anzuwenden, die sie in

den Resolutionstext eingeschmuggelt hatten. Die Auswirkungen der russischen Revolution von 1905 führten somit in der deutschen Arbeiterbewegung zu erfolgversprechenden Ergebnissen.

Mit großer Besorgnis verfolgten die deutschen Polizeiorgane den Aufschwung, der sich in der deutschen Arbeiterbewegung vollzog. So stellte das Berliner Polizeipräsidium nach dem Jenaer Parteitag fest: »Die russische Revolution hat über die Grenzen des russischen Reiches hinaus Wellen geschlagen und auf die gesamte internationale Sozialdemokratie eingewirkt, die durch sie ... eine gewisse revolutionäre Energie empfing. Die ... ziemlich unvermittelt aufgetretene Neigung zu Straßendemonstrationen und Massenumzügen, die sich diesmal selbst bei den an sich nicht besonders dafür inklinierenden Sozialdemokraten deutscher Zunge gezeigt hat, ist sicher eine Folgeerscheinung der russischen Revolution.«²⁰

Das Polizeiamt Leipzig warnte vor der Annahme, daß die Sozialdemokratie ihren revolutionären Charakter ablege und sich zu einer Reformpartei ausgestalte. Es hob hervor, daß sie »vielmehr eine immer radikalere Richtung einschlägt, das zeigten auch die Verhandlungen des ... in Jena abgehaltenen Parteitages ...«²¹

Nach dem Jenaer Parteitag vergrößerten sich die politischen Spannungen außerordentlich. Die klassenbewußten Arbeiter beriefen sich darauf, daß der Beschluß des Jenaer Parteitages Massenarbeitseinstellungen auch vorsah, »um sich ein wichtiges Grundrecht zu erobern«. Sie forderten von der sozialdemokratischen Parteiführung die Anwendung des neuen Kampfmittels im Wahlrechtskampf. Auf seiten des junkerlich-bourgeois Staatsapparats nahmen die Vorkehrungen gegen sozialdemokratische Aktivitäten zeitweise hektische Formen an. Schon wurden neue Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie erwogen.

Die Parteiführung der SPD wich vor der Drohung mit einem neuen »Sozialistengesetz« zurück. Die Forderung nach der Anwendung des politischen Massenstreiks beantwortete sie dahingehend, daß der Wahlrechtskampf kein »gegebenen Fall« im Sinne der Jenaer Resolution sei. Damit wurde der ganzen Bewegung jede mögliche Wirkung genommen. Die kampfbereiten Massen wurden zurückgestoßen, demoralisiert und betrogen. Aber es sollte noch schlimmer kommen.

Der Kunde von der Niederlage des Moskauer Dezemberaufstandes und von Plechanows verzweifelter »man hätte nicht zu den Waffen greifen dürfen« folgte das deutsche Echo. Im Februar 1906 trafen sich der Parteivorstand der SPD und die Generalkommission der Gewerkschaften zu einer Geheimkonferenz, um ihre Differenzen in der Frage des politischen Massenstreiks beizulegen und ihr Verhältnis zueinander zu bestimmen. Diese 1 der Geheimabmachung zwischen Parteivorstand und Generalkommission lautete: »Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, den politischen Massenstreik zu propagieren (!), sondern wird, soweit es ihm möglich ist, einen solchen zu verhindern suchen.«²² Die »Einigkeit«, ein radikales Gewerkschaftsorgan, das durch Indiskretion den Inhalt des Abkommens erfuhr, publizierte ihn mit dem Alarmruf: »Achtet auf eure Tribünen!«²³

Ein Sturm der Entrüstung ging durch die deutsche Arbeiterschaft. Auf den Vorbereitungsversammlungen für den Parteitag in Mann-

20 Archivalische Forschungen, Bd. 2/1, a. a. O., Dok. Nr. 88, S. 234.

21 Ebenda, Dok. 91, S. 241.

22 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Mannheim 1906, S. 229/230.

23 Ebenda, S. 246 f.

24 Ebenda, S. 116.

heim 1906 wurden Protestentschließungen und Anträge an den Parteitag angenommen, in denen die Mitglieder massen forderten, »daß der Parteitag in Zeiten großer politischer Erregung ohne weiteres die Initiative zur Anwendung auch der stärksten Kampfmittel ergreift und die natürliche Erregung der Massen planmäßig und mit Bewußtsein auf dieses Ziel hinleitet«.²⁴ Von den insgesamt 17 Anträgen, die dem Mannheimer Parteitag zur Massenstreikfrage zugehen, waren 14 für Festhalten an der Jenaer Resolution und vor allem für ihre Verwirklichung. Diese 14 Anträge kamen von 13 Wahlkreisorganisationen und einem Landesverband. Ihnen entgegen standen ein Kompromißantrag Kautskys und die Anträge von Bebel und Legien, die ganz im Sinne der reformistischen Gewerkschaftsbeamten abgefaßt waren.²⁵

25 Ebenda, S. 115 f.

Trotz der eindeutigen Willensbekundungen der Parteibasis gelang es den reformistischen Partei- und Gewerkschaftsführern, dem Massenstreikbeschuß des Jenaer Parteitages eine solche unverbindliche Neufassung zu geben, der ihn als Mittel politischen Handelns ungeeignet machte. So bestand die Meinung der Delegierten zu Recht, daß Jena eine Fanfare war, Mannheim aber einer Schamade gliche. Kautsky verteidigte diesen Rückzug der Parteiführung mit der Notwendigkeit des Friedensschlusses zwischen Partei und Gewerkschaften.²⁶ Die Grundlage dieses »Friedensschlusses« findet ihren Niederschlag in der Resolution des Mannheimer Parteitages zur Frage des politischen Massenstreiks: »Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagsbeschuß zum politischen Massenstreik und hält nach der Feststellung, daß der Beschuß des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschuß, allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt. ... *Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.*«²⁷

26 Karl Kautsky: Der Parteitag von Mannheim, in: Die Neue Zeit, 25. Jg. (1906/07), 1. Bd., S. 10.

27 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1906, a. a. O., S. 305.

Rosa Luxemburg bemerkte zu dieser »Einigung« von Partei und Gewerkschaften spöttisch: »Ich befürchte, daß ... das Verhältnis der Gewerkschaften zu der Sozialdemokratie sich etwa im Sinne jenes bekannten bäuerlichen Ehevertrages gestaltet, wo die Frau dem Manne sagte: »Wenn wir in einer Frage einverstanden sind, so soll dein Wille geschehen; wenn wir auseinandergehen, soll nach meinem Sinne gehandelt werden.«²⁸ Die Bereitschaft der klassenbewußten Arbeiter, den Drohungen der junkerlich-bourgeois Machthaber die ihnen eigenen revolutionären Kampfmittel standhaft entgegen zu stellen, wurde von den reformistischen Führern in Partei und Gewerkschaften schmachvoll verraten.

28 Ebenda, S. 315.

Unter den zahlreichen Aspekten der russischen Revolution von 1905 und ihren weitreichenden Lehren sei noch der eine hervorgehoben: Das Verhältnis der sozialistischen Arbeiterbewegung zu Militarismus und Antimilitarismus, zur Frage von Krieg und Frieden. Zu den tiefgehenden sozialen und nationalen Widersprüchen im zaristischen Rußland, die letztlich zum Ausbruch der Revolution führten, kamen die Wechselbeziehungen von Revolution und militärischen Niederlagen Rußlands im russisch-japanischen Krieg von 1904/05 hinzu. Die Revolution fand in den besiegten, von der Offi-

zierskaste mißbrauchten und sich betrogen fühlenden Soldaten, von den in Uniform gesteckten Bauern und Arbeitern ihre natürlichen Verbündeten. Truppenmeutereien und lokale Militäraufstände erschütterten die wichtigste Machtposition des Zarismus. Der Matrosenaufstand auf dem Panzerkreuzer »Potemkin« war ein Menetekel für alle reaktionären Machthaber und wurde auch als ein solches verstanden.²⁹

Die russische Revolution beeinflusste auch die außen- und militärpolitischen Konstellationen. Durch seine Niederlage im russisch-japanischen Krieg hatte Rußland seinen Einfluß im pazifischen Raum verloren. Die preußisch-deutschen Machthaber und Wilhelm II. persönlich waren bemüht, die Bedrängnis Rußlands durch die Revolution dazu auszunutzen, Rußland dem französischen Einfluß zu entziehen. Dem diente u. a. die Begegnung Wilhelms II. mit dem Zaren am 24. Juli 1905 in den finnischen Schären bei Björkö. Wenn auch solche Versuche an der Haltung der russischen Regierung scheiterten, so hatte die Kaiserbegegnung von Björkö doch zur Folge gehabt, »daß in Rußland in weitesten Kreisen Deutschland und der Kaiser dafür verantwortlich gemacht worden ist, daß das Zarentum den Forderungen des russischen Volkes so heftigen Widerstand entgegengesetzt habe«. ³⁰ Rußland war durch seine zerrütteten Finanzen und die französischen Kapitalanlagen an Frankreich gebunden. Die preußisch-deutschen Machthaber mußten sich damit abfinden, daß der kommende Krieg ein Zweifrontenkrieg sein würde.

Im Herbst 1905 erregte eine Reihe militärischer Maßnahmen die deutsche und die internationale Öffentlichkeit. Den offiziellen Anlaß dazu gaben die organisierten Bittgesuche deutscher Landbarone in den baltischen Provinzen um militärischen Schutz gegen die »plündernden Bauern«. Ende Oktober 1905 wurde in Kiel die 3. Torpedodivision in Dienst gestellt. Anfang November lief sie »zum Schutz deutscher Reichsangehöriger in den Ostseehäfen« aus. Auch »eine militärische Sicherung der Grenze« wurde jetzt für »unvermeidlich« angesehen.³¹ Diese Vorgänge nährten die Befürchtungen, einer deutschen militärischen Intervention gegen die Revolution in Rußland. Das zu verhindern, war die deutsche Arbeiterklasse jedoch fest entschlossen. Eindeutig erklärte Karl Liebknecht, daß die deutsche Arbeiterklasse jeden Versuch, »der russischen Revolution aus Deutschland in den Rücken zu fallen, mit einer gründlichen Niederlage auch der preußisch-deutschen Reaktion« beantworten werde.³² Dieser Haltung der Arbeiterklasse mußten die junkerlich-bourgeoisenen Machthaber in Deutschland in den beiden Marokko-Krisen von 1905/06 und von 1911/12, in denen ein Kriegsausbruch mit Frankreich unmittelbar bevorstand, Rechnung tragen. Die Beziehungen zu Großbritannien spitzten sich wegen der forcierten deutschen Flottenrüstung außerordentlich zu. Deutschlands außenpolitische Isolierung war vollständig. Auf der Algeciras-Konferenz 1906 unterstützte selbst das verbündete Italien Frankreich gegen Deutschland.

Für jedermann war die wachsende Kriegsgefahr erkennbar. Das veranlaßte die deutsche und die internationale sozialistische Bewegung, in ihren Beschlüssen einen eindeutigeren Ton anzuschlagen. In der deutschen Sozialdemokratie wurde Karl Liebknecht zum unermüdlichen und prinzipienfesten Kämpfer gegen den Militarismus.

29 Vgl. Archiv. Forschungen, Bd. 2/IV, a. a. O., S. 450 ff.

30 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 11. Legislaturperiode, II. Session 1905/06, Bd. 4, S. 3450.

31 Vgl. Archiv. Forschungen ..., a. a. O., Bd. 2/I, Nr. 37, 38 und 39 der Quellen.

32 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD in Mannheim 1906, a. a. O., S. 282.

Zugleich widmete er auf nationaler wie auf internationaler Ebene der antimilitaristischen Bildung und Erziehung der Arbeiterjugend große Aufmerksamkeit. 1907 veröffentlichte er sein Buch »Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung«. In ihm entlarvte er das Zusammenspiel der deutschen Regierung mit der Rüstungsindustrie, vor allem mit dem Industriellen Friedrich Krupp, und er begründete die Notwendigkeit einer besonderen antimilitaristischen Bildung und Erziehung der Jugend. Dieses Buches wegen erhoben die imperialistischen Machthaber Anklage gegen ihn. Die Klassenjustiz verurteilte ihn zu anderthalb Jahren Festungshaft.

Die deutsche wie die internationale Sozialdemokratie nahmen auf Parteitag und Kongressen Grundsatzserklärungen zu ihrer Haltung zu den Fragen von Militarismus und Krieg an. Bis 1907 beschränkten sich aber alle diese Resolutionen auf politische Maßnahmen zur *Vermeidung* eines Krieges. Dementsprechend standen die Empfehlungen an die sozialistischen Parlamentarier auch an erster Stelle.³³ Dies änderte sich mit der Resolution des Kongresses der Sozialistischen Internationale 1907 in Stuttgart. Das Internationale Sozialistische Büro (ISB) legte dem Kongreß als Resolutionsentwurf wiederum die rituellen Empfehlungen und Forderungen vor, die aber einer Anzahl von Delegierten in Anbetracht der Erfahrungen der russischen Revolution und der akuten Kriegsgefahr nicht genügten. Mit dem Mandat der polnischen und russischen Sozialdemokratie nahm Rosa Luxemburg an den Beratungen des Kongresses teil. Außerhalb der Beratungen traf sie sich mit Lenin, der über kein Mandat verfügte. Aus der Analyse der militärischen Fakten, die im Zusammenhang mit der russischen Revolution auftraten, schlußfolgerten sie als Ergänzung der dem Kongreß vorliegenden Antikriegsresolution: »Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für eine rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.«³⁴ Die Antikriegsresolution *mit der Ergänzung*, die Lenin und Rosa Luxemburg ihr gaben, wurde vom Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart 1907 einstimmig angenommen und vom Sozialistenkongreß in Basel 1912 ebenso einstimmig und feierlich bekräftigt.

Bereits im Oktober 1905, nach den Zugeständnissen des Zaren an die Revolution und im Zusammenhang mit der deutschen Marokko-Provokation erwog der Chef des deutschen Generalstabs, Feldmarschall von Schlieffen, einen Präventivkrieg gegen Frankreich zu führen. Auch im Auswärtigen Amt fand die Absicht Zustimmung.³⁵ Sie stieß jedoch auf die Ablehnung Wilhelms II. In einem Brief an Reichskanzler von Bülow erklärte er, er wolle keinen Krieg, solange nicht ein festes Bündnis mit der Türkei bestände und ebenso mit allen arabischen und maurischen Herrschern. »Die Hauptsache aber wäre, daß wir wegen unserer Sozialisten keinen Mann aus dem Land nehmen könnten ohne äußerste Gefahr für Leben und Besitz der Bürger.« Daraus zog er die Schlußfolgerung: »Erst die Sozialisten abschießen, köpfen und unschädlich machen, wenn nötig per Blut-

33 Vgl. Jürgen Kuczynski: Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie, Akademie-Verlag Berlin 1957, S. 174 ff.

34 Die Resolution hat Eingang gefunden in Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1, Berlin 1958, S. 3.

35 Vgl. Archiv. Forschungen, a. a. O., Bd. 2/I, S. XLIX.

bad, und dann Krieg nach außen. Aber nicht vorher und nicht a tempo!«³⁶

Die Unterwerfung der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie unter die Herrschaft des Reformismus ersparte dem Kaiser solch grausames Vorgehen. Im nationalistischen Taumel des Kriegsausbruchs 1914 konnte er befreit aufatmen und versöhnlich erklären, er kenne keine Parteien mehr – nur noch Deutsche. Die SPD schloß mit den junkerlich-bourgeois Machthabern mit der Bewilligung der Kriegskredite einen »Burgfrieden«. Nur die russischen Bolschewiki unter Führung Lenins und nach der Überwindung ihres Schocks die Linken in der deutschen Sozialdemokratie unter Führung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts handelten im Sinne der Antikriegsresolutionen von Stuttgart und Basel. Lenin stellte die Aufgabe: »Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg!« Im gleichen Sinne sind die Losungen der deutschen Linken, die sich über die »Gruppe Internationale« zum Spartakusbund entwickelten, zu verstehen. Sie erklärten den Arbeitern »Der Hauptfeind steht im eigenen Land« und forderten statt des »Burgfriedens« den »Burgkrieg«.

Die Jahre vor dem 1. Weltkrieg waren durch eine Verschärfung der Klassenkämpfe um die Arbeits- und Lebensbedingungen, gegen die Versuche, die politischen Rechte der Arbeiterklasse einzuschränken, bzw. bestehende Einschränkungen zu beseitigen, gekennzeichnet. Nicht zuletzt vertiefte die permanente Kriegsgefahr alle innen- und außenpolitischen Widersprüche. Die russische Revolution von 1905-1907 gab auch dem Klassenkampf der deutschen Arbeiter einen mächtigen Auftrieb. Durch ihr Wirken in der russisch-polnischen und in der deutschen Arbeiterbewegung war Rosa Luxemburg wie niemand sonst dazu berufen, den deutschen Arbeitern die Ursachen und den Charakter der russischen Revolution zu erklären und die Lehren, die sich daraus ergaben, darzulegen. Sie trat am entschiedensten dafür ein, dem in der russischen Revolution bewährten politischen Massenstreik auch in der deutschen Sozialdemokratie als Kampfmittel zuzustimmen. Unter dem Druck der Parteibasis mußte der Jenaer Parteitag 1905 in Jena den politischen Massenstreik als Kampfmittel anerkennen. Jedoch nicht, ohne sich ein Hintertürchen offenzuhalten. Der Forderung, den politischen Massenstreik in den aktuellen Wahlrechtskämpfen anzuwenden, erteilte die Parteiführung eine Absage. Unter dem Einfluß der russischen Revolution aktivierten die deutschen revolutionären Sozialisten ihren Kampf gegen Militarismus und Krieg und für die antimilitaristische Erziehung der Jugend. Schließlich setzten Lenin und Rosa Luxemburg ihre Erkenntnis, daß die militärische Niederlage der reaktionären Machthaber günstige Voraussetzungen für die proletarische Revolution hervorrufe, in eine Ergänzung der Antikriegsresolution um, die die sozialdemokratischen Parteien auch nach Kriegsausbruch zur Fortsetzung und Intensivierung des Klassenkampfes verpflichtete. So wurden die Auswirkungen der russischen Revolution von 1905-1907 für die deutsche Arbeiterbewegung zu einem Höhepunkt in ihrer Geschichte. Doch der gewachsene Einfluß der reformistischen Partei- und Gewerkschaftsführer, die in der Wahrung der Legalität die Existenzbedingung der Arbeiterbewegung sahen und den Kampf für die

36 Bernhard Fürst von Bülow: Denkwürdigkeiten, hrsg. von Franz von Stockhammer, Bd. II, Berlin 1930, S. 198.

Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung auf den Parlamentarismus beschränkten, wurden alle Erfolge im Klassenkampf zunichte gemacht. So waren die Auseinandersetzungen in der SPD um die Lehren der russischen Revolution nicht nur Höhepunkt, sondern mehr noch der Wendepunkt in der Grundrichtung der deutschen Arbeiterbewegung.

GÜNTER WIRTH

Paul Feldkeller – mehr als ein »Privatgelehrter«

1947 brachte der von der Französischen Militärregierung lizenzierte Chronos-Verlag in Berlin-Wedding in einer Schriftenreihe, in der aktuelle Fragen in historischer oder philosophischer Perspektive behandelt wurden, eine Broschüre mit dem Titel »Psycho-Politik« heraus, in deren Vorwort es am Anfang hieß:

»Dies Buch ist noch kein Grundriß der politischen Psychologie, sondern befaßt sich vorwiegend mit der psychologischen Grundlegung der Umerziehung und Demokratisierung. Die Grundlegung für Völkerverständigung suche man nicht hier, sondern in dem Buch: ›Verständigung als philosophisches Problem. Das »Interesse« mit Rücksicht auf Weltfrieden, Erziehung und Recht« (Kurt Stenger Verlag, Erfurt 1928) ... Seiner pazifistischen Haltung wegen in der Zeit der Gewaltpolitik zur Makulierung verurteilt, aber vom Verfasser aufgekauft, ist es heute vergriffen ... Über das national befangene Denken und Urteilen ist Eingehendes in des Verfassers Buch: ›Der Patriotismus«, 1. Teil ... gesagt worden ...«

Diese Feststellungen bedeuten einerseits, daß der Verfasser der »Psycho-Politik« auf seine Weise zu dem Thema Stellung bezog, das damals nach der Zerschlagung des Hitler-Regimes das aktuellste wie das brisanteste war, nämlich das der Neuorientierung des deutschen Volkes. Womöglich auf dem Wege einer »Umerziehung« (reeducation). Andererseits stellte der Verfasser in dem knappen Vorwort klar, daß für ihn dieses Thema eigentlich nicht neu sei, und er konnte auf eine Reihe eigener Schriften hinweisen, die unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg veröffentlicht worden waren und in denen er Psychologie und Philosophie, Demokratie und politische Erziehung analysiert und Positionen formuliert hatte, die offenbar seinerzeit als »unzeitgemäß« erschienen. Im Untertitel der Schrift von 1947 tauchen denn auch diese Begriffe auf – ergänzt allerdings durch einen, der gleichsam neu war und das Stigma der Zeit nach 1945 trug: »Zur Demokratisierung, politischen Erziehung und *Säuberung*«. Brisant genug, daß diese Schrift nicht im territorialen Umfeld der Französischen Militärregierung geschrieben worden war. Das Vorwort ist lokalisiert und datiert: Wilhelmshorst bei Potsdam. April 1947. Der Verfasser: Dr. Paul Feldkeller, Leiter der psychologischen Dienststelle, Abt. für Arbeit des Berliner Magistrats.

1947 hat Paul Feldkeller in Wilhelmshorst gewohnt, auch noch Anfang 1948. Als im Februar 1948 die »Märkische Union« als Organ des Landesverbandes Brandenburg der CDU (freilich nur zweimal wöchentlich) zu erscheinen begann, fand man sehr bald, im

Günter Wirth – Jg. 1929, Publizist. 1973-1990 Chefredakteur beziehungsweise Herausgeber der evangelischen Monatszeitschrift STANDPUNKT; 1985-1993 Honorarprofessor für Neue und Neuere Kirchengeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; bis September 1990 Leiter der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe des Vorsitzenden der DDR-CDU, Lothar de Maizière. Zuletzt in UTOPIE kreativ: »Der Todesgang des armenischen Volkes«, Heft 169 (November 2004).

Der Text ist ein Vorabdruck der Einleitung zu einem Band mit Texten von Paul Feldkeller, der im Märkischen Verlag Wilhelmshorst (Dr. Klaus-Peter Anders) erscheinen soll. Dieser Verlag hat bereits herausgebracht bzw. plant herauszubringen Bände mit Arbeiten auch anderer, einst in Wilhelmshorst bei Potsdam ansässig gewesenener Schriftsteller und Übersetzer – so von Peter Huchel, Edlef Köppen und Karl Steinhoff (letzterer war der erste Nachkriegs-Ministerpräsident der Mark Brandenburg und der erste Innenminister der DDR).

März 1948, ein Feuilleton von »Paul Feldkeller, Wilhelmshorst«. Sicherlich war es der erste Chefredakteur des Blattes, Hans-Werner Gyßling, ein aus der Deutschen Demokratischen Partei hervorgegangener antifaschistischer Publizist mit weiträumigen kulturellen Interessen und dem Bestreben, bildungsbürgerliche Kräfte der Mark Brandenburg und der SBZ um das CDU-Blatt zu sammeln, der Feldkeller zur Mitarbeit eingeladen hatte. Gyßling konnte freilich nur wenige Wochen als Chefredakteur agieren – er wurde bald so krank, daß er seine Funktion aufgeben mußte.

Leider wissen wir (trotz Anfragen in Ämtern, Studien in Archiven, öffentlicher Aufrufe) nicht, wann Paul Feldkeller nach 1936 (damals wohnte er in Neubabelsberg) nach Wilhelmshorst gezogen und wann genau er vor dem November 1948 weggegangen ist. Möglicherweise hat er Ende Oktober 1948 in der Folge eines für ihn dramatischen Ereignisses, das überdies Signal objektiv entscheidender politischer Vorgänge war, Wilhelmshorst fluchtartig verlassen müssen.

Umriss eines Lebens

Versuchen wir, die biographischen Details, die aus den unterschiedlichsten Quellen zusammengesucht worden sind, so zu ordnen, daß wir wenigstens in Umrissen eine Vorstellung von Feldkellers Lebensweg gewinnen können; sein Werk kann freilich glücklicherweise in festeren Konturen vorgestellt werden.

Paul Feldkeller wurde am 12. April 1889 in Danzig geboren. Wo er Abitur gemacht hat und im einzelnen seinen Studien nachgegangen ist, konnte noch nicht ermittelt werden. 1913 wurde er jedenfalls in Tübingen mit einer 1914 erschienenen Dissertationsschrift »Untersuchungen über normatives und nicht normatives Denken« promoviert. Wenn er eine Zeitlang Vorlesungen in Tübingen gehört hat, kann man davon ausgehen, daß er dem damals dort lehrenden Pietisten Adolf Schlatter, vor allem aber dem Religionswissenschaftler Theodor Häring begegnet ist – Häring, der seinerseits schwäbischen Pietismus mit Ritschls theologischen Ansätzen zu verbinden wußte. Sein Doktorvater war der 1911 nach Tübingen berufene Karl Groos, der vor allem durch Arbeiten aus dem Umkreis von Psychologie und Ästhetik bekannt war – von ihm fühlte sich Feldkeller offenbar stark beeinflußt.

In das zeitliche Umfeld seiner Promotion vor dem Ersten Weltkrieg fällt die Veröffentlichung einiger Aufsätze Feldkellers, von denen der über »Die Logik des Eides« (in der Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 1912/13) auf spätere wissenschaftliche Interessen verweist. In der Zeitschrift für Ästhetik und allgemeine Kunstwissenschaft äußerte er sich (1914) über den Anteil des Denkens am musikalischen Kunstgenuß.

Daß auch Feldkeller im Ersten Weltkrieg Soldat war, ist daraus zu erschließen, daß er in dem 1918 (also wohl gegen Kriegsende) erschienenen, schon erwähnten Buch über den Patriotismus in einer Vorbemerkung zu den Anmerkungen dies angab: »Die Klassiker der Philosophie sind nicht nach den für wissenschaftliche Arbeiten allein maßgebenden Ausgaben zitiert. Diese waren dem *im Felde arbeitenden Verf.* (von mir hervorgehoben. G. W.) nicht zur Hand.«

Daß Feldkeller indes »im Felde« wissenschaftlich arbeitete, erwies, wie er vom wissenschaftlichen Ethos bestimmt war und wie er

gegen den Krieg und seine, zumal psychischen Folgen anzuschreiten bereit war. So ist nicht verwunderlich, daß nach dem Ersten Weltkrieg für Paul Feldkeller (er wohnte in Schönwalde – Mark) eine produktive Periode schriftstellerischer und publizistischer Tätigkeit einsetzte. Offensichtlich ist er damals in der glücklichen Lage gewesen, als »Privatgelehrter« zu arbeiten, d. h. ohne Bindung an eine Hochschule, aber in engem Kontakt zu Hochschullehrern und wissenschaftlichen Gesellschaften. Die von ihm verantwortete Herausgabe von Reichl »Philosophischem Almanach« 1-3 (1923-1926) und des »Philosophischen Weltanzeigers« 1-3 (1927-1931) brachte ihn allerdings in eine enge Verbindung zu dem seinerzeit bedeutenden philosophischen Verlag Otto Reichl in Darmstadt, in dem u. a. Rudolf Eucken, Hans Driesch, Hermann Graf Keyserling und Ernst Troeltsch publizierten bzw. publiziert hatten. In dem bei Reichl herausgekommenen Jahrbuch der Schule der Weltweisheit in Darmstadt »Der Leuchter«, dem Organ des Grafen Keyserling, war Feldkeller wiederholt als Autor vertreten (so schon 1921/22 mit dem Aufsatz »Das Weltapriori und der apollinische Mensch«). Keyserling, der Ende 1923 in Potsdam einen in der »Potsdamer Tageszeitung« ausführlich gewürdigten Vortrag gehalten hatte, blieb Feldkeller in seiner Arbeit zeitlebens verbunden.

Vier Arbeitsrichtungen

Wenn man Paul Feldkellers Veröffentlichungen in den zwanziger Jahren bis 1933 zu klassifizieren sucht, wird man im wesentlichen vier Arbeitsrichtungen feststellen können, die ihrerseits andeuten könnten, daß die Domäne dieses Schriftstellers die Grenzgebiete zwischen den Disziplinen, zumal Philosophie, Psychologie, Historiographie und dem, was heute Politologie genannt wird, gewesen ist.

Die *erste* Arbeitsrichtung hatten wir schon kennengelernt – in Gestalt der Schrift über den Patriotismus, die 1919 mit der Schrift über das Vaterland fortgeführt worden war. Neben »Ethik für Deutsche« von 1921 ist dann vor allem die über »Verständigung als philosophisches Problem« in diesem Arbeitsgebiet zu orten. Letztlich war es kein Zufall, daß Feldkeller nach dem Zweiten Weltkrieg den Anschluß an diese Schriften suchen und finden konnte, waren doch dort Themen fixiert, die er als Leitmotive neu aufnehmen und vor allem mit dem verbinden konnte, was er (ich unterstreiche es neuerlich) in den Grenzgebieten Philosophie/Psychologie geforscht hatte. Insofern gipfeln die Arbeiten von vor 1933 in der von 1947 und in dem letzten von ihm veröffentlichten, sein Gesamtwerk zusammenfassenden Buch »Wörterbuch der Psychopolitik« von 1967. Das »Buch über die Verständigung« war übrigens in der renommierten »Frankfurter Zeitung« am 20. Januar 1929 rezensiert worden, und zwar immerhin von Theodor Heuß, der es als »Katalog praktischer Seelenkunde« würdigte.

Die *zweite* Forschungs- und Arbeitsrichtung war philosophiegeschichtlich orientiert, und sie stand vornehmlich im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen bei Reichl. Hierbei hat sich Feldkeller nicht nur sozusagen eher traditionellen philosophiegeschichtlichen Fragestellungen gewidmet, etwa (in einem Sachwörterbuch) über

Würde man versuchen wollen, die Hauptrichtungen von Feldkellers Arbeiten zusammenfassend auf eine Formel zu bringen, dann könnte man sich dem anschließen, was in dem 1949 bei de Gruyter herausgekommenen »Philosophen-Lexikon« (allerdings noch ohne Berücksichtigung des »Unpersönlichen Denkens«, aber durchaus die »Logik für Kaufleute« einschließend) so formuliert worden ist: »Feldkeller bemüht sich um eine Logoslehre, bei der Logos oder Sinn niemals Objekt, sondern Seele und Subjekt bleibt, und um eine Reform der Logik, die im Gegensatz zu der bisherigen alle Gebiete des Geistes und Lebens umfaßt. Für Wissenschaft und intellektuelles Leben gibt es gültigerweise nur apodiktische Urteile. Alle probablen Urteile wie Handlungen sind unhaltbar. Für Religion, Philosophie, Jurisprudenz und Alltag sind Begriffe im üblichen Sinne von Allgemeinbegriffen sekundär. Primäre Bedeutung haben allein die »gleitenden Intentionen«, die wir uns erst hinterher in definierbaren »Begriffen« interpretieren. In sie ist die Logik zurückzuverlegen. Auch das Denken der Völker muß in seiner lebendigen Besonderheit erfaßt werden. Ebenso haben die verschiedenen Geistesgebiete verschiedene Denkstile. Endlich unterscheidet Feldkeller drei »Denkdialekte«. Er hat ferner, außer der Logik der Religion, die der Unterhaltung, des Briefes, des kaufmännischen Denkens, des Risikos und Verkehrsdenkens und vor allem die Logik der Politik, der Interessenbildung, der Verständigung der Personen, Klassen und Völker untersucht.«

die Philosophie des Geistes in Deutschland, Fichte, Schelling, Hegel (1930); nein, er ist, wie man heute sagen würde, innovativ vorgegangen und hat etwa in den »Kant-Studien«, der Zeitschrift der Kantgesellschaft, der Feldkeller seit 1920 angehörte, 1928 einen Aufsatz zur »Philosophisch-Geographischen Forschung« veröffentlicht, korrespondierend offensichtlich mit einem Aufsatz »Die Philosophie der Völker im Spiegel ihrer Gesellschaften« (in Reichls Philosophischem Almanach 1925/26). Schließlich hat er 1928 im Deutschen Kulturatlas »Karten und Texte« bearbeitet. In anderen Worten: Feldkeller hat gewissermaßen nicht nur verbal, sondern buchstäblich die Topographie der Philosophie und des philosophischen Diskurses beschrieben und vorgeführt. Im »Philosophischen Almanach« von 1924 hat Feldkeller überdies nicht nur über »Der Sinn des Als Ob bei Kant« geschrieben, sondern eine bemerkenswerte Arbeit über die Geschichte der philosophischen Zeitschriften publiziert; letzteres geschah erstmalig und erwies in der Einheit des präzisen geschichtlichen Urteils und der Exaktheit des Bibliographischen einen universalen Ansatz des Autors.

Paul Feldkeller wäre indes kein philosophischer Schriftsteller gewesen, hätte er nicht auch – die *dritte* Forschungsrichtung – systematisch-philosophisch gearbeitet, also einen eigenen denkerischen Impuls gegeben. Im Übergang von den philosophiegeschichtlichen Interessen kam dies in seinem Buch »Graf Keyserlings Weg zum Übersinnlichen« zum Ausdruck, dann aber vor allem in dem Paul Hofmann verpflichteten Buch von 1931 »Sinn, Echtheit, Liebe«. Um dies hier schon vorwegzunehmen, ist das Proprium Paul Feldkellers in dem 1949 bei de Gruyter in Berlin vorgelegten Buch »Das unpersönliche Denken« sowohl in dessen Weiträumigkeit wie in seiner Intentionalität klar faßbar. Er steht überdies im Zusammenhang mit der ersten Forschungsrichtung.

Schließlich hat sich Feldkeller *viertens* nicht nur marginal in fast allen seinen Büchern mit religionsphilosophischen, ja theologischen Fragen beschäftigt. Er hat dies in einer selbständigen Schrift thematisiert: »Die Idee der richtigen Religion«, 1921 in Gotha herausgekommen, und in der »Internationalen Kirchlichen Zeitschrift« hat er sich (ebenfalls 1921) mit »Glaubenspsychologie und Glaubenspädagogik« auseinandergesetzt. Vor allem aber ist der »Religion und Philosophie« in ihrer Spannung behandelnde Aufsatz von 1928 im Jahrbuch der Schopenhauer-Gesellschaft anzuführen. Es war daher in gewisser Weise folgerichtig, daß die Herausgeber des protestantischen Lexikonwerks »Religion in Geschichte und Gegenwart« für ihren Keyserling-Artikel (1959) auf Feldkeller als Autor zurückkamen.

Scheinbar aus dem Rahmen dieser vier Forschungs- und Arbeitsrichtungen fällt das erfolgreichste Buch Paul Feldkellers »Der Brief des Kaufmanns«, das zuerst 1924 publiziert wurde, 1960 in elfter, 1966 in zwölfter Auflage. Vor diesem offensichtlich populären Briefsteller kam 1921 in Glöckners Handelsbücherei in Leipzig »Logik für Kaufleute. Eine Denklehre für Geschäft und Alltag« heraus – ein offensichtlich für Feldkeller bezeichnender Titel; dieses Buch wurde auch in den Niederlanden übersetzt verlegt.

Paul Feldkeller und die Kantgesellschaft

Der Tatsache, daß wir über relativ wenige biographische Details verfügen (so wissen wir aus Briefen, daß er verheiratet war, aber fast nichts über die Familie), ist geschuldet, daß wir eine Art bibliographischen Überblick über Feldkellers *Lebens-Werk* vorangestellt haben, weil er möglicherweise erlaubt, letztlich doch ein biographisches »Gerippe« aufzustellen, von dem zu hoffen ist, daß es »mit Fleisch« ausgefüllt werden kann. Wie noch zu zeigen sein wird, ist Paul Feldkeller nach 1918 nicht nur das, was man »Vernunft-Republikaner« genannt hat, sondern er war eher einem militanten antinationalistischen Republikanismus zugewandt.

Von hier aus ist auch sein Engagement in der Kantgesellschaft und für sie zu würdigen. Die Kantgesellschaft war jene philosophische Gesellschaft, die Feldkeller im November 1947 in einem Aufsatz der »Neuen Zeit« als die 20 Jahre zuvor größte philosophische Gesellschaft der Welt charakterisierte, und als Autor der einschlägigen Artikel in Reichls Periodika wußte er, wovon er sprach. In den zwanziger Jahren (bis 1933/34) vereinigte die Kantgesellschaft in jeweils ca. 40 Ortsgruppen bzw. Landesverbänden (bis hin nach Japan, den USA und den Niederlanden) bürgerlich-demokratische, sozialdemokratische, auch einige wenige kommunistische Intellektuelle, vor allem aber Persönlichkeiten aus dem protestantischen, katholischen und nicht zuletzt aus dem jüdischen Bildungsbürgertum. Die rege Vortragstätigkeit der Ortsgruppen über philosophische, politische und geistige Fragen der Zeit (auch über Technik und Arbeitslosigkeit) gipfelte in der jährlichen Pfingstkonferenz an der Universität Halle-Wittenberg, wo die Gesellschaft 1904 begründet worden war, und die Jubiläumskonferenz von 1929 ist noch heute angesichts der Tatsache nicht vergessen, daß damals mit Carl Schmitt der zur Macht strebende autoritäre Totalitarismus und mit Willy Hellpach ein noch einmal aufbegehrender kämpferischer Liberalismus aufeinandertrafen.

Feldkeller, dessen Adresse damals mit Neubabelsberg, Potsdamer Chaussee, angegeben wurde, mußte sich darüber im klaren sein, was diese Entscheidung bedeutete, nämlich nicht schlechthin die für eine philosophische Gesellschaft, sondern die Parteinahme für eine Emigrantenorganisation, die von einem jüdischen exilierten Gelehrten geleitet wurde und in der sich die Elite der antinazistischen Intellektuellen, zumal der jüdischen Emigration, gesammelt hatte. Fügen wir hinzu, daß Feldkeller 1937 in der »Deutschen Rundschau« einen Aufsatz über Marienerscheinungen in Deutschland veröffentlicht hatte, so war dies wiederum eine (mindestens kultur)politische Entscheidung, war doch diese Zeitschrift bis zu ihrem Verbot in den frühen vierziger Jahren ein Organ des nichtnazistischen konservativen Bildungsbürgertums und der inneren Emigration und damit einer der wenigen öffentlichen Sammelpunkte nonkonformistischer Intellektueller.

Ansonsten wissen wir, daß Feldkeller 1934 und 1937 an den Internationalen Philosophenkongressen in Prag und Paris teilgenommen hatte und dort auch mit früheren Bekannten, die inzwischen emigriert waren, zusammengetroffen war. In Prag sprach er auf dem nicht zuletzt von Oskar Kraus, dem tschechischen Freund Albert

Geschäftsführender Präsident dieser Gesellschaft war bis 1933 Arthur Liebert, der Berliner außerordentliche Philosophieprofessor, der übrigens auch bei der Gründung der Potsdamer Ortsgruppe Anfang der dreißiger Jahre zugegen war. Diese Ortsgruppe, in der vor allem Gymnasiallehrer, aber auch Rechtsanwälte (u. a. der spätere CDU-Politiker F. Schleusener) tätig waren, sollte eine der wenigen sein, in der noch nach 1933 die Möglichkeit der Begegnung von nonkonformistischen Intellektuellen und Künstlern bestand – kein Zufall war es also, daß sich Herman Kasack und Peter Huchel erstmalig in einer Versammlung der Kantgesellschaft begegneten.

Liebert mußte 1933 emigrieren. Er ging nach Belgrad, kurz vor Kriegsbeginn dann nach England. In Belgrad hatte er 1936 eine Gesellschaft »Philosophia« begründet, die eine gleichnamige Halbjahreszeitschrift herausgab – in Anlage und Programm eine Art Kantgesellschaft in der Emigration (und dies zu dem Zeitpunkt, da in Deutschland obrigkeitliche Bemühungen im Gange waren, die Kantgesellschaft nicht nur gleichzuschalten, sondern zu eliminieren, ehe man sie in den frühen vierziger Jahren im Interesse der Europa-Ideologie des NS-Regimes noch einmal zu reaktivieren versuchte).

Es ist nun sehr charakteristisch, und deshalb gehen wir so ausführlich auf diesen Sachverhalt ein, daß zu den wenigen deutschen Intellektuellen im »Reich«, die sich zu dieser Gesellschaft bekannten, neben den noch nicht emigrierten jüdischen Gelehrten wie zum Beispiel

Edmund Husserl Paul Feldkeller gehörte – aus Potsdam übrigens Heinrich Döring, der Rektor der katholischen Marienschule.

Schweitzers, vorbereiteten Kongreß über Geophilosophie und Historiurgie, in Paris über die Personalität des Welt-Logos. Außerdem ist bekannt, daß er in den Feuilletons nicht direkt parteigebundener Zeitungen schreiben konnte, am häufigsten wohl in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung«, deren Feuilleton von Paul Fechter, dem regelmäßigen Gesprächspartner von Geheimrat Justi in der Potsdamer Orangerie und von Eugen Diesel im Krongut Bornstedt, geleitet wurde. So war Feldkeller auch als Sonderkorrespondent tätig, im April 1939 etwa bei der Hauptversammlung der Shakespeare-Gesellschaft in Weimar.

Aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs ist nur bekannt, daß Feldkeller (angesichts der schwierigen objektiven Verhältnisse und subjektiven Probleme kaum zu größeren Publikationen in der Lage) einem Buch seines Freundes Bernhard Hecke, »Die Tierseele«, Rostock 1940, einen Text über Raffael beisteuerte, der offensichtlich auf weiträumigen und intensiven, einen weiten Bildungshorizont aufweisenden Studien basierte, und diese wurden mehr als fünfzehn Jahre später selbständig publiziert.

Kontinuität und Neuorientierung erst in Ostberlin ...

Mehr wissen wir leider von Paul Feldkeller aus dieser Zeit (noch) nicht. Wenn er aber schon am 23. November 1945 mit einem Aufsatz im »Tagesspiegel« (alsbald nach dessen Begründung) in Erscheinung treten konnte, kann man mit Recht davon ausgehen, daß die unbestechlichen Antinazis unter den Herausgebern, Erik Reger und Walther Karsch, von der politisch-geistigen Haltung Feldkellers überzeugt waren. Walther Karsch war übrigens häufiger Gast in Potsdam-Bergholz, im Haus »Ucht« von Professor Kurt Breysig, dem bedeutenden Universalhistoriker, dessen Werk Feldkeller stark beeinflusst hatte. Überdies hat es möglicherweise persönliche Beziehungen zwischen Feldkeller und einem weiteren »Tagesspiegel«-Herausgeber, Edwin Redslob, Reichskunstwart der Weimarer Republik und 1948 Mitgründer der FU in Berlin, gegeben, hatte doch Redslob wie zeitweilig Feldkeller in Neubabelsberg gewohnt.

Feldkellers Aufsatz im führenden Westberliner Blatt war überschrieben: »Wider die Propaganda«, mit Bezugnahme auf »Friedrich Wilhelm Förster (!), Walter (!) Rathenau und andere, zumeist von rechts hingemordete edle deutsche Geister«, und mit dem zu allen Zeiten verkannten F. W. Foerster war nicht nur ein neuerlicher Bezug zu Potsdam, zum Vater Wilhelm und zum Bruder Karl in Bornim, gegeben, sondern auch ein Denkansatz beschworen, auf den Paul Feldkeller immer von neuem zurückkam (bis hin zur Widmung seines letzten Buches an ihn).

Wie dieser Aufsatz von 1945 gleichsam der früheste öffentlich nachweisbare Keim der Schrift von 1947 ist, so erst recht ein am 13. Juli 1946 im »Tagesspiegel« veröffentlichter Aufsatz: »Die Psychologie des Politischen«, der schon von seiner Überschrift her auf »Psycho-Politik« weist und letztlich auf das, was Paul Feldkeller nach 1945 in seiner Lehrtätigkeit an der Deutschen Hochschule für Politik und in deren systematischer Zusammenfassung in seinem Buch von 1949 beschäftigte, dann aber vor allem auch in seiner sozusagen hauptamtlichen Tätigkeit, nämlich in der praktischen An-

wendung von Erkenntnissen und Erfahrungen der Psychologie im Alltag, zumal im Arbeitsleben und in der Politik: Wahrscheinlich von 1946 an war Feldkeller in der Abteilung Arbeit des Berliner Magistrats, also des noch einheitlichen, tätig, wo er vor allem die psychologischen Eignungsprüfungen leitete; sein Arbeitsplatz war 1947/48 am Ostberliner Georgenkirchplatz.

Hatte Feldkeller in seinem ersten Artikel für den »Tagesspiegel« betont, es dürfe im neuen demokratischen Deutschland »nur eines« geben: »statt Tendenz, Zweckklüge und unlauterer Diplomatie nur mehr den reinen Willen ... zur Wahrheit und damit den Willen zur Erziehung zur Humanität«, so legte er den Akzent im zweiten Aufsatz auf Kritik an fortwirkenden Mangelerscheinungen im politischen Bewußtsein, die er in weiten Kreisen des deutschen Volkes, gerade meist bürgerlichen, ortete. Nicht ohne der Versuchung zu einer gewissen Typisierung widerstehen zu können, brachte er dennoch zwei unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg überall in Deutschland auftretende und schon von der materiellen Notsituation her gebotene Motive politisch-geistiger Neuorientierung auf den Punkt: Toleranz – in der Absage an alles Doktrinäre – und Zusammenarbeit im Neuaufbau über doktrinäre Grenzen hinweg (wie sie etwa in der SBZ bis 1948 in der Blockpolitik intendiert und praktiziert worden war).

Als Paul Feldkeller 1967 seine letzte größere Arbeit, gewissermaßen sein politisch-wissenschaftliches Testament herausgab, das »Wörterbuch der Psycho-Politik«, wies er im Vorwort (das er mit Hameln lokalisierte) darauf hin, daß er 1947/48 die Forschungsarbeiten hierzu in Ostberlin begonnen habe, und zwar nicht in Gestalt eines Universitätsinstituts, wohl aber einer »Forschungsstelle für die Psychologie des politischen Lebens« mit einer parallelen, »für Deutschland erstmaligen Vorlesung über ›Politische Psychologie‹ an der Deutschen Hochschule für Politik«. Es sei dort u. a. gegangen um »Psychographie der einzelnen Führer und Staatsmänner«, dann um die Problematik des politischen »Interesses«, weiter um psychopolitische Folgerungen und Anwendungen (Metanoia, Konvertitentum, »Überläufer« usw.), schließlich um die Abgrenzung gegenüber der psychologischen Kriegführung. Als denkerische »Gewährsmänner« seines Ansatzes nannte Feldkeller mit dem Grafen Keyserling, F. W. Foerster und Hellpach Persönlichkeiten, denen er sich besonders verbunden fühlte, weiterhin aber auch James Burnham und Karl Marx. Seit 1950 kam ein von Feldkeller verantwortetes Bulletin dieser Forschungsstelle heraus.

Paul Feldkeller hatte festgestellt, diese Arbeiten seien in Ostberlin in einer noch »fruchtbaren« Zeit begonnen worden, ohne daß er sie dort hätte weiter- oder zu Ende führen können. Mehr noch: Ende Oktober 1948 wurde seinem Wirken in Ostberlin ein dramatischer Schlußstrich gezogen.

... dann in Westberlin

Wie »Der Tagesspiegel« am 30. Oktober 1948 berichtete, habe Feldkeller sich bemüht, seine Arbeitsunterlagen und Forschungsmaterialien aus seinem bisherigen Ostberliner Büro herauszuholen, um diese in die neue Dienststelle der Abteilung Arbeit nach Westberlin

Wörtlich heißt es bei Feldkeller, der dabei offenbar auch positive Erfahrungen aus seiner behördlichen Tätigkeit reflektierte: »Der Deutsche hat mehr Anlaß als andere, seine politische Unbegabtheit durch politische Gewissensforschung auszugleichen. Mit der Erkenntnis seines Mangels an jahrhundertalter Erfahrung in Demokratie und Umgang mit andersdenkenden Völkern allein ist es nicht getan. Es ist richtig, daß der Deutsche zu stark im Doktrinären, Theoretischen verwurzelt ist und ihm die praktische Übung fehlt, den menschlichen modus vivendi auch mit dem politischen Gegner zu finden, den Sinn für die Imponderabilien menschlich-geselligen Zusammenlebens, für Takt und Toleranz zu entwickeln. Daraus entstand die deutsche Zersplitterung: religiös, politisch, wirtschaftlich, ohne die Kraft zur Synthese, während – rein doktrinär und dogmatisch betrachtet – der Deutsche sich gerade immer wieder um die Synthese bemüht hat, von dem Philosophen Nicolaus von Cues und seinem ›Zusammenfall der Gegensätze‹ angefangen bis zu Kants Antinomienlehre und zu Hegels ›Dialektik‹, aus deren ›Dynamik‹ sogar Hebbel seine künstlerische Betrachtung der Weltgeschichte entwickelte und deren philosophisch-professorale Tendenz Karl Marx zu wirtschaftlich-politischen Tendenzen weitete, um mit ihr praktische Weltgeschichte zu machen, deren unablässig fortwirkende Gesetze heute vor unseren Augen die Ereignisse abrollen lassen. Nur die politische Unzulänglichkeit verhinderte, daß eine Synthese der Gegensätze praktisch wirksam wurde.«

Im Frühjahr 1949 (es ist die Zeit der Blockade!) veranstaltete Feldkeller eine Übung über die rechtlichen Grundlagen der wirtschaftlichen Fürsorge in Deutschland, wobei er auch die einschlägigen Bestimmungen in der SBZ, in der ein »neues Fürsorgerecht gilt«, behandelte, etwa den Befehl 92 der SMAD (Verordnung über Sozialfürsorge für die Bevölkerung in der SBZ und ihre Durchführungsverordnungen). Im Anschluß hieran ging es um ein Seminar über »Begriffe und Formen der politischen Verständigung« (ein Feldkellersches Thema). Aus dem kleinen Aktenfaszikel aus dem FU-Archiv geht ziemlich schlüssig hervor, daß Feldkeller in einem persönlich nuancierten amtlichen Verkehr mit den Direktoren der Hochschule stand, zuerst mit dem SPD-Politiker Dr. Otto Suhr, dann mit dem CDU-Politiker Professor Dr. Otto Heinrich von der Gablentz (einem der Unterzeichner des Berliner Gründungsaufrufs der Partei). Im intimen freundschaftlichen Gedankenaustausch muß Feldkeller vor allem auch mit Ernst Tillich gestanden haben, einem Neffen Paul Tillichs, der in den fünfziger Jahren zu den vehementesten Vertretern der Linie Ernst Reuters gehört hatte, und mit Professor Dr. Gert von Eynern aus dem Mitarbeiterkreis der seinerzeit einflußreichen theoretischen Zeitschrift der Westberliner SPD »Das sozialistische Jahrhundert«. Die Dozenten der Hochschule für Politik, zu denen Feldkeller ein engeres Verhältnis hatte, repräsentierten also die hauptsächlichen Strömungen des seinerzeitigen politisch-geistigen Lebens in Westberlin.

zu bringen: der subjektive Fall Feldkeller im objektiven Prozeß der sich anbahnenden bzw. entwickelnden Spaltung Berlins und seiner Verwaltung. Feldkeller, so »Der Tagesspiegel«, sei von der Ostberliner Polizei (der »Markgraf-Polizei«, so genannt nach dem damaligen kommunistischen Polizeipräsidenten) an dieser Verbringung seiner Arbeitsunterlagen gehindert worden, so daß er diese »in einen Rucksack packte und diesen sich durch das Fenster zuwerfen ließ«; er »entkam mit seinem Rucksack den Verfolgern«.

Die Westberliner Zeitung wußte zusätzlich zu berichten – und es ist dies allerdings eine bezeichnende Signatur für Feldkellers Haltung: »Da er sich keiner gesetzwidrigen Handlung schuldig fühlte, ging er später zu einer Polizeidienststelle im Ostsektor, um nachzuweisen, daß es sich bei dem Material um sein Eigentum handelte. Dort wurde er »als Dieb« verhaftet.« Die sowjetamtliche Tageszeitung »Tägliche Rundschau« bezeichnete ihn als »Saboteur«.

Lange kann Feldkeller nicht in Haft gewesen sein, denn am 14. November 1948 schrieb er aus Berlin-Wilmersdorf, Mannheimer Str. 37, 4 Tr., einen Brief an den Hauptreferenten Reinhard im Magistrat von Groß-Berlin, Abt. Volksbildung, in der Mauerstraße (es ist nicht recht deutlich erkennbar, ob es sich schon um die sich neu formierende Abteilung in und für Westberlin handelt) einen Brief mit einer bezeichnenden Anlage, nämlich einem Memorandum über die Schaffung eines »Psycho-politischen Forschungs-Instituts« – wir sind wieder, diesmal von der Forschung und der Lehre her, im Zentrum von Feldkellers wissenschaftlichen Bemühungen (das Memorandum wie die folgenden Materialien liegen im Hochschularchiv der Freien Universität Berlin – HSA FUB – Fachbereich Politische Wissenschaft, Akten der ehemaligen Deutschen Hochschule für Politik – »Ausgeschiedene Dozenten«, 1949 ff., Buchst. C-F).

Seine Vorlesungstätigkeit an der Deutschen Hochschule für Politik (in der Weimarer Republik mit dem Namen von Theodor Heuß verbunden) nahm Feldkeller wahrscheinlich 1948 auf. Nachdem 1949 bei de Gruyter sein Buch über das »Unpersönliche Denken« erschienen war, bat er Anfang 1950 das Sekretariat der Hochschule, einen Aushang zu veranlassen, die Hörer/innen seiner Hauptvorlesung seien gebeten, sich zu melden, weil er ihnen kostenlos ein Exemplar des aus dieser Vorlesung herausgewachsenen Buches zukommen lassen wolle. Bis Ende März 1950 hatten sich 20 gemeldet, so daß von einer wesentlich größeren tatsächlichen Hörerzahl und damit einer effektiven Akzeptanz dieses Lehrers ausgegangen werden kann.

»Hauptberuflich« blieb Paul Feldkeller auch nach dem Oktober 1948 dem Umfeld der Abteilung Arbeit der neuen Verwaltung in Westberlin verbunden, zuletzt als Chefpsychologe des Landesamtes (das allerdings keinerlei Unterlagen hierüber zur Verfügung stellen konnte).

Philosophische Gesellschaft von 1947

Für Paul Feldkeller ist überdies ein publizistisch-philosophisches Unternehmen der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg von prägender Bedeutung gewesen, ja, in diesem Vorgang drückt sich recht eigentlich die objektive und die subjektive Tragik dieser (wie hatte er gesagt: noch fruchtbaren) Übergangszeit aus.

Wir hatten gesehen, wie tief Feldkeller in der Weimarer Republik der Kantgesellschaft verbunden gewesen war, und aus dieser Affinität, vor allem aber aus seiner Nähe zur Persönlichkeit Arthur Lieberts heraus hatte er sich (was nicht ohne Komplikationen war) zur Gesellschaft »Philosophia« in Belgrad bekannt. So lag es denn nahe, daß Feldkeller von vornherein alle Bemühungen unterstützen würde, die alte Kantgesellschaft, die von Hans Vaihinger, Arthur Liebert und Paul Menzer, nach 1945 zu neuem Leben zu erwecken.

Liebert kehrte zwar schon relativ früh, im Sommer 1946, aus der englischen Emigration heim, kam übrigens zunächst bei Professor Paul Hofmann (inzwischen Mitglied des Präsidialrates des Kulturbundes) unter, und in einer ersten Pressemeldung zu seiner Rückkehr war in der Tat vermerkt, er wolle sich neben seiner Lehrtätigkeit an der Berliner Universität (er wurde Dekan der Pädagogischen Fakultät) der Wiederbelebung der Kantgesellschaft widmen. Es sollte ihm dies aber nur noch für einige Wochen vergönnt sein: Liebert starb schon im November 1946.

Die bisher in Angriff genommenen Bemühungen um die Kantgesellschaft Lieberts griffen einige seiner Freunde und alten Mitstreiter auf, vor allem der Ordinarius für Soziologie an der Berliner Universität, Alfred Vierkandt (der sich übrigens auch wie Feldkeller zur »Philosophia« bekannt hatte). Vierkandt gelang es 1947 tatsächlich, die Tätigkeit der Kantgesellschaft neu in Gang zu setzen, allerdings unter den Rahmenbedingungen der SBZ – und das bedeutete, daß die Kantgesellschaft buchstäblich mit dem Kulturbund »verklammert« wurde: Es wurde nämlich eine Philosophische Gesellschaft im Kulturbund begründet, die sich – jedenfalls anfänglich – in einer Klammer als Kantgesellschaft bezeichnen durfte. Zweifellos kann man davon ausgehen, daß Vierkandt anfänglich von Paul Hofmann unterstützt wurde; dieser starb allerdings schon im März 1947.

Wenn wir etwas über diese Philosophische Gesellschaft (über einige Dokumente im Kulturbund-Archiv und einige Mitteilungen in der Kulturbund-Zeitschrift »Aussprache« hinaus) wissen, dann aus einem für damalige Verhältnisse ziemlich ausführlichen Bericht Paul Feldkellers in der Ostberliner CDU-Zeitung »Neue Zeit« über die erste große öffentliche Veranstaltung der Gesellschaft in Berlin im November 1947, in der der damals noch (ein Jahr) in Jena lehrende Professor Dr. Hans Leisesang über Marx und Kierkegaard sprach, also über ein Thema, das für die sich deutlich wandelnden Verhältnisse in der SBZ brisant genug war. Man bedenke, daß kurz danach, im Dezember 1947, der erste sogenannte Volkskongreß zur Spaltung der CDU führte: Jakob Kaiser und die meisten Mitglieder der Parteilührung wurden abgesetzt oder gingen weg. Noch nicht sofort, aber im Laufe der nächsten zwei Jahre veränderte sich die zunächst durchaus von Pluralität charakterisierte Atmosphäre im Kulturbund.

Wir haben gesehen, daß die subjektiven Positionen Feldkellers, wie sie in seinem Aufsatz in der »Neuen Zeit«, in seiner Lehre an der Deutschen Hochschule für Politik (dem späteren Otto-Suhr-Institut der FU) und in seiner Verhaftung signalisiert werden, in einem objektiven Zusammenhang stehen, nämlich in dem 1947/48 einsetzenden Prozeß der Spaltung Deutschlands, deutlich markiert in der Spaltung Berlins und seiner Verwaltung (November 1948). Die Spu-

Daher auch wird man sich nicht wundern, wenn Ende 1948, Anfang 1949 die Aktivitäten der Philosophischen Gesellschaft im Rahmen des Kulturbundes ausliefen und die Bemühungen um die Aufbereitung des Erbes von Arthur Liebert folgerichtig in Westberlin aufgenommen wurden. Es kam dort nicht zur Gründung einer Philosophischen Gesellschaft oder gar zur Wiedegründung der Kantgesellschaft (diese erfolgte erst in den fünfziger Jahren in der alten Bundesrepublik), wohl aber zu der jedenfalls zeitweiligen Edition einer Zeitschrift mit dem Charakter der »Kant-Studien« und der »Philosophia«: »Philosophische Studien«, herausgegeben von einem Kreis von Hochschullehrern und Intellektuellen, mit Professor Dr. Alfred Werner an der Spitze – und Paul Feldkeller gehörte zu diesem Kreis. Die Zeitschrift, die eine große Qualität auszeichnete, erschien von 1949 bis 1951 bei de Gruyter. Von Feldkeller erschien dort (1950) vor allem ein großer Aufsatz über die antike Lehre vom denkenden Sein, und es war der berühmte Pädagoge Gustav Wyneken, der Feldkellers Buch »Das unpersönliche Denken« in den »Philosophischen Studien« 1950 besprach.

ren des Kalten Krieges sind in diesem Prozeß abzulesen – und letztlich in der Biographie Feldkellers.

Von den letzten Jahren Feldkellers wissen wir wenig: Er war (dann nicht mehr in Wilmersdorf, sondern in Buckow, Bühler Weg 7, wohnhaft) bis 1956 im Landesarbeitsamt tätig, publizierte 1957 seine schon erwähnte Arbeit über die berühmte Freske Raffaels »Die Philosophie«, genannt »Die Schule von Athen«, sie übrigens im Selbstverlag »Verlag Philosophie und Leben« in Berlin-Buckow-West, und 1967 das schon mehrfach erwähnte Wörterbuch der Psycho-Politik, die konzise Zusammenfassung seines Gesamtwerks in der renommierten Sammlung Dalp des Verlages Francke in Bern/München. Wir hatten schon erwähnt, daß das Vorwort zu diesem Buch die Ortsangabe Hameln erhalten hatte. Offenbar dort ist Feldkeller am 20. Januar 1972 verstorben, wie eine zufällig aufgefundene Traueranzeige von Annemarie Feldkeller mit Tochter Ursula bezeugt – bezeichnenderweise wird dort Feldkeller als »Berufsphilosoph und Chefspsychologe a. D.« bezeichnet. Annemarie Feldkeller war seine zweite Frau. Seine erste, Frida Johanna Feldkeller geb. Krähe, war am 17. Januar 1958 »nach 43jähriger segensreicher Ehe« verstorben. Wenn Feldkeller in einer wiederum zufällig aufgefundenen Anzeige in einem antiquarisch erstandenen Buch geschrieben hatte, »für Trauer« sei »kein Anlaß, nur für grenzenlose Dankbarkeit«, dann war das offenbar darauf zurückzuführen gewesen, daß seine »glaubensstarke« Frau »leidgeprüft« (also wohl schwer krank) gewesen sei.

Syntagma ...

Wenn im folgenden beispielhafte Proben aus dem ebenso weiträumigen wie vielseitigen Werk Paul Feldkellers geboten werden, dann könnte letztlich ziemlich deutlich werden, wie scheinbar weit auseinander liegende, vordergründig kaum miteinander zusammenhängende Themenbereiche von einem Prinzip oder genauer: von einigen prinzipiellen Orientierungslinien geprägt sind. Wir hatten schon aus dem »Philosophen-Lexikon« zitiert, wie dort Logos oder Sinn auf Logik bezogen werden – im Zusammenhang mit »leitenden Intentionen«, und es ist sehr aufschlußreich, daß Feldkeller ausgerechnet in der Zusammenfassung der »Logik eines Kaufmanns« diese Elemente stark zur Geltung gebracht hat. Eine andere hauptsächliche Orientierungslinie (oder eben »leitende Intention«) war, worauf immer wieder hingewiesen worden ist, die der Psycho-Politik.

Gerade die »Logik eines Kaufmanns« (und die mehr als feuilletonistische Ergänzung des kaufmännischen Briefstellers) stellt klar, wie dieser philosophische Schriftsteller das logische Prinzip und die Sinnfrage des menschlichen Daseins nicht an einem philosophischen Himmel abstrakter Begrifflichkeit observiert, sondern im Alltag »normaler« Menschen – im Falle des Kaufmann-Buchs von Kaufleuten, Angestellten, Kunden. Und wenn er in diesem Buch, was naheliegt, die Frage nach den *Interessen* von Kaufleuten und Kunden stellt, von deren Versuch (so oder so), zur *Verständigung* zu gelangen und einen *Ausgleich* zu erreichen, dann sind dies eben aus dem Alltag gewonnene Aspekte, die bei Feldkeller den Charakter philosophischer Kategorien *sui generis* annehmen. Daher überrascht es

nicht, diese Aspekte bzw. Kategorien im Umfeld von übergreifenden Analysen der geistigen Situation (was vielleicht noch zu verstehen wäre) und in der Frage nach dem Sinn auf wiederum je eigene Weise zu entdecken.

Es gibt nun bei Feldkeller einen Begriff – er hat ihn von Rudolf Eucken, dem Jenenser Nobelpreisträger, übernommen –, der diese Kategorien gewissermaßen vernetzt (und mit ihnen andere Motive, die für Feldkeller Leit motive sind): Syntagma. Und das heißt bei ihm: »Dynamisches Apperzeptionsschema. Ausdruck und Begriff stammen von Rudolf Eucken (er hat den einheitlichen Gleichklang einer Kultur, z. B. des Barock, ihr Syntagma genannt). Dieselbe Erscheinung im kleinen, doch mit Motorik, ist die ›Fall-Welt‹ (ähnlich dem Magnetfeld mit Eisenfeilspänen): der Mensch fällt immer auf sein Interesse. Schon hier in der einzelnen Seele, insofern sich alle Vorstellungen nach dem Gravitationszentrum, dem ›Interesse‹ bzw. dem objektiven Geist hin orientieren und gestalten. Die Vorstellungen werden gesiebt, gruppiert, akzentuiert, ausgewechselt. Darum liest jeder Mensch die ihm gefallende Zeitung ... Das Syntagma ist (im Gegensatz zur Umwelt) nicht angeboren, nicht homogen, aber geschichtlich, hat Assimilierungs- und Abbauvorgänge und ist erkrankbar. Es kann gereizt und verletzt werden und ärgert den Inquisitor und den Parteifunktionär wie eine Körperverletzung. Das gesunde Syntagma gehört zur Normalausrüstung jedes Menschen. Der Mensch als ›weltoffenes‹ Tier (Nietzsche, Scheler) ...«

Zweifellos ist es die für Feldkeller charakteristische Einheit logischen Denkens und Reflektierens samt psychologischer Beobachtung und Analyse, in der dieser Begriff des Syntagma eine umfassende Bedeutung gewinnt und mit dessen Hilfe das Geflecht von philosophischer Bemühung, religiösem Glauben, politischer Ideologie und wirtschaftlichem Interesse (oder auch von deren jeweiligen Gegenpositionen, etwa Aberglauben oder politischer Parole) bestimmt wird. Syntagma wird so zum Ort, an dem der einzelne (und auf andere Weise die Masse) die Einflüsse der natürlichen, individuellen, familiären, sozialen, im engeren Sinne politischen und geistigen Umwelt in sich aufgenommen und zu seinem Standpunkt, seiner Weltanschauung, seiner (nicht nur intellektuellen) Haltung – mehr oder weniger – verarbeitet hat. Das Syntagma wird so auch zum Ort dessen, was wir heute »falsches Bewußtsein« nennen würden, und dieses in Zäsuren der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung (wie nach 1945 oder 1989/90) zu überwinden, würde bedeuten, das Syntagma zu transzendieren; man lese unter diesem Gesichtswinkel all das, was Feldkeller 1945 bis 1947 über Reeducation, Propaganda, »Säuberung«, Entnazifizierung geschrieben hat. Diese scheinbar vordergründigen alltäglichen Begriffe bekommen bei ihm vom Syntagma, von der Psycho-Politik her philosophische Relevanz und Transparenz.

Vergegenwärtigt man sich, was Feldkeller in der ersten Annäherung an diese Problematik – in der Zeit der ersten großen Zäsur unseres Jahrhunderts, der Ablösung nicht schlechthin der Monarchie durch die Republik, sondern des weltanschaulich-ideologischen Herrschaftssystems »Thron und Altar« durch Pluralismus – zum Patriotismus und zum Nationalismus geschrieben hat und wie er Ende

der zwanziger Jahre in der Analyse der objektiven geistigen Situation und deren Auswirkungen auf das Syntagma der einzelnen die Schattenseiten des Pluralismus in Gestalt des »Amerikanismus« und die Kehrseite von Vorstellungen sozialer Gerechtigkeit in Gestalt des »Bolschewismus« (heute würde man sagen: Stalinismus) festmachte, dann zeigte sich früh ein weiter Horizont geschichtsphilosophischen Denkens. Feldkeller war zweifellos Bürger, citoyen, er war bürgerlich in dem Sinne, wie es Thomas Mann in seiner Goethe-Rede von 1932 definiert hatte: Das Bürgerliche besitzt eine gewisse geistige Transzendenz, in der es sich selbst aufhebt und verwandelt. Feldkeller würde in der möglichen Aufnahme dieses bemerkenswerten Diktums an die Stelle des reflexiven »sich« das »Syntagma« gesetzt haben. Diese Standortbestimmung Feldkellers ist an den unterschiedlichsten Stellen zu entdecken, etwa auch dort, wo er charakteristischerweise Nichtkommunisten, zu denen er selber gehörte, und Antikommunisten, zu denen er sich nicht rechnete, unterschied.

... und Sinn

Das Syntagma hätte freilich einen letztlich allein positivistischen, aufs alltäglich Privatistische oder vordergründig Gesellschaftspolitische gerichteten, aber die Fülle des Lebens, gerade auch des geistigen Lebens, ignorierenden oder sogar verleugnenden Stellenwert, würde ihm nicht die Sinnfrage zugeordnet, also die bohrende Frage nach dem Sinn des Lebens. Ihr geht Paul Feldkeller im Anschluß an die Lehren Paul Hofmanns nach, und er bezieht wie in anderen Arbeiten gerade an dieser Stelle auch theologische Positionen in seine Analysen ein – Positionen und Einsichten, die ihn nicht nur als einen genauen Kenner des theologischen Diskurses seiner Zeit, sondern auch des kirchlichen Lebens, noch dazu in den sich gerade erst herausbildenden ökumenischen Dimensionen, ausweisen. So ist interessant, daß Feldkeller sehr genau die komplizierte Diskussionslage zu relevanten internationalen Fragen auf der Stockholmer Konferenz von 1925 über das »Praktische Christentum« kannte und an geeigneter Stelle hierauf einging.

Am weitesten eilte Feldkeller seiner Zeit dort voraus, wo er auf der letzten Seite seiner Schrift über Paul Hofmann jenen Prozeß der Säkularisierung, der damals in seinen Ansätzen im gesellschaftlichen Leben schon sichtbar war, aber weitgehend nur auf vordergründige Weise und überdies pejorativ behandelt wurde, erkenntnistheoretisch bzw. theologisch faßt und in seiner Formulierung das andeutet, was fünfzehn Jahre später Dietrich Bonhoeffer (»Widerstand und Ergebung«) ins Zentrum von theologischer Reflexion, Glaubensentscheidung und alltäglicher Haltung stellte, nämlich dieses »Etsi deus non daretur« (als ob es Gott nicht gäbe) ernst zu nehmen. Paul Feldkeller: »Der Philosoph legt ... den Rest der theologischen Maskierung ab, er säkularisiert sich vollständig. Er realisiert erstmalig den reinen Begriff von sich selber ... ›Wo ich dich finde, werde ich dich richten‹, spricht der Herr. Nämlich wo? Nicht nach dem Tode erst, nicht im Jenseits ... Der Erfüllungsort unserer Taten ... liegt allein in der ›Seele‹, im Ich ...« Sicher, Bonhoeffers Ansatz des »mündigen Menschen« greift weiter aus. Aber die Nähe von Feldkellers Bestimmungen ist unverkennbar.

Wenn ich damit das sozusagen Innovatorische an diesem philosophischen Schriftsteller hervorgehoben habe, so läßt sich hinzufügen, daß es noch andere Elemente des Innovatorischen in seinem Werk gibt. Auf eines war schon in der Entfaltung seines biographischen Wegs hingewiesen worden, auf Feldkellers Untersuchungen zur Geschichte der philosophischen Zeitschriften, aber auch der philosophischen Gesellschaften, also gewissermaßen die Bestimmung der Topographie der philosophischen Bemühungen, Auseinandersetzungen, Diskurse. Stellen wir hier allein das heraus, was Feldkeller in der Beschreibung der Typologie philosophischer Zeitschriften herausgearbeitet hat! Die hierbei von ihm entwickelten Kriterien könnten heute – angesichts der nicht mehr überschaubaren Fülle an Zeitschriften, Bulletins, periodischen Hochschulschriften, noch dazu unter Berücksichtigung der nunmehr zur Verfügung stehenden technischen Hilfsmittel – eine wichtige Orientierungshilfe bieten und allen Interessierten helfen, das für sie Wichtige vom weniger Wichtigen zu scheiden.

Insgesamt wird man sich – eine gewisse Anstrengung der Begriffe ist natürlich bei einem philosophischen Schriftsteller vorausgesetzt – in Paul Feldkellers Schriften, in seiner Welt, in seinem »Syntagma« nicht fremd fühlen, und selbst politische Urteile, die diesem zeitgenössisch entsprachen, kann man, ohne ihnen zustimmen zu müssen, mit Interesse zur Kenntnis nehmen. Nur im Blick auf eine nicht nur singular auftretende Position ist mir dies nicht gelungen, nämlich hinsichtlich Paul Feldkellers offensichtlicher Aversion gegenüber den schwarzen Amerikanern, den »Negern«.

Insofern könnte es mich interessieren, ob Feldkeller noch die Nobelpreisrede Martin Luther Kings von 1964 hat lesen können, in der es zur Problematik von Zweck und Mitteln, die bei Feldkeller eine so wichtige Rolle spielt, Formulierungen gibt, die ihn hätten aufhorchen lassen müssen, wenn ausgerechnet der Führer der Schwarzen in den USA so etwas sagen konnte: »Unser gegenwärtiges Problem ist, daß wir das innere Reich im äußeren verlorengelassen ließen. Wir haben zugelassen, daß der Zweck, zu dem wir leben, mit den Mitteln, durch die wir leben, nicht mehr Schritt gehalten hat ... Hier liegt die ernste Gefahr, das tiefe und quälende Problem für den modernen Menschen ...«

Es ist keine dialektische Volte, sondern es sind fortgeführte Überlegungen, die mich veranlassen, gerade mit dieser Wendung Martin Luther Kings meinen bisher erreichten Recherchen zum Leben Paul Feldkellers und meine vorläufigen Wertungen seines Werkes zusammenzufassen und damit einen zeitweiligen Wilhelmshorster vor der Vergessenheit zu bewahren.

Bisher kaum sondierte Tiefen

Immerhin waren es für die Analyse und Orientierung der westeuropäischen intellektuellen Öffentlichkeit bedeutende Persönlichkeiten wie der zeitgenössisch berühmte Nationalökonom Wilhelm Röpke, der in der »Friedenswarte«, der von Bertha von Suttner begründeten Zeitschrift, 1950 über Feldkeller und sein Buch »Das unpersonliche Denken« geschrieben und damit seine über die Zeit hinausweisenden Signaturen festgemacht hatte.

Diese philosophischen Studien Feldkellers, aber nicht nur sie waren bei aller Wissenschaftlichkeit von einem durchsichtigen, beinahe gegenwärtigen Stil geprägt, vor allem aber davon, wie dieser philosophische Schriftsteller seine umfassende Bildung mit einer gewissen Eleganz zur Wirkung zu bringen wußte (dies übrigens auch als der moderierende Redakteur philosophischer Almannache). Gleichzeitig wird zu unterstreichen sein, daß es Texte Feldkellers gibt, die eine gewisse Sprödigkeit zeigen, einen Sprachgebrauch, der gleichsam ins 19. Jahrhundert verweist. Die Weiträumigkeit der von ihm bearbeiteten Themen entdeckt man also auch in der stilistischen Darbietung. Daß ein solcher Schriftsteller mit einem seiner Bücher, ohne deren Anlage ändern zu müssen, in drei unterschiedlichen Systemen Erfolg haben konnte, mit seinem kaufmännischen Briefsteller, unterstreicht diesen Sachverhalt.

»Wir dürfen die Feststellung wagen, daß das Buch in der Analyse der unheimlichen seelischen Mechanismen unserer modernen Massengesellschaft und in der Bloßlegung der noch unheimlicheren Steuerung dieser Mechanismen durch die ›demokratischen‹ oder unverhüllt ›totalitären‹ Führer der modernen Massengesellschaft in bisher kaum sondierte Tiefen hinabdringt und zugleich Zusammenhänge aufdeckt, die bisher unbeachtet geblieben sind. Im Labor ein Genie, in der Wahlzelle ein ferngelenkter Tölpel, in seiner Werttaubheit von einfachen Menschen, die aber das Herz auf dem rechten Fleck hatten, beschämt – so erstand mitten unter uns der neue, moderne Typus des ahnungslosen subalternen Intellektuellen, des Offiziers, Gelehrten, der sich für die Weitergabe seiner Forschungsergebnisse an jede beliebige, auch verbrecherische Regierungsstelle und deren politische Ausschlichtung nicht mehr verantwortlich fühlt. Und doch liegt in der Übertreibung des unpersönlichen Denkens, des verantwortungslosen Spezialistentums durch persönliche Intelligenz die einzige Chance physischen Weiterbestehens und geistigen Fortschritts der Menschheit.«

MARIO CANDEIAS

Von Hegemonie bis Justiz

Zum Erscheinen des Bandes 6 des
Historisch-Kritischen Wörterbuches des Marxismus

I. Vom Ankommen der Flaschenpost im Hightech-Kapitalismus

Die Vorbereitungen für das historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus (HKWM) begannen schon 1984. Nach zehn Jahren erschien 1994 der 1. Band, seither folgte etwa alle 2 Jahre ein neuer Band. 2004 erschien der Band 6/I und nun – ganz frisch – liegt auch der Band 6/II vor. Beide decken die Stichwörter von H bis J ab, von Hegemonie bis Imperialismus und von Imperium bis Justiz.

Doch wozu überhaupt ein solches Wörterbuch? Nach dem Zusammenbruch der Staatssozialismen nebst der alten Weltordnung und der hegemonialen Etablierung des Neoliberalismus drohte der Marxismus sehr schnell aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängt zu werden. Zugleich bot sich aber auch die Chance, eine historisch-kritische Bestandsaufnahme zu leisten, jetzt – da die lähmende Entgegensetzung von Ost und West mit ihren unterschiedlichen Unterdrückungs- und Marginalisierungsformen kritischen Denkens auf-gebrochen war. Aber zunächst schien sich kritisches Denken im Moment des Geschichtsbruchs zurück zu ziehen.

Doch ein unerledigtes Projekt wird nicht einfach verschwinden, solange die Existenzprobleme, auf die es zu antworten begonnen hat, nicht gelöst oder bedeutungslos geworden sind. Nachdem die Bewegungen der 68er, dann der Frauen- und der Ökobewegung sich bis zu Beginn der 1990er Jahre nach und nach zersetzten (indem sie sich institutionalisierten und weitgehend im neoliberalen Projekt absorbiert wurden), galt es, das zerklüftete Wissen der unterschiedlichsten marxistischen Traditionen zunächst aufzuarbeiten und zu bewahren – einer Flaschenpost gleich, die an noch unbekannte spätere Empfänger gerichtet war und ist. Ein historisch-kritisches Wörterbuch kann sich dabei auf die besten Traditionen kritischen Denkens stützen, auf die Herätiker im Osten, auf den so genannten »westlichen Marxismus« – beide gehörten zu den härtesten Kritikern staatssozialistischer Kanonisierung des Marxismus-Leninismus (aber auch erstarrter westlicher Traditionsmarxismen) –, und galten jüngeren Marxisten als Referenzpunkte für einer Perspektive, in der »die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«. Nicht zu vergessen sind die Bewegungs-Marxismen, die Marxismen der Sache selbst, die anti-koloniale Erneuerung aus dem Süden, Feminismus etc. Unterschiedlichste plurale Formen von Marxismen oder angelaagerten Richtungen, die sich nicht aufeinander reduzieren lassen.

Nichtsdestoweniger gilt es, auch zur Staatsideologie geronnenen Marxismus zu betrachten, ihn ideologiekritisch aufzuarbeiten, seine

Mario Candeias – Jg. 1969, Politologe, Redakteur der Zeitschrift »Das Argument« sowie beim Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus; seine Dissertationsschrift »Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise« ist 2004 im Argument Verlag erschienen; zuletzt in UTOPIE kreativ: Erziehung der Arbeitskräfte. Rekommunifizierung der Arbeit im neoliberalen *Workfare-Staat*, in: Heft 165/166 (Juli/August 2004), S. 589-601.

Zum HKWM siehe in UTOPIE kreativ: Jan Rehmann, Michael Wuttke: »Eine epochale Leistung im Marxismus«. Workshop zur Marxismusrezeption des Historisch-Kritischen Wörterbuches, in: Heft 172 (Februar 2005), S. 172-177.

Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 4, Berlin 1964, S. 482.

Blockaden, Zensurbestrebungen, Verbrechen – aber auch seine Widersprüche, in denen sich hoffnungsvolle Versuche und widerständiges Denken immer wieder herausbildeten. Bei aller Distanz und harten Kritik geht es nicht um eine Abrechnung mit dem Marxismus-Leninismus, um Besserwisserei oder Nachtreten nach seinem Niedergang, sondern im Sinne Benjamins um eine rettende Kritik, die trotz aller Deformationen die rationalen Elemente und emanzipativen Impulse herausdestilliert. Ein solche Form der Kritik ist notwendig, um für zukünftige Gefahren der Ideologisierung emanzipativer Projekte durch Erfahrung gewappnet zu sein und gleichzeitig Errungenschaften des Denkens nicht dem Vergessen einheim zu geben.

Es gilt also, diese Pluralität von Wissensbruchstücken, die der Gefahr der geschichtsvergessenen Desartikulation ausgesetzt sind, vor dem Hintergrund gegenwärtiger Verhältnisse neu zu reartikulieren. Reartikulation meint dabei nicht eine neue/alte geschlossene Weltanschauung zu zimmern, ein kohärentes Ganzes zu präsentieren, sondern das, was der Herausgeber Wolfgang Fritz Haug mit Bezug auf Nietzsches »philosophieren mit dem Hammer« nennt. Die Form des Wörterbuchs liefert über die Struktur des Alphabets eine Ordnung, die selbst Unordnung darstellt, indem Zusammenhänge in unterschiedlichste Stichwörter auseinander gerissen werden und so zahlreiche Brüche und Verbindungen, unterschiedliche Neuansätze und Gegenpositionen ermöglichen, ohne in ein zusammenhangloses pseudo-pluralistisches Ganzes zu zerfallen. Denn alle Autoren sind angehalten, nicht nur ihre Position zu formulieren, als vielmehr auch die gegnerische Position anderer in der Geschichte und Aktualität bedeutsamer Autoren darzustellen und kritisch zu reflektieren. Heraus kommt keine unvermittelte, sondern eine dialogische Pluralität eines lebendigen Marxismus (zumindest im Prinzip).

Mittlerweile kann man vielleicht sagen, dass die ersten Exemplare dieser Flaschenpost an Land driften, auf neue Empfänger treffen. Seit nunmehr zehn Jahren hat sich eine transnationale globalisierungskritische Bewegung in ihren Anfängen herausgebildet. Die gesellschaftliche Auftreffstruktur hat sich angesichts wachsender Ungleichheiten, Unsicherheiten und Repräsentanzprobleme verändert. Gesellschaftliche Konflikte beginnen sich erneut zu verdichten. Nach anfänglichen medialen Erfolgen ist die Euphorie der ersten Phase von Protestbewegung abgeebbt. In den Bewegungen, gerade auch bei Jüngeren, wird das Bedürfnis nach kritisch-analytischen Werkzeugen und Begriffen wieder spürbarer. Das Interesse an erneuerter marxistischer und anderer Theorie wächst. Dafür sprechen nicht nur Kassenknüller wie Hardt/Negris Empire, sondern der Versuch, sich kritisches Wissen jenseits der geräumten Universitäten mühsam anzueignen – bei den Piqueteros, bei Attac, den Sozialforen auf lokaler, nationaler, europäischer oder auf globaler Ebene etc.

Dabei ist ein wesentliches Element der Arbeit am historisch-kritischen Wörterbuch von besonderer Bedeutung. Dieses Element lässt sich vielleicht als gramscianische Konstellation benennen. Antonio Gramsci hat in einem anderen Moment eines Geschichtsbruchs versucht, eine Neu-Begründung des Marxismus zu leisten. Der Hintergrund war zum einen die Niederlage einer zuvor rasant gewachsenen

Linken angesichts der faschistischen Herausforderung. Heute ist es die doppelte oder dreifache Niederlage von real-existierendem Sozialismus und real-existierendem sozialdemokratisch-reformistischem Keynesianismus – und mit ihnen wurden auch die übrigen, stärker kritischen Bewegungen in den Abgrund gerissen. Zum anderen waren Gramsci und die Linke der 20er Jahre mit der Entstehung einer neuen Produktions- und Lebensweise konfrontiert, des Amerikanismus und Fordismus. Heute sind es Hightech-Kapitalismus und Neoliberalismus. Nichts weniger als die Erneuerung marxistischen Denkens, jenseits der alten Gewissheiten ist zu leisten. Das erklärt auch den großen Stellenwert, den Gramsci – neben Marx und unzähligen anderen – einnimmt.

Von Beginn an geht es dem HKWM nicht einfach um die Bewahrung archäologischer Fundstücke des Marxismus. Vielmehr werden in anderen geschichtlichen Konstellationen entwickelte Begrifflichkeiten auf ihre Haltbarkeit und Nützlichkeit für die Klärung gegenwärtiger Verhältnisse geprüft, kritisch hinterfragt, bei Bedarf weiter entwickelt. Dieses Wörterbuch ist keine gelehrte Enzyklopädie, sondern muss sich für die Probleme und Auseinandersetzung heute und morgen als relevant erweisen, eingreifend zur molekularen Veränderung der Verhältnisse beitragen – ansonsten wäre es verzichtbar.

Der innovative Charakter des HKWM liegt auch darin, dass zahlreiche Stichworte, die nicht dem originären Marxismus oder irgendwelchen Traditionen entspringen, aufgenommen wurden. Sie repräsentieren Theoretisierungsversuche neuartiger oder virulent gewordener Problemlagen und Widersprüche, die zuvor nie in einem solchen Rahmen behandelt wurden. Das HKWM versucht, damit einen Impuls für ihre begriffliche Entwicklung zu setzen: ich nenne hier nur einige wenige aus dem Band 6: zuvorderst »hochtechnologische Produktionsweise«, »immaterielle Arbeit«, »Informationsarbeiter«, »Internet«, »Informationsrente«, »Hirnforschung«, »Heimarbeit/Telearbeit«, aber auch »Ich-AG« oder »informelle Wirtschaft« usw. Insgesamt sind es wieder über 170 Stichwörter in Band 6/I und 6/II. Es finden sich auch zahlreiche Stichwörter aus anderen Bereichen, die traditionellerweise nicht dem Marxismus zugerechnet werden, zu denen marxistisches Denken aber relevantes beizutragen hat: etwa aus dem Bereich Ökologie/Naturverhältnisse oder aus dem Bereich Feminismus/Geschlechterverhältnisse. Dieser letzte Bereich hat mittlerweile einen Umfang und eine Qualität erreicht, dass es sinnvoll erschien, ein eigenes *historisch-kritisches Wörterbuch des Feminismus* zu veröffentlichen. Der erste Band, herausgegeben von Frigga Haug, liegt inzwischen vor.

Historisch-kritisches Wörterbuch des Feminismus, Hamburg 2003.

II. Kritik der hochtechnologischen Produktionsweise

Anhand einiger beispielhafter Stichwörter aus dem Bereich Ökonomie und Arbeit soll versucht werden, die Arbeitsweise und Ergebnisse zu erläutern, warum eine marxistische Herangehensweise sich immer noch als mehr als nützlich, ja unverzichtbar erweisen kann, um die Neuartigkeit gegenwärtiger Umbrüche und gesellschaftlicher Konflikte zu greifen:

Das Stichwort *High-Tech-Industrie* beispielsweise widmet sich der Entwicklung von Schlüsseltechnologien und damit verbundener

»Eine Bestimmung der HTI kann an den sektoralen Strukturen fortgeschrittener kapitalistischer Ökonomien festmachen, aus marxistischer Sicht also an den Veränderungen des Gesamtprozesses der kapitalistischen Reproduktion und ihrer einzelnen Abteilungen.« HKWM, Bd. 6/I, S. 239.

»Zu Beginn des 21. Jh. ist die iA zunehmend durch flexibel integrierte transnationale Produktionsnetzwerke bestimmt, die die Vorteile einer konkurrenzziellen und zugleich komplementären Differenzierung von Produktions- und Arbeitsformen kombinieren.« Ebenda, Bd. 6/II, S. 1367.

neuer industrieller Branchen – dass es dabei um *Industrien* geht, die auch heute noch an der Spitze der Wertschöpfungskette stehen, zeigt schon einmal, dass von einem Ende der Industriegesellschaften und der mit ihr verbundenen Konflikte oder dem Ende von Ausbeutung und des Gegensatzes von Kapital und Arbeit etc. keine Rede sein kann. Allerdings haben sich die konkreten Formen von Arbeit, Konkurrenz und internationaler Arbeitsteilung verändert. Die High-tech-Unternehmen integrieren nicht mehr die gesamte Produktionskette unter einem Dach, sondern spezialisieren sich auf die entscheidenden Kernbereiche und verbinden dies mit neuen Formen der internen und externen Arbeitsorganisation. Produktionsentwicklung und Produktion werden dabei entkoppelt, letztere weitgehend an formal selbständige *contract manufacturer* übertragen, häufig sind das selbst transnationale Konzerne erheblichen Ausmaßes. Paradigmatisch steht dafür das Silicon Valley: als Prototyp intraregionaler Netzwerk- und Clusterbildung ist es gleichzeitig Zentrum globaler Produktionssysteme, in denen Spitzenunternehmen wie Intel, Hewlett-Packard, Cisco und Sun Microsystems technologische Schlüsselstandards setzen und auf diese Weise eine strikte Kontrolle fragmentierter Produktionsprozesse gewährleisten – bei relativer Autonomie der jeweiligen Standorte. Dies ermöglicht ihnen die Realisierung sog. technologischer Extraprofite. Das Stichwort *internationale Arbeitsteilung* zeigt, wie darüber hinaus gegenüber alten Formen der Arbeitsteilung das Lohnverhältnis global ausdehnt wird und Arbeitsformen des Hightech und Lowtech, von neuen und alten Arbeitsformen, von Autonomie und Hyperausbeutung transnational rekombiniert und verkoppelt werden. Während Netzwerk-Theoretiker wie Castells die neuen Technologien als exogenen Faktor bestimmen, der quasi von außen auf die Gesellschaft einwirkt, sie prägt, verortet eine marxistische Herangehensweise Technik selbst als soziales Verhältnis, Technik im engeren Sinne, Produktivkräfte, Produktions-, Verkehrs- und Kommunikationsverhältnisse werden durch gesellschaftliche Praxis vermittelt, erlangen in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ihre konkrete Form. Nicht die Entwicklung von Netzwerktechnologien hat zur Entstehung globaler Produktionsnetze geführt, vielmehr haben die bereits in den 50er und 60er Jahren betriebene Internationalisierung der Produktion, der Versuch, sinkende Profitraten durch räumliche Ausdehnung und dann Zersetzung nationaler Kompromisse zu stabilisieren – und nicht zuletzt militär-strategische Überlegungen –, entsprechende Impulse und Investitionen zur Entwicklung neuer Technologien freigesetzt. Technologische Entwicklung, Produktionsstrukturen und gesellschaftliche Auseinandersetzungen stehen also in enger Wechselwirkung.

Doch die gegenwärtigen Veränderungen gehen über den Bereich der Hightech-Industrien natürlich weit hinaus. Die neuen Technologien durchdringen die gesamte Gesellschaft. Eine neue Produktionsweise als Verhältnis von Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen setzt sich durch, verbindet sich mit einer spezifischen Lebensweise. Doch wie soll man diese gesellschaftliche Form nennen? Postfordismus ist ein weit verbreiteter Hilfsbegriff, der aber das Neue eigentlich unbenannt lässt, indem er es einfach dem For-

dismus begrifflich nachordnet, als dessen Verfalls- oder Krisenform fasst, ohne die eigene Qualität des Neuen zu begreifen. Das HKWM hat dafür keine fertige Lösung parat, versucht aber mit der Neuschöpfung von Begriffen wie *hochtechnologische oder informationstechnologische Produktionsweise* Schneisen in die Unübersichtlichkeiten des Übergangs zu schlagen. Im Zentrum dieser Produktionsweise steht nicht nur eine in Artefakten, etwa Chips, verkörperte Technologie, als vielmehr die Repositionierung des Wissens der unmittelbaren Produzenten, der Beschäftigten also, im gesellschaftlichen Produktionsprozess. Diese Repositionierung ist verbunden mit veränderten Subjektivitäten der Einzelnen, mit staatlichen Politiken der Requalifizierung und Vermarktlichung, mit veränderten Geschlechterverhältnissen etc. Die Verwissenschaftlichung und Subjektivierung der Produktion betrifft nicht nur die *high potentials*, die Hochqualifizierten, sondern dringt als Anforderung bis in die Bereiche des Niedriglohns vor. Das Kapital beansprucht die Subjekte nicht nur während der Arbeitszeit, begrenzt auf bestimmte funktionale Aspekte, sondern zunehmend total, ihre manuellen Fähigkeiten, wie ihre intellektuellen, einschließlich ihres Charakters, ihrer Psyche und Empathie. Selbstvermarktung, Beschäftigungsfähigkeit, unternehmerisches Denken werden auf das eigenverantwortliche handelnde gesellschaftliche Individuum übertragen. Die Ausbeutung abhängiger Arbeit durch zentrale Kontrolle wird dabei durch Delegation auf das arbeitende Subjekt in Richtung ›Selbstaussbeutung‹ verschoben. Diskursiv überhöht bündelt sich das Leitbild zukunftsfähiger Arbeitskraft im Bild der *Ich-AG*. Das entsprechende Stichwort fasst diese anvisierte Individualitätsform mit Begriffen wie Selbstregulierung der Arbeitskraft, Ökonomisierung des Arbeitsvermögens und Verbetrieblichung der alltäglichen Lebensführung. Die Grade der Selbstaussbeutung und Autonomie sind allerdings umkämpft und werden durch Zuschreibungen entlang Qualifikation, Klasse, Geschlecht und ethnisch/nationaler Zugehörigkeit überdeterminiert. Das Stichwort *Heimarbeit/Telearbeit* zeigt, wie darin ganz alte Formen hochtechnologisch reartikuliert werden. Mit der Computerisierung und Vernetzung werden Arbeitsformen, die mit der Entstehung des Fabriksystems als überkommen galten, frühkapitalistische Ausbeutung symbolisieren, nämlich Heimarbeit, als Telearbeit wiedergeboren und mit höchst widersprüchlichen Folgen von partieller Emanzipation und vertiefter Unterwerfung für die Einzelnen verbunden.

Sofern nicht einfach der Zerfall fordistischer Arbeits- und Lebensverhältnisse beklagt wird, steht in der gängigen Diskussion um das Neue ein Begriff besonders im Zentrum, der die Qualität der veränderten Formen der Arbeit zu fassen versucht: *immaterielle Arbeit*. Von neoliberaler Seite wurde die New Economy als Immaterialisierung der Ökonomie gefeiert: damit verbunden das Ende der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus, die Irrelevanz oder gar das Ende industrieller Arbeit und mit ihr gesellschaftlicher Gegensätze, sogar die Lösung der ökologischen Krise. Bereiche wie Finanzspekulation oder Werbung schaffen dabei angeblich die größten Werte. – Von linker Seite wird versucht, mit dem Begriff immaterieller Arbeit den Übergang vom alten Massenarbeiter zur Massenintellektualität zu

»Dabei wird der Arbeitsbegriff nicht nur über die Grenzen formeller gesellschaftlicher Arbeit ausgedehnt, sondern zudem auf alle möglichen intellektuellen, kommunikativen und emotionalen Tätigkeitsaspekte erstreckt, von der Finanzspekulation bis zum Kindergebären.« Ebenda, Bd. 6/1, S. 820.

fassen. Darunter fallen nicht nur die hochqualifizierten Tätigkeiten der so genannten Wissensarbeiter aus den Hightech-Industrien, sondern auch alle Dienstleistungstätigkeit, von den Call-Center-Agents bis zur Verkäuferin oder zum Putzmann, auch »affektive Arbeit« wie Zuwendung oder Pflege fällt darunter, bis hin zum Gebären von Kindern. Unterschiedslos werden alle neueren Formen von Tätigkeiten darunter subsumiert, alles ist »produktive Arbeit«. Hardt und Negri, die diesen Ansatz maßgeblich entwickelt haben – und zwar unter explizitem Rückgriff auf Marx, der in den Grundrissen den Prozess der Verwissenschaftlichung der Produktion in Ansätzen bereits gegen Ende des 19. Jh. zu fassen suchte – sehen durch die veränderte Stellung immaterieller Arbeit bereits die Kontrolle der Produktion in den Händen der unmittelbaren Produzenten – es fehle quasi nur noch an einem gemeinsamen Bewusstsein. Das Kapital habe seine produktive Funktion verloren und reproduziert sich nur noch parasitär. Da alle Arbeit produktiv ist und nicht mehr in Arbeitszeit gemessen werden könne, sei auch die marxische Werttheorie obsolet bzw. der Begriff des Werts wird *verrückt* verallgemeinert und damit sinnentleert – alles schafft Wert. Damit geht allerdings auch die kapitalistische Formbestimmung von Arbeit verloren, wird eine entscheidende Grundlage zum Verständnis von Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen preisgegeben.

Spätestens hier wird deutlich, warum eine historisch-kritische Herangehensweise unverzichtbar ist. Es geht nicht einfach um die Intellektualisierung von Arbeit oder die vermeintlich gleichwertige Anerkennung aller gesellschaftlichen Arbeiten, sondern um die genaue Analyse der gesellschaftlichen Organisationsformen der unterschiedlichen Arbeiten. Was unter dem Begriff immateriell gefasst wird, sind zumeist veränderte Formen der Lohnarbeit, ein gesellschaftliches Verhältnis von Arbeitskraftanbieter und kapitalistischem Arbeitnehmer, also Unternehmer. Letzterer wiederum kann aufgrund der erweiterten Produktivkräfte – und tendenziell stagnierender bis sinkender Löhne – sogar einen höheren Mehrwert daraus ziehen. Da es bei immaterieller Arbeit um intellektuelle Produkte oder Dienstleistungen geht, die man anders als die Produkte industrieller Arbeit, etwa Autos oder Waschmaschinen, nicht *anfassen* kann, glauben viele, das Neue als »immateriell« kennzeichnen zu können. Sehen wir mal davon ab, dass ich meinen Computer immer noch anfassen kann und die Dienstleistung eines Verkäufers auch keine Erfindung des neuen Zeitalters ist, bleibt eine schlichte Verwechslung der stofflichen Seite mit der gesellschaftlichen Formbestimmtheit von Arbeit. Gesellschaftliche Verhältnisse, haben wir gelernt, sind materielle Verhältnisse, warum also sollte die als Lohnarbeit organisierte intellektuelle Arbeit oder Dienstleistungstätigkeit nun nicht mehr materiell sein, nur weil ich sie nicht anfassen kann? Das wäre gut gemeinter Vulgärmaterialismus, dem es nicht mehr gelingt, die Verhältnisse kritisch zu durchdringen und die tatsächlich veränderten Ausbeutungsformen zu analysieren.

Eng mit der These von der Entmaterialisierung, die nicht einmal eine Entstofflichung ist, wenn wir den wachsenden Naturverbrauch bedenken, ist die Idee einer Wissens- oder Informationsgesellschaft verbunden. Ulrich Klotz, einer ihrer Vertreter, schreibt: »In einer In-

formationsökonomie wird Wert vor allem durch die Anwendung von Wissen vermehrt. Eine Wertschöpfung, in der Mehrwert nicht über Volumen geschaffen wird, unterscheidet sich in zentralen Aspekten von materieller – er meint stofflicher – Produktion, bei der sich die Produktionsfaktoren – (manuelle) Arbeit, Rohstoffe und Kapital – im Prozess verbrauchen. Im Gegensatz dazu ist Wissen eine Ressource, die sich nicht erschöpft, sondern durch ihren Gebrauch sogar noch vermehrt.« Erneut finden wir hier die Verwechslung von stofflicher Beschaffenheit der vermeintlichen Ressource und der gesellschaftlichen Organisationsform ihrer Produktion. Im Stichwort *Informationsrente* wird versucht zu zeigen, wie im Neoliberalismus Wissen als neuer Produktionsfaktor – als ob in früheren Zeiten kein Wissen im Produktionsprozess angewandt wurde – neben Kapital, Arbeit und Boden proklamiert wird. Einträchtig stehen die vier Faktoren nebeneinander, jeder trägt im Sinne der Neoklassik zur Wertschöpfung bei und wird gemäß seines Beitrages entlohnt – das Wissen etwas mehr, das Kapital noch etwas mehr, die Arbeit eben weniger (da Arbeit auf manuelle Arbeit reduziert wird). Abgesehen davon, dass solche Auffassungen der Mystifikation des Kapitals aufsitzen, die Marx in der trinitarischen Formel verspottet hat – zu »Monsieur le Capital und Madame la Terre« –, tritt nun das von der Arbeit abgetrennte Wissen als wertproduzierender Faktor, solche Auffassungen verdrängen, dass Wissen nicht wie Kohle im Boden schlummert, sondern durch Arbeit eingesetzt werden muss, bzw. die Produktion von Wissen selbst auf Arbeit – meist Lohnarbeit – beruht. In der Wissensgesellschaft steht Wissen also keineswegs frei zur Verfügung, charakteristisch ist vielmehr, dass die Produktion des Wissens nicht mehr nur vorwiegend in Wissenschafts- und Bildungsinstitutionen stattfindet, sondern zunehmend in Form von Lohnarbeit in privatkapitalistischen Unternehmen organisiert wird, die sich deren Ergebnisse aneignen. Die daraus erwachsenden technologischen Vorsprünge sichern nicht nur einen Extraprofit gegenüber der Konkurrenz, die Monopolisierung des Wissens ermöglicht zudem noch die Abschöpfung andernorts produzierten Mehrwertes durch so genannte Informationsrenten. Die Verwissenschaftlichung der Produktion vertieft darüber hinaus den Widerspruch zwischen dem zunehmend gesellschaftlichen Charakter der Produktion und ihrer privatkapitalistischen Aneignung. Während verwertungsrelevantes Wissen immer stärker in komplexen gesellschaftlichen Systemen erzeugt wird, wächst zugleich das Bestreben zu dessen Privatisierung und Monopolisierung in der Hand einzelner Unternehmen.

Mit dem Stichwort *Inwertsetzung* wird versucht, einen Begriff zu entwickeln, der diese Prozesse der Verwandlung der Ergebnisse allgemeiner Arbeit in Ware, ihre private Aneignung fasst. Dies schließt die Durchsetzung intellektueller Eigentumsrechte auf transnationaler staatlicher Ebene mit ein. Inwertsetzung betrifft dabei nicht nur neues Wissen, sondern beispielsweise auch traditionelles indigenes oder bäuerliches Wissen, das *zur Ware werden* von Bildung und Kultur, die Kommodifizierung natürlicher Ressourcen wie Wasser, Biodiversität oder Gene, bis hin zu Körper, Psyche und Charakter.

Ulrich Klotz: Die Herausforderung der Neuen Ökonomie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 50 (1999) 10, S. 590-608.

Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band, in: MEW, Bd. 25, S. 838.

»Ob ein allumfassendes Imperium Epoche machen wird, oder ob imperialistische Rivalitäten sich erneut durchsetzen, ist eine ebenso entscheidende wie offene Frage für die Zukunft der Menschheit.« HKWM, Bd. 6/1, S. 863.

Damit sind nicht nur hochtechnologische Formen kapitalistischer Aneignung verbunden, es geht auch immer noch und wieder vermehrt um alte imperialistische Praktiken der Aneignung von Ressourcen, Territorien und Arbeit. Doch auch der *Imperialismus* ist nicht mehr der alte, wie das entsprechende Stichwort zu diskutieren sucht. Die alte interimperialistische Rivalität hat sich transformiert in eine Art transnationalen, kollektiven Imperialismus, der von zahlreichen inneren Widersprüchen durchzogen ist. Dabei ist das klare Bild vom kapitalistischen Zentrum und Peripherie verschwunden, die Peripherien sind bis weit in die Zentren vorgedrungen, in die Hinterhöfe und auf die Straßen der Global Citys, während Teile der Peripherien sich zu neuen Zentren der Kapitalakkumulation entwickelt haben. Hightech und Hyperausbeutung, neue Freiheiten und Refeudalisierung gehen vielfältige Verschränkungen ein, wie zum Beispiel das Stichwort *informelle Wirtschaft* zeigt.

III. Kein Ende des Marxismus nach seinem Verschwinden

Vom Ende des Marxismus kann also meiner Ansicht nach keine Rede sein. Ein solches im besten Sinne akademisches Projekt wie das HKWM muss notwendig über den akademischen Bereich hinaus die Verbindung zu sozialen Bewegungen halten und erneuern, im Prozess wechselseitiger Veränderung entwickeln – dann kann es für die nächsten 10 vielleicht 20 Jahre, die das Projekt wohl noch benötigen wird, gute Bestands- und Erfolgsaussichten realisieren. Die Chancen stehen nicht schlecht.

Sie sind noch zu verbessern, wenn weitere Unterstützung gefunden wird. Dabei sind Sie, liebe Leserin und lieber Leser, gefragt. Es gibt unterschiedlichste, mehr oder weniger intensive Formen der Unterstützung. Sie reichen von:

- der mündlichen und medialen Verbreitung über die Existenz dieses Projektes;
- über die Initiative, das HKWM lokal vor Ort an der Bibliothek zu etablieren, diese zu Subskription zu bewegen;
- die eigene Subskription der Bände, oder das Überzeugen anderer;
- die Finanzierung einer Druckseite des nächsten, in Arbeit befindlichen Bandes, mit einer Spende in Höhe von 100 € – der Name des Spenders erscheint dann vorn auf der Sponsoreseite des nächsten Bandes (natürlich werden auch alle geringeren Spenden gern akzeptiert);
- bis zu einem Abonnement oder dem Kauf der Zeitschrift »Das Argument« oder dem Kauf der Bücher aus dem Argument-Verlag, womit Sie das Projekt indirekt unterstützen können.

Für jene, die sich in den verwinkelten Ecken der Theorie auskennen und angesichts permanenter Problemverschiebungen am Ball bleiben wollen, bietet sich an, über eine direkte Beteiligung an der Arbeit zum HKWM zum Gelingen des Ganzen beizutragen. Die geringste Eintrittschwelle, um nicht gleich mit Arbeit erschlagen zu werden, bietet die virtuelle Werkstatt, in der alle Artikel wieder und wieder diskutiert werden – bis sich ein fertiges Produkt in einer Art kollektivem Prozess herausschält.

Werbung in der Pintausgabe

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Als Hans-Ulrich Jörges, Wadenbeißer des *stern*, Anfang Mai in seinem Organ die damalige Lage analysierte (Schwerpunkt: Münteferings »Heuschrecken« und die diesbezüglichen Schau- und Nebenschauplätze deutscher Innenpolitik) und Vorhersagen wagte, bemerkte ein weiterfahrener, jetzt natürlich stillgelegter, einstiger DDR-Rundfunkkorrespondent sarkastisch, er sei in seinem langen DDR-Leben schon dermaßen vieler Analysen und Prognosen teilhaftig geworden (und nahezu keine habe gestimmt ...), daß er derartiges heute nur noch als eine Art Unterhaltungslektüre lese. Nein, ernstnehmen könne er derlei nicht mehr – und die Entwicklung seit der NRW-Wahl hat ihm recht gegeben.

Ich weiß nicht, ob der Kollege die Angelegenheit angemessen behandelt, in einem, scheint's, hat er so unrecht nicht: Den Wessis fehlt einfach die Erfahrung des Scheiterns (obwohl Jörges seinen Zweiseiter mit der Überschrift versehen hatte: Das Ende fest im Blick). Salopp gesagt: Sie glauben immer noch an ihren Laden.

Ich werde mich hüten, jetzt zu prognostizieren: hier an dieser Stelle schon gar nicht. Denn es gibt kaum ein geeigneteres Periodikum für geballte Irrtümer als eine Monatszeitschrift, und wenn sie – Sommer muß sein! – als Doppelausgabe daherkommt, allemal. Kabarettisten machen es sich da leichter: In der Mai-Ausgabe des »Scheibenwischer« hatte sich Georg Schramm – so gallig wie schon lange nicht mehr – den Deal zwischen der Gesundheitsbehörde Schmidt, den Krankenkassen und dem deutschen Apothekerwesen vorgenommen. Demzufolge die Pflendreher Nachzahlungen erhalten sollen, weil die Einsparungen im Gesundheitswesen zu niedrigeren Umsätzen für sie geführt hatten. Schramm also (sinngemäß, Kabarett läßt sich bekanntlich nur mühsam »verschriftlichen«) kam zu dem heftigen Schluß, »sie« säßen alle unter

einer Decke (die Opposition inbegriffen), und es werde sich erst dann etwas ändern, wenn »sie« wieder »Angst vor uns hätten« ...

Das wird noch dauern, und die Hoffnung darauf verlangt so etwas wie einen »historischen Atem«. Momentan ist aus Politikermäulern nur Mundgeruch verfügbar. Ja, nicht einmal die Nazis machen ihnen Angst. Oder veranlassen sie, ihre Neoliberalismen auf Tauglichkeit zu hinterfragen. Dafür barmen sie – und lassen die vereinte deutsche demokratische Journalistenschaft gleich mitbarmen, daß die NPD und ihre Artgenossen sich nun sozialer Fragen annähmen. Es barmen ausgerechnet die Erfinder von Hartz IV, es barmen auch ausgerechnet jene Sozialisten, die die Hartz-IV-Proteste (und das Erfurter Sozialforum 2005) gleich mit verpennt haben und für die Koalitionieren vor protestieren kommt und die auf diese Weise – weil sie sich weigern, zum Beispiel in Berlin die Koalitionsfrage zu stellen – den längst beerdigt geglaubten Uraltbegriff vom »Burgfrieden« wieder reanimierten. Nein, so sagen sie das natürlich nicht.

Ach ja, es steht in den Zeitungen, daß Deutschlands Manager künftig ihre Einkommen offenlegen müssen. Gut. Und nun? Werden sich die Bezieher von jährlichen Millionen-Einkünften ab dann unwohl fühlen? Ich weiß natürlich nicht, wie reinen Herzens eines Tages Deutsche-Bank-Ackermann vor Petrus treten wird. Ob er da auch angesichts des armen Schluckers in Jesuslatschen, der ihm die Tür öffnet, das Victory-Zeichen macht? Ich halte inzwischen vieles für möglich. Als geübtem Atheisten sollte mich ein himmlischer Ackermann nicht weiter kümmern. Aber jeder Ackermann auf Erden stärkt »die Bewegung«. Das Jammern darüber, daß die Rechten in Deutschland nun wieder einmal die soziale Frage okkupieren, halte ich für pure Heuchelei. Nazis sind noch nie aus dem hohlen Bauch entstanden. Doch der Wille zur pädagogischen Bewältigung dieses Problems scheint unausrottbar, der Glaube an die heilende Wirkung von Auschwitz-Fahrten oder von Auftritten erfahrener Antifaschisten ist ungebrochen. Die Vertreter dieser Glaubensrichtung bringen es einfach nicht fertig wahrzunehmen, daß die Jungnazis in der Regel nicht Jungnazis sind, weil sie »Auschwitz« nicht kennen oder nichts davon wüßten oder gehört hätten, sondern weil sie eigentlich gut oder nicht so sehr falsch finden, was dort geschah. Da kann ich über Artikel wie zum Beispiel »Jugendarbeit mit Rechten« (u. a. im »Blättchen« 11/2005) nur müde lächeln – »wenn Adolfschen Hitler einen anständigen Jugendklub mit einem anständigen Sozialarbeiter gehabt hätte ...« – mir fehlt einfach der Glaube.

Nun haben wir ja in unserer Hauptstadt Berlin das Holocaust-Mahnmal. Und auf den Lokalseiten der Berliner Zeitungen begann schon zwei Tage nach dessen Eröffnung eine Debatte darüber, ob es denn richtig sein könne, daß damit für unsere Kinder und Enkelchen auch ein probater Spielplatz entstanden sei – »kommste mit Hopse bei die Juden spiel'n?« Nachdem Albert Meyer zuvor angesichts des Backenzahn-Ansinnens von Lea Rosh für die jüdische Gemeinde Berlin in scharfem Ton erklärt hatte, das Denkmal dürfe unter keinen Umständen »Friedhof oder Reliquienschrein« werden, kapitulierte er angesichts kind- und jugendlicher Respektlosigkeit und redete sich ein, nichts dagegen zu haben. Können Sie sich vorstellen, daß Deutschlands tausende Kriegerdenkmale in Städten und Dörfern als Tummelplatz durchgehen würden? Ich nicht.

Gerhard Hanloser: Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik, Unrast Verlag Münster 2004, 293 S. (16 €)

Die meisten, die im weitesten Sinne linke Politik machen, werden in den letzten Jahren auf die eine oder andere Weise mit einem oft unverständenen und auch wirklich schwer verständlichen, ja merkwürdigen Phänomen in Kontakt gekommen sein. Die Rede ist von den »Antideutschen«. Die einen kennen sie aus der eigenen (linksradikalen) Szene, die anderen, weil eigene Veranstaltungen oder Demonstrationen immer wieder von ihnen heimgesucht und oft recht massiv beeinträchtigt werden – und zwar mit schweren Vorwürfen (Antisemitismus, Antiamerikanismus, Volksgemeinschaft, Barbarei). Zu oft stoßen die Antideutschen bei ihren »Interventionen« auf bloßes Unverständnis und Kinnladenklappen; viele nehmen ihre »antideutsche Ideologie« (Robert Kurz) als kruden Mix aus abgrenzungsfixiertem Identitätswahn, bürgerlichem Wohlstandschauvinismus, blinder Israel- und US-Apologie und »Alles-antisemitisch-außeruns«-Ressentiments wahr und liegen damit auch nicht ganz falsch. Aber diese Antideutschen fielen nicht aus heiterem Himmel, und vielleicht ist nicht alles, was sie sagen, nur großer Humbug. Am Anfang ihrer Geschichte stand beispielsweise eine Kritik an bestimmten Erscheinungsformen des linken Antizionismus zum Beispiel in den K-Gruppen, welcher seine Nähe zum Antisemitismus kaum verbarg. An ihrem Anfang stand auch eine Erschütterung über den nationalen Taumel der Deutschen 1989/1990, welchem auch viele ehemalige Linke erlagen, und da waren die Erfahrungen mit der großen Welle rassistischer Gewalt in den Folgejahren des Anschlusses der DDR. Diese und andere Phänomene zu Zeiten des Zusammenbruchs des Realsozialismus hatten notwendigerweise Veränderungen und Reflexionsprozesse auch in der Westlinken zur Folge. Wieso aber vollzogen einige letztlich einen *affirmative turn* und bildeten obskure Politsekte (das kann die Linke im-

mer gut!), die am Ende gar mit den imperialen Mächten der Welt zum Krieg bliesen?

Im Unrast-Verlag ist nun ein Buch erschienen, welches das Phänomen der Antideutschen aus genau diesen zwei Perspektiven erläutert. Es geht den Autorinnen und Autoren im von Gerhard Hanloser herausgegebenen Buch ebenso um die guten Gründe für das Entstehen der Antinationalen/Antideutschen wie auch um die Frage nach dem Umschlag ins Reaktionäre. Und streckenweise ist das Selbstanalyse, hatte doch ein Großteil der AutorInnen selbst einen gewissen Anteil am Phänomen. Die Haltung einiger von ihnen spiegelt denn auch den derzeitigen *common sense* der radikalen Linken wider, der zwischen (impliziter) Anerkennung bestimmter antideutscher Topoi und einer generellen Kritik pendelt. Und die Antideutschen haben zweifelsohne ihre Spuren in Sprache, Politik und Wahrnehmungsmustern der Linken hinterlassen. Ein Beitrag, der genau diese bleibenden Wirkungen der Antideutschen untersucht, fehlt im Buch allerdings ebenso wie die angekündigte Analyse zu ihrer Zukunft.

Umso interessantere Betrachtungen gibt es zur Vergangenheit dieser Strömung. Besonders der mit 50 Seiten Umfang auch quantitativ dominierende Beitrag von Bernhard Schmid ist aufschlussreich und höchst lesenswert. Er macht die personellen, organisatorischen und ideologischen Wandlungsprozesse deutlich, die in den unübersichtlichen Wendejahren zur Gründung antideutscher Initiativen insbesondere aus dem Umfeld des Kommunistischen Bundes führten, am Ende zu einer »Deutschlandreise auf die Bahamas« (»Bahamas« ist auch der Name der radikalsten antideutschen Zeitschrift) wurden und aus einem Produkt der Linken eine »neo-autoritäre Sekte« machten.

Die anderen Beiträge widmen sich verschiedenen Einzelaspekten. Markus Mohr und Sebastian Hauss zeigen, warum die Antideutschen bei den Autonomen so guten Anklang finden: weil sie jene moraltriefenden Identitätsangebote liefern, die diese schon immer mochten. Auch Michael Koltan macht in einem etwas wirren Aufsatz die Selbstreferenzialität einer Gruppenidentität zum Erklärungsansatz, der Linke besonders in Zeiten ihres Niederganges und gesellschaftlicher Irrelevanz immer wieder erliegen. Gegen den u. a.

antideutschen Dogmatismus betont er: »Ob man Maoist oder Sponti war, hatte wenig objektive Gründe, sondern hing von biographischen Zufällen ab.« Eine Einsicht, die leider zu selten mitgedacht wird, wenn Antideutsche immer wieder »Basisbanalitäten« definieren, die nicht zu diskutieren seien (denn alles andere sei Barbarei oder gar Nationalsozialismus).

Interessant sind auch die Versuche, die Antideutschen in Kontexte zu setzen, die sie selbst vielleicht nicht so direkt für ihre Politik in Anspruch nehmen würden, an denen sie aber kräftig mitbasteln. Zum Beispiel in den Kontext der neuen Mobilmachung des deutschen Imperialismus und einer neuen Kriegslust (Wetzel); oder in den des auch auf der Mainstreamebene geführten teils offen rassistischen Diskurses um so genannten »Islamofaschismus« und »Kampf der Kulturen« (Çağlar) sowie in den neoliberalen Individuumskultur (Schatz). Diese Texte zeigen auch, welche eigentlich immer noch wichtigen Elemente linker Analyse von den Antideutschen teilweise aus dem Diskurs verjagt wurden. Man denke nur an die Opfer der gut geheißenen Kriege wie etwa im Irak, die anders als in Großbritannien der kritischen Linken in Deutschland oft nicht einmal bekannt sind (Wetzel), man denke an die tatsächlichen Differenzen zwischen sozialen Klassen (Hartmann), man denke aber auch an die reale Rolle einer realen Supermacht USA, deren Politik von radikalen Linken kaum mehr verfolgt und kritisiert wird, da diese mit der Kritik des Antiamerikanismus ausgelastet ist und sich mit »Amerikanismus« nicht abgibt.

Dem steuert u. a. Holger Schatz entgegen, der, wenn man sich durch den schwer verdaulichen Anfang seines Textes gekämpft hat, eine begrüßenswerte dialektische Sicht auf die Frage nach dem abstrakten oder personalen Charakter von Herrschaft entwickelt und sich eine Freiheit des Menschen nur als kollektive Freiheit als Garant für die individuelle vorstellen kann. Dieses Emanzipationsverständnis ist jenen Antideutschen sicher nicht vermittelbar, die eine Anbetung des monadischen Individualismus feiern und jeder emanzipatorischen gesellschaftlichen Veränderung schon dadurch entgegenstehen, dass sie jedwede Form der Kollektivität unter Generalverdacht stellen.

Der Herausgeber selbst nimmt in seinem Beitrag einen weiteren antideutsch verursach-

ten Allgemeinplatz radikaler Linker unter die Lupe: war links-deutsche Positionierung im Nahostkonflikt Ausdruck revisionistischer und antisemitischer Bedürfnisse? Die Antwort lautet für ihn: ja *und* nein. Er zeigt jedenfalls überzeugend, dass sich antiimperialistische Identifikation mit den PalästinenserInnen und antideutsche Identifikation mit Israel sehr, sehr nahe stehen.

Dass sich so viel berechtigte Kritik an den Antideutschen im Buch finden lässt, macht noch keine Kaufempfehlung. Selbst wenn wir die vielen nervigen Fehler beiseite lassen, die zu finden Aufgabe eines Lektorats gewesen wäre, bleibt der Eindruck, dass das Buch mit heißer Nadel gestrickt wurde. Nicht nur die Antideutschen, auch ihre Gegner produzieren scheinbar gerne etwas, was Jürgen Elsässer in einer Besprechung des Buches »Die Antideutsche Ideologie« von Robert Kurz »Astronautenkost« nannte. Nur in wenigen der Texte (etwa denen von Schmid und Hanloser) werden die Leserinnen und Leser durch verständliche einleitende Anmerkungen zum Aufbau der Argumentation etwas bei der Hand genommen, und nur wenige vermitteln nicht den typischen Eindruck linksradikalen Autismus, der mehr darauf bedacht ist, alle wichtigen Gesinnungsprinzipien und die Abgrenzungen zu anderen zur Schau zu stellen, als sich zu fragen, was bei den Leserinnen und Lesern auch wirklich ankommt, oder anders: wie und ob die *message* verstanden wird.

PETER ULLRICH

Thomas Haury:
Antisemitismus von links.
Kommunistische Ideologie,
Nationalismus und Antizionismus
in der frühen DDR,
Hamburger Edition 2002,
527 S. (30 €)

Was richtig ist an diesem Buch, ist zumeist nicht neu; und was neu ist, ist zumeist nicht richtig. Diese Arbeit ordnet sich nahtlos in die Delegitimierungsliteratur ein, die in den vergangenen fünfzehn Jahren von den unterschied-

lichsten politischen Positionen aus verfertigt wurde und die doch stets auf den gleichen Kammerton gestimmt ist: der DDR auch noch die absurdesten Verfehlungen anzuhängen.

Haury kommt zeitgeistig, also postmodern daher: Beinahe zu jeder Aussage findet sich auch ihr Gegenteil. Diese Weise der Betrachtung hat den großen »Vorzug«, immer darauf hinweisen zu können, »es doch gesagt zu haben«. An der Tendenz dieses Tendenzbuches ändert das nichts: Die deutsche Parteilinke und mehr noch die Parteilinke an der Macht, also die in der DDR, war antisemitisch und hielt damit lange Zeit den freilaufenden antisemitischen Durchschnittsgermanen bei Laune. Tucholsky pflegte in solchen Fällen zu sagen: Fragen Sie mich, ich zeige Ihnen, wo die eigentlichen Widerwärtigkeiten stecken. Aber diese Art Wissenschaft fragt nicht, sie behauptet.

Gerade in der Zeit zwischen Dezember 1952 und März 1953, als die SED-Führung, unter stärkstem sowjetischen Druck stehend, offenen Antisemitismus exekutierte – man lese noch einmal die entsprechenden Passagen in Heinz Brands »Ein Traum, der nicht entführbar ist« nach –, verließen die angeblich nichts mehr als den Antisemitismus liebenden Ostdeutschen scharenweise das Land. Nebbich.

Die hier in Rede stehende Monographie wird in die Historiographiegeschichte als eines der ausgereiftesten Exemplare antideutscher Geschichtszensur eingehen – einer Modewelle, die unterdessen an Kraft und vor allem an Kräften verloren hat, darunter interessante und fähige Autoren, die, von der permanenten intellektuellen Unterforderung ermattet, der imperialismusfreundlichen Heilslehre den Rücken zuwenden.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Lothar Schröter (Hrsg.):
Europa und Militär.
Europäische Friedenspolitik
oder Militarisierung der EU?
Schkeuditzer Buchverlag,
Schkeuditz 2005, 169 S. (10 €)

Die Publikation enthält Beiträge des 6. Militärpolitischen Symposiums, das unter Federführung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Bran-

denburg am 20. März 2004 in Strausberg veranstaltet wurde.

Drei Beiträge stammen von Autoren, die sich bereits in der DDR am Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam-Babelsberg mit der Politik und Militärpolitik Westeuropas nach 1945 sowie mit Problemen der Abrüstung in Europa beschäftigt haben: *Wilhelm Ersil, Jochen Dankert und André Brie*. Sie analysieren die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union einschließlich ihres nicht unproblematischen Verhältnisses zu den USA und der NATO und plädieren für einen Kurswechsel, bei dem die EU nicht ihre militärischen, sondern ihre wirtschaftlichen und politischen Potenzen zur Geltung bringt. »Das wirtschaftliche, politische und diplomatische Instrumentarium der EU« müsse »zur Vorbeugung und zur nichtmilitärischen Bewältigung von Krisen und Konflikten« ausgebaut und effektiviert werden (Dankert, S. 37). Der Europaabgeordnete Brie entwickelt in Thesenform linke Alternativen für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Ersil ruft dazu auf, der weiteren Militarisierung der EU durch eine wirksame friedensengagierte Öffentlichkeit zu begegnen.

Harri Grünberg, der u. a. jahrelang an einer israelischen sozialistischen Zeitschrift mitgearbeitet hat, geht auf die Beziehungen USA-Europa im Kontext des Irakkrieges ein. Er sieht eine Zäsur der Entwicklung darin, dass sich im Weltsicherheitsrat eine Front gegen die Kriegspolitik Washingtons herausgebildet habe – auch wenn einzuräumen sei, dass diese den Krieg nicht habe aufhalten können. In diesem Zusammenhang sei auch die EU erschüttert worden. Dies sei nicht als grundlegend negativ zu bewerten, sondern könnte den Ausgangspunkt für ein langfristiges Zusammenwirken mit Russland und China gegen die hegemoniale Dominanz der USA bilden. Grünberg spitzt zu: »In der heutigen realen Welt ist nur Europa als alternatives Projekt zu den USA denkbar. An diesem Strang muss die europäische Linke gemeinsam ziehen, bei Strafe ihres Untergangs« (S. 79).

Der wissenschaftliche Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik *Reinhardt Rummel* untersucht die zivilen Mittel der EU zur Konfliktbewältigung, zu denen er u. a. Polizei, Rechtsexperten, Zivilverwaltung und Katastro-

phenschutz zählt. Er plädiert dafür, militärische und zivile Mittel zusammen zu betrachten und ihre wechselseitige Wirkung stärker zu berücksichtigen.

Der Militärhistoriker *Lothar Schröter* stellt die Logik militärischer Machtentfaltung der EU in Frage. Neben den friedenspolitischen, wirtschaftlich-sozialen und kapitalismuskritischen Ansätzen einer Argumentation gegen die Militarisierung der EU sieht er auch Argumente aus militärischer Sicht. Er weist darauf hin, dass ein militärischer Wettlauf der EU mit den USA von vornherein zum Scheitern verurteilt sei, weil deren militärtechnischer Vorsprung auf allen Gebieten uneinholbar sei. Schröter erinnert in diesem Zusammenhang an die negativen Erfahrungen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten im Kalten Krieg. Er zitiert den Diplomaten Hans Arnold, der das Ziel der EU, sich als bewaffnete Weltmacht zu etablieren, auf absehbare Zeit für nicht erreichbar hält, mit den Worten: »Eine solche EU-Politik ist auch weder für eine positive Fortentwicklung der EU noch für einen europäischen Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens erforderlich« (S. 164).

Ein Beitrag, der über das Thema hinausgeht und grundsätzliche Antworten zur Problematik von Krieg und Frieden in Gegenwart und Zukunft gibt, ist der des Philosophen und Friedensforschers *Wolfgang Scheler*. Scheler stellt die Frage, ob eine Welt ohne Krieg möglich ist, und widmet sich dem umstrittenen Problem der Friedensfähigkeit des Kapitalismus überhaupt. Die heutige Situation charakterisiert er als Gewaltfrieden, der die Fähigkeit zur Kriegführung einschließt. Gewaltfrieden aber sei ein unsicherer, undemokratischer und ungerechter Frieden, dem die Spirale der Gewalt und des Wettrüstens einbeschrieben sei. Anknüpfend an die Debatte der 1980er Jahre hält er den Weltfrieden nach wie vor für die absolute Bedingung der Produktivkraftentwicklung. Die Bedingungen für eine friedensfähige Variante der Kapitalherrschaft hätten sich jedoch vorerst deutlich verschlechtert. »Die Spirale der Gewalt wird und kann nur entweder in der Katastrophe enden oder in der Einsicht zur Umkehr zu einem neuen System der internationalen Sicherheit« (S. 120). Eine Friedensstrategie bedenkend, betont er, dass es wichtig sei, »dass die Friedensbewegung

in den notwendigen Aktionen gegen akute Kriege und Gefahren ihre Leitidee nicht aus dem Blick verliert, das Ideal, für das sie einst angetreten ist: Eine Welt ohne Krieg« (S. 125).

Das Buch hält zahlreiche Anregungen zum Meinungsstreit und Weiterdenken bereit.

BERNHARD HEIMANN

Ellis Huber, Kurt Langbein: Die Gesundheits-Revolution. Radikale Wege aus der Krise – was Patienten wissen müssen, Aufbau Verlag Berlin 2004, 303 S. (16,90 €)

Die Krise des deutschen Gesundheitswesens ist nicht erst seit der »großen Gesundheitsreform« ein Dauerthema in den Medien, jedoch ist sie nun auch zum zentralen Wahlkampfthema und damit zu einem »Dauerbrenner« für Parteien und Politiker geworden – freilich ohne dass deren Analysen und Empfehlungen über die Jahre wesentlich Neues zu bieten haben (zumindest was die Positionen der etablierten Parteien betrifft). Und schon gar nicht ist es zu einschneidenden Reformen und damit Veränderungen hinsichtlich der Qualität von Versorgung und des Gesundheitszustandes der Bevölkerung in Deutschland gekommen. Im Gegenteil: Der viel zitierte europäische Gesundheitsvergleich ergab, dass Deutschland zwar bei den Pro-Kopf-Ausgaben führend, jedoch bezüglich der Qualität der dadurch erreichten Leistungen bestenfalls Mittelmaß ist. Die Autoren des Buches analysieren die Ursachen dafür unter der zutreffenden Überschrift »Deutschland – perfekte Kombination aller Nachteile« (der weltweit bestehenden unterschiedlichen gesundheitspolitischen Entwicklungen).

Das Buch ist eine treffende Analyse des Desasters der gesundheitlichen Entwicklungen in Deutschland auf mehreren Ebenen: des Medizinsystems insgesamt (Kap. 1), seiner Organisationen (»Selbstverwalteter Selbstbedienungsladen« – Kap. 2), der bevorzugten Heilkultur (»Verschlucken an einer Schluckkultur« – Kap. 3), der Qualität (»Das Leben wird zur Krankheit« – Kap. 4) und der Identität (Kap. 5). In diesem ersten Teil des Werkes

werden sehr fundiert die Ursachen der viel beschriebenen Krise untersucht und die Entwicklungen in Deutschland mit internationalen Erfahrungen verglichen.

Im mittleren Teil (Kap. 6) wird eine Darstellung von Krankheitsursachen, Verläufen und nicht nur medizinisch-technisch fundierten Heilmöglichkeiten vorgenommen, die dem Ansatz der Sozialmedizin Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts folgt und diesen konsequent weiterführt. Das heißt, Krankheiten und deren Ursachen werden in die Lebenswelten der Menschen, ihre konkreten sozialen und geistigen Befindlichkeiten eingeordnet und von dort her begonnen zu therapieren. Gleichzeitig wird der »Zukunftsfaktor Gesundheitsförderung« erläutert und in seinen sozialen Bezügen verortet (»Gesundheit als Motor der wirtschaftlichen Erfolge der Zukunft«).

Dieser Gedanke wird im dritten Teil des Buches im Sinne einer »Gesundheitsrevolution« detailliert ausgeführt, und zwar zunächst als Veränderung des Gesundheitssystems (Kap. 7). Hier wird zunächst begründet, warum jüngste Entwicklungen des deutschen Gesundheitssystems (die erhöhten Zuzahlungen für PatientInnen und die Fallpauschalen als Abrechnungssystem in den Krankenhäusern) zu Fehlsteuerungen führen *müssen* und damit die bestehende Krise weiter verschärft anstatt gelöst wird. Die Autoren verweisen auf drei Kernpunkte für das notwendige Umsteuern in der Gesundheitspolitik: *erstens* auf eine echte Bürgerversicherung (verstanden als Kostenbeteiligung in Relation zu den Möglichkeiten des Individuums); *zweitens* auf die Verbindung von Gemeinwirtschaft und Markt (die im Gesundheitswesen agierenden Unternehmen müssen überwiegend non-Profit-Unternehmen bleiben und trotzdem im Qualitätswettbewerb untereinander stehen); *drittens* die Bindung des Verdienstes/Gewinnes an Qualität der Behandlung anstatt wie bisher an Krankheit. Der gesamte Ansatz ist durchzogen von einer Orientierung auf Qualität der medizinischen Leistungen. Das ist ein Ansatz, der im gegenwärtigen Gesundheitswesen bestenfalls rudimentär vorhanden ist – schon die Bezahlung einer Leistung erfolgt derzeit ausschließlich über den erfolgten Aufwand, Qualität spielt keine Rolle. Und wie sollte sie auch, da es doch nicht einmal Leitlinien oder Messin-

strumente für diese gibt. Bei den Autoren führt diese anvisierte Umorientierung konsequenterweise zu der Forderung, dass sich das künftige Gesundheitswesen nicht wie bisher an immer mehr Reparaturleistungen am Kranken orientieren darf, sondern auf die Erhaltung und Wiederherstellung von Gesundheit gerichtet sein muss.

In Kap. 8 wird ein solches Gesundheitswesen in Form von Zukunftsreportagen beschrieben. Kap. 9 beschreibt Wege und Chancen für eine solche Gesundheitsrevolution.

VIOLA SCHUBERT-LEHNHARDT

**Lexikon der Weltbevölkerung.
Geographie – Kultur – Gesellschaft.
Verfasst von Heinz-Gerhard Zimpel,
Walter de Gruyter Berlin,
New York 2001, 615 S.
(152,36 € / 265 SFr.)**

Das ist das Lebenswerk des Bevölkerungsgeographen Prof. Dr. Heinz-Gerhard Zimpel (1925 – 1997).

Das Lexikon enthält 17 000 Stichworte zu Geographie, Demographie, Religion, Kulturgeschichte und Ethnographie. Es zeigt zum Teil eine detaillierte Darstellung der Ethnien, Stämme und Völker der Welt. Ihre Entstehung, ihre Bewegung in Raum und Zeit, also ihre Geschichte ist bis hin zur Gegenwart zusammengetragen. Es entstand ein »Glossarium zu Bevölkerungsgruppen in Raum und Zeit.«

Das Buch enthält auch Angaben zur anthropologischen und humanbiologischen Zuordnung, zur sozialen Strukturierung, zur kulturellen Entwicklung, zum religiösen Brauchtum und zu sprachlichen Gemeinschaften.

Das Buch ist zweifellos ein Hilfsmittel, um Fachtermini, vor allem aber, um Synonyme und andere Fremdbezeichnungen in ihren jeweiligen Schreibvarianten zu erfassen, so dass eine tiefgreifende Information aus Handbüchern erleichtert wird.

In seiner Art ist es also ein einzigartiges Lexikon. Es entstand auch ganz anders als alle übrigen Lexika und zwar aus der stetigen Nachfrage von Nutzenwendern an Universitäten. Der Autor selbst hebt diesen Unterschied in einem

Vorwort seines Lexikons wie folgt hervor: »Ein Lexikon erwächst aus der Zusammenarbeit vieler Spezialisten, die mit großer Kompetenz den Interessierten zu informieren suchen. Unsere Begriffssammlung ist in umgekehrter Richtung entstanden, nämlich aus der dauernden Nachfrage von Nutzenwendern aus Geographie, die zu beantworten hier versucht wird.«

Zimpel hat bereits in den 60er Jahren mit der Arbeit an diesem Buch begonnen. Das Lexikon wurde erst nach seinem Tod von Ulrich Pietrusky bearbeitet und im Jahr 2001 im Walter de Gruyter Verlag veröffentlicht. In seinem Nachruf auf Zimpel sagte Prof. Ulrich Pietrusky: »Dabei sind am Ende dem Forscher seine Leidenschaft, seine akribische Arbeitsweise und seine selbstlose Art zum Verhängnis geworden. Ihm ist es nicht mehr gelungen, sein gewaltiges Werk einem verständnisvollen Verlag anzuvertrauen, der die Herausgabe übernommen hätte. Insofern endete der Weg des Wissenschaftlers Heinz-Gerhard Zimpel auch tragisch, indem er die Herausgabe seiner Hauptarbeit nicht erleben durfte.«

Der Titel des Buches ist nicht glücklich gewählt. Er ist irreführend. Vielleicht wäre »Glossarium zu Bevölkerungsgruppen in Raum und Zeit« ein besser geeigneter Titel für das Lexikon gewesen.

PARVIZ KHALATBARI

Stefan Bollinger (Hrsg.):
Das letzte Jahr der DDR. Zwischen
Revolution und Selbstaufgabe,
Schriften 11 der Rosa-Luxemburg-
Stiftung, Karl Dietz Verlag Berlin
2004, 528 S. (29,80 €)

Stefan Bollinger ist durch seine kritischen Forschungen über den Transformationsprozeß der DDR zur Bundesrepublik bekannt, vor allem durch seine Monographien, eine ganze Reihe von Aufsätzen und als Mitgestalter von Sammelbänden. Nunmehr legt er einen weiteren gewichtigen Band zur Thematik vor. Er fungiert hier als Herausgeber und Autor. Gemeinsam mit seinen Autorinnen und Autoren behandelt er eine Thematik, für die sich einerseits viele an Politik interessierte Bürger, bedingt durch die eigenen Erfahrungen, interessieren werden, die

aber auch große Relevanz für die politikwissenschaftliche Analyse besitzt.

Seine wirkliche Bedeutung wird das Buch indes mit Sicherheit als »Betroffenheitslektüre« erlangen. Denn vielen ehemaligen Bürgern der DDR ist es nach wie vor unverständlich, wie vor mehr als 15 Jahren die auf der Straße ertrotzten basisdemokratischen Werte relativ rasch Stück für Stück wieder verloren gingen. Wie war dies möglich, wo gerade die Mehrheit des Volkes von der altersstarrten Regierung demokratische Zugeständnisse errungen hatte? Ein neues Selbstbewußtsein war unter der DDR-Bevölkerung zum Durchbruch gelangt. Die führende Partei im Staate, die SED, verfiel zusehends. Es stellte sich heraus, daß ihre Mitgliedschaft nicht so monolithisch hinter der überalterten Führungsriege stand, wie das zuweilen angenommen worden war. Die Blockparteien wanden sich zwischen Resignation und erneuter Anpassung.

Wie diese gesellschaftlichen Bewegungen Ende der 80er Jahre in Gang gekommen sind, wie sich neue Kräfte formiert haben, wie diese viel zu spät konzeptionelle Überlegungen für einen demokratischen Sozialismus angestellt haben, wie stalinistische Funktionäre und sonstige Hardliner sich der neuen Entwicklung entgegenstellten und auf den Wogen des Protestes hinwegespült wurden – all diese Aspekte und noch viele weitere mehr werden in dem vorliegenden Sammelband mit großem Sachverstand und überzeugend dargestellt. Bollinger hat dazu 19 Autorinnen und Autoren aus Ost- und Westdeutschland zusammengeführt. Herausgekommen ist eine vorzügliche Studie, die unter den verschiedensten Gesichtswinkeln versucht, eine Erklärung zu finden, warum die so hoffnungsvoll begonnene »friedliche Revolution« (wobei dieser hier öfter verwendete Begriff zunächst hätte einmal definiert werden müssen) scheiterte und in denjenigen gesellschaftlichen Zustand mündete, den nicht wenige ehemalige DDR-Bürger immer mehr als Konterrevolution oder als gesellschaftlichen Rückschritt ansehen.

Alle Autorinnen und Autoren bemühen sich mit ihren individuellen Sichtweisen und spezifischen Forschungsmethoden zu erklären, wie es zu dieser Entwicklung gekommen ist: so der Friedensforscher und offizielle Beobachter der 2+4-Gespräche Ulrich Albrecht von der Freien Universität in Berlin und der ehemalige DDR-Außenpolitiker Erhard Crome; so der Rund-

funkjournalist Thomas Falkner, der eine Rolle beim unmittelbaren Sturz von Egon Krenz und dem Rücktritt von Politbüro und Zentralkomitee spielte, und der ehemalige DDR-Wirtschaftsprofessor Klaus Steinitz, der darlegt, daß die ostdeutsche Wirtschaft zwar Ende der 80er Jahre in einer Krise steckte, der Staat DDR jedoch nicht bankrott war; so der sachkundige Osteuropa-Experte Hannes Hofbauer aus Wien mit dem Blick des Österreicherers auf die innerdeutschen Quereilen und der ehemalige Oberst der Nationalen Volksarmee der DDR und Militärhistoriker Paul Heider; so der Wirtschaftshistoriker Jörg Roesler und der Bürgerrechtler Thomas Klein, der für seine sozialistischen Überzeugungen in der DDR eingesperrt war. André Hahn beschreibt die Politik des Runden Tisches, die Macht der Modrow-Regierung zu begrenzen. Gunnar Winkler zeigt anhand von Befragungen der Ostdeutschen sehr genau, wo und wann Stimmungen umschlugen und sich Verhalten und Denken der Ostdeutschen wandelten und in welchen Situationen und bei welchen Sachverhalten die Grundstimmung aber auch stabil blieb. Rolf Reißig bringt in seiner Studie den Bruch der beiden sich mehr als 40 Jahre ablehnend bis feindlich verhaltenden deutschen Gesellschaften mit dem Jahr 1989/90 auf den Punkt: Nicht nur die DDR, auch die alte Bundesrepublik ist untergegangen.

Die deutsch-deutschen Beziehungen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre beleuchtet Detlef Nakath. Die Ängste der Margaret Thatcher im Vereinigungsprozeß beschreibt Hella Kaeselit, während Claus Montag die Haltung der USA dazu sowie die internationale Abwicklung der DDR umreißt. Leider werden keine weiteren Länder außer den an den 2+4-Gesprächen beteiligten Staaten explizit behandelt, so daß die Haltung etwa der östlichen Nachbarn und der kleineren westeuropäischen Staaten zu den deutschen Vorgängen unbeleuchtet bleibt. Auch die eine oder andere wichtige Frage wie beispielsweise die der Abwicklung der Wissenschaften oder die der Haltung der Linken Europas zum deutschen Vereinigungsprozeß hat keine Berücksichtigung gefunden. Aber selbst beim umfangreichsten Sammelband sind wohl solche Lücken nicht zu verhindern.

Versucht man ein Fazit des Buches zu ziehen, kommt man zu einer Schlußfolgerung, die schon vom Herausgeber in seinen vorangehenden Be-

merkungen deutlich benannt wird, nämlich: daß das direkte Eingreifen der Bundesrepublik nach dem 9. November 1989 in die gerade in Gang gekommenen Prozesse des gesellschaftlichen Wandels im Osten Deutschlands und die Schwäche der Reformkräfte und die Konzeptionslosigkeit der Bürgerbewegungen zum Scheitern des autonomen demokratischen Aufbruchs in der DDR geführt haben.

Das Buch ist nicht nur als geschichtswissenschaftliche editorische Leistung zu würdigen, sondern auch als eine Arbeit, die für das aktuelle oder mehr noch zukünftige Politikgeschehen von Bedeutung sein kann.

ULRICH VAN DER HEYDEN

HELMUT BOCK

The Beautiful Revolution.

»From now on the bankers will reign!«

This is a look back into the July revolution in Paris in 1830 which forms – the author says – a lasting example of the historical energy displayed by the people of Paris. Acting spontaneously but with a clear instinct for the intensifying of the State crisis, lacking every planning and central leadership but developing concerted attacks it formed a revolutionary force which heavily challenged the reigning class. Nevertheless, the fights did not result in the victory of the people but of a new constitutional monarchy which paved the way for the bankers' rule.

ULRICH BUSCH

15 Years Monetary Union: A Critical Review

The monetary union which brought the D-Mark into the GDR on July 1st, 1990 formed the crucial step towards the German reunification. It produced contradictory effects. On the one hand the East-German population got hold of an attractive currency. On the other hand it led to the collapse of the exports of the GDR and to the takeover of the home market by West-German suppliers. In addition public and private assets were devalued thus deepening the discrepancy between East and West.

JOACHIM TESCH

Demographic Changes, Rising Poverty and Housing Policy

In Germany the population ageing is enduring, and starting from 2015/2020 the number of private households and therefore the demands for flats will be reduced. Stagnation of real household incomes restrains the utilisation of living space and the acquisition of residential property. A public-friendliness housing policy must use itself for payable flats in a family-friendly environment. Accordingly the costs of living as well as the structural alteration in the city must be arranged.

MAGNUS MARSDAL

Socialist Individualism

At present individualism belongs to the political Right. It is seen as inseparably linked with capitalism, selfishness and liberal economics and as the opposite of solidarity and collectivism. But is that true? Doesn't individualism strive for the preservation of the individual's dignity, independence and blossoming? The author looks back into the views of Rousseau, Marx, Wilde, Jaurès and others and develops his own picture of socialist individualism.

HANS-GERT GRÄBE

The Power of Knowledge in Today's Society

While there are intense discussions under way about Hartz IV and other programs of destruction of the social network another deep rift of today's society remains almost un-commented: the dispute about the free and unlimited access to the knowledge. But the Left should be alarmed: The capitalist establishment is eager to carry through its plans of intellectual property rights against this free and unlimited access which forms the last bastion of common property.

BRIGITTE STOLZ-WILLIG

Gender-specific Implications of Hartz IV

The author discusses the gender-specific implications of current labour politics in the context of change of labour and erosion of the male breadwinner role. She reviews the promotion of low-paid work in the personal sector and analyses this labour strategies as a contribution to prolong gender hierarchy. She develops guidelines to model social politics in a perspective of combining flexibility and social security.

Harder Than The Rest. In Honour of the 50th Birthday of Gerhard Gundermann

On February 19th, 2005 the Rosa Luxemburg Foundation and the Gundermanns Seilschaft society held a colloquium to honour the East German rock-poet, singer and excavator driver Gerhard Gundermann (1955-1998) who is well-known not only to his traditional East German public but to a remarkable part of the youth in whole Germany, too. The photo-illustrated text block documenting the colloquium contains the following articles: Bernd Rump, Gundi and the War; Birgit Dahlke: The Right To Melancholy – Gundermann And His Public Since 1989; Paul D. Bartsch, Gundermann's Poetic Followers; Delle Kriese, How It Was. Memories of A Cooperation; Ulrich Burchert, About Pictures And Songs; Henry-Martin Klemt, Perhaps We All Are Simply One; Stefan Körbel, It Was o.k. or: Three Cool Sentences; Simone Hain, Gundermann's post mortem: About The End of Work, The Fight Against The Empire And The Necessary Education Of The Feelings; Klaus-Peter Schwarz, Aut Spartacus aut nihil: What May Last.

REINER TOSSTORF

Moscow or Amsterdam? The Red International of Labour Unions 1920-1937

There is a contradictory picture of the Red International of Labour Unions (RILU): Was it »not more than a footnote in the history of the international labour movement« or »by far the most powerful and important of the auxiliary organizations which gravitated around the Comintern«? The author presents the picture of an organization in transformation – first

characterized by the syndicalist traditions of its founders but later on changed into a bureaucratic apparatus serving overwhelming bolshevist and Stalinist strategies.

RUDOLF SAUERZAPF Rosa Luxemburg's Stand Up For The Russian Revolution 1905-1907

After first drawing a picture of the Russian Revolution and its international surroundings the author then shows how Rosa Luxemburg supported the revolution with public appearances in Germany during these years. The article itself can be seen as a historical document, since it was written in the Fifties but remained unpublished at that time.

GÜNTER WIRTH Paul Feldkeller – More Than A Private Scholar

This is a memory to Paul Feldkeller (1889-1972) – a psychologist who played an important role in the first years after World War II in (East) Berlin. Feldkeller served at that time as Head of the Psychological Office of the Berlin City Council's Labour Department and became famous for a book titled »Psycho-Policies« which contributed to re-education and democratization in Germany as well as for his efforts with the Kant Society. In the wake of the beginning of the Cold War, Feldkeller fled from East Germany in October, 1948.

MARIO CANDEIAS From »Hegemonie« to »Justiz« About Vol. 6 of the Historico-Critical Dictionary of Marxism

The preparations for the Historico-Critical Dictionary of Marxism (Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus – HKWM) began in 1984. In 1994, vol. 1 was published. Since then, every two years a new volume could be given to the public. The author does not only review the volumes 6/I and 6/II spanning the entries from Hegemonie (Hegemony) to Imperialismus (Imperialism) and from Imperium (Empire) to Justiz (Justice) but also gives an introduction in the big dictionary project in general.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,
JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,
DIETMAR WITTICH (V.i.S.d.P.)

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,

10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 134:	je	1 €
Heft 135 bis 158	je	2,50 €